Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

9. Juli 1979
Jg. 7 Nr. 28

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

DVR Korea unterstützt ASEAN-Forderung gegen die Supermächte

z.lik. Anläßlich seiner Inspektion in Südkorea hat Carter Dreiergespräche unter Federführung der USA „zwecks Verringerung der Spannungen in der Region“ vorgeschlagen. Gleichzeitig setzen die US-Imperialisten die Aufrüstung ihrer in Südkorea stationierten Truppen massiv fort. Diesen Einmischungsversuch hat die Demokratische Volksrepublik Korea scharf verurteilt und erklärt, daß die Wiedervereinigung des Landes Angelegenheit des koreanischen Volkes ist. Bei seinem Besuch im Juni in Thailand hat der Außenminister der DVR Korea, Ho Dam, erklärt, sein Land unterstütze die Forderung der ASEAN-Länder nach einer Region des Friedens, der Unabhängigkeit und Neutralität in Südostasien. Aus diesem Grund teile die DRV Korea auch die Haltung der ASEAN-Staaten gegen die sozialimperialistische Aggression in Kampuchea.

Vietnam beißt bei der ASEAN mit „Nichtangriffspakt“ auf Granit

z.rua. Während die vietnamesischen Hegemonisten unverhohlen Aggressionsdrohungen gegen die ASEAN ausstoßen und ihre Truppen im besetzten Kampuchea an der Grenze zu Thailand verstärken, reisen sie scheinheilig in Sachen „Nichtangriffspakt“ durch die ASEAN-Staaten. Ohne Erfolg! Thailands Ministerpräsident Kriangsak wies am 2.6. das Ansinnen Vietnams zurück und erklärte, ein solcher Pakt wäre befremdend, zumal Vietnam und Thailand keine gemeinsame Grenze haben. Malaysias Außenminister betonte, ein solcher Pakt sei unnötig, wenn sich alle Länder der Region an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz halten. Die Zeitung „Strait Times“ aus Singapur verweist darauf, daß Voraussetzung der ASEAN für Verhandlungen mit Vietnam über gegenseitige Beziehungen der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea ist.

Iran gegen Einmischung der Sozialimperialisten

z.dab. „Afghanistan ist ein islamisches Land, und wir wünschen zu sehen, daß seine Probleme auf islamische Weise gelöst werden. Die sowjetische Intervention in diesem Land wird auch auf den Iran einen Einfluß haben, und wir fordern die Sowjetunion auf, sich nicht in Afghanistan einzumischen.“ Das hat Khomeiny am 12.6.79 dem sowjetischen Botschafter im Iran mitgeteilt. Die iranische Regierung hat die Sowjetunion bereits wiederholt davor gewarnt, Probleme der nationalen Minderheiten wie in Belutschistan für sich nutzen und Unruhen schüren zu wollen. Erst kürzlich hat sie den sowjetischen Botschafter aufgefordert zu beweisen, daß die Sowjetunion keine Waffen illegal in den Iran liefert. Im Juni beriet Khomeiny mit dem iranischen Botschafter in der Sowjetunion die schrittweise Ablösung der sowjetischen Experten.

Gegensätzliche Interessen bei Instandsetzung der Benguela-Bahn

z.elb.Brüssel. Mitte Juni führten Zaire, Sambia, Angola und die Arabische Entwicklungsbank sowie die UNO mit der EG, den USA und der Weltbank eine Konferenz über die Instandsetzung der Benguela-Bahn durch. Vor allem Zaire hatte durch die Stillegung der Bahn 1975, der kürzesten Transportverbindung zum Meer, große Verluste hinnehmen müssen. Mit Unterstützung der Arabischen Entwicklungsbank soll jetzt die Transportkapazität von derzeit 48000 t im Monat verdoppelt werden. – Das Interesse der drei afrikanischen Länder nach Verbesserung der Transportwege nehmen die Imperialisten zum Anlaß, sie durch Vergabe von Krediten zum Ausbau der Bahn weiter zu verschulden und ihr eigenes Transportmonopol auszubauen. Denn noch gehört die Benguela-Bahn zu 90% einer Tochtergesellschaft der belgischen Société Générale.

Teuerungswelle in allen imperialistischen Ländern

Ohne hohe Lohnforderungen unerträglich / Bundesregierung droht mit Notstandsregime

z.brp. Im Juni erreichte die Teuerungswelle 4%. Bereits im vorigen Jahr zwangen die niedrigen Lohnabschlüsse die Arbeiterklasse, die Reproduktion einzuschränken; dieses Jahr kürzen die Kapitalisten den Lohnfonds der Arbeiterhaushalte weiter. Während Anfang 1978 die Teuerungsrate bei 3,2% lag, schrumpfte sie bis Oktober auf den niedrigsten Stand von amtlich 2,1%, danach zog sie Monat für Monat beträchtlich an: 2,3% – 2,4% – 2,9% – 3,3% – 3,5% – 4,0%! In den anderen imperialistischen Ländern versuchen die Bourgeois ebenfalls, den in den letzten Jahren von der Arbeiterklasse oft mit beträchtlichen Erhöhungen verteidigten Lohnstandard zu brechen; die Preise steigen. Japan hat eine ähnliche Teuerungsrate wie die BRD: 3,7%. Inflationäre Züge tragen die Preissteigerungen in den USA und Großbritannien (13,4% bzw. 10,3% aus den ersten fünf Monaten aufs Jahr hochgerechnet) sowie in Italien und Frankreich (13,8% bzw. 10,1% – Mai '79 zu Mai '78). Nicht anders in der Sowjetunion, dort erhöhte das Staatskomitee für Preise zum 1. Juli die Verbrauchssteuern für Möbel, Autos, Restaurantessen und Pelze zwischen 18 und 50%.

Die BRD-Imperialisten stehen mit ihren Preisen in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt relativ gut da. Sie denken hoch zu pokern! Folgender Versuch lockt: Wie kann der Spielraum, den die Inflation der imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt setzt, mit erhöhten Preisen voll ausgeschöpft werden, um in kurzer Zeit riesige Extraprofite einzufahren, ohne sich einen heftigen Kampf um die Löhne einzuhandeln? – Mit Milliardenbeträgen für staatliche Investitionen und Subventionen versuchte die Bundesregierung die Bauwirtschaft „anzukurbeln“. Jahrelang stagnierte diese, Kapital wurde vernichtet und konzentriert, der Arbeiterkörper verjüngt und umgewälzt. Profitable Aussichten! Aufgrund der schnell anziehenden Nachfrage nach Bauten verlangten die Baukapitalisten jeden Preis. Teilweise erhöhten sie sie über 50% gegenüber dem Vorjahr! Und wer kann das schon zahlen! Bereits jetzt schrumpft der Absatz leicht, latente Überproduktion und Überkapazitäten deuten sich an. Deswegen mahnt die Bundesbank die Kapitalisten, es mit den Preisen nicht zu doll zu treiben, und zog bereits zweimal die Kreditbremse (Dezember '78, April '79) an – dadurch kommen nun auch noch die Mieten in Bewegung.

Bei den Preissteigerungen versucht die Kapitalistenklasse eine Marge für die Entwertung der Löhne zu finden. Schleichende, kaum spürbare, den Druck auf die Arbeiterhaushalte und die Löhne erhöhende Teuerungswelle wäre ihr am liebsten. Genauso schleichend soll sich der Zwang zu vermehrten Überstunden und höheren Akkordleistungen verstärken, und über die Intensivierung der Arbeit wollen die Kapitalisten ihre Profite erhöhen. Jetzt beschleunigt der imperialistische Staat mit der Mehrwertsteuererhöhung die Teuerungswelle. Entsprechend legt die Bundesbank fest: „Die Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik ist damit in eine kritische Phase geraten. Während die von außen kommenden Preiserhöhungen nicht zu verhindern sind, muß die Wirtschaft versuchen, das Ingangkommen einer Preis-Lohn-Spirale zu unterbinden. Ginge das Vertrauen, das in der diesjährigen Lohnrunde in die Erfolge der Stabilitätspolitik gesetzt wurde, im Zuge neuer allgemeiner Preissteigerungen verloren, brächte das nicht nur diese Politik in Mißkredit, sondern würde vermutlich über kurz oder lang auch negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben.“

Zahlreiche Belegschaften und Gewerkschaftsvertretungen in der Metallindustrie fordern eine Nachzahlung von 1000 DM und bereiten die nächste Lohnbewegung für 170 DM / 8% mindestens vor. Dagegen versucht der sozialdemokratische Bundeskanzler, die Arbeiterbewegung auf eine Notgemeinschaft mit den Kapitalisten einzupeitschen: „Die ungerechtfertigte Ölpreiserhöhung, die dennoch vereinbart wurde, muß jedoch zu sehr ernsten wirtschaftlichen und sozialen Folgen führen. Sie bedeutet mehr weltweite Inflation und weniger Wachstum. Dies wird zu höherer Arbeitslosigkeit und größeren Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen und sowohl in Entwicklungs- und entwickelten Ländern die Stabilität gefährden“, beschloß Helmut Schmidt zusammen mit den sechs größten westlichen imperialistischen Räubern auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio. Ein Versuch, vom unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse abzulenken und die OPEC-Staaten für die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse verantwortlich zu machen. In Wirklichkeit handeln die Ölmonopole das Rohöl bereits weit über dem jetzt von den OPEC-Staaten auf 19 – 23,50 $ je barrel (159 l) Rohöl festgelegten Mindestpreis, in der BRD haben sie die Verkaufspreise für leichtes Heizöl innerhalb eines Jahres um 69% hochgetrieben. In Geld schwimmen die Monopole: die bundeseigene Veba verdoppelte 1978 ihren Profit auf 267 Mio. DM. Der imperialistische Staat streicht pro Liter Benzin 54 Pfennig ein, über die Mehrwertsteuer verdient er proportional bei jeder Preiserhöhung. „Das Signal der Preise“ sei „eine drastische Anregung zum Sparen“, findet Wirtschaftsminister Lambsdorff, und Schmidt läßt das Notstandsregime unverhohlen durchblicken: „Wer glaubt, mit finanzpolitischen, steuerpolitischen oder lohnpolitischen Tricks verhindern zu können, daß er die Preiserhöhungen am eigenen Portemonnaie spürt, der täuscht sich und lädt gegen seinen Willen möglicherweise sogar zu staatlichen Reglementierungen ein“ – verbunden mit der Drohung erneuter großer Arbeitslosigkeit wird die Arbeiterbewegung vor diese Alternative gestellt. Die Arbeiterbewegung braucht sich diese Alternative nicht aufzwingen zu lassen.

Heftige Kämpfe der kanadischen Lohnabhängigen gegen Lohnsenkungen und Antistreikgesetze



Hunderttausende kanadischer Lohnabhängiger kämpfen für tarifliche Lohnerhöhungen. Im letzten Jahr hatten sie die von der Regierung eingeführten Lohnkontrollen zu Fall gebracht. Die Automobilarbeiter, deren Tarife am 1. Juli ausliefen, fordern jetzt 16% Lohnerhöhung (rechtes Bild). Allein in Sorel, einer Stadt mit 50000 Einwohnern, streiken 5000 Arbeiter in drei Fabriken. 30 Tarifabkommen stehen hier aus. In Quebec streikten am 7. Juni 70000 der 300000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst (links) gegen die 6%-Lohnleitlinie der Regierung für den öffentlichen Dienst. Die Regierung droht ihnen mit neuen Streikverboten.

„Nichtangriffspakt“ auf Granit

z.rua. Während die vietnamesischen Hegemonisten unverhohlen Aggressionsdrohungen gegen die ASEAN ausstoßen und ihre Truppen im besetzten Kampuchea an der Grenze zu Thailand verstärken, reisen sie scheinheilig in Sachen „Nichtangriffspakt“ durch die ASEAN-Staaten. Ohne Erfolg! Thailands Ministerpräsident Kriangsak wies am 2.6. das Ansinnen Vietnams zurück und erklärte, ein solcher Pakt wäre befremdend, zumal Vietnam und Thailand keine gemeinsame Grenze haben. Malaysias Außenminister betonte, ein solcher Pakt sei unnötig, wenn sich alle Länder der Region an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz halten. Die Zeitung „Strait Times“ aus Singapur verweist darauf, daß Voraussetzung der ASEAN für Verhandlungen mit Vietnam über gegenseitige Beziehungen der Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea ist.

Iran gegen Einmischung der Sozialimperialisten

z.dab. „Afghanistan ist ein islamisches Land, und wir wünschen zu sehen, daß seine Probleme auf islamische Weise gelöst werden. Die sowjetische Intervention in diesem Land wird auch auf den Iran einen Einfluß haben, und wir fordern die Sowjetunion auf, sich nicht in Afghanistan einzumischen.“

aus den ersten fünf Monaten aufs Jahr hochgerechnet) sowie in Italien und Frankreich (13,8% bzw. 10,1% – Mai '79 zu Mai '78). Nicht anders in der Sowjetunion, dort erhöhte das Staatskomitee für Preise zum 1. Juli die Verbrauchssteuern für Möbel, Autos, Restaurantessen und Pelze zwischen 18 und 50%.

Die BRD-Imperialisten stehen mit ihren Preisen in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt relativ gut da. Sie denken hoch zu pokern! Folgender Versuch lockt: Wie kann der Spielraum, den die Inflation der imperialistischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt setzt, mit erhöhten Preisen voll ausgeschöpft werden, um in kurzer Zeit riesige Extraprofite einzufahren, ohne sich einen heftigen Kampf um die Löhne einzuhandeln? – Mit Milliardenbeträgen für staatliche Investitionen und Subventionen versuchte die Bundesregierung die Bauwirtschaft „anzukurbeln“. Jahrelang stagnierte diese, Kapital wurde vernichtet und konzentriert, der Arbeiterkörper verjüngt und umgewälzt. Profitable Aussichten! Aufgrund der schnell anziehenden Nachfrage nach Bauten verlangten die Baukapitalisten jeden Preis. Teilweise erhöhten sie sie über 50% gegenüber dem Vorjahr! Und wer kann das schon zahlen! Bereits jetzt schrumpft der Absatz leicht, latente Überproduktion und Überkapazitäten deuten sich an.

tik in der Bundesrepublik ist damit in eine kritische Phase geraten. Während die von außen kommenden Preiserhöhungen nicht zu verhindern sind, muß die Wirtschaft versuchen, das Ingangkommen einer Preis-Lohn-Spirale zu unterbinden. Ginge das Vertrauen, das in der diesjährigen Lohnrunde in die Erfolge der Stabilitätspolitik gesetzt wurde, im Zuge neuer allgemeiner Preissteigerungen verloren, brächte das nicht nur diese Politik in Mißkredit, sondern würde vermutlich über kurz oder lang auch negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung haben.“

Zahlreiche Belegschaften und Gewerkschaftsvertretungen in der Metallindustrie fordern eine Nachzahlung von 1000 DM und bereiten die nächste Lohnbewegung für 170 DM / 8% mindestens vor. Dagegen versucht der sozialdemokratische Bundeskanzler, die Arbeiterbewegung auf eine Notgemeinschaft mit den Kapitalisten einzupeitschen: „Die ungerechtfertigte Ölpreiserhöhung, die dennoch vereinbart wurde, muß jedoch zu sehr ernsten wirtschaftlichen und sozialen Folgen führen. Sie bedeutet mehr weltweite Inflation und weniger Wachstum. Dies wird zu höherer Arbeitslosigkeit und größeren Zahlungsbilanzschwierigkeiten führen und sowohl in Entwicklungs- und entwickelten Ländern die Stabilität gefährden“, beschloß Helmut Schmidt zusammen mit den sechs

Heftige Kämpfe der kanadischen Lohnabhängigen gegen Lohnsenkungen und Antistreikgesetze



Hunderttausende kanadischer Lohnabhängiger kämpfen für tarifliche Lohnerhöhungen. Im letzten Jahr hatten sie die von der Regierung eingeführten Lohnkontrollen zu Fall gebracht. Die Automobilarbeiter, deren Tarife am 1. Juli ausliefen, fordern jetzt 16% Lohnerhöhung (rechtes Bild). Allein in Sorel, einer Stadt mit 50000 Einwohnern, streiken 5000 Arbeiter in drei Fabriken. 30 Tarifabkommen stehen hier aus. In Quebec streikten am 7. Juni 70000 der 300000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst (links) gegen die 6%-Lohnleitlinie der Regierung für den öffentlichen Dienst. Die Regierung droht ihnen mit neuen Streikverboten.

Öffentlicher Dienst Perus im Streik gegen IWF-Diktat

Streik der Lehrer und Bankangestellten / IWF fordert Lohnsenkung

z.mif. Bei seiner Inspektion in Peru Anfang Mai stellte der Beauftragte des Internationalen Währungsfonds van Houten fest, daß die Regierung die Lohnsenkung nicht im verlangten Maß durchgesetzt hätte: „Die Kommission ist der Meinung, daß ein wichtiger Faktor für die erneute Beschleunigung der Inflation die Lohnerhöhungen während der ersten vier Monate sind. ... ist die Kommission der Meinung, daß die geplanten Lohnerhöhungen in der Weise reduziert werden müssen, daß sie erst im Oktober gewährt werden“. Und dann nicht mehr als 10%, bei einer derzeit geschätzten Jahresinflation von 60%. Der IWF verlangt Lohnsenkung im Staatsapparat zum Durchgriff auf den Industrielohn. Aber die Beschäftigten der öffentlichen Dienste bekämpfen die Erpressung durch die Imperialisten und die Regierung Bermudez, die diese Erpressung in Gewaltmaßnahmen umsetzt. Nach dem erfolglos beendeten Generalstreik im Januar dieses Jahres spitzt sich die Auseinandersetzung erneut zu.

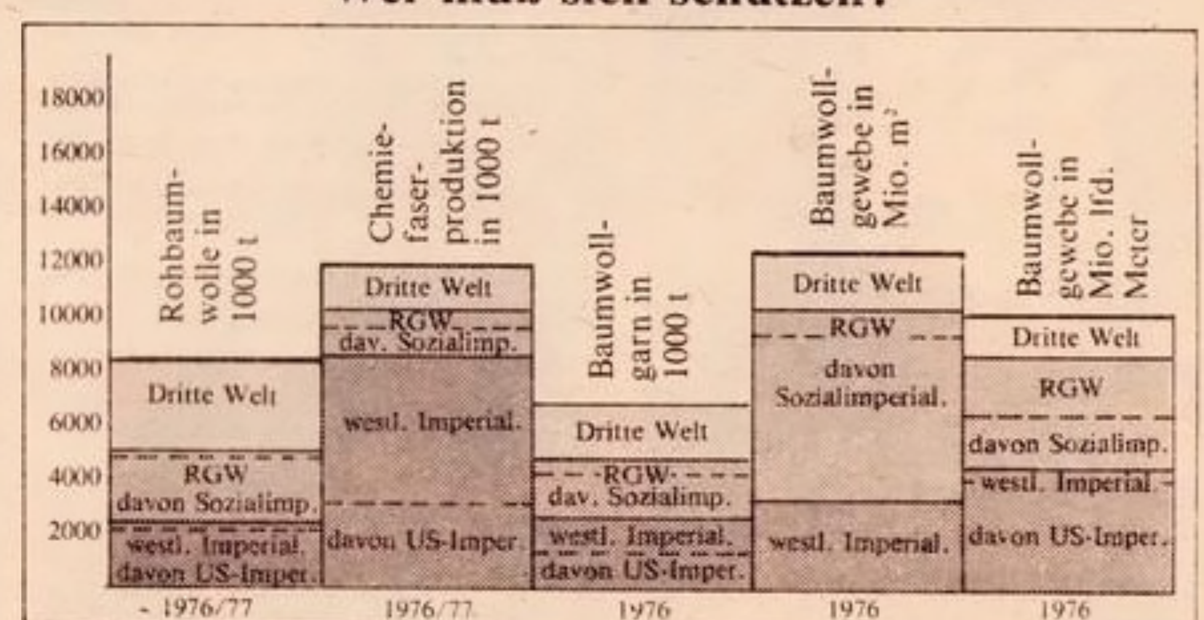
Vom 28. Mai bis 5. Juni streikten die 27000 Beschäftigten der peruanischen Sozialversicherungen. Sie erreichten eine Nachzahlung von monatlich 5000 Soles (100 Soles = 0,90 DM) für Januar bis Juni, ab Juli 2500 – 3500 Soles im Monat.

Die Lehrer haben bereits im letzten Jahr 81 Tage gestreikt. Sie erzielten eine Vereinbarung mit der Regierung, aber auf Intervention des IWF hat die Regierung diese Vereinbarung gebrochen. Die Lehrer streiken jetzt, nach Beschluß ihrer Gewerkschaft SUTEP, auf Erfüllung dieser Vereinbarung: Lohnerhöhung um 100%, Eingliederung der Lehrer in das staatliche Rentensystem, Wiedereröffnung der pädagogischen Universität „La Cantuta“, Anerkennung der SUTEP als einziger Organisation der Lehrer, kostenloser Unterricht für alle an allen Schulen. In einem Flugblatt schreibt die SUTEP am 16. Juni: „Weisen wir kühn das ‚neue Hungerpaket‘ zurück, das die Militärdiktatur gerade in diesen Tagen verordnet hat und das noch einmal die Preise für Benzin, Elektrizität, Wasser, Brot, Reis, Zucker und Speiseöl erhöhen wird, ohne sich um das Leben von Tausenden und Millionen von Peruanern zu scheren ... Bereiten wir den nationalen Streik der Arbeiter und des Volkes vor!“

Lehrer gibt es in jedem Dorf, das ganze Land wird von der Auseinandersetzung erfaßt. 87% der Lehrer streiken in Lima, 99% auf dem Land. Bis zum 21.6. hat die Regierung mindestens 1200 Lehrer und 30 Schuldirektoren entlassen. Der Streik hat auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes übergegriffen, 70% der Angestellten der Nationalbank stehen im Streik, von deren 530 Filialen in ganz Peru sind 450 geschlossen. Angestellte anderer Banken führten ein- oder mehrtägige Warnstreiks durch. Am 25./26.6. streikten rund 1000 Ärzte der Zentralkrankenhäuser in Lima für 100% Lohnerhöhung und Wiedereinstellung der Arbeiter, die aufgrund des Streiks der Sozialversicherungsbeschäftigten entlassen worden sind.

Das Kilo Reis kostete im Dezember 1978 40 Soles, im Juni 1979 59 Soles, für Juli/August sind 72 Soles geplant. Die Arbeiter und Bauern Perus sind nicht bereit, sich die Zinsen für die imperialistischen Banken aus dem Leib schneiden zu lassen.

Wer überschwemmt den Weltmarkt mit Textilien? Wer muß sich schützen?



„Schutz gegen Billigimporte aus Entwicklungsländern“ verlangen die Textilkapitalisten. Das Schaubild zeigt: Dreiviertel der Menschheit, die Dritte Welt, kann ihren Bedarf an Kleidung nicht decken, weil ihr traditionelles Textilgewerbe durch imperialistische Konkurrenz ruiniert ist.

Justizminister schaffen „europäischen Rechtsraum“

Ausdehnung von Strafverfolgung und Auslieferung / Einschränkung des Asylrechts

z.reb. Am 20.6.79 berichtete der Europarat über den gegenwärtigen Stand der Schaffung eines „europäischen Rechtsraumes“. Schaffung der Einheit Europas war das Schlagwort, mit dem die Volksmassen an die Wahlurnen gebracht werden sollten. Die Polizei- und Justizminister versprechen sich einiges davon. Auf ihrer Zusammenkunft Ende April sprachen die Justizminister zwar auch über Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Zivilrechts, konnten dort aber noch keine Festlegung treffen und Aufträge vergeben, da alle Imperialisten die privaten Rechtsverhältnisses in ihrem Land entsprechend ihrer Interessen ausgestaltet haben. Auf dem Gebiet des Strafrechts sind sie sich schneller einig.

Mit der *Konvention gegen den Terrorismus*, die auf Initiative der BRD-Imperialisten Anfang 1978 im Europarat verabschiedet wurde, haben sie den ersten Schritt gemacht. Die Konvention sieht vor, daß „alle Terrorakte bedingungslos verurteilt werden“ wie auch alle Behörden, „die sich zu Komplizen der Terroristen machen.“ Alle Länder werden aufgefordert, „die Mechanismen der Gemeinschaft voll und dauerhaft zu nutzen und die bestehende Zusammenarbeit zu verbessern.“ Unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung betreiben die BRD-Imperialisten auch schon die nächsten Schritte: „Harmonisierung“ des Waffenrechts, d.h. europäische Verallgemeinerung der vollständigen Entwaffnung der Volksmassen nach dem Vorbild des deutschen Waffenrechts und Aufstellung von Spezialeinheiten in allen Ländern nach dem Vorbild der GSG 9.

Ende April beschlossen die Justizminister die Ausarbeitung einer Übereinkunft über die Zusammenarbeit auf strafrechtlichem Gebiet, „dessen Anwendungsbereich nicht mehr auf Terrorakte beschränkt ist.“ Wesentlicher Inhalt des Abkommens wird sein: Abschluß der laufenden Arbeiten zum *Auslieferungsrecht* und damit verbunden die Einschränkung des *Asylrechts*. Schon durch die Antiterrorismuskonvention sind ohnehin alle Taten vom Asylrecht ausgenommen, die die Imperialisten als Terrorakte ansehen. Nach dem bisher gültigen europäischen Auslieferungsabkommen soll die Auslieferung bei politischen Straftaten oder solchen, die damit zusammenhängen, nicht durchgeführt werden. Dasselbe galt, wenn der ausliefernde Staat den Verdacht hatte, daß das Auslieferungsbegehren wegen gemeiner Straftaten nur vorgeschoben war, um die politische Verfolgung durchzusetzen. Befriedigt verkündete der westdeutsche Justizminister Vogel nach der Konferenz, daß jetzt schon die Verpflichtung der asylgewährenden Länder festgelegt worden sei, die Strafverfolgung wegen gemeiner Straftaten durchzuführen, falls Asyl gewährt wird. Ebenfalls sollen die Verfahrensvorschriften vereinheitlicht werden, insbesondere die Möglichkeiten der einzelnen Länder eigene Vorbehalte gegen Auslieferungen zu machen. Ausgedehnt werden die Auslieferungstatbestände weiter auf „Fiskalische strafbare Handlungen“ wie Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen.

Angestrebt wird weiter die *internationale Geltung von Strafurteilen*. Bisher können strafrechtliche Urteile nur im Wege der Auslieferung vollstreckt werden. Das warf nicht nur die allgemeinen Probleme der Auslieferung auf, sondern war vor allem dann schwierig, wenn die Auslieferung aus dem Heimatland begehrt wurde, da in den meisten Ländern die Auslieferung eigener Staatsbürger unzulässig ist. Internationale Geltung von Strafurteilen heißt da nicht anderes, als daß das Strafurteil dann einfach im Heimatland vollstreckt werden kann. Wird hingegen in anderen Fällen Auslieferung beantragt, so erleichtert die internationale Geltung der Urteile die Auslieferung, indem damit der Auslieferungsgrund unwiderleglich feststeht.

Geplant sind damit gekoppelt Regelungen über die Möglichkeit der *Verlegung von Häftlingen*, d.h. die Möglichkeit, ohne großes Auslieferungsverfahren während der Untersuchungs- oder Strafhaft einen Häftling in ein anderes Land zu verlegen.

Ausdehnung der Bespitzelung und Kontrolle bedeutet die geplante *Übermittlung von Strafverfahren*. Heute ist es in der Regel so, daß die Gerichte nur einen Überblick über inländische Vorstrafen haben. Die geplante Regelung soll diese Lücke schließen. Erleichtert werden dadurch z.B. der Erlaß von Haftbefehlen wie aber auch die Festsetzung höherer Strafen. Zusammen mit der internationalen Geltung von Strafurteilen können dann auch die Voraussetzungen eines Rückfalls leichter festgestellt werden.

Mobilisierung aller verfügbaren Arbeitskraft für die imperialistische Ausbeutung ist Inhalt der ökonomischen Maßnahmen der Imperialisten beim Ausbau der EG. Die ersten Schritte für die Schaffung eines „europäischen Rechtsraumes“ bestehen da notwendig in der Unterwerfung der Arbeitskraft unter eine einheitliche Zuchthausordnung für Europa verbunden mit Bestrebungen zu einheitlichen Grundsätzen über den Einsatz der Polizei (KVZ 15/79, S. 11).

Bundeszuschüsse zum Westberliner Haushalt

1970	2,7 Mrd. DM
1972	3,9 Mrd. DM
1974	5,2 Mrd. DM
1976	6,3 Mrd. DM
1979	8,3 Mrd. DM

Schmidt zur Lage der Nation, am 8.6.: „Unsere Berlin-Politik besteht nicht darin, die europäische Entspannung in Berlin zu testen. Vielmehr sichern wir, daß die Früchte der Entspannung in vollem Umfange auch Berlin zugute kommen. Wir sind auf diesem Wege ein gutes Stück vorangekommen ... Die Bundesrepublik Deutschland ist und wird ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und des Atlantischen Bündnisses bleiben, das seine Pflichten und Verantwortungen ernst nimmt. Ebensowenig wird die DDR ihre wirtschaftlichen und militärpolitischen Bündnisse verlassen wollen. Die DDR würde das ja wohl auch gar nicht können. Diese Lage ist unverändert. Das Ziel, die Einheit Deutschlands zu vollenden, ist kein restauratives Ziel, das versunkene Zustände oder Begriffe zu neuem Leben erwecken soll. Die Einheit (ist) untrennbar mit dem Gedanken des Friedens ... verbunden ... die Vollendung unserer freiheitlichen Demokratie.“

Egon Franke in der folgenden Debatte: „Da ist zunächst unser Interesse an der Lebensfähigkeit und an der Stabilität der Lebensverhältnisse für Westberlin. Und West-Berlin liegt nun mal mitten in der DDR. Die Rolle und die Verantwortung, die uns hier obliegt, können uns die Westalliierten nicht abnehmen; sie haben sie uns ja, mit unserer eigenen Zustimmung ausdrücklich übertragen ... “

„Der SPD-Bundesgeschäftsführer *Bahr* hat den Beschluß der Volkskammer, die Ost-Berliner Abgeordneten der DDR-Volksvertretung direkt zu wählen, zum Anlaß genommen, das volle Stimmrecht für die Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag ins Gespräch zu bringen. ... Der Beschluß gibt der Bundesrepublik nach Bahrs Meinung das Recht ‚ebenfalls einseitig die Lage zu verändern‘ “ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6.79)

Stobbe, Regierender Bürgermeister von Westberlin im ZDF, 30.6.79: „Ich bleibe sehr zurückhaltend. Mein Amtsvorgänger Klaus Schütz hat diese Debatte einmal angefangen und ist damit gescheitert, weil er gewissermaßen international zurückgepfiffen wurde. Ich weiß nicht, ob es Egon Bahr nicht genauso gehen wird.

Carstens bei seiner Amtseinführung als Bundespräsident am 1.7.79: „Zum Schluß grüße ich Berlin. Diese tapfere, lebendige Stadt, für die unser Herz schlägt. Ich werde alles tun, um im Rahmen der geltenden Vereinbarungen die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund zu stärken und der Stadt jede nur mögliche Unterstützung zu geben. In diesem Sinne bitte ich Sie, mir zu helfen, die Aufgaben, die mir für die nächsten 5 Jahre übertragen wor-

Was zählt, sind Taten, nicht heuchlerische Worte

Nach Kündigung des Freundschaftsvertrages Verhandlungen VR China – UdSSR

z.rua. Am 3. April hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China beschlossen, den am 11. April 1980 auslaufenden Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand mit der UdSSR nicht zu verlängern. Dieser Vertrag war am 14. Februar 1950 abgeschlossen worden. „Dank der gemeinsamen Anstrengungen beider Länder hat der Vertrag in den frühen 50er Jahren eine wichtige und positive Rolle gespielt für den Schutz der Sicherheit beider Länder, die Vertiefung der Freundschaft zwischen ihren Völkern, in der Förderung des Aufbaus und der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten und der ganzen Welt. Insofern hat er seinen eigenen Platz in der Geschichte“ (Xinhua, nach „Volkszeitung“, 17.4.79).

Seit ihrer Machtergreifung haben die Revisionisten die Politik der Sowjetunion grundlegend gewandelt. Nachdem die VR China sich dem revisionistischen Kurs der „friedlichen Koexistenz“ nicht unterwarf, zogen sie zu Beginn der 60er Jahre, als die Wirtschaft Chinas noch wenig entwickelt war, alle Fachleute ab, annullierten den Bau von 257 Projekten und nahmen alle Baupläne mit. An den Grenzen, deren Verlauf dem chinesischen Feudalreich von den russischen Zaren in ungleichen Verträgen diktiert wurde, die China damit ein Gebiet von 1 Mio. km^2 raubten, provozieren sie ständig Grenzzwischenfälle. Die UdSSR hat heute an ihren Grenzen zur

Seit ihrem Farbwechsel hat sich die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht entwickelt, die im Kampf mit der US-Supermacht um die Weltherrschaft steht. Sie ist der Hauptquell aller Spannungen in der Welt. Der Freundschaftsvertrag mit der VR China existiert nur noch dem Namen nach und die VR China hat die richtige Konsequenz gezogen, ihn nicht zu verlängern. Gleichzeitig hat sie der UdSSR angeboten, Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen auf Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufzunehmen.

Die VR China braucht den Frieden für den sozialistischen Aufbau und nutzt alle Faktoren, die den Krieg hinauszögern. Indem sie die Normalisierung der Beziehungen sowohl mit der US-Supermacht als auch mit der sozialimperialistischen Supermacht betreibt, schnürt sie beiden den Aktionsradius für ihre Expansionspläne ein.

Die Sozialimperialisten nannten die Nichtverlängerung des Vertrages einen „feindlichen Akt“ und behielten sich vor, „entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen“ (Neue Zeit, 16/79). Als Beweis für ihre stete Friedensliebe führen sie an, der VR China bereits 1969, 1970, 1971, 1973 und 1978 Verträge über Gewaltverzicht und Nichtangriff

Um ihre „Entspannungs“maske nicht gänzlich zu verlieren, mußten die Sozialimperialisten sich jetzt zur Aufnahme von Verhandlungen im August bereiterklären. Zur Voraussetzung machten sie die „Nichtanerkennung der Hegemonie in Weltangelegenheiten“ (Prawda, 6.6.). In seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongreß erklärte dazu Genosse Hua Guofeng: „Die sowjetische Regierung hat nunmehr der Abhaltung von Verhandlungen zugestimmt und sogar ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, das antihegemonistische Prinzip bei den Verhandlungen zu erörtern. Ändert dies jedoch den Kern der Dinge? Ob jemand wirklich gegen Hegemonie ist, kann nur nach seinen Taten beurteilt werden. In dieser wichtigen Prinzipienfrage darf keine Zweideutigkeit geduldet werden“ (Xinhua, 18.6.).



die Verantwortung, die uns hier obliegt, können uns die Westalliierten nicht abnehmen; sie haben sie uns ja, mit unserer eigenen Zustimmung ausdrücklich übertragen ... “

„Der SPD-Bundesgeschäftsführer *Bahr* hat den Beschluß der Volkskammer, die Ost-Berliner Abgeordneten der DDR-Volksvertretung direkt zu wählen, zum Anlaß genommen, das volle Stimmrecht für die Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag ins Gespräch zu bringen. ... Der Beschluß gibt der Bundesrepublik nach Bahrs Meinung das Recht ‚ebenfalls einseitig die Lage zu verändern‘ “ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.6.79)

Stobbe, Regierender Bürgermeister von Westberlin im ZDF, 30.6.79: „Ich bleibe sehr zurückhaltend. Mein Amtsvorgänger Klaus Schütz hat diese Debatte einmal angefangen und ist damit gescheitert, weil er gewissermaßen international zurückgepfiffen wurde. Ich weiß nicht, ob es Egon Bahr nicht genauso gehen wird.

Carstens bei seiner Amtseinführung als Bundespräsident am 1.7.79: „Zum Schluß grüße ich Berlin. Diese tapfere, lebendige Stadt, für die unser Herz schlägt. Ich werde alles tun, um im Rahmen der geltenden Vereinbarungen die Bindungen zwischen Berlin und dem Bund zu stärken und der Stadt jede nur mögliche Unterstützung zu geben. In diesem Sinne bitte ich Sie, mir zu helfen, die Aufgaben, die mir für die nächsten 5 Jahre übertragen wor-den sind, so gut als möglich zu erfüllen. Im Maße meiner Kräfte will ich allen Bürgern dienen zum Wohle unseres Landes, unseres – trotz aller schweren Bürden, die es trägt – geliebten Vaterlandes.“

Was zählt, sind Taten, nicht heuchlerische Worte

Nach Kündigung des Freundschaftsvertrages Verhandlungen VR China – UdSSR

z.rua. Am 3. April hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der VR China beschlossen, den am 11. April 1980 auslaufenden Vertrag über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand mit der UdSSR nicht zu verlängern. Dieser Vertrag war am 14. Februar 1950 abgeschlossen worden. „Dank der gemeinsamen Anstrengungen beider Länder hat der Vertrag in den frühen 50er Jahren eine wichtige und positive Rolle gespielt für den Schutz der Sicherheit beider Länder, die Vertiefung der Freundschaft zwischen ihren Völkern, in der Förderung des Aufbaus und der Erhaltung des Friedens im Fernen Osten und der ganzen Welt. Insofern hat er seinen eigenen Platz in der Geschichte“ (Xinhua, nach „Volkszeitung“, 17.4.79).

Seit ihrer Machtergreifung haben die Revisionisten die Politik der Sowjetunion grundlegend gewandelt. Nachdem die VR China sich dem revisionistischen Kurs der „friedlichen Koexistenz“ nicht unterwarf, zogen sie zu Beginn der 60er Jahre, als die Wirtschaft Chinas noch wenig entwickelt war, alle Fachleute ab, annullierten den Bau von 257 Projekten und nahmen alle Baupläne mit. An den Grenzen, deren Verlauf dem chinesischen Feudalreich von den russischen Zaren in ungleichen Verträgen diktiert wurde, die China damit ein Gebiet von 1 Mio. km^2 raubten, provozieren sie ständig Grenzzwischenfälle. Die UdSSR hat heute an ihren Grenzen zur VR China und in der Mongolei mehr als 60 Divisionen konzentriert, die beschleunigt mit modernen Waffen ausgerüstet werden. Im Süden stacheln die Sozialimperialisten ihren Vasallen Vietnam zu Überfällen auf das Territorium der VR China an.

Seit ihrem Farbwechsel hat sich die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht entwickelt, die im Kampf mit der US-Supermacht um die Weltherrschaft steht. Sie ist der Hauptquell aller Spannungen in der Welt. Der Freundschaftsvertrag mit der VR China existiert nur noch dem Namen nach und die VR China hat die richtige Konsequenz gezogen, ihn nicht zu verlängern. Gleichzeitig hat sie der UdSSR angeboten, Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen auf Grundlage der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufzunehmen.

Die VR China braucht den Frieden für den sozialistischen Aufbau und nutzt alle Faktoren, die den Krieg hinauszögern. Indem sie die Normalisierung der Beziehungen sowohl mit der US-Supermacht als auch mit der sozialimperialistischen Supermacht betreibt, schnürt sie beiden den Aktionsradius für ihre Expansionspläne ein.

Die Sozialimperialisten nannten die Nichtverlängerung des Vertrages einen „feindlichen Akt“ und behielten sich vor, „entsprechende Schlußfolgerungen zu ziehen“ (Neue Zeit, 16/79). Als Beweis für ihre stete Friedensliebe führen sie an, der VR China bereits 1969, 1970, 1971, 1973 und 1978 Verträge über Gewaltverzicht und Nichtangriff angetragen zu haben. Man fragt sich, wozu, wenn doch ein Vertrag *in Kraft* ist, der all diese Fragen beinhaltet. Die VR China hat den Sozialimperialisten geantwortet, wenn sie es ernst meinen, sollen sie ihre Truppen abziehen.

Um ihre „Entspannungs“maske nicht gänzlich zu verlieren, mußten die Sozialimperialisten sich jetzt zur Aufnahme von Verhandlungen im August bereiterklären. Zur Voraussetzung machten sie die „Nichtanerkennung der Hegemonie in Weltangelegenheiten“ (Prawda, 6.6.). In seiner Rede vor dem Nationalen Volkskongreß erklärte dazu Genosse Hua Guofeng: „Die sowjetische Regierung hat nunmehr der Abhaltung von Verhandlungen zugestimmt und sogar ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, das antihegemonistische Prinzip bei den Verhandlungen zu erörtern. Ändert dies jedoch den Kern der Dinge? Ob jemand wirklich gegen Hegemonie ist, kann nur nach seinen Taten beurteilt werden. In dieser wichtigen Prinzipienfrage darf keine Zweideutigkeit geduldet werden“ (Xinhua, 18.6.).



Karte aus dem sowjetischen "Taschenweltatlas“ von 1975. Eindeutig werden die Xisha- und Nansha-Inseln als chinesisches Territorium (KNT) ausgewiesen. Heute stacheln die Sozialimperialisten Vietnam an, diese Inselgruppen als ihr „rechtmäßiges Territorium“ zu okkupieren.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler / Gesamtauflage: 32 000

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 81 40 45, Redakteur: Helge Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 / 53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n. · agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611 / 73 02 31, Telex 4 13080 kuehl-d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611 / 73 02 31 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2



Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung
– Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgabe: Flensburg, Flensburg/Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg/Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgabe: Bremen, Bremen/Unterweser (04) · Oldenburg, Weser/Ems (05) · Münster, Münsterland/Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgabe: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgabe: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77
Bezirksausgabe: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17) · Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (18)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgabe: Kassel, Kassel/Nordhessen (19) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (20) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (21) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (22)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgabe: Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24) · Kaiserslautern, Kaiserslautern/Westpfalz (25)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgabe: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (26) · Heilbronn, Franken (27) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (28)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgabe: Würzburg, Unterfranken (29) · Nürnberg, Mittelfranken (30) · Bayreuth, Oberfranken (31)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582
Bezirksausgabe: Stuttgart, Mittlerer Neckar (32) · Freiburg, Südbaden (33) · Konstanz, Konstanz/Südschwarzwald (34) · Ulm, Ulm/Bodensee (35)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgabe: Regensburg, Mittlere Donau (36) · Landshut, Niederbayern (37) · München, München/Oberbayern (38) · Augsburg, Schwaben (39)

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bauern fordern Land, Nationalitäten Autonomie

Entwurf für iranische Verfassung vorgelegt / Weitere Verstaatlichungen

z.ulg. Nach den Banken hat die iranische Revolutionsregierung in den letzten beiden Wochen auch sämtliche Versicherungen und die wichtigsten Industriezweige verstaatlicht: Bergwerke und Werften, Auto- und Stahlindustrie. An acht der jetzt verstaatlichten 16 privaten Versicherungen war imperialistisches Kapital beteiligt, u.a. die westdeutsche Allianz. Eine war vollständig in ausländischem Besitz: die hundertprozentig sowjetische Ingostrach. Die nationalisierten Industriebetriebe gehörten größtenteils einer Handvoll iranischer Kompradoren. Auch wo imperialistische Konzerne nicht direkt an den Unternehmen beteiligt waren, plünderten sie mit überhöhten Lizenzgebühren und Einzelteilpreisen die iranische Volkswirtschaft. So gehören zu den verstaatlichten Automobilfabriken Lizenznehmer von Chrysler, Daimler-Benz und Fiat.

Im Zusammenspiel mit den Banken, die die nötigen kurzfristigen Kredite verweigerten, hatten die Geschäftsleitungen der großen Industrieunternehmen bis zur Verstaatlichung die Wiederingangsetzung der Produktion planmäßig sabotiert. Die Arbeitslosigkeit zählt allein in Teheran nach Hunderttausenden. Die Verstaatlichung war unumgänglich geworden, sollte den Imperialisten nicht freie Hand zur Unterhöhlung der wirtschaftlichen Grundlagen der islamischen Republik gelassen werden.

Um zu verhindern, daß sich die Imperialisten wie unter dem Schahregime erneut quasi „legal" auch militärisch im Lande festsetzen können, soll nach dem kürzlich veröffentlichten Verfassungsentwurf die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte im Iran auf alle Zeit verboten werden. Aber entscheidende Aufgaben der neudemokratischen Revolution bleiben auch nach dem Verfassungsentwurf ungelöst, vor allem die Landfrage und die Rechte der nationalen Minderheiten, die zusammengenommen etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Arbeiter sollen zwar das Koalitionsrecht haben, und eine Einheitsgewerkschaft wird derzeit aufgebaut. Aber das Streikrecht ist im Entwurf nicht erwähnt.

Ausdrücklich äußert sich der Entwurf zu den Interessen der Bauernmassen überhaupt nur in einem einzigen Punkt: Es soll verboten werden, kultiviertes Land in Brache zu verwandeln, eine Bestimmung, die sich gegen die Reste des halbfeudalen Großgrundbesitzes richtet. Aber angesichts der durch die „weiße Revolution" des Schahregimes noch vorangetriebenen Konzentration des Grundeigentums und der unerträglichen Verschuldung gerade der „Bodenreformbauern" ist das nur eine Nebenfrage.



derttausenden. Die Verstaatlichung war unumgänglich geworden, sollte den Imperialisten nicht freie Hand zur Unterhöhlung der wirtschaftlichen Grundlagen der islamischen Republik gelassen werden.

Um zu verhindern, daß sich die Imperialisten wie unter dem Schahregime erneut quasi „legal" auch militärisch im Lande festsetzen können, soll nach dem kürzlich veröffentlichten Verfassungsentwurf die Errichtung ausländischer Militärstützpunkte im Iran auf alle Zeit verboten werden. Aber entscheidende Aufgaben der neudemokratischen Revolution bleiben auch nach dem Verfassungsentwurf ungelöst, vor allem die Landfrage und die Rechte der nationalen Minderheiten, die zusammengenommen etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Die Arbeiter sollen zwar das Koalitionsrecht haben, und eine Einheitsgewerkschaft wird derzeit aufgebaut. Aber das Streikrecht ist im Entwurf nicht erwähnt.

Ausdrücklich äußert sich der Entwurf zu den Interessen der Bauernmassen überhaupt nur in einem einzigen Punkt: Es soll verboten werden, kultiviertes Land in Brache zu verwandeln, eine Bestimmung, die sich gegen die Reste des halbfeudalen Großgrundbesitzes richtet. Aber angesichts der durch die „weiße Revolution" des Schahregimes noch vorangetriebenen Konzentration des Grundeigentums und der unerträglichen Verschuldung gerade der „Bodenreformbauern" ist das nur eine Nebenfrage.

kamen noch 750 Rial/ha, ebenfalls an den Grundbesitzer, für Wassernutzung, zusammen umgerechnet rund 320 DM/ha. Das statistische Pro-Kopf-Einkommen betrug damals gut 25000 Rial im Jahr, rund 1650 DM. In vielen der fruchtbarsten Gebiete, so z.B. auf 68000 ha künstlich bewässerten Landes in Chusestan im Süden, wurden die „Reformbauern" gleich wieder gelegt und als Lohnarbeiter in „Agroindustrien" gesteckt. Die „Agroindustrien" mit so bezeichnenden Namen wie „Iran California" oder „Agro Industries of Iran and America" sind riesige Plantagen imperialistischer, vor allem US-amerikanischer und japanischer Konzerne.

Damit wurde die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkraft so sehr unterdrückt, daß die Getreideein-

bewohnten Gebieten am weitesten entwickelt, vor allem in Kurdistan und Aserbaidschan. Dort ist die Landfrage aufs engste mit dem Kampf der unterdrückten Nationalitäten für Autonomie verknüpft: viele Großgrundbesitzer sind Perser oder Ausländer.

Im Verfassungsentwurf wird den Minderheiten zwar das Recht auf Benutzung ihrer eigenen Sprachen in Schulen und Zeitungen eingeräumt, aber ihr Recht auf Selbstbestimmung wird nicht anerkannt. In einer Denkschrift an den Ayatollah Khomeini haben die Kurden Ende März ihre Hauptforderung formuliert: „Das kurdische Volk erwartet, eine Verwaltung zu erhalten, die ihm ermöglicht, seine eigenen Angelegenheiten im Rahmen Irans selbst zu regeln." (El Moudjahid, 28.6.)

Traditionell hatten die iranischen Bauern den Boden der Großgrundbesitzer in Teilpachtverhältnissen bebaut, nach denen sie zwischen 60 und 80% der Ernte an den Grundbesitzer abzuliefern hatten. Nach der „1. Phase" der „weißen Revolution" (1962) mußten die Großgrundbesitzer ihren ein Dorf übersteigenden Grundbesitz an den Staat verkaufen. Dafür erhielten sie ein Drittel des Werts sofort in bar, den Rest in Staatspapieren. Die Bauern mußten das Land vom Staat in 15 Jahresraten kaufen und zwangsweise in die staatlich kontrollierten Genossenschaften eintreten.

In der „2. Phase" (1964) konnten die Großgrundbesitzer für ihren – je nach Fruchtbarkeit – 30 bis 150 ha übersteigenden Besitz unter mehreren Möglichkeiten wählen: u.a. Verpachtung gegen Geldzins (statt wie bisher gegen Produktenrente); Verkauf an die Bauern; Aufteilung des Landes im gleichen Verhältnis, wie bisher die Ernte „geteilt" worden war. Land, das „mechanisiert", also in kapitalistischer Plantagenwirtschaft bebaut wurde oder werden sollte, blieb von beiden „Phasen" unberührt.

Nach dieser Sorte „Revolution" mußten sich z.B. die Bauern im Reisanbaugebiet von Gilan am Kaspischen Meer jährlich in Höhe von einem Drittel bis der Hälfte des Werts der Ernte an die Grundbesitzer oder die wenigen von der Reform begünstigten Großbauern verschulden. Der Pachtzins betrug dort 1968/69 5325 Rial/ha, dazu kamen noch 750 Rial/ha, ebenfalls an den Grundbesitzer, für Wassernutzung, zusammen umgerechnet rund 320 DM/ha. Das statistische Pro-Kopf-Einkommen betrug damals gut 25000 Rial im Jahr, rund 1650 DM. In vielen der fruchtbarsten Gebiete, so z.B. auf 68000 ha künstlich bewässerten Landes in Chusestan im Süden, wurden die „Reformbauern" gleich wieder gelegt und als Lohnarbeiter in „Agroindustrien" gesteckt. Die „Agroindustrien" mit so bezeichnenden Namen wie „Iran California" oder „Agro Industries of Iran and America" sind riesige Plantagen imperialistischer, vor allem US-amerikanischer und japanischer Konzerne.

Damit wurde die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkraft so sehr unterdrückt, daß die Getreideeinfuhren Irans von 1966/67 rund 1,3 Mrd. Rial (70 Mio. DM) in neun Jahren auf 38,3 Mrd. Rial (1,4 Mrd. DM) gestiegen sind. 1975 gab es im ganzen Land 29000 Traktoren, ganze 2200 mehr als fünf Jahre vorher. Alle revolutionären Klassen, auch die nationale Bourgeoisie, haben ein Interesse daran, die landwirtschaftliche Produktion zu entwickeln. Doch weil gerade die Dorfbourgeoisie tausendfach mit der Bauernplünderung verknüpft ist, werden die armen und landlosen Bauern die Agrarrevolution nur durchsetzen können, wenn sie sich selbständig organisieren.

In Kurdistan ist es Ende Juni zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen den Bauern und bewaffneten Grundbesitzern gekommen. In dem kurdischen Dorf Mangor haben die Bauern sechs Grundbesitzer kurzerhand umgebracht. Die Kurdische Demokratische Partei hat in einer Erklärung der Armee und den „Wächtern der Revolution" vorgeworfen, sie würden die Grundbesitzer mit großen Mengen Waffen und Munition gegen die Bauern unterstützen. Anscheinend haben sich die Klassenkämpfe auf dem Lande in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten am weitesten entwickelt, vor allem in Kurdistan und Aserbaidschan. Dort ist die Landfrage aufs engste mit dem Kampf der unterdrückten Nationalitäten für Autonomie verknüpft: viele Großgrundbesitzer sind Perser oder Ausländer.

Im Verfassungsentwurf wird den Minderheiten zwar das Recht auf Benutzung ihrer eigenen Sprachen in Schulen und Zeitungen eingeräumt, aber ihr Recht auf Selbstbestimmung wird nicht anerkannt. In einer Denkschrift an den Ayatollah Khomeini haben die Kurden Ende März ihre Hauptforderung formuliert: „Das kurdische Volk erwartet, eine Verwaltung zu erhalten, die ihm ermöglicht, seine eigenen Angelegenheiten im Rahmen Irans selbst zu regeln." (El Moudjahid, 28.6.)



Schreibunterricht auf dem Lande. In den Minderheitengebieten wird die Alphabetisierungskampagne in den jeweiligen Sprachen durchgeführt.

Palästinensische Kämpfer im Südlibanon. Immer wieder wird von hier der Kampf in das Gebiet des zionistischen Feindes getragen.

USA: Teilung des Libanon, Zerschlagung der PLO

z.pel. Seit Ende April fliegen israelische Bomber regelmäßige Angriffe auf den südlichen Libanon, liegen die Städte Tyr und Nabatyeh täglich unter Artilleriebeschuß. Am 27.6. greift die syrische Luftwaffe nach mehreren Warnungen die Aggressoren an; zwei israelische und vier syrische Flugzeuge werden abgeschossen. Am nächsten Tag spricht die gesamte Imperialistenpresse scheinbar besorgt von der Gefahr eines Krieges. Tatsächlich ist seit Wochen Krieg im Libanon.

Schritt für Schritt steigern die Zionisten ihre Aggression. Der Separatfrieden, in den die US-Imperialisten den ägyptischen Präsidenten getrieben haben, hält ihnen vorerst den Rücken frei. Doch wie lange? Ist die PLO nicht vernichtet, ist der Siedlerstaat und die US-imperialistische Hegemonie im Nahen Osten nicht gesichert. Krieg ist also *notwendig*. US-Präsident Carter hatte diesen Schritt direkt nach Unterzeichnung des Camp David-Abkommens vor dem amerikanischen Kongreß angekündigt: „Wir müssen ebenso teilnehmen an den Anstrengungen, den Konflikt und die schrecklichen Leiden im Libanon zu Ende zu bringen."

Wie er sich das vorstellt, hat Zionistenhäuptling Begin am 27.6. der libanesischen Regierung mitgeteilt. Er wolle einen Friedensvertrag abschließen, wenn die syrischen Truppen abgezogen und die im Libanon lebenden 400000 Palästinenser auf alle arabischen Staaten aufgeteilt würden. Dieses „Angebot" hat er anläßlich seines Treffens mit dem christlichen Söldnerführer Haddad, der den libanesischen Grenzstreifen zu Israel auf ein paar Kilometer Breite besetzt hält, unterbreitet. Die Drohung der Teilung des Libanon ist kaum verhüllt, nachdem einige Tage zuvor die faschistische Phalange Gemayels die syrischen Truppen nördlich Beiruts in zweitägige Kämpfe verwickelt hat.

Als die französischen Imperialisten 1920 im Kampf mit dem englischen Imperialismus um die Ölreichtümer der arabischen Völker den Großlibanon als Militärstützpunkt sowie Kapital- und Warenumschlagplatz von Syrien ab-

ägyptischen Präsidenten getrieben haben, hält ihnen vorerst den Rücken frei. Doch wie lange? Ist die PLO nicht vernichtet, ist der Siedlerstaat und die US-imperialistische Hegemonie im Nahen Osten nicht gesichert. Krieg ist also *notwendig*. US-Präsident Carter hatte diesen Schritt direkt nach Unterzeichnung des Camp David-Abkommens vor dem amerikanischen Kongreß angekündigt: „Wir müssen ebenso teilnehmen an den Anstrengungen, den Konflikt und die schrecklichen Leiden im Libanon zu Ende zu bringen."

Wie er sich das vorstellt, hat Zionistenhäuptling Begin am 27.6. der libanesischen Regierung mitgeteilt. Er wolle einen Friedensvertrag abschließen, wenn die syrischen Truppen abgezogen und die im Libanon lebenden 400000 Palästinenser auf alle arabischen Staaten aufgeteilt würden. Dieses „Angebot" hat er anläßlich seines Treffens mit dem christlichen Söldnerführer Haddad, der den libanesischen Grenzstreifen zu Israel auf ein paar Kilometer Breite besetzt hält, unterbreitet. Die Drohung der Teilung des Libanon ist kaum verhüllt, nachdem einige Tage zuvor die faschistische Phalange Gemayels die syrischen Truppen nördlich Beiruts in zweitägige Kämpfe verwickelt hat.

Als die französischen Imperialisten 1920 im Kampf mit dem englischen Imperialismus um die Ölreichtümer der arabischen Völker den Großlibanon als Militärstützpunkt sowie Kapital- und Warenumschlagplatz von Syrien ab-

16% des Nationaleinkommens.

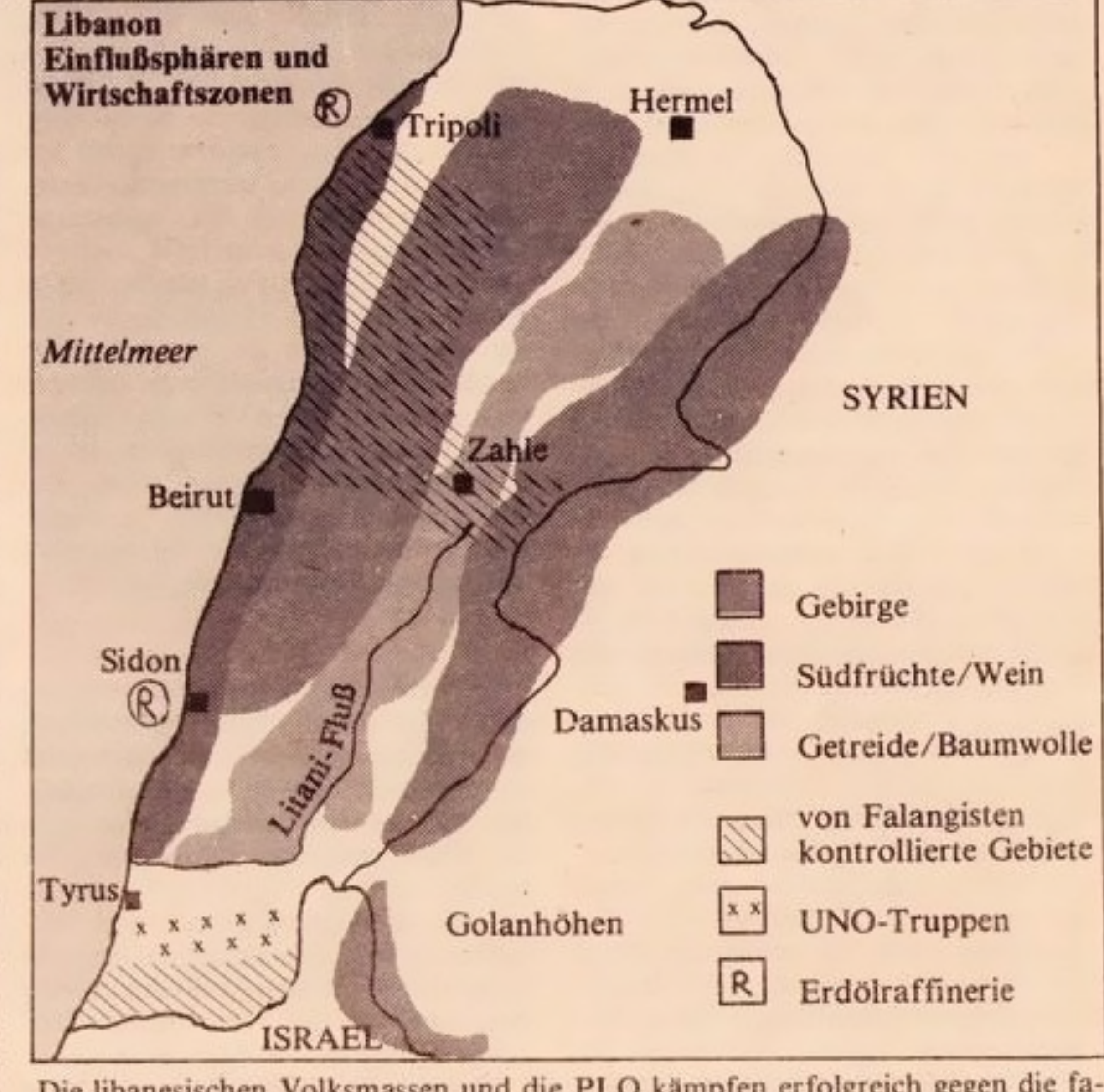
Der Kampf der libanesischen Volksmassen gegen die imperialistische Beherrschung, der Kampf der Bauern gegen die Vertreibung von ihrem Land in die Lohnknechtschaft auf den Obst- und Tabakplantagen, die Lohnstreiks der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie haben die Herrschaft des US-Imperialismus wirksam geschwächt. Er hat mit Aufrüstung seiner Hilfstruppen, mit Schürung der Widersprüche vor allem der christlichen Bauern zur PLO geantwortet. Noch im Bürgerkrieg 1975/76 war es der maronitischen Bourgeoisie gelungen, unter dem Druck der fortwährenden israelischen Angriffe auf die Bevölkerung des Südlibanon und der Provokationen der faschistischen Milizen in Beirut Teile der Bauern von der Unterstützung des kämpfenden palästinensischen Volkes abzuspalten und die Anwesenheit der PLO, ihren Kampf gegen den Zionismus als Ursache der Vertreibung der Bauern von ihrem Land hinzustellen. Die Bourgeoisie konnte die im Kairoer Abkommen von 1969 erkämpfte Bewegungsfreiheit der palästinensischen Kämpfer einschränken.

Die Zionisten hatten auf die Schwäche der revolutionären Kräfte 1978 mit dem Einmarsch in den Libanon geantwortet. Sie sind von den libanesischen Volksmassen und der PLO gemeinsam zurückgeschlagen worden. Seitdem hat die palästinensische Revolution ihren Zusammenschluß mit dem Volk im Libanon stärken können. Am 16.6. ist in

trennten, konnten sie sich auf die christlich-maronitischen feudalen Großgrundbesitzer stützen, denen Aufrechterhaltung der feudalen Abhängigkeiten versprochen wurde. Die Entwicklung des Libanon in den nächsten Jahrzehnten wird von Seiten der Bourgeoisie entscheidend durch diese Koalition bestimmt. Noch 1970 arbeiten 123000 Bauern, die mit Familienangehörigen 49% der Erwerbsbevölkerung ausmachen, auf Betrieben bis zu 100 ha; der allergrößte Teil als Pächter auf kleinen Parzellen gegen Entrichtung von 50 bis 80% der Ernte als Tribut. 50 Großgrundbesitzer besitzen Betriebe von 100 bis 1000 ha. Zweitens wird das Land den imperialistischen Banken geöffnet, die hier zur raschen Abwicklung des Kapital- und Warentransfers Stützpunkte errichten. 72 Banken gibt es 1975 in Beirut. Der Aufbau einer nationalen Industrie wird hingegen unterdrückt. Noch 1976 produzieren 120000 Industriearbeiter nur 16% des Nationaleinkommens.

Der Kampf der libanesischen Volksmassen gegen die imperialistische Beherrschung, der Kampf der Bauern gegen die Vertreibung von ihrem Land in die Lohnknechtschaft auf den Obst- und Tabakplantagen, die Lohnstreiks der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie haben die Herrschaft des US-Imperialismus wirksam geschwächt. Er hat mit Aufrüstung seiner Hilfstruppen, mit Schürung der Widersprüche vor allem der christlichen Bauern zur PLO geantwortet. Noch im Bürgerkrieg 1975/76 war es der maronitischen Bourgeoisie gelungen, unter dem Druck der fortwährenden israelischen Angriffe auf die Bevölkerung des Südlibanon und der Provokationen der faschistischen Milizen in Beirut Teile der Bauern von der Unterstützung des kämpfenden palästinensischen Volkes abzuspalten und die Anwesenheit der PLO, ihren Kampf gegen den Zionismus als Ursache der Vertreibung der Bauern von ihrem Land hinzustellen. Die Bourgeoisie konnte die im Kairoer Abkommen von 1969 erkämpfte Bewegungsfreiheit der palästinensischen Kämpfer einschränken.

Die Zionisten hatten auf die Schwäche der revolutionären Kräfte 1978 mit dem Einmarsch in den Libanon geantwortet. Sie sind von den libanesischen Volksmassen und der PLO gemeinsam zurückgeschlagen worden. Seitdem hat die palästinensische Revolution ihren Zusammenschluß mit dem Volk im Libanon stärken können. Am 16.6. ist in Beirut ein Generalstreik gegen „Faschismus, gegen die Teilung, gegen die Kollaboration und die Einmischungsversuche des US-Imperialismus" (El Moudjahid, 17.6.) durchgeführt worden. Die neugebildete libanesische Armee hat am 19.6. die faschistische Phalange aus dem Süden Beiruts vertrieben.



Die libanesischen Volksmassen und die PLO kämpfen erfolgreich gegen die faschistische Phalange und die Aggressionen der Zionisten.

Libanon: Bevölkerung, Produktion, Geschichte

z.hku. Die imperialistisch-zionistische Aggression 1975/76 hat die Ökonomie des Libanon schwer zerrüttet. Seitdem gibt es keine verläßlichen Daten mehr.

Bevölkerung: 3,02 Mio. (Schätzung für 1977; 1970: 2,13 Mio.; 1948: 1,2 Mio.), auf 10 400 qkm. Dazu mind. 200000 Palästinenser. 1,2 Millionen leben im Großraum Beirut. – Die Bevölkerung ist arabisch; ca. 50% sind Christen, davon 30% Maroniten (Frühchr. Sekte), etwa 45% sind Moslems: Sunniten, Schiiten und Drusen.

Wirtschaft: 26% der Bevölkerung sind ständig erwerbstätig (1970). Davon arbeiten in der Landwirtschaft 19%, im prod. Gewerbe 25%, Transport und Verkehr 7%, Handel, Banken und Versicherungen 20%, in anderen Dienstleistungen 28%. 90% des Kapitals sind in ausländischem Besitz.

Landwirtschaft: 26% des Landes wird als Ackerland genutzt, 1/5 davon bewässert. Ein Viertel der Anbaufläche gehört der Kirche, 12% anderem Großgrundbesitz. 50% aller Bauern haben unter 0,5 ha Land, 91% unter 5 ha. Drei von vier Bauern müssen Land zu Wucherzins dazupachten. – Nur 30000 Traktoren und 90 Erntemaschinen sind in Benutzung. – *Produktion:* 3 000 t Erdnüsse, 10000 t Tabak, 289000 t Zitrusfrüchte, 173000 t Äpfel, 105000 t Weintrauben, 30000 t Weizen (1976). Der Viehbestand stagniert seit 1970. Fleisch- und Getreideproduktion des Landes decken nur ⅓ des Bedarfs.

Industrie: Nur 150 Betriebe beuten mehr als 50 Arbeiter aus, darunter 2 Erdölraffinerien, die Erdöl aus den Pipelines aus Irak und Saudi-Arabien verarbeiten, und eine Zementfabrik. *Produktion:* 303000 t Benzin, 1,2 Mrd.kWh Strom, 1,6 Mio. t Zement.

Handel und Verkehr: 1974 operierten im Libanon 74 ausländische Banken – darunter 9 westdeutsche – mit Einlagen von insgesamt 7–8 Mrd. DM. Uneingeschränkter und unbesteuerter Devisen- und Kapitalverkehr, bedeutende Rolle im internationalen Goldhandel und Schmuggel. Transit über den Hafen (1 Mio. t 1974) und den Flughafen Beirut (2,75 Mio. Fluggäste 1974). Ausgebautes Telefonnetz (217000 Anschlüsse) und Straßennetz (5700 km). 1975 1,02 Mio. Touristen.

Geschichte: Weder die römischen noch die arabischen Eroberer konnten die levantinischen Volksstämme im Libanon vollständig unterwerfen. – *1516* Eroberung durch das türkische Reich. – Nach Schüren religiöser Gegensätze zwischen den Volksstämmen interveniert Frankreich *1860*, und errichtet ein „autonomes" Gebiet. – *1916* teilen Frankreich und England den Nahen Osten unter sich auf. Frankreich baut den durch Teilung Syriens neugegründeten Staat Libanon zu seinem Brückenkopf aus. – 1943 erkämpft Libanon die Unabhängigkeit, 1946 verlassen die letzten französischen Truppen das Land. Die US-Imperialisten durchdringen in der Folge das Land ökonomisch. – *1958* Antiimperialistische Erhebung im Libanon, Syrien und Irak. 5000 US-Mariner landen im Libanon. – *1969* anerkennt Libanon auf der Kairoer Konferenz das Recht der PLO, vom Libanon aus den Befreiungskampf gegen den Zionismus zu führen. Die US-Imperialisten versuchen durch die faschistische Phalange und die beständige Aggression Israels Libanon zu zerstückeln und die PLO zu zerschlagen.

z.ges. **Die zartbesaitete Wochenzeitschrift ,,Die Zeit" sieht schaudernd einen ,,Zweikampf der starken Männer" heraufziehen, und von Stammtischpolitikern haben beide, Schmidt und Strauß, der Weltökonom und der Geschichtsbramarbas, wirklich genug an sich.** Wenn die Bourgeoisie nichts zu bieten hat, dann bietet sie ihre ,,starken Männer". Das Unglück des Kohl ist gerade, daß jedem gleich die Geschichte vom Kaiser mit den neuen Kleidern einfällt. Wo nichts als die Profitsucht herrscht, müssen wenigstens Männer da sein, die Großartigeres zu versprechen scheinen. Ein Hauch von Bonapartismus ist notwendig. Wo ein Schmidt die Regierung führt, braucht die bürgerliche Opposition einen Strauß. Der Coup mit der Kanzlerkandidatur ist gut gelandet worden. Der Mann ist von der CDU-CSU-Fraktion bedingungslos gekürt worden, deren Votum er selber nur bedingte Bedeutung zugeschrieben hatte. Man soll sich von Straußens Stärke nicht täuschen lassen. Er ist eine größere Kreatur des Finanzkapitals, wo andere kleinere Kreaturen sind. Schon zwei Tage nach der Schilderhebung trafen die beiden ,,starken Männer" im Bundestag aufeinander. Schmidt machte Regierungserklärung und Strauß antwortete für die Opposition. Der eine wirft der Opposition vor, sie hätte keine eigenen Ideen, der andre wirft der Regierung vor, sie könnte ihre Ideen bloß mit der Opposition durchsetzen. Worum geht es in der Sache? Noch kaum ist die kapitalistische Wirtschaft wieder aus der Krise heraus, da zeichnet sich die nächste schon ab. Die Ölpreise sind bloß ein Fanal. 1973 waren die Ölpreise der Sturmvogel der Krise und so sind sie es heute. Die Ölpreise steigen erst, wenn die Konjunktur schon am Kippen ist. In der Phase der Stagnation diktieren die Käufer die Preise und die OPEC-Länder mußten froh sein, wenn sie ihre Preise auch bloß halten konnten. Erst wenn sich im Aufschwung die Überproduktion schon abzeichnet und sich der Rohstoffmarkt verengt, können die Ölländer versuchen, sich schadlos zu halten. Weit entfernt die Ursache der Krise zu sein, sind die Ölpreise bloß das Menetekel der nächsten Krise. Da zeigen die starken Männer Tendenzen, enger zusammenzurücken. Enger zusammenzurücken nicht nur gegen die Dritte Welt, die die Situation noch rechtzeitig zu nutzen versucht, sondern vor allem gegenüber der Arbeiterklasse, für die ebenfalls der Zeitpunkt heranrückt, in dem sie sich für die dauernden Lohnsenkungen noch gerade einen gewissen Ausgleich holen kann. Und die Arbeiterklasse spürt das: die Forderungen nach sofortigen Abschlagzahlungen häufen sich und schon ist die Debatte über den nächsten Tarifkampf in Gang. Es ist klar, warum die Bourgeoisie mit einem starken Mann allein nicht auskommt. Sie braucht wenigstens zwei, um ihnen die Massen wech-

Wirtschaft wieder aus der Krise heraus, da zeichnet sich die nächste schon ab. Die Ölpreise sind bloß ein Fanal. 1973 waren die Ölpreise der Sturmvogel der Krise und so sind sie es heute. Die Ölpreise steigen erst, wenn die Konjunktur schon am Kippen ist. In der Phase der Stagnation diktieren die Käufer die Preise und die OPEC-Länder mußten froh sein, wenn sie ihre Preise auch bloß halten konnten. Erst wenn sich im Aufschwung die Überproduktion schon abzeichnet und sich der Rohstoffmarkt verengt, können die Ölländer versuchen, sich schadlos zu halten. Weit entfernt die Ursache der Krise zu sein, sind die Ölpreise bloß das Menetekel der nächsten Krise. Da zeigen die starken Männer Tendenzen, enger zusammenzurücken. Enger zusammenzurücken nicht nur gegen die Dritte Welt, die die Situation noch rechtzeitig zu nutzen versucht, sondern vor allem gegenüber der Arbeiterklasse, für die ebenfalls der Zeitpunkt heranrückt, in dem sie sich für die dauernden Lohnsenkungen noch gerade einen gewissen Ausgleich holen kann. Und die Arbeiterklasse spürt das: die Forderungen nach sofortigen Abschlagzahlungen häufen sich und schon ist die Debatte über den nächsten Tarifkampf in Gang. Es ist klar, warum die Bourgeoisie mit einem starken Mann allein nicht auskommt. Sie braucht wenigstens zwei, um ihnen die Massen wech-
selseitig in die Arme zu treiben. Rücksichtnahme auf die SPD-FDP-Regierung wäre das sichere Mittel, um von der Regierung gezaust und mit Strauß belohnt zu werden.

z.hev. **Nach einem Interview von Bundesarbeitsminister Ehrenberg in der ,,Bild" vom 30.6. könnten sich die Rentner darauf verlassen, ,,daß wir 1982, wie es im Gesetz steht, zur Bruttoanpassung zurückkehren."** Man sollte ihm das glauben, denn er hat nicht gesagt, daß er zur Bruttoanpassung zurückwill, sondern daß er sie machen wolle, *wie es im Gesetz steht* – dem 21. Rentenanpassungsgesetz nämlich. Es ist vom 25.7.78 und enthält die Rentenkürzungen vom 1.1.79, 1.1.80 und 1.1.81, das heißt die gegenüber der bisherigen Rentenformel verminderten Rentenerhöhungen auf 4,5% bzw. je 4% in den folgenden beiden Jahren. Es enthält auch eine ,,Risikoabsicherungsklausel", die es der Bundesregierung ermöglicht, bei ,,einer unvorhersehbaren erheblichen Verschlechterung der Wirtschaftsentwicklung" die Renten weiter zu kürzen. Es sieht die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung von 18 auf 18,5% ab 1.1.81 vor sowie die Einführung der Beitragspflicht schon bei Beschäftigungen von 2 Monaten Dauer pro Jahr bzw. 10 Wochenstunden regelmäßig bzw. bei einem Einkommen von 390 DM im Monat. Dies alles steht nicht unbedingt im Widerspruch zur Bruttoanpassung, knappst den Lohnabhängigen und Rentnern allein bis 1982 aber immerhin rund 7,2 Milliarden Mark ab. Das ist von Regierung und Opposition im freundschaftlichem Einvernehmen auch so gewollt. Die Feinheiten des Ehrenberg'schen Schwurs aber beziehen sich auf die Zeit ab 1982. Laut Gesetz wird dann der Krankenversicherungsbeitrag für Rentner eingeführt, erst so, daß die Rentner nichts davon merken sollen, weil ihre Renten um eben diesen Betrag erhöht werden, den sie zur Krankenversicherung zahlen müssen, später dieser Beitrag aber ein dynamisches Eigenleben mit Rentensenkungseffekt führen wird, wovon halt nichts im Gesetz steht. Alles immer noch bruttoangepaßt. Was dann kommen wird, existiert bisher in der Form düsterer Überlegungen von Gutachterkommissionen des Sozialbeirats, des Instituts ,,Finanzen und Steuern" oder des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger. Und da dreht sich alles um die Besteuerung der Renten, in welcher Form auch immer, und um die Gleichberechtigung von Mann und Frau bis 1984, wofür es ja seit dem 12.3.75 schon ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gibt. Mit Teilhaberente und wüstem Transfer steht dann der ganz große Schnitt am Rentnerbudget an. Vor diesem Hintergrund kann Ehrenberg schwören, was er will, er braucht nicht einmal zu lügen.

z.rev. **Vom 28.6.-2.7. war der US-Arbeitsminister Ray Marshall mit einem großen Gefolge von Arbeitsmarktspezialisten bei Ehrenberg in Bonn und bei Stingl in Nürnberg zu Besuch.** Ehrenberg war ,,zuversichtlich, daß unsere amerikanischen Gäste und wir in den kommenden Tagen zum Nutzen der Beschäftigungspolitik unserer Länder eine Menge voneinander lernen werden." – Sie können. So berichtete Ray Marshall über ,,große Erfolge mit sehr massiven Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (Sozialpolitische Informationen des Bundesministeriums für Arbeit) – das hat die US-Supermacht schon in den 30er Jahren mit dem ,,New-Deal"-Programm geübt. Die beiden Arbeitsminister berieten über ,,Mindestnormen für Arbeitsbedingungen" und ,,Arbeitszeitverkürzung". Ein Programm der Lohnsenkung ließ sich Ehrenberg von seinem Kollegen, Professor der Volkswirtschaft, Direktor eines Instituts für Arbeitsmarktfragen, vorführen: Ray Marshall sah es als seine wichtigste Aufgabe an, ,,die Produktivität zu steigern, ohne die Inflation anzuheizen". Also bei niedrigem Lohn, höhere Arbeitsleistung. Dafür ist der deutsche Arbeitsminister mit Sicherheit zu erwärmen gewesen.

z.job. **Vier Preise für die Würdigung des ,,Wiedervereinigungsanspruchs" der BRD-Imperialisten hat Egon Franke gestiftet.** Der Ernst-Reuter-Hörfunk-Preis und der Ernst-Richert-Wissenschaftspreis sind im Juni gestiftet worden, vom Jakob-Kaiser-Fernsehpreis und dem Thomas-Dehler-Literaturpreis sind gleichzeitig von Franke neugefaßte Bestimmungen veröffentlicht worden. Mit 20000 DM in Aussicht (so ist jeder Preis alle zwei Jahre

Ray Marshall über ,,große Erfolge mit sehr massiven Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" (Sozialpolitische Informationen des Bundesministeriums für Arbeit) – das hat die US-Supermacht schon in den 30er Jahren mit dem ,,New-Deal"-Programm geübt. Die beiden Arbeitsminister berieten über ,,Mindestnormen für Arbeitsbedingungen" und ,,Arbeitszeitverkürzung". Ein Programm der Lohnsenkung ließ sich Ehrenberg von seinem Kollegen, Professor der Volkswirtschaft, Direktor eines Instituts für Arbeitsmarktfragen, vorführen: Ray Marshall sah es als seine wichtigste Aufgabe an, ,,die Produktivität zu steigern, ohne die Inflation anzuheizen". Also bei niedrigem Lohn, höhere Arbeitsleistung. Dafür ist der deutsche Arbeitsminister mit Sicherheit zu erwärmen gewesen.

z.job. Vier Preise für die Würdigung des ,,Wiedervereinigungsanspruchs" der BRD-Imperialisten hat Egon Franke gestiftet. Der Ernst-Reuter-Hörfunk-Preis und der Ernst-Richert-Wissenschaftspreis sind im Juni gestiftet worden, vom Jakob-Kaiser-Fernsehpreis und dem Thomas-Dehler-Literaturpreis sind gleichzeitig von Franke neugefaßte Bestimmungen veröffentlicht worden. Mit 20000 DM in Aussicht (so ist jeder Preis alle zwei Jahre
dotiert) hofft der Minister mehr Schreiberlinge zu bewegen, aus dem ,,Problem der Teilung Deutschlands und dem Verhältnis der Menschen in den beiden deutschen Staaten zueinander" zu schöpfen. Erst vor Jahresfrist beklagte der Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen das ,,Schwinden des Nationalgedankens" und forderte ein ,,glaubwürdiges Bekenntnis zu einer deutschen Nation als einem der Träger der Menschheitsgeschichte". Dehler war von 1949-67 MdB und bis 1953 Justizminister. Reuter war nach dem Krieg bis 1953 Regierender Bürgermeister in Westberlin. Richert hat als Bücherschreiber bis 1976 (gestorben) die Interventionsmöglichkeiten in die DDR für die westdeutsche Bourgeoisie ausgelotet und war 1968 selbst Dehler-Preisträger. Jakob Kaiser schließlich, Namensgeber für den Fernsehpreis, war Mitbegründer des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und von 1949-57 Franke-Vorgänger. Ob Frankes Bemühen um die Intensivierung der chauvinistischen Wiedervereinigungspropaganda erfolgreich genug sein wird für die posthume Stiftung des Egon-Franke-Preises?

z.gid. **Am 13.6.79 hat der Innenausschuß der Bundesregierung einmütig die Annahme eines Gesetzesentwurfes des Bundesrates vom 2.9.77 empfohlen, der dienstrechtliche Änderungen zur Einführung von Teilzeitarbeit für Beamte vorsieht.** Danach sollen Beamte nach Ablauf der Probezeit eine Teilzeitbeschäftigung beantragen, um ,,die dadurch freiwerdenden Stellen für die Beschäftigung des Nachwuchses freizumachen", so die Begründung. Die Teilzeitarbeit wird auf maximal 8 Jahre beschränkt, um zu verhindern, daß ,,langfristig teilzeitbeschäftigte Beamte dieselbe Versorgung erreichen können, wie vollbeschäftigte Beamte." – Neben der Kürzung der Bezüge beinhaltet das Gesetz auch die Kürzung der Versorgungsbezüge: 2 Teilzeitjahre entsprechen einem Versorgungsjahr. (Bundestagsdrucksache 8/873) Die Ausweitung der Teilzeitarbeit auf Beamte verschärft den Druck auf das Lohnniveau im öffentlichen Dienst und soll neue Maßstäbe für die Intensivierung der Arbeit setzen. Konnten vorher Lehrer mit 1/2 Deputat nur als Angestellte beschäftigt werden, schafft das Gesetz jetzt die Voraussetzung, sie als Beamte besser unter die Knute zu bekommen und sie außerdem zu unbezahlter Überstundenarbeit verpflichten zu können. Die Spaltung des Kampfes der Lehrer für Verkürzung der Regelstundenzahl und Normalarbeitstag ist ein erwünschter Effekt; auf sozialdemokratische Schützenhilfe in den Gewerkschaften in Richtung ,,die Arbeit auf alle aufteilen" wird spekuliert.

Streik der Bremer Lehrer für die 40-Stunden-Woche

r.hes. Am 31.5. findet in Bremen mit ca. 4000 Lehrern die bislang bestbesuchte Personalversammlung statt. Die Personalversammlung fordert die 40-Stundenwoche für Lehrer, sofortige Senkung der Pflichtstundenzahl auf 25 Stunden höchstens, 1 Stunde weniger für alle Lehrer. Die Lehrerverbände werden aufgefordert, noch vor Schuljahresende eine Demonstration während der Unterrichtszeit zu organisieren.

Die Landesvertreterversammlung der GEW vom 12.6. kommt dieser Aufforderung nach. Für den 4. Juli soll ein 2-stündiger Streik während der 5. und 6. Schulstunde organisiert werden.

Zur Sitzung des Landesvorstands am 27.6. liegen 1200 Unterschriften vor. Der Senat hat inzwischen mit allen Mitteln auf Zersetzung der Bewegung hingearbeitet: Die SPD-Fraktion erklärt, in Bremen seien die wenigsten Pflichtstunden für Lehrer, eine Arbeitszeitverkürzung können nur finanziert werden auf Kosten besserer Ausbildung und kleinerer Klassen für die Schüler. Thape droht am selben Tag ,,dienstrechtliche Maßnahmen" an (Weser-Kurier 21.6.).

Unter diesem Druck spaltet sich der Landesvorstand: Nur knapp, mit 8 zu 7 und gegen die Stimme des Vorsitzenden, beschließt der Landesvorstand, zum Streik aufzurufen.

Über die Presse wird versucht, den DGB und die Eltern gegen den Streik der Lehrer ins Feld zu führen: ,,Bedenken gegen den Zeitpunkt der GEW-Demonstration sind auch vom DGB-Kreisvorsitzenden Erwin Schmidt erhoben worden." ,,Für streikähnliche Maßnahmen der GEW ... haben die Elternsprecher der bremischen Schulen kein Verständnis". (WK, 30.6.) An den Schulen wird die richtige Taktik zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit gegenüber dem Senat eingeschlagen: Es werden Telegramme an den Bundesvorsitzenden der GEW verabschiedet. Frister wird aufgefordert, auf der Kundgebung am 4.7. zu sprechen, zumindest aber seine Unterstützung zu erklären.

Am Dienstag wird bekannt, daß Frister ein Telegramm an die Bremer Lehrer geschickt hat, in dem er die Forderungen und den Streik unterstützt und sie auffordert, sich nicht einschüchtern zu lassen. Aus anderen Landesverbänden treffen Unterstützungsresolutionen ein. Der DGB-Bundesvorstand unterstützt die Aktion. Die Gesamtschülervertretung Bremen fordert die Schüler auf, die Maßnahmen der Lehrer aktiv zu unterstützen.

Aus Industriebetrieben (Vulkan-Betriebsräte, Vertrauenskörperleitung VFW und Klöckner) treffen Solidaritätserklärungen ein, ebenfalls von Schulklassen, Schülervertretungen, aus den Hochschulen und von Sozialarbeitern.

Thape unternimmt einen letzten Versuch, die Bewegung unters Beamtenrecht zu zwingen: ,,Keine Lehrkraft darf am Mittwoch *beurlaubt* werden, um an der von der GEW angekündigten Demonstration während der Unterrichtszeit teilnehmen zu können." (WK, 3.7.). Gestützt durch die Solidarität der übrigen Lohnabhängigen, Schüler und Studenten steht die Streikfront am 4.7., es demonstrieren ca. 1500 Lehrer (knapp die Hälfte der GEW-Mitgliedschaft) und 500 Schüler für die 40-Stunden-Woche und für Streikrecht. Es werden auch Parolen zum Lohn, gegen den bedarfsdeckenden Unterricht und gegen die politische Entrechtung getragen. Auf der Kundgebung sprechen von Auer, Bundesvorstand der GEW, Galas, Vorsitzender des Landesverbands Niedersachsen, und der Vorsitzende des Vertrauenleutekörpers der Klöcknerhütte.

Nach dem Streik beginnt Thape jetzt mit Ermittlungen für die Disziplinarverfahren. Die CDU springt ihm bei: ,,Die vom Bildungssenator angekündigten Maßnahmen gegen die Dienstpflichtverletzung der betroffenen Lehrer würden von der CDU voll unterstützt." (Weser-Kurier 6.7.). Man hört, daß diese ,,angekündigten Maßnahmen" im Gehaltsabzug und Eintrag in die Personalakte bestehen sollen. In der Offensive ist der Senat nicht. Wenn die GEW definitive Zusagen von Koschnick fordert mit Ultimatum zum Schuljahresbeginn, gestützt durch eine gute Propaganda gegenüber allen Teilen des Volkes, kämen die Lehrer zum Beginn der ,,heißen" Wahlkampfphase in Bremen in eine günstige Lage bezüglich der Durchsetzung ihrer Forderungen.

,,Rückgang der Gewinne bei Karstadt"?

r.kea. Anläßlich der Aktionärsversammlung des Karstadt-Konzerns, die kürzlich stattfand, schrieb am 19.6. das ,,Handelsblatt": ,,Der Gewinn ging empfindlich zurück." Mag sein, daß der Verfasser im stattfindenden Lohnkampf den Handelskapitalisten den Rücken zu stärken hatte – die Profitentwicklung des Karstadt-Konzerns jedenfalls hat er nicht untersucht. Tatsächlich ist nach den vorliegenden Zahlen aus den Geschäftsberichten einzig der Bruttoprofit der Karstadt-Aktiengesellschaft (einem Teil des Karstadt-Konzerns, der immerhin bereits die Neckermann AG geschluckt hat) von 443 Mio. DM (1977) auf 415 Mio. DM (1978) gesunken. Die Nettoprofite aber sind im gleichen Zeitraum von 295 Mio. DM auf 331 Mio. DM gestiegen: die Steuerreform der SPD/FDP-Regierung wirkt wie beabsichtigt. Noch günstiger sieht es für die Karstadt-Kapitalisten aus, wenn man den Karstadt-Konzern insgesamt betrachtet. Wiewohl das ,,Handelsblatt" behauptet, der Karstadt-Konzern tue

Konzernen sicher anzunehmen.

Warum gerade die Karstadt-Kapitalisten immer noch jammern, kommt daher, daß sie im Konkurrenzkampf mit anderen Warenhaus-Kapitalisten stehen, wo es gilt, die Spitzenposition bei der Ausbeutung der Arbeiter zu erringen, um die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Vorstandsvorsitzender Deuss: ,,Wir sind mit dem Geschäftsjahr 1978 nur bedingt zufrieden." Er bedauert, daß es nicht wie in den vorhergegangenen Jahren gelungen ist, das Verhältnis der Profite zu den Löhnen zu ,,verbessern". Man merkt den starken Wunsch, daß dies beim diesjährigen Lohnabschluß nachgeholt werden soll. Jedenfalls wurde den Aktionären erst einmal 15 Prozent Dividende gezahlt.

Der Karstadt-Konzern ist expansiv und imperialistisch. Im Jahr 1978 wurde die Verkaufsfläche um 200000 qm gesteigert, das sind 20,4 %. Die Zahl der Beschäftigten, die auf dieser Fläche arbeiten müssen, stieg im selben Zeitraum nur um 5 % auf 77538 Personen. Neben der schnellen Ausweitung des Reisegeschäfts betreibt Karstadt Kapitalinvestition im Ausland, z.B. die 50prozentige Beteiligung an der Jelmoli France S.A., Lyon.

Die Beschäftigten im niedersächsischen Einzelhandel fordern im gegenwärtigen Lohnkampf: Mindestens 100 Mark für alle! Daß jedenfalls die Karstadt-Kapitalisten zahlen können, steht fest.

Profitentwicklung des Karstadt-Konzerns*
1974 | 1975 | 1977 | 1978
Mio. DM | Anteil am Neuwert | Mio. DM | Anteil am Neuwert | Mio. DM | Anteil am Neuwert | Mio. DM | Anteil am Neuwert
Neuwert | 1863 | 100% | 1985 | 100% | 2757 | 100% | 2849 | 100%

Über die Presse wird versucht, den DGB und die Eltern gegen den Streik der Lehrer ins Feld zu führen: ,,Beden-

Thape unternimmt einen letzten Versuch, die Bewegung unters Beamtenrecht zu zwingen: ,,Keine Lehrkraft darf am Mittwoch beurlaubt werden,

Lehrer zum Beginn der ,,heißen" Wahlkampfphase in Bremen in eine günstige Lage bezüglich der Durchsetzung ihrer Forderungen.

,,Rückgang der Gewinne bei Karstadt"?

r.kea. Anläßlich der Aktionärsversammlung des Karstadt-Konzerns, die kürzlich stattfand, schrieb am 19.6. das ,,Handelsblatt": ,,Der Gewinn ging empfindlich zurück." Mag sein, daß der Verfasser im stattfindenden Lohnkampf den Handelskapitalisten den Rücken zu stärken hatte – die Profitentwicklung des Karstadt-Konzerns jedenfalls hat er nicht untersucht. Tatsächlich ist nach den vorliegenden Zahlen aus den Geschäftsberichten einzig der Bruttoprofit der Karstadt-Aktiengesellschaft (einem Teil des Karstadt-Konzerns, der immerhin bereits die Neckermann AG geschluckt hat) von 443 Mio. DM (1977) auf 415 Mio. DM (1978) gesunken. Die Nettoprofite aber sind im gleichen Zeitraum von 295 Mio. DM auf 331 Mio. DM gestiegen: die Steuerreform der SPD/FDP-Regierung wirkt wie beabsichtigt. Noch günstiger sieht es für die Karstadt-Kapitalisten aus, wenn man den Karstadt-Konzern insgesamt betrachtet. Wiewohl das ,,Handelsblatt" behauptet, der Karstadt-Konzern tue sich noch immer schwer, die Neckermann-Mahlzeit zu verdauen, stieg der Bruttoprofit 1978 um immerhin 7 Mio. DM auf 669 Mio. DM gegenüber 1977. Mit einem absoluten Steuertiefstand von 106 Mio. DM 1978 stieg der Profit nach Steuerabzug sogar von 483 Mio. DM auf 563 Mio. DM. 1975 zahlte der Konzern noch 265 Mio. DM Steuern bei einem Bruttoprofit von 559 Mio. DM! Die rapide Senkung des Steuerprozentsatzes am gesamten produzierten Neuwert kann man aus der Tabelle ablesen. Diese Entwicklung ist das auffälligste Merkmal der Karstadt-Bilanzen der letzten Jahre, und da es sich um eine Folge der Steuerreformen handelt, sind parallele Entwicklungen nicht nur bei den anderen Warenhaus-Konzernen sicher anzunehmen.

Warum gerade die Karstadt-Kapitalisten immer noch jammern, kommt daher, daß sie im Konkurrenzkampf mit anderen Warenhaus-Kapitalisten stehen, wo es gilt, die Spitzenposition bei der Ausbeutung der Arbeiter zu erringen, um die Konkurrenz aus dem Feld zu schlagen. Vorstandsvorsitzender Deuss: ,,Wir sind mit dem Geschäftsjahr 1978 nur bedingt zufrieden." Er bedauert, daß es nicht wie in den vorhergegangenen Jahren gelungen ist, das Verhältnis der Profite zu den Löhnen zu ,,verbessern". Man merkt den starken Wunsch, daß dies beim diesjährigen Lohnabschluß nachgeholt werden soll. Jedenfalls wurde den Aktionären erst einmal 15 Prozent Dividende gezahlt.

Der Karstadt-Konzern ist expansiv und imperialistisch. Im Jahr 1978 wurde die Verkaufsfläche um 200000 qm gesteigert, das sind 20,4 %. Die Zahl der Beschäftigten, die auf dieser Fläche arbeiten müssen, stieg im selben Zeitraum nur um 5 % auf 77538 Personen. Neben der schnellen Ausweitung des Reisegeschäfts betreibt Karstadt Kapitalinvestition im Ausland, z.B. die 50prozentige Beteiligung an der Jelmoli France S.A., Lyon.

Die Beschäftigten im niedersächsischen Einzelhandel fordern im gegenwärtigen Lohnkampf: Mindestens 100 Mark für alle! Daß jedenfalls die Karstadt-Kapitalisten zahlen können, steht fest.

Profitentwicklung des Karstadt-Konzerns*

	1974		1975		1977		1978	
	Mio. DM	Anteil am Neuwert	Mio. DM	Anteil am Neuwert	Mio. DM	Anteil am Neuwert	Mio. DM	Anteil am Neuwert
Neuwert	1863	100%	1985	100%	2757	100%	2849	100%
Bruttolohnsumme (1)	1078	31,1%	1174	59,1%	1732	62,8%	1805	63,3%
gesetzl. Sozialaufwendg. des Konzerns (2)	149	8,0%	171	8,6%	267	9,7%	276	9,7%
betriebl. Altersvers. u. Unterstützung (3)	180	9,7%	81	4,1%	96	3,5%	99	3,5%
Personalausgaben (1) + (2) + (3)	1407	75,5%	1426	71,8%	2095	76,0%	2180	76,5%
Bruttoprofit	456	24,5%	559	28,2%	662	24,0%	669	23,5%
Steuern	197	10,6%	265	13,3%	179	6,5%	106	3,7%
Nettoprofit	259	13,9%	294	14,8%	483	17,5%	563	19,7%

*Berechnungen nach Angaben der Karstadt-Geschäftsberichte 1975 und 1978. Der Neuwert wurde errechnet als Summe von Rohertrag, Erträgen aus dem Abgang von Anlagevermögen und sonstigen Erträgen minus den Abschreibungen auf Sachanlagen minus dem produktiven Teil der sonstigen Aufwendungen (50% – Anteil geschätzt). Als Bruttoprofit bezeichnen wir die Differenz zwischen Neuwert und Personalausgaben, als Nettoprofit bezeichnen wir den Bruttoprofit abzüglich der insgesamt gezahlten Steuern.

z.uwb. **Nach den Erfahrungen des Winterfeldzuges in Schleswig-Holstein will die Landesregierung unter Stoltenberg die Anschaffung von Notstromaggregaten durch Steuererleichterung subventionieren.** Stoltenberg betonte die Notwendigkeit dieser Sache noch einmal in seiner Regierungserklärung, denn ,,zwei schwere Wintereinbrüche" hätten ,,vor Augen geführt, wie wichtig ausreichende Vorsorge gegen Katastrophen ist." Diese Initiative soll über das schleswig-holsteinische Parlament als Initiative in den Bundesrat weitergehen. In Holstein hat man dazu einen Sonderparagraphen 7g im Rahmen des Einkommensteuergesetzes angeregt, der steuerliche Sonderabsetzungen in Höhe von 60% vorsehen soll, wenn man sich ein Notstromaggregat anschafft. Man ist der Ansicht, daß der Einsatz von Notstromaggregaten eine erhebliche Verbesserung der Stromversorgung im Katastrophenfall mit sich bringt. Dann braucht der Staat sich darum nicht so zu kümmern. Dr. Barschel hofft, daß die Initiative beim Bundesrat und Bundesregierung unterstützt wird.

z.bew. **Im Bundesanzeiger vom 26.6.79 läßt der Bundesinnenminister die ,,Bekanntmachung über die Ausstattung von Großschutzräumen" veröffentlichen,** zwei Tage später der Bundesbauminister an gleicher Stelle die ,,Bautechnischen Grundsätze für Schutzräume in unterirdischen Bahnen (Haltestellen/Bahnhöfen)". Gemeinsam mit der Festlegung über den Bunkerbau in Tiefgaragen (vgl. KVZ 25/79) sind es schon drei Ausführungsbestimmungen innerhalb der letzten Wochen, mit denen die Bundesregierung neue Maßnahmen zur Zivilverteidigung festgelegt hat. In der Bundestagsdebatte am 27.6. zu dem CDU/CSU-Antrag ,,Gesamtverteidigung" steckten die Bourgeoispolitiker neue Zielpunkte für diesen Teil ihrer Kriegsvorbereitungen: Die CDU/CSU forderte u.a. die Wiedereinführung der Schutzbaupflicht

Jade Werft konkurs – Ausverkauf verhindert

Werfthilfeprogramm vom 17.1.79 in Kraft – Neue Millionen zur Rationalisierung bereit

r.wik. ,,Nur wenig Hoffnung für die Jade-Werft". Am 2.7. ist gegen die Jade Werft Wilhelmshaven das Konkursverfahren eröffnet worden. Die Jade-Werft wurde 1947 gegründet und hat sich frühzeitig auf den Bau von Schleppern spezialisiert. Die produzierten Schlepper zeichnen sich durch hohe Wendigkeit, hohe Zugkraft und stabile Lage aus, welche durch ein selbst entwickeltes Antriebsverfahren erreicht wird. Als der Konkurs ruchbar wurde, wollten die Gläubiger die Maschinen und vor allem über das Material für das im Bau befindliche Fahrgastschiff herfallen. Die Arbeiter haben das verhindert. Sie haben den Betrieb bewacht und den Abtransport verhindert. Die von den Gläubigern heranzitierte Polizei wagte nicht einzugreifen und das verbarrikadierte Werkstor der Plünderung zu öffnen.

Mit der Seetouristik Flensburg, der auftraggebenden Reederei des Fahrgastschiffes, haben die 250 Arbeiter mit Hilfe der IG Metall einen Lohntarifvertrag abgeschlossen und den Auftrag fertiggestellt. Dadurch erreichten sie die Lohnzahlung für den Juni und die erste Juliwoche. Wie jetzt bekannt wurde seitens der IG Metall, soll das Gericht die Konkurseröffnung verschoben haben, wodurch sich die Lohnzahlung für die Arbeiter um kurze Zeit verlängern würde, die jetzt ihren Urlaub nehmen mußten.

Während die örtlichen Politiker die Pleite beschwichtigen, versucht die Sozialdemokratie die Arbeiter ruhig zu halten und verweist auf Rettungsversuche. Die niedersächsische Landesregierung hat sich zu der Pleite überhaupt nicht geäußert. Vielmehr hat sie sie selbst vorangetrieben vermittels der Werftsubventionen. Wie die Ostfriesen Zeitung meldet, war der Konkurs da perfekt, als Aufträge für rund 20 Millionen DM geplatzt waren, die durch das Land Niedersachsen hätten plaziert werden können, deren Bezuschussung jetzt erst im Herbst erfolgen soll. Solange könne sich die Werft nicht über Wasser halten. Von dem nicht mehr eigenständig auftretbarem Kapital holen sich die Großwerften das Brauchbare. Der Vulkan hat sich sogleich bereit erklärt, das Konstruktionsbüro zu übernehmen.

In acht Werfthilfeprogrammen der Bundesregierung sind bisher 1,23 Mrd. DM bereitgestellt worden, weitere 1,7 Mrd. DM als Darlehen. Das Verkehrsministerium steckt seit 1963 1,3 Mrd. DM als ,,Neubauhilfen" dazu, die mit über 650 Millionen DM Steuererleichterungen und Treibstoffsubventionen seitens der Finanzministerien zugeschoben wurden. Das am 17.1.79 beschlossene und erst jetzt von der EG-Komission geändert genehmigte Werfthilfeprogramm sieht Bürgschaften von maximal 500 Millionen DM, Auftragshilfen von rechnerisch 10% des Vertragspreises und Fördermittel, die zwischen 0 und 20% selbständig in Einzelfällen gewählt werden können, vor. Die Rückzahlung dieser Fördermittel erfolgt nur bedingt: Unter der Vorraussetzung, daß aus den Profiten 1983 - 1988 Investitionen, die nicht der Erweiterung von Schiffbaukapazitäten dienen, vorgenommen werden, entfällt die Rückzahlung.

Der Verband der deutschen Schiffbauindustrie sieht in dem geänderten Programm der EG-Komission eine Beeinträchtigung der Konkurrenzlage gegenüber ihren internationalen Rivalen. ,,Außerdem sei eine weitere Einschränkung darin zu sehen, daß Umbauten nicht gefördert werden sollen. Zu 80% bestand das Auftragsvolumen 1978 im Bau von hochwertigen Schiffstypen. Derzeit werden viele konventionelle Schiffe in hochwertige Schiffstypen umgebaut. Der EG-Beschluß, über zwei Jahre nur die Neubauten hochwertiger Schifftypen zu subventionieren, wird dem Trieb der Kapitalisten nach immer schnellerem Umschlag des Warenkapitals gerecht. Der Umschlag des in Waren angelegten Kapitals wieder zu Geldkapital soll kurz sein, um mehr Geld in den Händen zu haben statt auf zeitraubenden Transporten nach Übersee festliegend. Gleichzeitig wird der EG-Beschluß einigen Werften das Rückgrat brechen können.

Die Landesregierung Niedersachsen hat jetzt einen Landeswerfthilfeplan verabschiedet, der den Kapitalisten ,,Hilfen" von mindestens 5 Millionen DM zuschiebt, die zum Zwecke der ,,Umstellungs- und Anpassungsmaßnahmen" vergeben werden. Die Werftkapitalisten ,,sollen ihre Wirtschaftlichkeit möglichst ohne Ausweitung der Schiffbaukapazitäten" vorantreiben, sprich rationalisieren, so wie es z.B. die Thyssen Nordseewerke in Emden machten, die eine Großbrennschneidanlage für den Spezialschiffbau in Auftrag gegeben haben, die vier Platten von 3,2 m Breite und 15 m Länge gleichzeitig über CNC-Bahnsteuerung von einem Arbeiter gesteuert, bearbeiten kann.

Hafenarbeiter unterstützen Streiks der LKW-Fahrer

z.erm.Rom. Seit 10 Monaten befinden sich die 400000 italienischen LKW-Fahrer und Speditionsbeschäftigten im tariflosen Zustand. Anfang letzter Woche führten sie Streiks von 24 bzw. 58 Stunden durch. Am 2. Juli haben 6000 Arbeiter an einer nationalen Demonstration in Genua teilgenommen. Die Gewerkschaft fordert durchschnittlich 25000 Lire mehr (umgerechnet 56 DM) und die Beschränkung der Überstunden auf zehn im Monat. Außerdem fordern die Lohnabhängigen die Anerkennung der Tarife und gewerkschaftlichen Rechte auch in Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten. In Mailand blockierten die Speditionsfahrer die Zollabfertigung, so daß zwei Tage lang die Güterwagen auf dem Bahnhof nicht entladen werden konnten. Zur Unterstützung des Kampfes der LKW-Fahrer führten die Hafenarbeiter einen nationalen Streik von zwei Stunden durch und nahmen mit Delegationen an der Demonstration teil. Die Gewerkschaftsverbände, in denen 90000 LKW-Fahrer organisiert sind, planen, die Gewerkschaften im gesamten Transportbereich in einer Gewerkschaft zusammenzufassen. Der Verband der selbstarbeitenden LKW-Besitzer, deren Existenz durch die seit 1968 um 125,3% gestiegenen Autobahngebühren bedroht ist, unterstützt die Kämpfe der lohnabhängigen LKW-Fahrer gegen die Großkapitalisten.

12-Stunden-Schicht, 56 Stunden die Woche – nach dem Arbeitsgesetzbuch der CSSR ,,eine Ehre des Bürgers"

z.anb. Am 9. Juni, einem Samstag, wurde in allen Gruben des tschechoslowakischen Kohlereviers Ostrava-Karvina gearbeitet, d.h. mit einer einzigen Ausnahme: der ,,Grube der Tschechoslowakischen Armee". Dort waren die Grubenmaschinen defekt; Samstagsarbeit für die Reparaturkolonne, verordnet von der Regierung, wie so oft in den letzten Monaten seit den ,,Witterungsunbilden" des strengen Winters, demzufolge das ganze Jahr über Planrückstände aufgeholt werden müssen.

Im Textilbetrieb *Velveta*, Hochburg der Schweißauspressung, vor allem von Frauen und Jugendlichen, wurde Ende Juni der Rekord unbezahlter Mehrarbeit gebrochen: in der Spinnerei wurden statt 3000 kg Garn 7000 kg über das Plansoll hinaus von der Jungarbeiterbrigade produziert, die jährlich im Durchschnitt 600 Brigadestunden, das macht 40 Stunden pro Arbeiter, ohne Lohn in Wochenendschichten ableisten müssen. Pro Arbeiter ist das Maximum der staatlich verordneten Zwangsarbeit im Gesetz auf 150, ,,in

jeglicher Begrenzung des Arbeitstages. Einige knapp zusammengefaßte Beispiele:

– 6 Arbeitstage hat die Woche, es sei denn es handelt sich um Schichtbetrieb

– ,,normal" ist Zweischichtbetrieb, wo ,,es die Produktion erfordert Dreischicht"

– die Schichtzeit beträgt 8 Stunden, in Versorgungseinrichtungen wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, Krankenhäusern kann sie bis auf 12 Stunden erweitert werden

– zwischen zwei Schichten muß die Ruhepause 12 Stunden betragen, sie kann auf 8 Stunden gesenkt werden, wenn ununterbrochener Schichtbetrieb herrscht, wenn dringende Reparaturarbeiten erforderlich sind, wenn die Ernte eingebracht werden muß, bei Naturkatastrophen, bei ,,außergewöhnlichen Ereignissen"

– Frauen haben in solchen Fällen die Vergünstigung, 11 Stunden Pause zwischen den Schichten beanspruchen zu können

– bei Arbeiten im Transport-,

als Überstunden gerechnet werden

Im folgenden Absatz liest man lapidar den Satz: ,,Nachtarbeit ist die Arbeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr" (Art.99). Sucht man ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen, so findet man unter Artikel 156 Absatz 3, daß sie *für Schwangere* verboten ist. Angesichts des hohen Anteils der Frauenarbeit nimmt es die neue Bourgeoisie genau mit der ,,Gleichberechtigung". Die Frauen sind es auch zum überwiegenden Teil, die unter das Akkordsystem gepreßt werden. Der Akkordlohn wird ausdrücklich neben dem Zeitlohn als die zweite Grundform der Entlohnung definiert. Berechnet man die verschiedenen Anteile der einzelnen Lohnbestandteile aus der Gesamtlohnsumme, ergibt sich folgendes Bild: 33% der Lohnsumme entfällt auf Akkordlohn, 35% auf Zeitlohn, 22% auf Zulagen und Prämien. Dazu ein Beispiel: als besonders effektiv gilt die 1972 als Testfall eingeführte ,,Arbeitskraftabgabe", die von den Kollektiven quasi als Besteuerung an den Staat abgeführt werden muß, und zwar nach der Anzahl der Arbeiter. Weniger Arbeiter, weniger Zwangsabgabe vom betrieblichen Lohnfonds, aus dem stets die Prämien bestritten werden müssen. Ein selten schmutziges Instrument, die Konkurrenz unter den Arbeitern bis zur ,,selbstgemachten" Rationalisierung zu treiben.



Arbeitsgesetzbuch der CSSR ,,eine Ehre des Bürgers"

z.anb. Am 9. Juni, einem Samstag, wurde in allen Gruben des tschechoslowakischen Kohlereviers Ostrava-Karvina gearbeitet, d.h. mit einer einzigen Ausnahme: der ,,Grube der Tschechoslowakischen Armee". Dort waren die Grubenmaschinen defekt; Samstagsarbeit für die Reparaturkolonne, verordnet von der Regierung, wie so oft in den letzten Monaten seit den ,,Witterungsunbilden" des strengen Winters, demzufolge das ganze Jahr über Planrückstände aufgeholt werden müssen.

Im Textilbetrieb Velveta, Hochburg der Schweißauspressung, vor allem von Frauen und Jugendlichen, wurde Ende Juni der Rekord unbezahlter Mehrarbeit gebrochen: in der Spinnerei wurden statt 3000 kg Garn 7000 kg über das Plansoll hinaus von der Jungarbeiterbrigade produziert, die jährlich im Durchschnitt 600 Brigadestunden, das macht 40 Stunden pro Arbeiter, ohne Lohn in Wochenendschichten ableisten müssen. Pro Arbeiter ist das Maximum der staatlich verordneten Zwangsarbeit im Gesetz auf 150, ,,in
Ausnahmefällen 180" Stunden pro Jahr ,,begrenzt". Wie bei nahezu allen Bestimmungen zur Regelung der Arbeitszeit sind auch hier die öffentlichen Dienste wie Fernmeldewesen, Transportwesen, Verwaltung, Schulen, und die Landwirtschaft ausgenommen.

Kaum vorstellbar, daß die tschechoslowakische Arbeiterklasse sichje mit diesem Gesetz abfinden könnte, noch weniger vorstellbar, daß sie seinen Charakter nicht durchschaut. Sie bezahlt dieses Machwerk tagtäglich millionenfach mit der Verkürzung ihrer Lebenszeit: auf der Basis der 46-Stunden-Woche, wie sie in Artikel 83 zum Ausgangspunkt der Arbeitszeitregelung genommen wird, entfaltet sich sodann eine beispiellose Aushöhlung

jeglicher Begrenzung des Arbeitstages. Einige knapp zusammengefaßte Beispiele:

– 6 Arbeitstage hat die Woche, es sei denn es handelt sich um Schichtbetrieb

– ,,normal" ist Zweischichtbetrieb, wo ,,es die Produktion erfordert Dreischicht"

– die Schichtzeit beträgt 8 Stunden, in Versorgungseinrichtungen wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerken, Krankenhäusern kann sie bis auf 12 Stunden erweitert werden

– zwischen zwei Schichten muß die Ruhepause 12 Stunden betragen, sie kann auf 8 Stunden gesenkt werden, wenn ununterbrochener Schichtbetrieb herrscht, wenn dringende Reparaturarbeiten erforderlich sind, wenn die Ernte eingebracht werden muß, bei Naturkatastrophen, bei ,,außergewöhnlichen Ereignissen"

– Frauen haben in solchen Fällen die Vergünstigung, 11 Stunden Pause zwischen den Schichten beanspruchen zu können

– bei Arbeiten im Transport-,
Fernmelde- und Verkehrswesen mit unregelmäßigem Schichtplan ,,muß die Ruhezeit zwischen zwei Schichten mindestens so lang sein wie die letzte Schicht, vorausgesetzt diese war *kürzer* als 8 Stunden" (Art.90 Abs.3)

– einmal in der Woche soll auch für Schichtarbeiter die Ruhepause mindestens 32 Stunden betragen, sie kann durch Regierungsdekret aber auf 24 Stunden begrenzt werden, in der Landwirtschaft gar auf einmal 32 Stunden in 2 Wochen

– eine *tatsächliche* Begrenzung des Arbeitstages für die Schichtarbeit erscheint schließlich erst in Artikel 97: 56 Stunden pro Woche, wobei die über die in Artikel 83 erwähnte 46-Stunden-Woche hinausgehenden Stunden nicht

als Überstunden gerechnet werden

Im folgenden Absatz liest man lapidar den Satz: ,,Nachtarbeit ist die Arbeit zwischen 22 Uhr und 6 Uhr" (Art.99). Sucht man ein Verbot der Nachtarbeit für Frauen, so findet man unter Artikel 156 Absatz 3, daß sie für Schwangere verboten ist. Angesichts des hohen Anteils der Frauenarbeit nimmt es die neue Bourgeoisie genau mit der ,,Gleichberechtigung". Die Frauen sind es auch zum überwiegenden Teil, die unter das Akkordsystem gepreßt werden. Der Akkordlohn wird ausdrücklich neben dem Zeitlohn als die zweite Grundform der Entlohnung definiert. Berechnet man die verschiedenen Anteile der einzelnen Lohnbestandteile aus der Gesamtlohnsumme, ergibt sich folgendes Bild: 33% der Lohnsumme entfällt auf Akkordlohn, 35% auf Zeitlohn, 22% auf Zulagen und Prämien. Dazu ein Beispiel: als besonders effektiv gilt die 1972 als Testfall eingeführte ,,Arbeitskraftabgabe", die von den Kollektiven quasi als Besteuerung an den Staat abgeführt werden muß, und zwar nach der Anzahl der Arbeiter. Weniger Arbeiter, weniger Zwangsabgabe vom betrieblichen Lohnfonds, aus dem stets die Prämien bestritten werden müssen. Ein selten schmutziges Instrument, die Konkurrenz unter den Arbeitern bis zur ,,selbstgemachten" Rationalisierung zu treiben.



,,Sechs Paar Schuhe in jeder Sekunde" – Akkord im Nationalunternehmen SVIT in Gottwaldov

Textilarbeiter in Indien weiten Streikaktionen aus

z.acr. Die Textilarbeiter in den südindischen Bundesstaaten Tamil Nadu und Pondicherry weiten ihre Streikaktionen aus. Seit dem 28.6. stehen Streikposten vor den Geschäftsstellen des Textilkapitalistenverbandes und den für die staatlichen Betriebe verantwortlichen Behörden. Die Gewerkschaftsführung hatte diese bereits für den 21.6. geplante Aktion zunächst ausgesetzt, um mit den Kapitalisten in die fünfte Verhandlungsrunde einzutreten. Außerdem hatte sie die Forderung nach der Erhöhung des Grundlohns von 60 Rupien (Rs.) auf 50 Rs. und die Forderung nach der Teuerungszulage gesenkt. Der Grundlohn beträgt bisher 481,60 Rs. (120 DM) im Monat. Die Kapitalisten wollen nur 35 Rs. mehr zahlen. Sie versuchen, den seit dem 25.5. andauernden Streik mit Polizeieinsätzen zu zerschlagen. In ihrer Verhandlungskommission geben Vertreter von Betrieben wie der Anglo-French Textiles Ltd. den Ton an. Die Imperialisten und die indischen Kapitalisten beuten in den beiden Staaten 140000, staatliche Betriebe 10000 Textilarbeiter aus. Textilarbeiter aus Madhya Pradesh unterstützen den Streik in Südindien und setzten selber eine

weiten Streikaktionen aus

z.acr. Die Textilarbeiter in den südindischen Bundesstaaten Tamil Nadu und Pondicherry weiten ihre Streikaktionen aus. Seit dem 28.6. stehen Streikposten vor den Geschäftsstellen des Textilkapitalistenverbandes und den für die staatlichen Betriebe verantwortlichen Behörden. Die Gewerkschaftsführung hatte diese bereits für den 21.6. geplante Aktion zunächst ausgesetzt, um mit den Kapitalisten in die fünfte Verhandlungsrunde einzutreten. Außerdem hatte sie die Forderung nach der Erhöhung des Grundlohns von 60 Rupien (Rs.) auf 50 Rs. und die Forderung nach der Teuerungszulage gesenkt. Der Grundlohn beträgt bisher 481,60 Rs. (120 DM) im Monat. Die Kapitalisten wollen nur 35 Rs. mehr zahlen. Sie versuchen, den seit dem 25.5. andauernden Streik mit Polizeieinsätzen zu zerschlagen. In ihrer Verhandlungskommission geben Vertreter von Betrieben wie der Anglo-French Textiles Ltd. den Ton an. Die Imperialisten und die indischen Kapitalisten beuten in den beiden Staaten 140000, staatliche Betriebe 10000 Textilarbeiter aus. Textilarbeiter aus Madhya Pradesh unterstützen den Streik in Südindien und setzten selber eine
Lohnerhöhung von 45 Rs. im Monat durch. In Dehli traten am 27.6. 25000 Textilarbeiter für einen Ausgleich der Teuerung und einen Abschlag von 85 Rs. im Monat in den Streik.

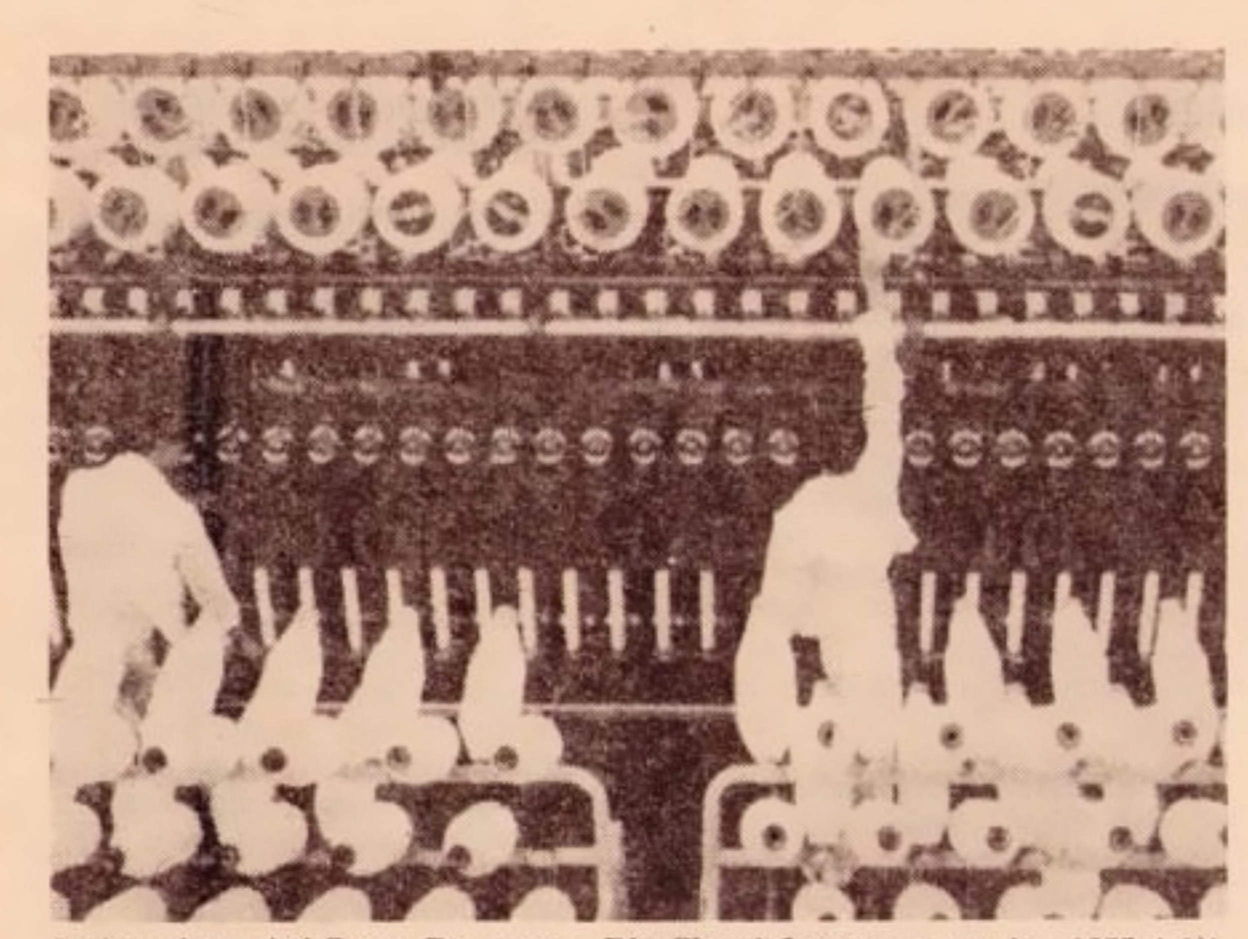
für den Wohnungsbau, eine Schaltstelle für die Koordinierung von ziviler und militärischer Kriegsplanung beim Bundeskanzleramt und eine bessere psychologische Vorbereitung auf den Kriegsfall. Die SPD/FDP-Sprecher reklamierten für sich die Urheberschaft für viele der CDU-Forderungen und kündigten die Vorlage des von der Opposition geforderten Gesundheitssicherstellungsgesetzes und eines einheitlichen Zivilschutzgesetzes noch für diese Legislaturperiode an. Und FDP-Möllemann gibt zu ,,bedenken, ob Grundkenntnisse in Zivil- und Katastrophenschutz als Einstellungsvoraussetzungen oder Ausbildungsteil für den öffentlichen Dienst eingeführt" werden sollen.

z.gih. **Die Bundesregierung hat dem Bundesrat einen ,,Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Energiesicherstellungsgesetzes 1975" vorgelegt.** Das Gesetz zur Sicherung der Energieversorgung bei Gefährdung oder Störung der Einfuhren von Erdöl, Erdölerzeugnissen oder Erdgas (Energiesicherstellungsgesetz 1975) vom 20. Dezember 1974 tritt nach § 18 Satz 2 am 31. Dezember außer Kraft. Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht vor, daß der § 18 Satz 2 ersatzlos gestrichen werden soll und somit das Gesetz ohne Zeitbegrenzung angewendet werden kann. Mit diesem Energiesicherstellungsgesetz hat sich die Bundesregierung ein Ermächtigungsgesetz geschaffen, mit dem jederzeit ,,durch Rechtsverordnung Vorschriften über 1. die Produktion, den Transport, die Lagerung, die Verteilung, die Abgabe, den Bezug, die Verwendung sowie Höchstpreise von Erdöl und Erdölerzeugnissen, ... erlassen werden (können). Als lebenswichtig gilt auch der Bedarf zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben und internationaler Verpflichtungen." Damit rüstet sich die Bourgeoisie für den ,,internationalen Verteilungskampf um das knapper gewordene Öl" (Regierungserklärung Schmidt, 4.7.1979). Und gleichzeitig droht er den Volksmassen: ,,Sollte sich herausstellen, daß sich die internationale Energieversorgungslage weiter verschärft oder unser Appell an die Verbraucher nicht die nötige Resonanz findet, werden wir diese Entscheidungen überdenken."

z.sth. **Neue Wahlordnung bei den Sozialversicherungen soll Spalterlisten den Weg ebnen.** Die ,,Selbstverwaltungsorgane" der Sozialversicherungen sind zu gleicher Zahl durch die Versicherten und die Kapitalisten besetzt. Zu den Wahlen wurde bisher von den Versicherten meist eine Gewerkschaftsliste aufgestellt, von den Kapitalisten eine Liste der Kapitalistenverbände. Zu den im April oder Mai 1980 stattfindenden Wahlen der Sozialversicherungen hat der Bundesrat am 1. Juni der ,,Vierten Verordnung zur Änderung der Wahlordnung für die Sozialversicherung" zugestimmt, die somit demnächst in Kraft tritt. In § 12 Absatz 3 Satz 2 heißt es: ,,Bei Vorschlagslisten sonstiger Arbeitnehmervereinigungen ist die sozial- oder berufspolitische Zwecksetzung an Hand von Unterlagen im einzelnen darzulegen". Im Unterschied zur bisherigen Wahlordnung soll es jetzt neben den Gewerkschaften anderen ,,Arbeitnehmervereinigungen" erleichtert werden, Vorschlagslisten aufzustellen. Die Kapitalisten suchen neue Spaltungsmöglichkeiten. In § 22 Absatz 2 heißt es: ,,Zu der Sitzung des Beschwerdewahlausschusses lädt der Vorsitzende als Beteiligte die Beschwerdeführer und den Vorsitzenden des Wahlausschusses, im Falle des § 21 Abs.1 Satz 2 auch den Listenvertreter der betroffenen Liste und im Falle der Beschwerde gegen die Nichtzulassung einer Liste die Listenvertreter der zugelassenen Listen." Mag auch mal eine opportunistische Liste mit reinkommen, hauptsächlich aber ist dies eine Einladung an christliche, gelbe und sonstige ,,Gewerkschaften", den Gedanken vom Gemeinwohl zu verbreiten.

Rückzugsmanöver der britischen Times-Kapitalisten

z.rül.London. Vor eineinhalb Jahren legten die Times-Kapitalisten ein drastisches Rationalisierungsprogramm vor (siehe KVZ 19/79) und drohten den Gewerkschaften mit der befristeter. Einstellung der Produktion, falls sie nicht zustimmen würden. Das Erpressungsmanöver scheiterte. Vor über sieben Monaten stellten daraufhin die Kapitalisten die Produktion ein, sperrten die Belegschaft aus und entließen später 3000 der 4000 Lohnabhängigen. Nachdem sie inzwischen über 20 Mio. Pfund (80 Mio. DM) verloren und mit einer ,,internationalen Ausgabe" Ende April scheiterten, geraten die Kapitalisten jetzt ins Wanken. Sie erklärten, sie wollten die Produktion wieder aufnehmen, *ohne* daß die Gewerkschaften ihrem Rationalisierungsprogramm voll zugestimmt hätten. Das Programm selber freilich wollen sie uneingeschränkt aufrechterhalten. Fallengelassen haben die Kapitalisten die Forderung, daß die Gewerkschaften *vor* der Zurücknahme der Entlassungen sich einverstanden erklären müssen, daß Lichtsatzgeräte eingeführt werden und Redakteure und niedrig bezahlte Schreibkräfte an diesen Geräten arbeiten. Wenige Tage später erklärten sie, wenn die Gewerkschaften der Einführung neuer Maschinerie, der Umstellung von Zwei- auf Dreischichtbetrieb und einer ,,Arbeitsfriedensregelung" zustimmten, solle die Produktion wieder beginnen.



Perlonspinner bei Bayer Dormagen. Die Chemiefasersparte machte 1977 4,5% der gesamten chemischen Produktion in Westdeutschland aus. Die Überproduktionskrise hat diese Sparte als erste erfaßt. Bei Bayer z.B. wurde die Produktion von Perlonseide 1977 eingestellt, nachdem wegen den niedrigeren Preisen der Konkurrenz (z.B. Italien) profitable Perlonproduktion nicht mehr drin war. Über 1000 Arbeiter wurden umgesetzt bzw. entlassen.





Rechtes Bild: Abfüllanlage für Düngemittel des Chemie-Maschinenkonzerns Uhde in Multan, Pakistan. Der überwiegende Teil der Düngemittelproduktion ist bereits in die Länder der Dritten Welt verlegt. Die Arbeiter auf dem Bild füllen Nitrophosphat und Kalkammonsalpeter ab. Gelber Phosphor, Grundstoff für Nitrophosphat, ist aggressiv. *Links:* Mischen von Lacken bei BASF Hiltrup. Der Umsatz bei Lacken und Farben machte 1976 bei BASF 12,6% aus. Für den Korrosionsschutz von Stahl und Gußeisen spielen Farb- und Lackanstriche die wesentliche Rolle. Die Filmbildner der Lacke sind u.a. Natur- und Kunstharze, die Pigmente Metallpulver, Verbindungen von Blei etc.

Kunstoffprodukte im Fahrzeugbau, nochmals intensivere Arbeit

r.mar. ,,Der Kunststoffanteil im Fahrzeugbau wird immer größer" überschreibt die VW-Hauspostille ,,Autogramm", 13.10.78 ihre Ausgabe. Das Wort ,,Kunststoff" hat vor allem für viele ältere Menschen noch immer die Bedeutung von etwas Unechtem und Ersatzhaftem. Diese Einschätzung ist dagegen bei den meisten Kunststoffen... völlig fehl am Platze, rührt das ,,Autogramm" die Trommel für den Ausbau der ,,Leichtbauweise". ,,Auch im Automobilbau ist der Anteil der Kunststoffe an den Werkstoffen bereits sehr viel größer geworden und die verschiedenen Kunststoffarten bewähren sich im Alltagsbetrieb seit Jahren hervorragend."

Die VW-Kapitalisten sind weltweit führend in der Ersetzung des Stahlblechs als herkömmlichen Werkstoff durch Kunststoffe in der ,,Materialeinsparung". Die Anwendungsbereiche von Kunststoffen reichen vom Frontspoiler über den Kühlergrill, das Armaturenbrett, Ablagen und Innenverkleidungen usw. Die Entwicklung eines Fertighimmels hat VW jetzt abgeschlossen. Statt wie bisher, wo der Himmel unter das Dach gespannt und eingeklebt wurde, wird der neu entwickelte Himmel aus Kunststoff als Fertigform unter das Dach geklemmt.

Neben erheblichen Einsparungen an Kosten für das teure Stahlblech haben die VW-Kapitalisten ein besonderes Interesse an der Intensivierung der Arbeit und der Senkung der Lohnsumme bei dem Einsatz von Kunststoffen. In der Kunststoffteilefertigung, Werk Wolfsburg, wird in 3-Schicht an Voll- und Halbautomaten gearbeitet. Ein Arbeiter hat z.B. in der Herstellung der Radiofächer für den Golf 5 Maschinen zu bedienen, die Teile zu beschneiden und

rührt das ,,Autogramm" die Trommel für den Ausbau der ,,Leichtbauweise". ,,Auch im Automobilbau ist der Anteil der Kunststoffe an den Werkstoffen bereits sehr viel größer geworden und die verschiedenen Kunststoffarten bewähren sich im Alltagsbetrieb seit Jahren hervorragend."

Die VW-Kapitalisten sind weltweit führend in der Ersetzung des Stahlblechs als herkömmlichen Werkstoff durch Kunststoffe in der ,,Materialeinsparung". Die Anwendungsbereiche von Kunststoffen reichen vom Frontspoiler über den Kühlergrill, das Armaturenbrett, Ablagen und Innenverkleidungen usw. Die Entwicklung eines Fertighimmels hat VW jetzt abgeschlossen. Statt wie bisher, wo der Himmel unter das Dach gespannt und eingeklebt wurde, wird der neu entwickelte Himmel aus Kunststoff als Fertigform unter das Dach geklemmt.

Neben erheblichen Einsparungen an Kosten für das teure Stahlblech haben die VW-Kapitalisten ein besonderes Interesse an der Intensivierung der Arbeit und der Senkung der Lohnsumme bei dem Einsatz von Kunststoffen. In der Kunststoffteilefertigung, Werk Wolfsburg, wird in 3-Schicht an Voll- und Halbautomaten gearbeitet. Ein Arbeiter hat z.B. in der Herstellung der Radiofächer für den Golf 5 Maschinen zu bedienen, die Teile zu beschneiden und

einzustapeln. Die Maschine läuft rund um die Uhr, und in den Pausen muß abgelöst werden. Überhaupt läßt VW einen erheblichen Anteil der Kunststoffteile von Zulieferern produzieren oder aber in der DDR, wohin VW seit Anfang dieses Jahres mit Produktionsverlagerung begonnen hat. Das Zusammenstecken der Kunststoffteile lassen sich die VW-Kapitalisten in Lebenshilfewerkstätten besorgen oder in der Kolonie Kästorf für ein Taschengeld. Auch in der Endmontage zahlt sich die Verwendung von Kunststoffteilen für die Kapitalisten aus. Die Montage von Kunststoffteilen ist einfacher als bei Metallteilen. Teilweise werden die Teile nur noch in Nuten gedrückt oder mit Pfropfen an den Karosserieteilen befestigt, allerhöchstens mit ein paar Blechschrauben befestigt. Das hat die Betriebsführung seit Aufnahme der Golfproduktion, mit der die Verwendung von Kunststoffteilen insbesondere mit dem Plastikarmaturenbrett einen erheblichen Aufschwung genommen hat, zur Intensivierung der Arbeit am Montageband benutzt. Beim Käfer wurde das Armaturenbrett im Rohbau fest mit der Karosserie verschweißt und die Einbauten, wie Armaturen und Handschuhfach in der Endmontage verschraubt. Jetzt werden die vollständig vormontierten Armaturenbretter in eins eingesetzt.

Nachdem die VW-Kapitalisten inzwischen fast alles, was in der Innenausstattung dazu geeignet ist, durch Kunststoff ersetzt haben, ebenso einige Teile an der Karosserie, stoßen sie jetzt an Grenzen. Der bisher benutzte thermoplastische Kunststoff läßt sich nicht für stark belastete Teile verwenden. Gerade aber im Karosseriebau drängt Schmücker auf Materialeinsparung. Zwar ist es den Automobilkapitalisten gelungen, durch Einsatz von Kunststoffschaum als Füllschicht zwischen Decklack und Grundierung die Stärke des Karosserieblechs um fast die Hälfte zu reduzieren, aber ausreichen tut ihnen das noch lange nicht. Bis 1988 haben die VW-Kapitalisten die Reduzierung des Gesamtgewichts des Autos um etwa 10% projektiert. Das geht aber überhaupt nur über die Verringerung des Gewichts der selbsttragenden Karosserie, die beim Golf 58% des Gesamtgewichts beträgt. Und das, obwohl ,,bereits heute im VW-Modellprogramm konsequenter Leichtbau Stand der Technik ist." (Autogramm, 5/79). Was nicht mehr dünner gemacht werden kann, soll durch Kunststoff ersetzt werden.

Anfang 1978 fand in Düsseldorf die Fachtagung ,,GFK im Fahrzeugbau" statt unter Leitung der PKW-Entwicklung Wolfsburg der VW AG. Glasfaserverstärkter Kunststoff mit Polyesterharz als Basismaterial (GFK) ist ein Werkstoff, mit dem 1965 bei der Auto Union das erste Auto mit einer Vollkunststoffkarosserie entwickelt wurde. 400 GFK-Teile für den Fahrzeugbau wurden ausgestellt. ,,Um allen Bereichen des Volkswagenwerks diesen interessanten Konstruktionswerkstoff vorzustellen", haben die VW-Kapitalisten die Ausstellung und die Referenten gleich nach Wolfsburg geholt. Die GFK Kunststoffe gehören zu den sogenannten duroplastischen Kunststoffen, deren verschiedene Komponenten (Reaktionsteilnehmer)

zu reduzieren, aber ausreichen tut ihnen das noch lange nicht. Bis 1988 haben die VW-Kapitalisten die Reduzierung des Gesamtgewichts des Autos um etwa 10% projektiert. Das geht aber überhaupt nur über die Verringerung des Gewichts der selbsttragenden Karosserie, die beim Golf 58% des Gesamtgewichts beträgt. Und das, obwohl ,,bereits heute im VW-Modellprogramm konsequenter Leichtbau Stand der Technik ist." (Autogramm, 5/79). Was nicht mehr dünner gemacht werden kann, soll durch Kunststoff ersetzt werden.

Anfang 1978 fand in Düsseldorf die Fachtagung ,,GFK im Fahrzeugbau" statt unter Leitung der PKW-Entwicklung Wolfsburg der VW AG. Glasfaserverstärkter Kunststoff mit Polyesterharz als Basismaterial (GFK) ist ein Werkstoff, mit dem 1965 bei der Auto Union das erste Auto mit einer Vollkunststoffkarosserie entwickelt wurde. 400 GFK-Teile für den Fahrzeugbau wurden ausgestellt. ,,Um allen Bereichen des Volkswagenwerks diesen interessanten Konstruktionswerkstoff vorzustellen", haben die VW-Kapitalisten die Ausstellung und die Referenten gleich nach Wolfsburg geholt. Die GFK Kunststoffe gehören zu den sogenannten duroplastischen Kunststoffen, deren verschiedene Komponenten (Reaktionsteilnehmer)

chemisch miteinander reagieren und danach durch Wärme nicht wiedererweichbar sind.

Die Anwendungsbereiche reichen von Stoßstangen, Schiebedächern, Sitzschalen, Motor- und Kofferraumteilen im Heizungs- und Lüftungsbereich, Kotflügeln, Kühlergrills sowie Fensterrahmen und Dachstützenverkleidungen bis hin zur kompletten Karosserie. Mit GFK Karosserieteilen lassen sich Gewichtseinsparungen von etwa 40% erzielen. Was den Kapitalisten allerdings Kopfzerbrechen macht, sind die hohen Kosten der Verarbeitungstechnik, die bisher nur unter hohem Aufwand an Werkzeug und Maschinen größere Stückzahlen erlaubt. ,,Aus volkswirtschaftlicher Sicht sollte man zunächst deshalb den Weg gehen, geeignete Karosserieteile für den Serieneinsatz zu untersuchen", merken die VW-Kapitalisten im ,,Autogramm" an. ,,Inzwischen konnten interessante Konstruktionen in Zusammenarbeit mit der Produktionsplanung Wolfsburg in Angriff genommen werden. Neben Fahrzeugtüren und großen Fließheckklappen sollen auch Stoßfänger und Innenteile wie Lampenträger für die Umstellung von Stahl in GFK-Polyesterharz untersucht werden." Die VW-Kapitalisten sind entschlossen, nach der Umstellung von der Kastenbauweise des Käfers auf die Leichtbauweise des Golf mit der selbsttragenden Karosserie erneut eine erhebliche Umwälzung des Produktionsprozesses durchzuführen, die weitere Möglichkeiten zur Intensivierung der Arbeit und Extraprofit verspricht.

12-Stunden-Dauerschicht bei den Hoechster Farbwerken – wer ist dafür?

z.gek. Montags früh zwischen fünf und sechs beleben sich schon die Autobahnen vor Hoechst. Aus den Orten im Taunus oder in der Main-Ebene, die wie Dörfer aussehen und Arbeitersiedlungen sind, sind dann schon etwa 1500 Schichtarbeiter unterwegs zum Schichtwechsel um 6.00 Uhr. Die Rauchfahnen, die unbeweglich über den Farbwerken stehen, zeigen, daß die 1500 Arbeiter der Nachtschicht die Riesenagglomeration chemischer Anlagen voll in Betrieb gehalten haben, seit Schichtbeginn Sonntag um 18.00 Uhr. Die dritte Schichtbesetzung, die den Sonntag über geschafft hat, ruht jetzt. Sie wird an diesem Montag abend in die Spätschicht müssen. Die vierte Besetzung, die die Nacht von Samstag auf Sonntag in der Produktion war, hat heute ihre Freischicht; sie muß Dienstag früh wieder einrücken.

Es sind ca. 6000 Arbeiter der Farbwerke Hoechst, die im 12-Stunden-Dauerschichtsystem arbeiten, das Gros der eigentlichen Produktionsarbeiter. Das ist eine sehr geringe Zahl angesichts der riesigen Produktionsanlagen, die sie betreiben. Der Umsatz pro Beschäftigtem ist von 1970 bis 78 von 85000 auf 210000 gesteigert worden. Es sind nur 10, 12, höchstens 15 Arbeiter, die jeweils einen ganzen Produktionsbetrieb ,,fahren".

Produktionserfahrung, oft in anderen Berufen gesammelt, gehört vor allem dazu. Der größere Teil der Arbeiter ist in mittlerem Alter. Es müssen in den Kesseln die chemischen Prozesse in Gang gesetzt und überwacht werden; hier sind Chargen nachzufüllen, müssen neue Stoffe in vorgeschriebenen Mengenverhältnissen nachgekippt werden; dort ist der Gang der Reaktionen über die Meßinstrumente zu verfolgen, sind Geräte zu einem festen Zeitpunkt zuzuschalten, wird geleert und versiegelt. Einmal treten Pausen im Arbeitsprozeß auf, dann fallen Termine zusammen, müssen mehrere Arbeiten rasch und gleichzeitig erledigt werden. Stets sind es eine ganze Reihe solcher Prozesse in einem Produktionsbetrieb, die sich zu einem fließenden und komplexen Ganzen ineinander verflechten. Und jede dieser Arbeiten ist mit unbedingter Genauigkeit und Vorsicht zu erledigen. Unaufmerksamkeit oder Versehen sind hier nie rückgängig zu machen und führen zu größeren, wenn schon nicht schlimmen Konsequenzen. Wehe, wenn auch nur ,,Stillstand" eintritt! Das Schreckenswort, das sofort Scharen von Aufsichtspersonen auf den Plan bringt. Allgemeine Aufregung, hochnotpeinliche Befragung. Die Reparaturhandwerker müssen im Eiltempo heran und die Anlage wieder zum Laufen bringen. Der leitende Ingenieur macht ein Gesicht, als liefe ihm im Bauch ein Zähler mit, der die entgangenen Profite für die Aktionäre in Minuten und Sekunden mißt.

Die dieser Betriebsweise entsprechende Ausbeutungsform ist eben die 12-Stunden-Schicht. Über ihre zerstörerischen Wirkungen – es lohnt, sich den aufgezeichneten Schichtplan einmal näher anzuschauen – kann es keine Zweifel geben. Zwar hält der betriebsärztliche Dienst, der die Arbeiter, wie es in schöner Offenheit heißt, auf ihre ,,Tauglichkeit" und ,,verbliebene Einsatzfähigkeit" untersucht, alle exakteren Zahlen unter Verschluß. Aber die Hoechst-Zelle des KBW hat 1500 Todesanzeigen von Arbeitern der Farbwerke ausgewertet. 10% der Verstorbenen hatte nicht einmal das 45. Lebensjahr erreicht, 42% erlebten das 65. Lebensjahr, das Rentenalter, nicht mehr.

Aber hat sich nicht die überwiegende Zahl der Hoechster Schichtarbeiter in ,,Probeabstimmungen" für die Beibehaltung dieses Schichtsystems ausgesprochen? Die sozial- und christdemokratischen Betriebsräte, die das ganze System mitausgearbeitet und auszudehnen geholfen haben, brüsten sich damit. Auch die linkssozialdemokratische oder revisionistische Opposition sagt den Schichtarbeitern gern nach, jedenfalls hintenrum, daß sie für so hohe gewerkschaftliche Ziele wie ,,Mitbestimmung" oder ,,Humanisierung" wenig aufgeschlossen, Eigenbrötler, fast so etwas wie Arbeiterkonservative seien.

Die ganze Grundlage, die das hat, ist, daß sich auf dem jetzigen System der 12-Stunden-Schichten eine eigentümlich geprägte, strenge Ökonomie der Lebensverhältnisse außerhalb der Arbeit für den Kapitalisten aufbaut. In den längeren zusammenhängenden Freizeiten kann man mehr anfangen – auch am eigenen Haus mitbauen, Autos reparieren, irgendeinen Nebenerwerb betreiben – als in den völlig unregelmäßigen, zerfransten Freizeiten, die die 8-Stunden-Wechselschicht, Vollkonti wie jetzt auch, ließe. Und nur das stand ja zu ,,Probeabstimmung". Dann müßte man statt drei- oder viermal fünfmal die Woche nach Hoechst hinunterfahren. Noch schwieriger wäre es, sich mit der Frau zu vereinbaren, die vielleicht in Teilzeit arbeitet. Also, warum auf ein anderes, nicht weniger aufreibendes System umwechseln, wenn man sich so eingerichtet hat?

Aber *für* die 12-Stunden-Schicht? Wer kann dafür sein, völlig gegen den Lebensrhythmus des eigenen Organismus wie seiner sozialen Umwelt zu leben? Die Wahrheit ist einfach. Sie besteht vor allem in Tariflöhnen zwischen 1600 und 1900 DM maximal für die Lohngruppen III bis VI, in denen die Schichtarbeiter mehrheitlich einzustufen sind. So daß die Aktiengesellschaft Hoechst es sich leisten kann, ,,Arbeitswertlöhne" zu zahlen, die um 300 bis 400 DM über diesen Tariflöhnen liegen; und darauf noch eine ,,persönliche Prämie" von 50, 100 oder sogar 200 DM mehr, ganz nach Willkür. Und immer unter der Voraussetzung, daß man die Bedingungen der Gesellschaft akzeptiert. Die Bedingung aber, wenn man nicht auf den Niedriglohnstellen landen will, ist die 12-Stunden-Schicht. Mit allen Schicht-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschlägen und mit allen Überstunden, die man über die tariflich (bisher) festgelegten 42 Stunden pro Woche hinaus schindet, kann man dann weitere 800 DM machen, so daß man alles in allem auf 2800 oder 3000 DM kommt. Daß man die dann auch *braucht*, weil bei solcher Verausgabung der Arbeitskraft die Kosten und die Zeit zu ihrer Wiederherstellung ganz *über*proportional wachsen, wird man dann freilich gar nicht so leicht merken. Außer eben, daß das Geld doch immer knapp ist.

die 1500 Arbeiter der Nachtschicht die Riesenagglomeration chemischer Anlagen voll in Betrieb gehalten haben, seit Schichtbeginn Sonntag um 18.00 Uhr. Die dritte Schichtbesetzung, die den Sonntag über geschafft hat, ruht jetzt. Sie wird an diesem Montag abend in die Spätschicht müssen. Die vierte Besetzung, die die Nacht von Samstag auf Sonntag in der Produktion war, hat heute ihre Freischicht; sie muß Dienstag früh wieder einrücken.

Es sind ca. 6000 Arbeiter der Farbwerke Hoechst, die im 12-Stunden-Dauerschichtsystem arbeiten, das Gros der eigentlichen Produktionsarbeiter. Das ist eine sehr geringe Zahl angesichts der riesigen Produktionsanlagen, die sie betreiben. Der Umsatz pro Beschäftigtem ist von 1970 bis 78 von 85000 auf 210000 gesteigert worden. Es sind nur 10, 12, höchstens 15 Arbeiter, die jeweils einen ganzen Produktionsbetrieb ,,fahren".

Produktionserfahrung, oft in anderen Berufen gesammelt, gehört vor allem dazu. Der größere Teil der Arbeiter ist in mittlerem Alter. Es müssen in den Kesseln die chemischen Prozesse in Gang gesetzt und überwacht werden; hier sind Chargen nachzufüllen, müs-

Die dieser Betriebsweise entsprechende Ausbeutungsform ist eben die 12-Stunden-Schicht. Über ihre zerstörerischen Wirkungen – es lohnt, sich den aufgezeichneten Schichtplan einmal näher anzuschauen – kann es keine Zweifel geben. Zwar hält der betriebsärztliche Dienst, der die Arbeiter, wie es in schöner Offenheit heißt, auf ihre ,,Tauglichkeit" und ,,verbliebene Einsatzfähigkeit" untersucht, alle exakteren Zahlen unter Verschluß. Aber die Hoechst-Zelle des KBW hat 1500 Todesanzeigen von Arbeitern der Farbwerke ausgewertet. 10% der Verstorbenen hatte nicht einmal das 45. Lebensjahr erreicht, 42% erlebten das 65. Lebensjahr, das Rentenalter, nicht mehr.

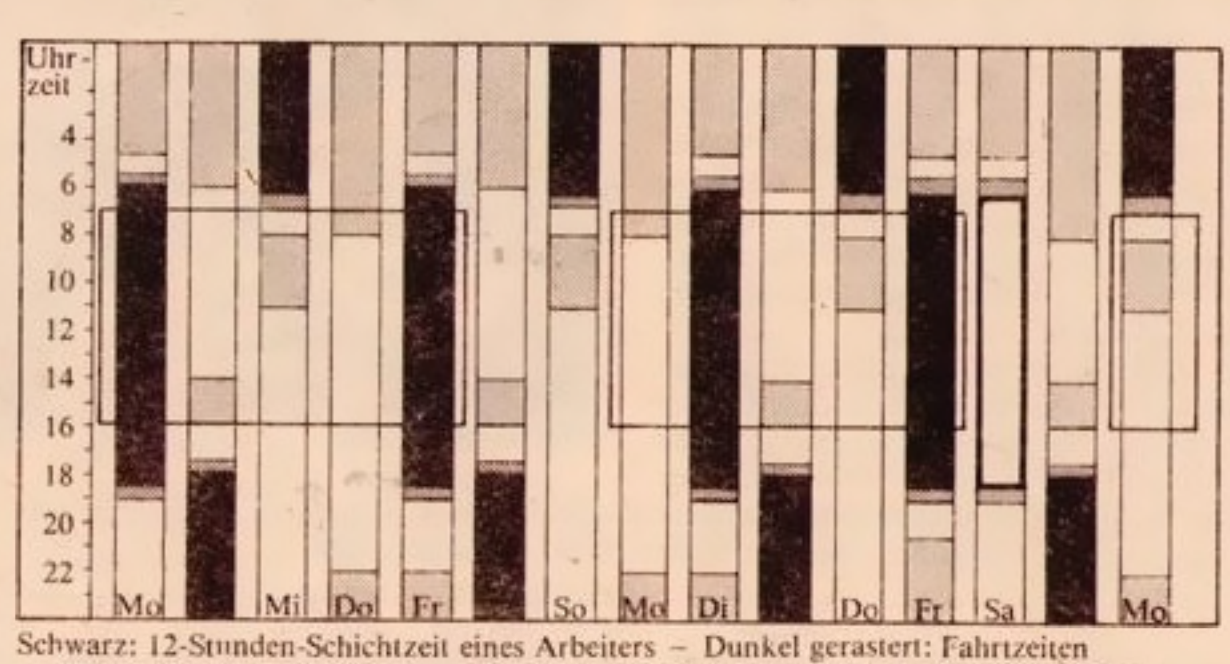
Aber hat sich nicht die überwiegende Zahl der Hoechster Schichtarbeiter in ,,Probeabstimmungen" für die Beibehaltung dieses Schichtsystems ausgesprochen? Die sozial- und christdemokratischen Betriebsräte, die das ganze System mitausgearbeitet und auszudehnen geholfen haben, brüsten sich damit. Auch die linkssozialdemokratische oder revisionistische Opposition sagt den Schichtarbeitern gern nach, jedenfalls hintenrum, daß sie für so

Jetzt hat die IG Chemie einem

Lebensrhythmus des eigenen Organismus wie seiner sozialen Umwelt zu leben? Die Wahrheit ist einfach. Sie besteht vor allem in Tariflöhnen zwischen 1600 und 1900 DM maximal für die Lohngruppen III bis VI, in denen die Schichtarbeiter mehrheitlich einzustufen sind. So daß die Aktiengesellschaft Hoechst es sich leisten kann, ,,Arbeitswertlöhne" zu zahlen, die um 300 bis 400 DM über diesen Tariflöhnen liegen; und darauf noch eine ,,persönliche Prämie" von 50, 100 oder sogar 200 DM mehr, ganz nach Willkür. Und immer unter der Voraussetzung, daß man die Bedingungen der Gesellschaft akzeptiert. Die Bedingung aber, wenn man nicht auf den Niedriglohnstellen landen will, ist die 12-Stunden-Schicht. Mit allen Schicht-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagszuschlägen und mit allen Überstunden, die man über die tariflich (bisher) festgelegten 42 Stunden pro Woche hinaus schindet, kann man dann weitere 800 DM machen, so daß man alles in allem auf 2800 oder 3000 DM kommt. Daß man die dann auch *braucht*, weil bei solcher Verausgabung der Arbeitskraft die Kosten und die Zeit zu ihrer Wiederherstellung ganz *über*proportional wachsen, wird man dann freilich gar nicht so leicht merken. Außer eben, daß das Geld doch immer knapp ist.

Jetzt hat die IG Chemie einem Lohnabschluß von 4,3% auf 13 Monate zugestimmt, also einer realen Senkung der tariflichen Löhne; und einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden bis 1984, für die anfangs noch teilweise, später überhaupt kein Lohnausgleich mehr gezahlt werden soll. 6 Wochen, d.h. 30 Tage Urlaub soll es auch erst 1984 geben, und die Kapitalisten können ungehindert erklären, die Arbeiter in Dauerschicht in der Chemie hätten ja bereits 30 Tage – d.h. sie kündigen an, ihnen die 3 Tage Extraurlaub, die sie bisher hatten, zu streichen. Für die Hoechster Schichtarbeiter kommt also heraus, daß der Zwang zu Überstunden und Sonderschichten, wie die Ankettung an das Schichtarbeitssystem, noch *wächst*, statt erleichtert zu werden. Wer sind also die ,,Konservativen", wer verteidigt die 12-Stunden-Schufterei?

Wenn das erste Ziel, die Sicherung eines ausreichenden Tariflohns, entschieden genug in Angriff genommen wird, so daß der nackte materielle Zwang entfiele; wenn andererseits der ideologische Anschein gebrochen werden kann, als seien es die Riesenanlagen der Chemie selbst, die ihren Betrieb rund um die Uhr erforderten – während doch nur der 711-Millionen-Profit, den die Hoechster Aktionäre 1978 eingestrichen haben, das ,,erfordert" –, dann wird man in den Schichtarbeitern der Farbwerke starke Vorkämpfer für die Sache des Normalarbeitstages zur Normalzeit, für die völlige Beseitigung des niederträchtigen Schichtsystems, dem sie heute unterworfen sind, finden.



Schwarz: 12-Stunden-Schichtzeit eines Arbeiters – Dunkel gerastert: Fahrtzeiten – Hell gerastert: Schlafzeiten – Dunkel umrandet: Zusatzschicht, einmal im Monat – Mittlerer Rahmen: Normalarbeitstag





Bild rechts: Bei ,,MR-Kunststofftechnik'' in Diepholz werden täglich über 2000 Polyurethan (PUR)-Vollschaumsitze für VW geschäumt. (Zahlen von 1977) Schäumen ist der Vorgang, daß der Kunststoff mit bestimmten Katalysatoren (Farbstoffe, Treibmittel, Stabilisatoren) aufschäumt und dann aushärtet. – *Bild links:* Eine Presserin von Schallplatten bei Polydor bedient gleichzeitig zwei Maschinen wechselweise. Die Kunststoffmasse (PVC und PVA) wird in einer Form mit den entsprechenden Matrizen mit den Rillen gepreßt. Nach dem Pressen muß noch der Rand abgeschnitten werden. Das alles geschieht im Akkord.

Neue Produktionsverfahren und Produkte der Chemieindustrie – Ausstellung Achema

z.evd. Der Kampf um die Aufteilung des Weltmarktes und um die Eroberung neuer Märkte für Chemieprodukte hat sich in den letzten beiden Jahren in der Chemiefasersparte besonders drastisch gezeigt und bahnt sich gegenwärtig in der Kunststoffsparte ebenso heftig an. Im Vergleich zu den übrigen Sparten der Chemieindustrie (in der Hauptsache organische und anorganische Stoffe, Düngemittel, Chemiefasern, Lacke, Seifen und Waschmittel und Pharmazeutika) handelt es sich bei Kunststoff um einen expandierenden Markt, da die Kapitalisten bestrebt sind, in praktisch alle Zweige der Produktion mit Kunststoffen einzudringen. Der Druck, den die westdeutschen Chemiemonopole auf den Markt gemacht haben, wirkt jetzt auf sie selber zurück, die internationale Konkurrenz lauert. (Die wichtigsten Konkurrenten sind: USA: DOW Chemical, Du Pont de Nemours, Union Carbide; Japan: Toray-Industries, Asahi Chemical; verschiedene west-europäische Konzerne, in bestimmten Bereichen auch die RGW-Staaten). Im Konkurrenzkampf entscheidet sich, wer den höchsten Profit realisieren kann. Zum Zweck der Profitsteigerung betreiben die Chemiekapitalisten in der Produktion Rationalisierung. Sie suchen nach neuen Produkten und neuen Anwendungsbereichen der Produkte, damit sie gegenüber den Konkurrenten Extraprofite herausschinden können. 4,5 Milliarden DM (5,3% vom Umsatz) haben die Chemiekapitalisten in der Bundesrepublik 1977 allein für Forschung und Entwicklung ausgegeben.

Kunststoffe dienen in vielen Fällen als Substitute für andere Werkstoffe. Insofern befinden sich die Chemiekapitalisten in Konkurrenz zu den anderen werkstofferzeugenden Branchen wie Metall oder Holz. Gerade im Bereich von Maschinenbau, Flugzeugbau, Autoproduktion, Elektrotechnik ist die Verdrängungsschlacht enorm. Kunststoffe als Material für Dichtungen, für Lager, für Kolbenringe, für Sitzringe bei Kugellagern, für ganze Autoteile wie Armaturenbrett, Sitze, Innenausstattung, für Umkleidung von Kabeln, als Isolierwerkstoff uvm. werden heute schon in großer Vielfalt angewandt und die Chemiekapitalisten suchen ständig neue Möglichkeiten, noch mehr Bereiche des Marktes zu beherrschen. Im Bereich der Haushaltsartikel können fast beliebig viele Beispiele angeführt werden.

Nehmen wir als Beispiel den Kunststoff Polytetrafluoräthylen (PTFE) bekannt unter ,,Hostaflon'' als Produkt von Hoechst oder Teflon. PTFE wird aus Frigen 22 ($CHClF_2$) bei einer Temperatur von 800-1000 ° Celsius gewonnen. Die Polymerisation (der Vorgang, daß die einzelnen Grundbausteine sich in Molekülketten zusammentun) erfolgt in Reaktoren. Die Verfahrensschritte bei der Aufarbeitung sind: Waschen, Trocknen, Granulieren, Compoundieren, Aufkonzentrieren, Formulieren von Beschichtungssystemen. Bei der Verarbeitung zum Endprodukt werden spezielle Verfahren angewandt, die denen der Pulvermetallurgie ähneln, nämlich: Pressen, Sintern, Extrudieren (Verfahren zur Herstellung von Endlos-Profilen), spanende und spanlose Formgebung, Thermoformen, Schweißen, Kleben, Beschichten (z.B. Kochtöpfe), Imprägnieren (z.B. Asbestfasern). PTFE wird in der chemischen, der Maschinenbau-, der elektrotechnischen und der Meß- und Regeltechnik-Industrie angewandt wegen seiner Eigenschaften: durch fast keine Chemikalien zersetzbar, voll gebrauchsfähig in Temperaturbereichen von -196 bis +250°C, geringe Wärmeausdehnung, Einsetzbarkeit im Hochvakuum, gute mechanische Eigenschaften, gutes elektrisches Isoliervermögen.

Auf der ACHEMA, einer dreijährlich stattfindenden Messe der Apparatebauer für die chemische Industrie, im Juni in Frankfurt, wurden eine ganze Reihe neuer Apparate und Verfahren vorgestellt. Zu PTFE speziell: Bei der Verwendung von PTFE bei der Produktion von Ventilen seien in der letzten Zeit Fortschritte gemacht worden bezüglich der Temperaturregelung bei der Verarbeitung als auch was die Spritzgußverarbeitung von rieselfähigem PTFE betreffe. Rieselfähiges PTFE kann direkt zum Weiterverarbeiter transportiert werden. Für das Dosieren des Granulats in die Pressen wurden neue ,,Mehrfunktionsgeräte zum Fördern und Dosieren'' gezeigt, Maschinen zur Herstellung von rieselfähigem Granulat vorgestellt.

Das ganze Waffenarsenal der Chemiekapitalisten gegen die Arbeiter und gegen die Konkurrenten wurde auf der ACHEMA aufgefahren mit 2338 Ausstellern auf 150000 qm Austellungsfläche und 350 begleitenden Fachvorträgen. All die technischen Neuheiten dienen der Erhöhung der Profite auf der Grundlage der verschärften Auspressung von Mehrarbeit: intensivere Arbeit, Arbeit rund um die Uhr, Verletzung des Normalarbeitstages, Angriff auf den Lohn – darum ging es auf der Messe.

Vorgestellt wurden vor allem elektronische Systeme zur Produktionssteuerung, neue Pumpen, Rohrleitungen, Dichtungen und Kompressoren, jeweils zum Einsatz an Stellen, an denen im Produktionsprozeß leicht Störungen auftreten können; Apparate, die vollautomatisch mechanische Eigenschaften von Polymeren durch rechnergesteuertes Messen oder gleichzeitig 6 Proben auf Spannungsrißkorrosion untersuchen können; neue rationellere Verfahren zur Farbmessung oder Spaltgaszerlegung bei Einsparung des Energieverbrauchs und bei der Wartung; in den Produktionsprozeß einbaubare Verfahren z.B. zur Lecksuche; Maschinen wie eine Schnellspinnanlage für Nylon mit verringerten Gesamtinvestitionskosten und geringeren Personal- und Energieaufwendungen. Auch wenn Matthias Seefelder, Vorsitzender der BASF und des Verbandes der Chemischen Industrie, zuversichtlich von guter Ausgangsposition und guter Rüstung für die zu erwartenden Probleme spricht, muß ihnen der Angriff auf die Arbeiter erst einmal gelingen!

wärtig in der Kunststoffsparte ebenso heftig an. Im Vergleich zu den übrigen Sparten der Chemieindustrie (in der Hauptsache organische und anorganische Stoffe, Düngemittel, Chemiefasern, Lacke, Seifen und Waschmittel und Pharmazeutika) handelt es sich bei Kunststoff um einen expandierenden Markt, da die Kapitalisten bestrebt sind, in praktisch alle Zweige der Produktion mit Kunststoffen einzudringen. Der Druck, den die westdeutschen Chemiemonopole auf den Markt gemacht haben, wirkt jetzt auf sie selber zurück, die internationale Konkurrenz lauert. (Die wichtigsten Konkurrenten sind: USA: DOW Chemical, Du Pont de Nemours, Union Carbide; Japan: Toray-Industries, Asahi Chemical; verschiedene west-europäische Konzerne, in bestimmten Bereichen auch die RGW-Staaten). Im Konkurrenzkampf entscheidet sich, wer den höchsten Profit realisieren kann. Zum Zweck der Profitsteigerung betreiben die Chemiekapitalisten in der Produktion Rationalisierung. Sie suchen nach neuen Produkten und neuen Anwendungsbereichen der Produkte, damit sie gegenüber den Konkurrenten Extraprofite herausschinden können. 4,5 Milliarden DM (5,3% vom Umsatz) haben die Chemiekapitalisten in der Bundesrepublik 1977 allein für Forschung und

ren werkstofferzeugenden Branchen wie Metall oder Holz. Gerade im Bereich von Maschinenbau, Flugzeugbau, Autoproduktion, Elektrotechnik ist die Verdrängungsschlacht enorm. Kunststoffe als Material für Dichtungen, für Lager, für Kolbenringe, für Sitzringe bei Kugellagern, für ganze Autoteile wie Armaturenbrett, Sitze, Innenausstattung, für Umkleidung von Kabeln, als Isolierwerkstoff uvm. werden heute schon in großer Vielfalt angewandt und die Chemiekapitalisten suchen ständig neue Möglichkeiten, noch mehr Bereiche des Marktes zu beherrschen. Im Bereich der Haushaltsartikel können fast beliebig viele Beispiele angeführt werden.

Nehmen wir als Beispiel den Kunststoff Polytetrafluoräthylen (PTFE) bekannt unter ,,Hostaflon'' als Produkt von Hoechst oder Teflon. PTFE wird aus Frigen 22 ($CHClF_2$) bei einer Temperatur von 800-1000 ° Celsius gewonnen. Die Polymerisation (der Vorgang, daß die einzelnen Grundbausteine sich in Molekülketten zusammentun) erfolgt in Reaktoren. Die Verfahrensschritte bei der Aufarbeitung sind: Waschen, Trocknen, Granulieren, Compoundieren, Aufkonzentrieren, Formulieren von Beschichtungssystemen. Bei der Verarbeitung zum Endprodukt

lose Formgebung, Thermoformen, Schweißen, Kleben, Beschichten (z.B. Kochtöpfe), Imprägnieren (z.B. Asbestfasern). PTFE wird in der chemischen, der Maschinenbau-, der elektrotechnischen und der Meß- und Regeltechnik-Industrie angewandt wegen seiner Eigenschaften: durch fast keine Chemikalien zersetzbar, voll gebrauchsfähig in Temperaturbereichen von -196 bis +250°C, geringe Wärmeausdehnung, Einsetzbarkeit im Hochvakuum, gute mechanische Eigenschaften, gutes elektrisches Isoliervermögen.

Auf der ACHEMA, einer dreijährlich stattfindenden Messe der Apparatebauer für die chemische Industrie, im Juni in Frankfurt, wurden eine ganze Reihe neuer Apparate und Verfahren vorgestellt. Zu PTFE speziell: Bei der Verwendung von PTFE bei der Produktion von Ventilen seien in der letzten Zeit Fortschritte gemacht worden bezüglich der Temperaturregelung bei der Verarbeitung als auch was die Spritzgußverarbeitung von rieselfähigem PTFE betreffe. Rieselfähiges PTFE kann direkt zum Weiterverarbeiter transportiert werden. Für das Dosieren des Granulats in die Pressen wurden neue ,,Mehrfunktionsgeräte zum Fördern und Dosieren'' gezeigt, Maschinen zur Herstellung von rieselfähigem Granulat vorgestellt.

Stürmischer Beginn der chemischen Industrie: Soda für die Textilkapitalisten

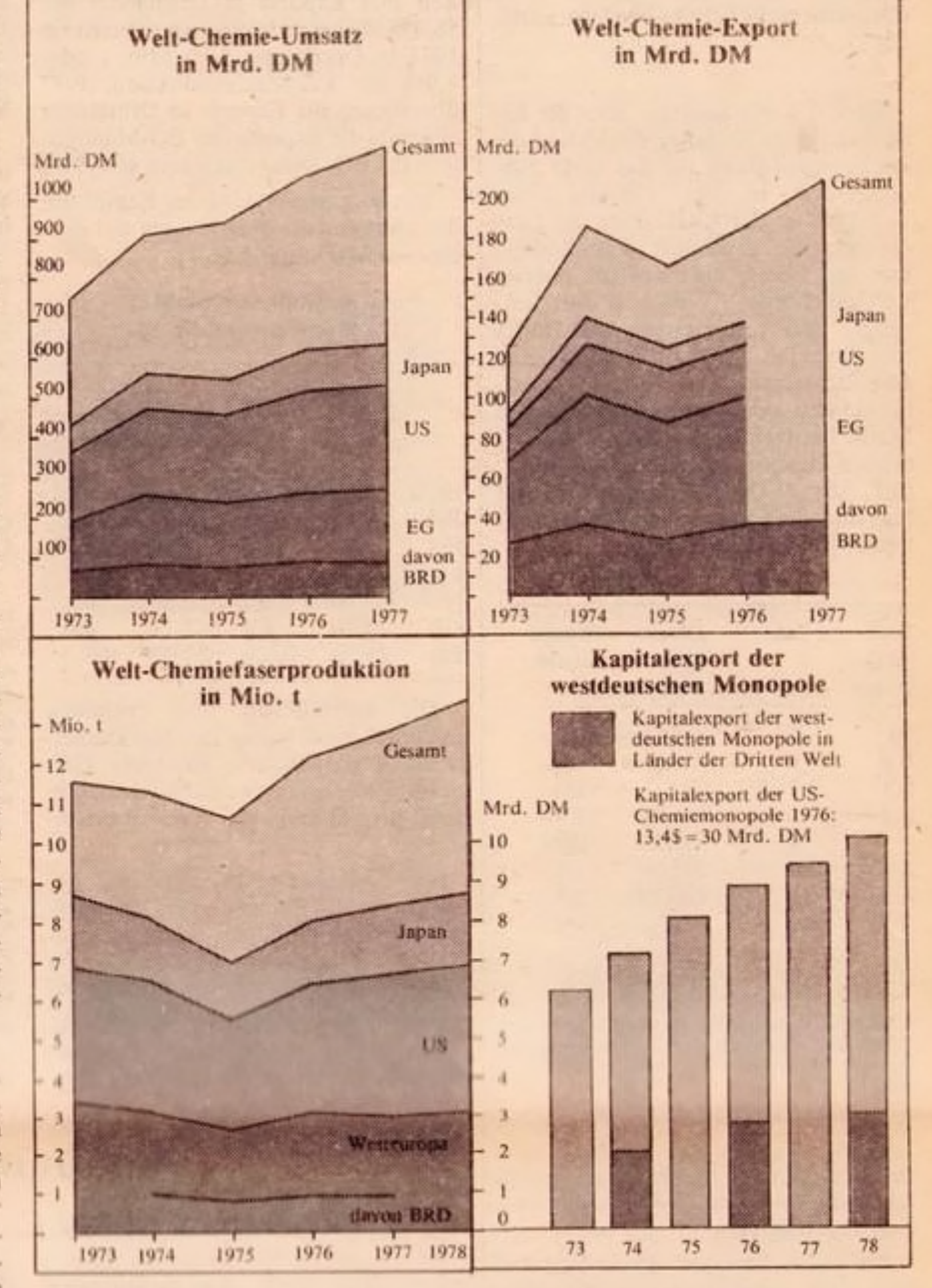
z.brp. Bis Ende des 18. Jahrhunderts wurde Soda, mit dem Wolle und Stoffe gewaschen und gebleicht wurden, aus den natronhaltigen Seen Ägyptens und Ungarns oder aus sodahaltigen Strandpflanzen durch einfachste chemische Verfahren (Verbrennen und Trennen der Soda von der Asche) gewonnen. Die Transportwege bis England und Deutschland, den Hauptverbrauchern von Soda in den rasch anwachsenden Spinn- und Webzentren, waren zu weit, die Ausbeute des Verfahrens zu gering, die Produktionszeit zu aufwendig. Die aufkommende Textilindustrie – 1798 entstand die erste mechanische mit Wasserkraft betriebene Baumwollspinnerei in Sachsen, die Produktion von Wolle und Tuchen steigt rasant – verlangte nach einem industriellen Verfahren zur Sodabereitung, damit ihr Bedarf gedeckt und der Preis für Soda, das als Arbeitsmittel in den Wert der Wolle und Tuche eingeht, gesenkt werden konnte. 1785 gelang dem französischen Arzt Leblanc die Sodabereitung:

,,Zwischen zwei Walzen pulvert und mischt man folgende Substanzen: 100 Pfund wasserfreies Glaubersalz, 100 Pfund reine Kalkerde, Kreide von Meudon, 50 Pfund Kohlen.'' Neue Arbeitsstoffe bilden den Ausgang der Sodagewinnung. Der Arbeitsprozeß besteht nun darin, sie in einem bestimmten Verhältnis zur Reaktion zu bringen. Der Kern der Leblanc'schen Patentschrift ist die Darstellung des chemischen Verfahrens. Es ist das neue Verfahren, das die Produktivität so rasant steigert und Soda in jeder Menge verfügbar macht. England, hier wurden neben Frankreich die ersten Sodafabriken errichtet – Deutschland folgte erst 1846 – steigerte innerhalb von 50 Jahren bis 1850 den Seifenverbrauch von 23600 t auf 85900 t.

Die herkömmlichen Produktionsmittel, die in den engen Laboratorien der handwerksmäßig und nach strengen Zunftregeln betriebenen Metallverwandlung und Heilkunde seit Ende des 6. Jahrhunderts stetig weiterentwickelt wurden, das System von Röhren, Gefäßen, Pumpen und Rührvorrichtungen bildeten nach wie vor die mechanischen Arbeitsmittel. Für die industrielle Produktion mußten sie nur zyklopengleich wachsen, unabhängig von Muskelkraft betrieben werden, die Energiezufuhr mußte steuerbar sein. Die für die industrielle Sodabereitung notwendigen Produktionsmittel: Walzen, Öfen, Krüken und Spatel, wurden bereits für das alte Verfahren benötigt. Da mit der Verkürzung der Produktionszeit durch neue Verfahren ,,gleichzeitig nicht eine bedeutende Verstärkung der gesamten Kapitalauslagen durch Anlage kostspieliger Maschinerie usw., und damit eine Senkung der auf das Gesamtkapital zu berechnenden Profitrate bewirkt (wird), so muß diese letztere steigen.'' (Marx, Kapital Bd. 3) Die chemische Industrie expandierte innerhalb kürzester Zeit: 1882 beuteten die Chemiekapitalisten 71000 Arbeiter aus, 1907 100000 mehr, bereits 1901 betrug das Aktienkapital in chemischen Fabriken 261,09 Mio. Mark.

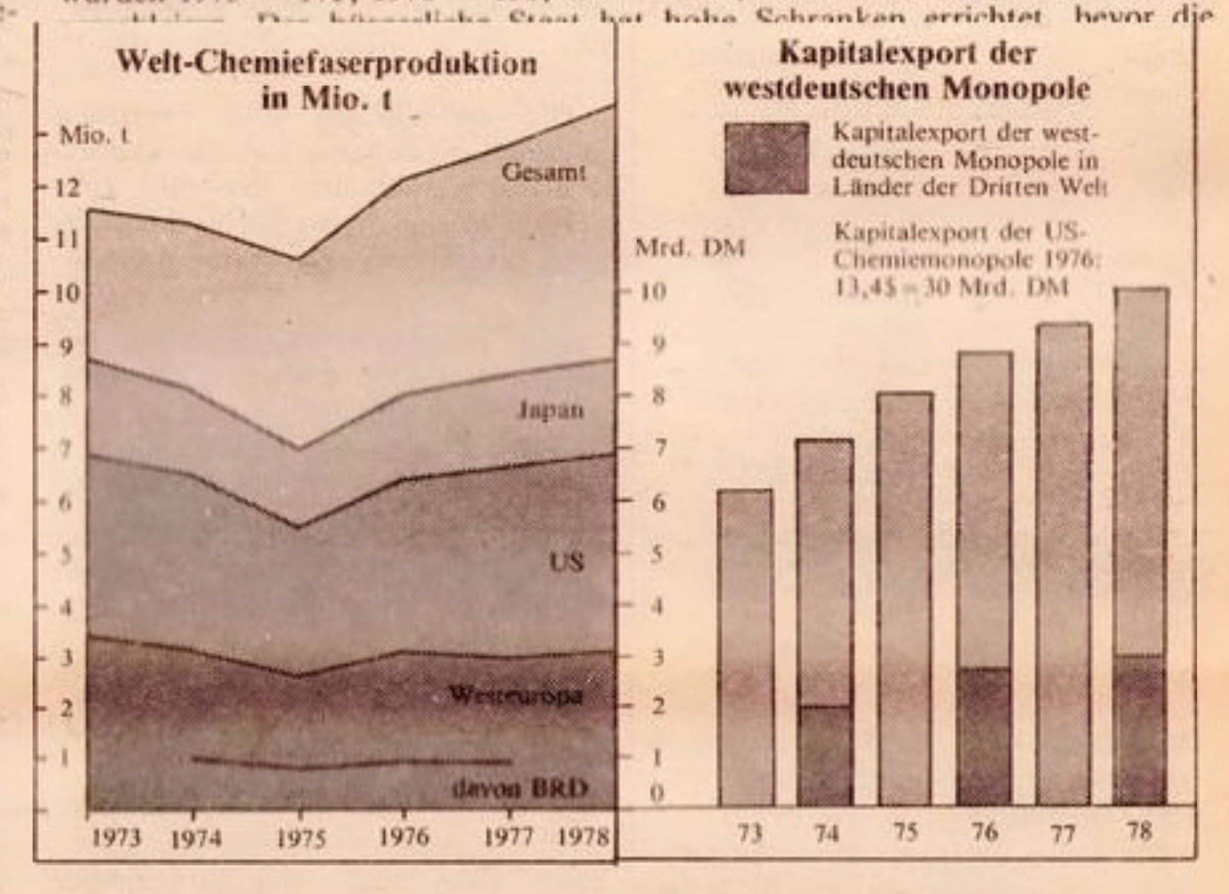
Weltmarktanteile westdeutscher Chemiemonopole

z.güv. Ihren hohen Anteil am Welt-Chemieumsatz von 10% (1975) haben die BRD-Chemiemonopole nicht halten können. Noch höher liegt ihr Anteil an den Weltexporten (jetzt 17%), aber auch hier haben sie einige Prozentpunkte abgeben müssen. Eine Hauptmaßnahme dagegen war die bedeutende Steigerung ihrer Kapitalexporte, in Länder der 3. Welt, vor allem aber direkt auf die Märkte der imperialistischen Konkurrenten. Das ist der eine Teil ihres Schlachtplans. Der andere ist die energische Rationalisierung der Produktion in der BRD selbst. Es ist mit mathematischer Sicherheit ablesbar, daß die westdeutschen Chemiekapitalisten in den nächsten Jahren einiges tun werden, um ihre verlorenen Weltmarktanteile wiederzuerobern, mit den regulären Methoden des Industriekriegs und der Ausbeutung, oder, sollte das nicht ausreichen, als echte Erben der IG Farben, ,,mit anderen Mitteln''.



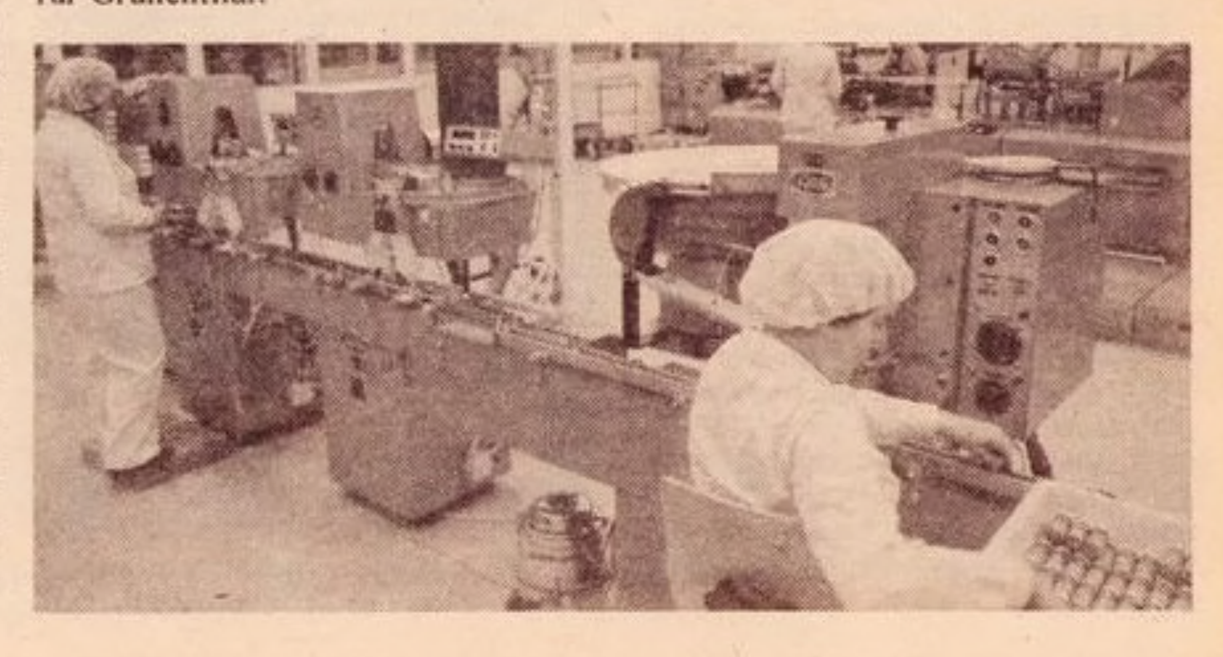
Berufskrankheiten der Chemiearbeiter durch Arbeit mit schädlichen Substanzen

z.joh. Während die Arbeitsunfälle in der Chemieindustrie '78 leicht zurückgegangen sind, nehmen die Berufskrankheiten ständig weiter zu. Bei 860000 Arbeitern und Angestellten gab es immerhin 50727 Arbeitsunfälle (gegenüber 1976 = 55433). Weniger ,,typische Chemie-Unfälle'', wie sich die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' am 24.3.1979 ausdrückt, sprich Explosionskatastrophen u.ä., sind der Grund. Die Berufskrankheiten haben sich wie folgt entwickelt: *angezeigt* wurden 1975 = 1542, 1976 = 1678, 1977 = 1823 Fälle; erstmals *entschädigt* wurden 1975 = 175, 1976 = 150, 1977 = 194, 1978 = 243 Fälle. Diese Zahlen



Berufskrankheiten der Chemiearbeiter durch Arbeit mit schädlichen Substanzen

z.joh. Während die Arbeitsunfälle in der Chemieindustrie '78 leicht zurückgegangen sind, nehmen die Berufskrankheiten ständig weiter zu. Bei 860000 Arbeitern und Angestellten gab es immerhin 50727 Arbeitsunfälle (gegenüber 1976 = 55433). Weniger ,,typische Chemie-Unfälle'', wie sich die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' am 24.3.1979 ausdrückt, sprich Explosionskatastrophen u.ä., sind der Grund. Die Berufskrankheiten haben sich wie folgt entwickelt: *angezeigt* wurden 1975 = 1542, 1976 = 1678, 1977 = 1823 Fälle; erstmals *entschädigt* wurden 1975 = 175, 1976 = 150, 1977 = 194, 1978 = 243 Fälle. Diese Zahlen verschleiern. Der bürgerliche Staat hat hohe Schranken errichtet, bevor die Krankheit eines Arbeiters als Berufskrankheit angezeigt wird. Wer im Anerkennungsverfahren noch nicht auf der Strecke geblieben ist, dem wird mit Widerspruchsstellen und Sozialgerichten zugesetzt (1976 hatte die Chemie-Berufsgenossenschaft 506 Widersprüche und 1224 Klagen). – Auf allen Stufen des Produktionsprozesses das Bedienungspersonal und die Anlage absolut staubfrei zu trennen, drückt den Profit der Kapitalisten. Die Arbeiter müssen mit den Händen in den chemischen Substanzen schaffen, sie bekommen sie auf Gesicht und Haar und atmen sie ein. In der Pharmabranche sieht das so aus: Bei Wiegen, Ein- und Umfüllen, an den Pillenpressen, beim Abfüllen kommen die Arbeiter mit den Substanzen in Kontakt. Haut- und Lungenerkrankungen sind die Folge. Arbeiterinnen an den Abfüllplätzen für Verdauungsenzyme bei Röhm Pharma in Weiterstadt haben z.B. gehäuft Asthma und Bronchitis. An den Plätzen staubt es, die Enzyme werden eingeatmet, rauen die Bronchialschleimhaut an und lassen sie aufquellen. Nach Schätzungen der Arbeiter werden 8% über's Jahr umgesetzt. Das ist eines der Mittel der Kapitalisten, der Haftung für die Zerstörung der Arbeitskraft zu entgehen. – Ist das Zeug erstmal in bunte Schachteln verpackt und zur Realisierung des Profits auf den Markt gebracht, sind die Massen keineswegs vor Schädigung sicher. Seit dem Contergan wurden die Kapitalisten gezwungen, einige weitere Medikamente zurückzuziehen. 1977 mußten z.B. die Biguanide verschwinden, Tabletten zur Behandlung der Zuckerkrankheit. Schon im Mai 71 war eine Großerprobung des Medikaments durch Wissenschaftler in den USA wegen Anstieg der Todesrate eingestellt worden. Gehäuft traten nicht beherrschbare Stoffwechselentgleisungen auf. Im 1. Halbjahr 1974 brachte Silubin retard, eines dieser Medikamente – damals an 32. Stelle der abgesetzten Medikamente und damit ein Umsatzrenner – allein in Niedersachsen 19,2 Mio. DM für Grünenthal.



Rationalisierungsziele in der EG-Stahlindustrie bis 1980

Weitere Konzentration und Zentralisation des Kapitals / 81000 Entlassungen geplant

z.zik. Die westeuropäischen Imperialisten konnten, während sie den ersten großen Rationalisierungsschub durchführten und sich gleichzeitig die japanischen und US-Konkurrenten durch Schutzzölle und Anti-Dumping-Verfahren auf dem eigenen Markt vom Hals hielten, ihre Stahlimporte aus Drittländern um 8,9% senken zwischen 1976 und 1978 und in der selben Zeit ihre Exporte in Drittländer um 56,8% steigern. Netto exportierten sie 1978 in Drittländer 16,9 Mio. t oder 7,9% der EG-Stahlproduktion. 1977 überstiegen die Exporte in Drittländer erstmals die Exporte der EG-Monopole in die EG. Diese stagnieren seit 1976.

Um so schärfer wird der Kampf um die Marktanteile gerade auch auf dem inneren Markt der EG.

Ausfuhr von Stahlerzeugnissen in die EG

	1976 Mio. t	1976 % an EG	1978 Mio. t	1978 % an EG
BRD	5,33	22,4	4,76	20,6
B/L	8,88	37,3	8,20	35,6
F	3,97	16,7	3,85	16,7
I	1,77	7,4	2,46	10,7
N	2,90	12,1	2,34	10,1
GB	0,78	3,2	1,11	4,6
EG	23,78	100,0	23,02	100,0

Die italienischen und britischen Stahlmonopole haben ihre Marktanteile am EG-Stahlmarkt ausweiten können auf Kosten der westdeutschen, belgisch-luxemburgischen und französischen.

Die verschärfte Konkurrenz beschleunigt die Konzentration des Kapitals in der Stahlindustrie und die Zentralisation unter dem Kommando von Monopolgruppen, die die Konkurrenz auf höherer Stufenleiter austragen.

Die belgisch-luxemburgische *Arbed*-Gruppe, die im Januar 1978 die saarländischen Röchling-Werke und das Neunkirchener Stahlwerk gekauft hatte und im Frühjahr 1978 über einen Kooperationsvertrag mit der belgischen Cockerill- und der Financière de Ruau-Gruppe die Grundlage für ein belgisch-luxemburgisches Stahlmonopol von der Saar bis an die Nordsee legte, will jetzt die Roheisenproduktion ihrer saarländischen Werke zusammen mit den zum französischen *Usinor-Sacilor-Chatillon-Neuve-Maison*-Konzern gehörenden Dillinger Stahlwerken in einem gemeinsamen Werk konzentrieren.

Dieses französische Monopol war unter Federführung des französischen Staates im Spätjahr 1978 zusammengeballt worden und konzentriert seither 77% der französischen Stahlproduktion unter einem Kommando. Im April 1979 wurde bekannt, daß sein Teilkonzern Sacilor ein weiteres französisches Stahlkapital, die Pompey-Gruppe, schlucken will. Im Juni dieses Jahres kaufte die Usinor-Gruppe ein nagelneues Stahlwerk in Rehon bei Longwy dem größten belgischen Stahlkonzern Cockerill ab, während gleichzeitig in Ostfrankreich alte Werke in großem Umfang geschlossen werden sollen.

Mit einer Kapitaleinlage von umgerechnet 450 Mio. Mark in die belgischen Stahlmonopole *Cockerill, Hainaut-Sambre* und *Sidmar* im April dieses Jahres hat die belgische Regierung das Kommando in der belgischen Stahlindustrie weiter zentralisiert. An Hainaut-Sambre ist der westdeutsche *Flick-Buderus*-Konzern bereits mit 20% des Kapitals beteiligt.

In die Cockerill-Tochtergesellschaft ALZ hat sich *Klöckner* seinerseits mit 20% eingekauft im April 1978. Über eine 50%-Beteiligung seiner 100%igen Tochtergesellschaft Drahtwerke Hamm an den Vereinigten Drahtseilwerken ist Klöckner mit dem holländischen Stahlmonopol *Hoesch-Estel* verbunden, das die anderen 50% hält. *Thyssen* hat in diesem Frühjahr den Stahlschrotthändler Sonnenberg geschluckt, einen der größten in Westeuropa, und monopolisiert damit weiter den Schrotthandel. *Krupp* hat mit der Übernahme des Alleinvertriebs der Arbed-Spundwandprofile in Westdeutschland sein Interesse an einem Einstieg bei Arbed signalisiert. Die Schlagkraft des bundeseigenen *Salzgitter*-Konzerns soll mit einer Kapitalaufstockung durch die Bundesregierung um 200 Mio. Mark im Mai dieses Jahres erhöht werden.

Mit ,,Umstrukturierungsdarlehen'' aus dem EGKS-Haushalt stellen die EG-Imperialisten zum Teil die Kapitalmassen zur Verfügung, um die Produktivkraft in den westeuropäischen Stahlmonopolen durch Umwälzung der Maschinerie zu erhöhen und die Ausbeutung zu verschärfen.

Von 349,1 t pro Beschäftigtem und Jahr soll – nach der Projektierung der EG-Kommission – die Auspressung der Stahlarbeiter auf 369,7 t pro Kopf im Jahr 1980 gesteigert werden. 75700 Stahlarbeiter wurden in den Jahren 1977 und 1978 entlassen. Weitere 81000 sollen bis 1980 freigesetzt werden. Mit dem EG-Sozialplan wird dafür gesorgt, daß durch diese neuen Abteilungen der industriellen Reservearmee Druck auf die in Arbeit verbliebenen Arbeiter organisiert wird. Die wichtigsten Maßnahmen sind:

– Ausweitung der Frühverrentung ab 55 Jahre. Unter der Bedingung, daß die aussortierten Arbeiter durch andere ersetzt werden, die im Zuge der Rationalisierung arbeitslos würden, erhalten sie 50% der Differenz zwischen dem letzten Lohn und dem Arbeitslosengeld. Unverbrauchte Arbeitskraft wollen die Stahlmonopole zu schärferen Bedingungen ausbeuten. Für die übrigen freigesetzten Arbeiter empfiehlt die EG-Kommission, sie in sogenannten ,,Antikrisen-Divisionen'' zusammenzufassen. ,,Diese ,Pools' versuchen, ohne zu ,Arbeitslosen-Parkings' zu entarten, diesen Arbeitern Arbeit zu verschaffen unter anderem mit der Ausführung von außerordentlichen Arbeiten von öffentlichem Nutzen'', schreibt die Kommission. Arbeitsdienst, europäisch harmonisiert!

– Ausdehnung der Kurzarbeit in Verbindung mit der Einführung einer fünften Schicht; davon sollen insgesamt 17750 Arbeiter betroffen werden. ,,Im Fall von kontinuierlicher Arbeit in vier Schichten kann man eine fünfte Schicht einführen mit der Folge einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 40 auf 33 Stunden und 36 Minuten'', schreibt die Kommission und fügt hinzu: ,,Man darf aber dies nicht verwechseln mit einer definitiven Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit... Es handelt sich um eine zeitweilige Reduzierung der Arbeit...'' In 33 Stunden Schicht das Produkt von 40 Stunden Arbeit schaffen zu lassen, darauf sind die Stahlmonopole scharf. Die Kapitalisten bekommen dafür auf drei Jahre Zuschüsse zum Lohn.

– Lohnkürzung durch Streichung der Überstunden, insbesondere bei den irischen und britischen Stahlarbeitern, die – nach Angaben der Kommission – zwischen 10 und 15% der gesamten Arbeitszeit als Überstunden verrichten. Auf 15 bis 20% Lohnsenkung durch die Streichung der Überstunden, schätzt die Kommission, kommen die irischen und britischen Arbeiter. Dafür erhalten sie als ,,Ausgleich'' 10% aus dem EG-Sozialfonds. 12000 Stahlarbeitern soll bis Ende 1980 so der Lohn gekürzt werden.

Der EG-Sozialplan für die Stahlindustrie ist die Reaktion der Stahlmonopole auf den Kampf der westeuropäischen Stahlarbeiter gegen die Rationalisierungsmaßnahmen. ,,Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, Zeit zu gewinnen'', schreibt die Kommission.

Rationalisierungs-,,hof''

r.hob. ,,Für eine bessere Rechnerauslastung hält der LRH (Landesrechnungshof, Verf.) einen bedienten Zweischichtbetrieb an fünf Tagen mit uneingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten für notwendig'', so der niedersächsische LRH zur Auslastung des Rechenzentrums an der Universität Osnabrück in seinem Bericht über das Ergebnis der Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 1977 vom 18.6.79 (Drucksache 9/730 des Nieders. Landtages).

Nach § 1 des Gesetzes über die Errichtung eines Rechnungshofes und die Rechnungsprüfung für das Land Niedersachsen in der Fassung vom 21.5.1963 ist der LRH ,,eine der Landesregierung gegenüber selbständige, nur dem Gesetz unterworfene oberste Landesbehörde''. Weiter ist dort festgelegt, daß ,,mindestens die Hälfte (der Beamten, Verf.) die Befähigung zum Richteramt, zum höheren Verwaltungsdienst oder höheren technischen Dienst besitzen'' soll. ,,Die Mitglieder müssen Beamte auf Lebenszeit sein.'' (§ 3, Abs. 4) Der Stellenplan des LRH (das sind alle Chargen und die Beschäftigten) weist für 1979 aus:

Besoldungsgruppe	Zahl	Dienstbezeichnung	Bezüge monatlich*
B9	1	Präsident	9623.-
B 6	5	Vizepräs.	7664.-
B 3	2		6133.-
B 2	1	MinRat	5308.-
A 16	4	MinRat	4929.-
A 15	10	RegDir.	4477.-
A 14	11	ORegRat	4095.-
A 13	20	Oberrechnungsräte	3901.-
A 12	9	RechnRat	3527.-

* berechnet nach den im Haushalt angegebenen Durchschnittszahlen des nieders. Finanzministers; liegt tatsächlich meist höher (Alter, Familienstand usw.)

Dann folgen noch in A9: 2, in A7: 1, in A5: 1, in A4: 1 und 17 Angestellte und zwei Kraftfahrer.

Die ganze Tätigkeit dieses hochdotierten Beamtenkörpers besteht darin, die ,,sparsame und wirtschaftliche'' Verwendung der vorhandenen Haushaltsmittel eines Jahres zu überwachen und aufzuzeigen, wo und wie noch gespart werden kann. In wessen Interesse?

Dafür sind nicht nur die hohen Bestechungsgelder ein Indiz, die an die Beamten gezahlt werden. Lapidar wird in dem Bericht über die Prüfung des Finanzzentrums der Oberfinanzdirektion Hannover festgestellt: ,,Die entstandene Arbeitsverzögerung im Fi-

B9	1	Präsident	9623.-
B 6	5	Vizepräs.	7664.-
B 3	2		6133.-
B 2	1	MinRat	5308.-
A 16	4	MinRat	4929.-
A 15	10	RegDir.	4477.-
A 14	11	ORegRat	4095.-
A 13	20	Oberrechnungsräte	3901.-
A 12	9	RechnRat	3527.-

* berechnet nach den im Haushalt angegebenen Durchschnittszahlen des nieders. Finanzministers; liegt tatsächlich meist höher (Alter, Familienstand usw.)

Ausbeutung Schwerbehinderter immer profitabler

NRW-Landesregierung plant 532,5 Mio. DM für Maßnahmen zur Rehabilitation

z.sog. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten ist 1979 um 22,8 % gestiegen, stellt das Landesarbeitsamt NRW fest. Nach Angaben der Landesregierung gab es 1974 in NRW bereits 480000 Schwerbehinderte. Nach dem Schwerbehindertengesetz sind das Arbeiter und Arbeiterinnen, die über 50 % erwerbsgemindert sind. Es gibt in NRW zwei Hauptversorgungsämter: Westfalen-Lippe und Rheinland. Das Hauptversorgungsamt Rheinland hat vom 1.5.74 bis Ende 1978 allein 489818 weitere Anträge auf Anerkennung als Schwerbehinderter bewilligt. Über ein

Stahlmonopole haben ihre Marktanteile am EG-Stahlmarkt ausweiten können auf Kosten der westdeutschen, belgisch-luxemburgischen und französischen.

Die verschärfte Konkurrenz beschleunigt die Konzentration des Kapitals in der Stahlindustrie und die Zentralisation unter dem Kommando von Monopolgruppen, die die Konkurrenz auf höherer Stufenleiter austragen.

Die belgisch-luxemburgische Arbed-Gruppe, die im Januar 1978 die saar-

Werksbahnen steuern sollen. Die Kosten für das neue Stellwerk sind 270000 DM, davon kommen 210000 DM aus dem Ausgleichsabgabefonds des Versorgungsamtes Rheinland (nach ,,Westdeutsche Allgemeine Zeitung'', 28.6.79). Aus dem Ausgleichsabgabefonds können sich die Kapitalisten die Kosten für die Einrichtung von speziellen Behindertenarbeitsplätzen holen. Aber er ist nur einer der Pfründe, aus dem sie sich für die Erneuerung oder Neuanschaffung von Produktionsmitteln bedienen. ,,1978 (haben) Kölner Arbeitgeber für die Einstellung von

Stahlindustrie weiter zentralisiert. An Hainaut-Sambre ist der westdeutsche Flick-Buderus-Konzern bereits mit 20% des Kapitals beteiligt.

In die Cockerill-Tochtergesellschaft ALZ hat sich Klöckner seinerseits mit 20% eingekauft im April 1978. Über eine 50%-Beteiligung seiner 100%igen Tochtergesellschaft Drahtwerke Hamm an den Vereinigten Drahtseilwerken ist Klöckner mit dem holländischen Stahlmonopol Hoesch-Estel verbunden, das die anderen 50% hält.

rung des Arbeiters, erhöht worden.

Die nächste Quelle zur Erhöhung der Profite der Kapitalisten sind die dem Lohn abgepreßten Steuergelder. Die NRW-Landesregierung hat gerade einen ,,Landesbehindertenplan'' in Druck, nach dem sie bis 1982 532,5 Mio. DM für ,,Maßnahmen zur Rehabilitation'' locker machen will. Aufgabe der Rehabilitation ist nach dem Rehabilitationsangleichungsgesetz vom 7.8.74 die Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt, die Mobilisierung dieses Teils der Arbeiterklasse als billige und rechtlose Arbeitskräfte auf

– Ausweitung der Frühverrentung ab 55 Jahre. Unter der Bedingung, daß die aussortierten Arbeiter durch andere ersetzt werden, die im Zuge der Rationalisierung arbeitslos würden, erhalten sie 50% der Differenz zwischen dem letzten Lohn und dem Arbeitslosengeld. Unverbrauchte Arbeitskraft wollen die Stahlmonopole zu schärferen Bedingungen ausbeuten. Für die übrigen freigesetzten Arbeiter empfiehlt die EG-Kommission, sie in sogenannten ,,Antikrisen-Divisionen'' zusam-

stelle die Zustimmung erteilen, wenn die Kündigung aus einem Grunde erfolgt, der nicht im Zusammenhang mit der Behinderung steht''. Z.B. kann bei Streik fristlos gekündigt werden. Anläßlich des Baus des neuen Stellwerks haben die Krupp-Kapitalisten gedroht: ,,Ohne die Schaffung von neuen zusätzlichen Arbeitsplätzen müßten diese Schwerbehinderten entlassen werden''. Sie haben die 5 schwerbehinderten Arbeiter, die in dem neuen Stellwerk die 5 Rangierer aus dem alten Stellwerk ersetzen sollen, bereits vor einiger Zeit auf andere Stellen umgesetzt und da-

schätzt die Kommission, kommen die irischen und britischen Arbeiter. Dafür erhalten sie als ,,Ausgleich'' 10% aus dem EG-Sozialfonds. 12000 Stahlarbeitern soll bis Ende 1980 so der Lohn gekürzt werden.

Der EG-Sozialplan für die Stahlindustrie ist die Reaktion der Stahlmonopole auf den Kampf der westeuropäischen Stahlarbeiter gegen die Rationalisierungsmaßnahmen. ,,Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, Zeit zu gewinnen'', schreibt die Kommission.

Dann folgen noch in A9: 2, in A7: 1, in A5: 1, in A4: 1 und 17 Angestellte und zwei Kraftfahrer.

Die ganze Tätigkeit dieses hochdotierten Beamtenkörpers besteht darin, die ,,sparsame und wirtschaftliche'' Verwendung der vorhandenen Haushaltsmittel eines Jahres zu überwachen und aufzuzeigen, wo und wie noch gespart werden kann. In wessen Interesse?

Dafür sind nicht nur die hohen Bestechungsgelder ein Indiz, die an die Beamten gezahlt werden. Lapidar wird in dem Bericht über die Prüfung des Finanzzentrums der Oberfinanzdirektion Hannover festgestellt: ,,Die entstandene Arbeitsverzögerung im Finanzrechenzentrum konnte deshalb trotz eines Dreischichtenbetriebes an jeweils sieben Tagen in der Woche und zahlreichen Überstunden der Arbeitsgruppen erst Anfang 1977 ... beseitigt werden.'' Nicht die Überstunden der Beschäftigten werden hier aufgegriffen, sondern die nicht erledigten Arbeitsrückstände. So auch an anderen Stellen des Berichts. Die Dienstpläne z.B. in einer. Justizvollzugsanstalt sahen ,,häufig vor, daß einzelne Beamte im Zeitraum einer Woche bis zu 83 Stunden Dienst (davon 27 Bereitschaftsdienst) zu leisten hatten. Als Arbeitszeit wurden ihnen dafür 69,5 Stunden angerechnet.'' Schlußfolgerung: ,,Diese Verstöße ließen sich ohne Personalvermehrung vermeiden, wenn die Schichten anders eingeteilt würden.'' Überstunden- und Schichtarbeit! – schon gut, aber es muß noch mehr herauskommen, so der LRH.

Der Eindruck einer von der Bourgeoisie so aufgebauschten neutralen unabhängigen Instanz, wenn z.B. besonders ausufernder Bürokratismus oder Unterschlagungen ,,aufgedeckt'' werden, geht verloren. Straffung und Ordnung des gesamten staatlichen Apparates gegen die Volksmassen, weitere ,,Sparmaßnahmen'' gegen die Beschäftigten – dafür ist der LRH als Organ der niedersächsischen Landesregierung eingesetzt. Daß die Durchsetzung erhebliche Schwierigkeiten bereitet, wird an verschiedenen Punkten deutlich: ,,Die Erörterungen mit der Verwaltung sind noch nicht abgeschlossen.''

Ausbeutung Schwerbehinderter immer profitabler

NRW-Landesregierung plant 532,5 Mio. DM für Maßnahmen zur Rehabilitation

z.sog. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten ist 1979 um 22,8 % gestiegen, stellt das Landesarbeitsamt NRW fest. Nach Angaben der Landesregierung gab es 1974 in NRW bereits 480000 Schwerbehinderte. Nach dem Schwerbehindertengesetz sind das Arbeiter und Arbeiterinnen, die über 50 % erwerbsgemindert sind. Es gibt in NRW zwei Hauptversorgungsämter: Westfalen-Lippe und Rheinland. Das Hauptversorgungsamt Rheinland hat vom 1.5.74 bis Ende 1978 allein 489818 weitere Anträge auf Anerkennung als Schwerbehinderter bewilligt. Über ein Drittel der nichtkriegsbeschädigten Behinderten sind über 60 Jahre alt. Als Grund gibt Arbeits- und Sozialminister Farthmann an: ,,In den meisten Fällen leiden sie an altersbedingten Defekten wie Gehbehinderung, Verschleiß der Wirbelsäule, Stoffwechselstörungen oder Kreislaufschwäche'' (Farthmann auf einer Pressekonferenz zum Landesbehindertenplan, 31.1.79). Sicher wird ein Großteil der Anträge auf Anerkennung als Schwerbehinderter von älteren Arbeitern und Arbeiterinnen gestellt, aber nicht weil sie alt werden, sondern weil ihre Arbeitskraft in bestimmten Funktionen verschlissen ist durch die jahrelange Ausbeutung. Als Schwerbehinderte erhoffen sie sich einen besseren Schutz gegen Intensivierung der Arbeit bzw. Kündigung.

Die Kapitalisten der Krupp Hüttenwerke beuten gegenwärtig 2262 Schwerbehinderte aus. Das sind 9,1 % der Gesamtbelegschaft. Je nach Art der Behinderung kommen sie an Arbeitsplätze, an denen sie ausgebeutet und entlohnt werden wie jeder andere Arbeiter auch, meist in den unteren Lohngruppen. Nach dem Schwerbehindertengesetz müssen in einem Betrieb mit über 16 Beschäftigten mindestens 6 % der Belegschaft Schwerbehinderte sein. Bei Krupp haben viele der behinderten Arbeiter lange dort gearbeitet, bevor sie den Antrag auf Anerkennung als Schwerbehinderter stellten.

Im Werk Duisburg-Rheinhausen lassen die Krupp-Kapitalisten ein neues Stellwerk errichten, auf dem dann ausschließlich 5 schwerbehinderte Arbeiter ein umfangreiches System von Werksbahnen steuern sollen. Die Kosten für das neue Stellwerk sind 270000 DM, davon kommen 210000 DM aus dem Ausgleichsabgabefonds des Versorgungsamtes Rheinland (nach ,,Westdeutsche Allgemeine Zeitung'', 28.6.79). Aus dem Ausgleichsabgabefonds können sich die Kapitalisten die Kosten für die Einrichtung von speziellen Behindertenarbeitsplätzen holen. Aber er ist nur einer der Pfründe, aus dem sie sich für die Erneuerung oder Neuanschaffung von Produktionsmitteln bedienen. ,,1978 (haben) Kölner Arbeitgeber für die Einstellung von 120 Behinderten insgesamt 1150000 DM vom Arbeitsamt erhalten'' (Kölner Wochenspiegel, 4.7.79). Dieser Zuschuß von durchschnittlich 9585 DM aus der Arbeitslosenversicherung ist den Kapitalisten auf 8000 DM, 12000 DM, 15000 DM oder 18000 DM, je nach festgestelltem Grad der Behinderung des Arbeiters, erhöht worden.

Die nächste Quelle zur Erhöhung der Profite der Kapitalisten sind die dem Lohn abgepreßten Steuergelder. Die NRW-Landesregierung hat gerade einen ,,Landesbehindertenplan'' in Druck, nach dem sie bis 1982 532,5 Mio. DM für ,,Maßnahmen zur Rehabilitation'' locker machen will. Aufgabe der Rehabilitation ist nach dem Rehabilitationsangleichungsgesetz vom 7.8.74 die Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt, die Mobilisierung dieses Teils der Arbeiterklasse als billige und rechtlose Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt. Die Behinderten stehen zusätzlich unter der Kontrolle des Versorgungsamtes.

,,Die Kündigungsfrist beträgt mindestens 4 Wochen'' (§13 Schwerbehindertengesetz). Bei außerordentlicher Kündigung ,,(soll) die Hauptfürsorgestelle die Zustimmung erteilen, wenn die Kündigung aus einem Grunde erfolgt, der nicht im Zusammenhang mit der Behinderung steht''. Z.B. kann bei Streik fristlos gekündigt werden. Anläßlich des Baus des neuen Stellwerks haben die Krupp-Kapitalisten gedroht: ,,Ohne die Schaffung von neuen zusätzlichen Arbeitsplätzen müßten diese Schwerbehinderten entlassen werden''. Sie haben die 5 schwerbehinderten Arbeiter, die in dem neuen Stellwerk die 5 Rangierer aus dem alten Stellwerk ersetzen sollen, bereits vor einiger Zeit auf andere Stellen umgesetzt und damit ihren Lohn um durchschnittlich 350 DM gesenkt. Die Abspaltung der Behinderten von den übrigen Teilen der Arbeiterklasse besteht nicht darin, daß sie behindert oder älter sind, sondern darin, daß sie von den Kapitalisten zur Lohnsenkung eingesetzt werden.

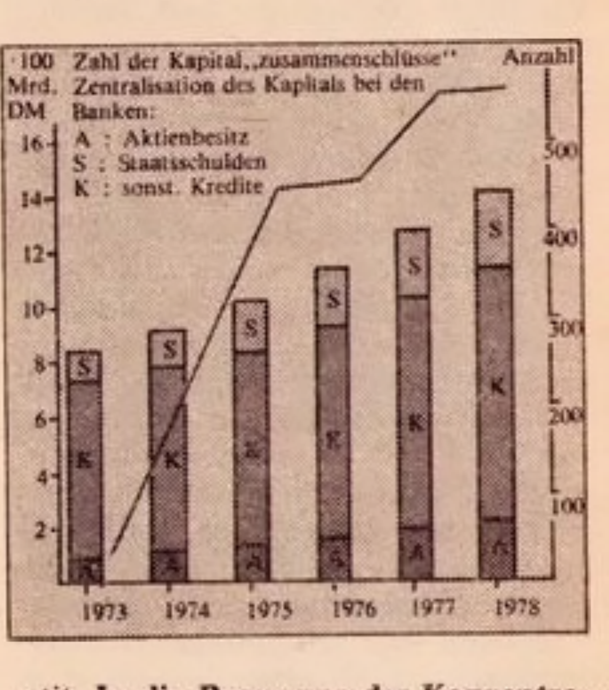
Konzentration und Zentralisation des Kapitals 1978

,,Unternehmenszusammenschlüsse'' mit 2 Beteiligten 1978

Aufgekaufte Kapitale nach Branchen

Käufer	Mineral	Eisen	M.bau	Chemie	Ernähr.	Handel	Banken	sonst.	Summe der Käufer	gekaufter Umsatz
Mineralölerzeugnisse	3			6		46		6	61	4,8 Mrd.
Eisen und Stahl		8	10					13	31	17,5 Mrd.
Maschinenbau			17			2		5	24	4,2 Mrd.
Chemische Erzeugn.			2	24		2		20	48	17,2 Mrd.
Ernährungsindustrie			1	5	14	4		9	33	1,7 Mrd.
Handel und -hilfsgewerbe	1		1		3	39	3	9	56	2,3 Mrd.
Banken und Börsen					2	1	15	16	34	1,1 Mrd.
sonstige		1	18	5	7	31	4			
Summe der Aufgekauften	4	9	49	40	26	125	22			

Die Tabelle zeigt für einige Branchen, in welchem Maße die Kapitalisten Konkurrenten in der eigenen Branche niedermachen, bzw. sich auf andere Branchen ausdehnen. (Quelle: Bericht des Bundeskartellamtes, 1978)



z.tit. **In die Bewegung der Konzentration und Zentralisation des Kapitals sind 1978 weit über 250 Mrd. DM verwickelt gewesen.** Abgesehen von der haufenweisen Vernichtung von Kleinkapitalien, die das Bundeskartellamt nicht erfaßt, hat der Löwenanteil von Kapital die Besitzer gewechselt in Form von ,,Zusammenschlüssen von mehr als 2 Unternehmen''; diese sind allerdings nicht aufgeschlüsselt. Die Konkurrenz wird auf höherer Ebene fortgeführt. Das Finanzkapital vollzieht diese Bewegungen mittels Verschuldung der Kapitalisten. Über die Staatsverschuldung wird Regie geführt.

Bürgerlicher Schützenfestrummel, das war nicht immer so

Die Tradition der Schützengilden war kämpferisch

r.wal. Bei der Eröffnung des Hannoverschen Schützenfestes versammelten sich „Prominenz, Minister und andere herausragende Persönlichkeiten" im Festzelt, Bundesminister Franke war anwesend, und Helmut Schmidt schickte ein Telegramm. Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg stolzierte in der Tracht eines reichen Stadtbewohners dem Schützenausmarsch voran, wo die Redaktion der Hannoverschen Allgemeinen bedauerte, die Hannoveranerinnen nicht als „mollige Marketenderinnen" aus der Perspektive eines Landsknechtes des Dreißigjährigen Krieges registrieren zu können.

So voll Bierseligkeit und Landsknechtmentalität wie die Redaktion der Hannoverschen Allgemeinen ist die Herkunft der Schützengilden allerdings nicht. Die Schützengilden entstanden zu Beginn des 14. Jahrhunderts zunächst in Flandern, dann auch in den Niederlanden und im ganzen norddeutschen Raum. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich schon die Städte mit eigenem Recht, antifeudalen Interessen und bewaffneter Bürgerschaft in die feudalen Gebiete eingekeilt. Grundlage hierfür war, daß die landwirtschaftliche Produktion ein so großes Mehrprodukt schaffte, daß sich das Handwerk als eigenständiger Produktionszweig herausbilden konnte. Die Handwerker flohen vor ihren Feudalherren, die das Handwerk bloß als Frondienst zulassen wollten, siedelten sich in den Marktorten an und errichteten die Städte als Schutzburgen. Die Handwerker schlossen sich in Zünften zusammen, deren strenge Ordnungen verhindern sollten, daß sich aus den Reihen der Handwerker Kapitalisten herausbilden – so wurde die Zahl der Gesellen, die von einem Meister beschäftigt werden durften, beschränkt. In den Städten stand den Zünften als praktisch einzige existierende Kapitalform das Kaufmanns- und Wucherkapital gegenüber.

Trotz des zeitweiligen kirchlichen Verbotes von Bogen und Armbrust bildeten die zunftmäßig vereinigten Handwerker Schützengilden, um den Umgang mit den neuen Waffen zu trainieren. Die meisten Schützengilden entstanden in dem Zeitraum, wo die Zünfte gegenüber dem Kaufmannskapital auf Beteiligung an der politischen Macht drängten. Von Anfang an hat das Kaufmannskapital versucht, die Schützengilden unter Kontrolle zu bekommen, und in fast allen Städten mußten die Statuten der Gilden durch den Rat der Stadt genehmigt werden.

Andererseits war das Kaufmannskapital auf die militärische Stärke der Gilden beim Kampf mit dem Adel angewiesen. Die Gilden übernahmen Aufgaben in der Stadtverteidigung und organisierten die militärische Ausbildung. Oftmals gelang es, den Ratsherren zum Befehlshaber der Gilde zu machen. Das Kaufmannskapital, das seine militärische Stärke auf eine rittermäßige Bewaffnung gründete, fürchtete mit einer gewissen Berechtigung das Erstarken der Gilden. Die Beherrschung der Fernwaffen glich die Stärke eines armen und die eines reichen Mannes einander an. Das Erstarken der Gilden in den Städten spiegelt den revolutionären Gährungsprozeß wider, der damals in Deutschland vor sich ging und der in einer Reihe von Bauernaufständen in die großen Bauernkriege hinüberwuchs.

Ab der Niederlage der Bauernkriege sprechen die bürgerlichen Historiker von einem „Niedergang der Schützenbewegung". Die Schützenturniere, die zunächst dem Ansporn bei der Ausbildung gedient hatten und gegen die Ritterturniere des heruntergekommenen Adels gerichtet waren, verloren diesen Charakter. Nicht selten sind diese Turniere dann vom jeweiligen Landesfürsten persönlich eröffnet worden. Die Schützengilden wandelten ihren Charakter. Sie wurden zu bloßen Vergnügungsgesellschaften, wenn nicht zu Anhängseln der expansiven Ziele der Handelsbourgeoisie und des Adels. Im Dreißigjährigen Krieg zeigte sich, daß die Niederlage der Bauernkriege eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland auf Jahrzehnte hinaus versperrt hatte. Wen wunderts, daß die Journaille diesen Zeitraum, in dem die Hälfte der deutschen Bevölkerung für die Plünderungsinteressen verschiedener Territorialfürsten hingeschlachtet wurde, als Sinnbild fideler Ausgelassenheit feiert? Gleichzeitig begann sich das Proletariat zu entwickeln, das an die Stelle der zunftmäßigen Organisierung und Bewaffnung die klassenmäßige setzt.

Ostholsteinische Fischer leisten Widerstand gegen Strandaufspülungen bei Grömitz und Kellenhausen

r.dim. Um den Hotel- und Fremdenverkehrskapitalisten in dieser Saison ihre Profite zu sichern und auszubauen, lassen Landrat Clausen und die Bürgermeister der Kurorte vor der Neustädter Küste Sand vom Meeresboden baggern und bei Grömitz (120000 m³) und Kellenhusen aufspülen, der durch die Winterstürme infolge mangelnder Strandbefestigungen wie Buhnen ins Meer zurückgerissen wurde. 1 Mio. m³ für die 185 km lange Küste sind im Laufe des Jahres vorgesehen. Clausen hat dafür beim Land allein 8 Mio. beantragt, von 25 Mio., die für die Beseitigung von Winterschäden vorgesehen sind. Durch die Aufspülungen werden die Fischgründe des Butts, der Wassertiefen von 6 bis 14 m und sandigen Boden liebt, zerstört.

Die Bagger graben riesige Löcher in den Meeresboden, die nach über 10 Jahren noch vorhanden sind, z.B. von der damaligen Strandaufspülung Sierksdorf. „Das Wasser ist an diesen Stellen biologisch tot," erklärt der Sprecher der betroffenen 12 Fischer aus Niendorf, sowie der Fischer aus der Gegend um Sierksdorf, die schon andere Fanggründe suchen mußten. Die Fischer sollen gezwungen werden, nach Norden auszuweichen, wodurch sie mehr Diesel brauchen und aufgrund längerer Fahrtstrecken nur noch alle zwei Tage aus dem Hafen auslaufen können. Nach Schätzungen der Fischer entstehen schon heute für sie Einbußen bis zu 10000 DM pro Mann und Jahr. „Wer wird uns dafür entschädigen?" fragen sie. Die „Lübecker Nachrichten" müssen schreiben, daß die Fischer



auf die Barrikaden gehen und ihren Sprecher ausführlich zu Wort kommen lassen, der den Staat direkt angreift: „Wie denken sich die Kommunen das eigentlich? Wollen die uns mit Gewalt kaputt machen? Was man mit uns jetzt macht, schreit zum Himmel!" Der Niendorfer Fischerverein, der auch den Fischereiverband in die Aktionseinheit gezwungen hat, hat sich bisher beim Fischereiamt zu Kiel beschwert. Den Zusammenschluß der Fischer muß man unbedingt unterstützen, so daß der Bagger schleunigst stillgelegt wird und die Fischer für ihre Einbußen entschädigt werden.

Des Freiherrn Lob auf den Familienbetrieb

Deutscher Bauerntag 1979 in Münster: Zwei widersprüchliche Interessen

z.bil. Der deutsche Bauerntag '79 hat letzte Woche in Münster getagt. Der Form nach sind alle Bauern in den Bauernverbänden zusammengeschlossen. „Der Deutsche Bauernverband hat die Aufgabe, die agrar-, wirtschafts-, rechts-, steuer-, sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Interessen der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen und zu fördern", heißt es in der Satzung. 90% aller Bauern sind Mitglied im Bauernverband, ein Bruchteil davon zählt zu den Agrarkapitalisten, die den Verband beherrschen. Kann es einheitliche Interes-

trieblichen Investitionsförderung heißt es: „Die einzelbetriebliche Investitionsförderung sollte vereinfacht, flexibler und für die Masse der Betriebe wirksamer gestaltet werden:

– in die Förderung müssen alle Landwirte gleichmäßig einbezogen werden.

– für die Bewilligung von Förderungsmitteln sollte die Gesamtbeurteilung des Betriebes ausschlaggebend sein. Der Betriebsleiter muß selbst entscheiden, ob bei gegebener Rentabilität die durch vorgesehene Investition erreichbare Einkommensverbesserung seinen Vorstellungen entspricht. ... Die

Bekanntlich verspricht Kanzlerkandidat Strauß Steuererleichterungen bei der Lohnsteuer. Die SPD erwägt Gleiches zögernd. Können die Bauern ein Interesse daran haben, für die Lohnsteuerschraube einzutreten, oder ist es nicht vernünftig, gemeinsam mit den Gewerkschaften der Arbeiter für 1500 Mark Steuerfreibetrag und gegen die Mehrwertsteuer zu kämpfen?

Die Spaltung zwischen den Interessen der Masse der kleinen Bauern, die sich mit der Arbeiterklasse einigen können, und denen der Agrarkapitalisten zeigt sich in all diesen offiziellen Beschlußfassungen des Deutschen

tionspolitik der Bundesregierung. Die Behandlung dieser Forderungen verfolgt eine Politik der Spaltung, so, wenn Heereman in Münster erklärt, es sei ungerecht, wenn die Bauern 60 bis 70 Stunden arbeiten müßten, wo die Arbeiter die 35-Stunden-Woche fordern würden, oder gegen die „hohen Löhne" der Industriearbeiter zu Felde zieht.

Tatsache ist, daß die Beschlußfassungen der unteren Ebenen der Bauernverbände eine andere Richtung einschlagen. Gegen den Widerstand der Agrarkapitalisten im DBV ist eine einheitliche Bewegung der Arbeiter und

zulassen wollten, siedelten sich in den Marktorten an und errichteten die Städte als Schutzburgen. Die Handwerker schlossen sich in Zünften zusammen, deren strenge Ordnungen verhindern sollten, daß sich aus den Reihen der Handwerker Kapitalisten herausbilden – so wurde die Zahl der Gesellen, die von einem Meister beschäftigt werden durften, beschränkt. In den Städten stand den Zünften als praktisch einzige existierende Kapitalform das Kaufmanns- und Wucherkapital gegenüber.

kriege hinüberwuchs.

Ab der Niederlage der Bauernkriege sprechen die bürgerlichen Historiker von einem „Niedergang der Schützenbewegung". Die Schützenturniere, die zunächst dem Ansporn bei der Ausbildung gedient hatten und gegen die Ritterturniere des heruntergekommenen Adels gerichtet waren, verloren diesen Charakter. Nicht selten sind diese Turniere dann vom jeweiligen Landesfürsten persönlich eröffnet worden. Die

den Meeresboden, die nach über 10 Jahren noch vorhanden sind, z.B. von der damaligen Strandaufspülung Sierksdorf. „Das Wasser ist an diesen Stellen biologisch tot," erklärt der Sprecher der betroffenen 12 Fischer aus Niendorf, sowie der Fischer aus der Gegend um Sierksdorf, die schon andere Fanggründe suchen mußten. Die Fischer sollen gezwungen werden, nach Norden auszuweichen, wodurch sie mehr Diesel brauchen und aufgrund längerer Fahrtstrecken nur noch alle zwei Tage aus dem Hafen auslaufen

lassen, der den Staat direkt angreift: „Wie denken sich die Kommunen das eigentlich? Wollen die uns mit Gewalt kaputt machen? Was man mit uns jetzt macht, schreit zum Himmel!" Der Niendorfer Fischerverein, der auch den Fischereiverband in die Aktionseinheit gezwungen hat, hat sich bisher beim Fischereiamt zu Kiel beschwert. Den Zusammenschluß der Fischer muß man unbedingt unterstützen, so daß der Bagger schleunigst stillgelegt wird und die Fischer für ihre Einbußen entschädigt werden.

Des Freiherrn Lob auf den Familienbetrieb

Deutscher Bauerntag 1979 in Münster: Zwei widersprüchliche Interessen

z.bil. Der deutsche Bauerntag '79 hat letzte Woche in Münster getagt. Der Form nach sind *alle* Bauern in den Bauernverbänden zusammengeschlossen. „Der Deutsche Bauernverband hat die Aufgabe, die agrar-, wirtschafts-, rechts-, steuer-, sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischen Interessen der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen in ihrer Gesamtheit wahrzunehmen und zu fördern", heißt es in der Satzung. 90% aller Bauern sind Mitglied im Bauernverband, ein Bruchteil davon zählt zu den Agrarkapitalisten, die den Verband beherrschen. Kann es einheitliche Interessen zwischen der Masse der Bauern und den Agrarkapitalisten geben?

Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr von Heereman: „Eine Landbewirtschaftung, die überwiegend in der Form des Familienbetriebes als Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieb betrieben wird, ist am besten geeignet, die Anforderungen zu erfüllen, die eine moderne Industriegesellschaft an ihre Agrarwirtschaft stellt ... Familienbetriebe sichern die Ziele des Grundgesetzes für die in der Landwirtschaft tätigen Menschen besser als jede andere Betriebsform". Das „Übel unserer Zeit, das nicht von vornherein als Schicksal hingenommen werden muß, ist der Trend zur Konzentration", heißt es in der Deutschen Bauernkorrespondenz (3/79), und weiter: „Ursächlich für Konzentration ist häufig genug das Streben nach Macht." Die kapitalistische Produktionsweise hat in den letzten 20 Jahren Hunderttausende von Bauern vernichtet. Die Form des Familienbetriebes, die unter maßloser Überarbeit aller Familienmitglieder gesetzmäßig ihrem Untergang zusteuert, ist rückständig. Der Deutsche Bauernverband propagiert die „Freiheit und Unabhängigkeit" der Familienbetriebe, ihre „Anpassungsfähigkeit". Es ist die Freiheit, unabhängig unterzugehen. „Anpassungsfähig" sind die Familienbetriebe insoweit, als sie gezwungen sind, sich in Arbeiter-Bauern umzuwandeln, den Voll- zum Zuerwerbs- oder Nebenerwerbsbetrieb zu ändern.

Stünde es nicht gut an, den genossenschaftlichen Zusammenschluß und Kooperation zu propagieren? In der Stellungnahme des DBV zur einzelbetrieblichen Investitionsförderung heißt es: „Die einzelbetriebliche Investitionsförderung sollte vereinfacht, flexibler und für die Masse der Betriebe wirksamer gestaltet werden:

– in die Förderung müssen alle Landwirte gleichmäßig einbezogen werden.

– für die Bewilligung von Förderungsmitteln sollte die Gesamtbeurteilung des Betriebes ausschlaggebend sein. Der Betriebsleiter muß selbst entscheiden, ob bei gegebener Rentabilität die durch vorgesehene Investition erreichbare Einkommensverbesserung seinen Vorstellungen entspricht. ... Die Landwirtschaft braucht abgestufte Zinssätze, die wesentlich unter den Kapitalmarktzinsen liegen."

Dem Schein nach spricht diese Stellungnahme für *die Bauern*. Das Manöver ist schmutzig. Die staatlich betriebene gezielte Vernichtung soll in individuelle Entscheidung der einzelnen Bauern übergehen, bei gleichzeitigem uneingeschränkten Zugang zu den Subventionen und billigen Krediten für die Agrarkapitalisten.

Genauso verhält es sich mit der „bedingten Zustimmung" des DBV zur Erzeugerabgabe bei Milch. Seit September 1977 müssen die Bauern 0,9 Pfennig je Liter Milch abgeben, was bis zu 4 Pfennig pro Liter Milch gesteigert werden kann. Gegen die neuesten Pläne, die Erzeugerpreisabgabe proportional zur steigenden Milchanlieferungsmenge (in doppelter Höhe, z.B. bei 2% Gesamtmilchanlieferung = 4% Erzeugerabgabe) zu erheben, erklärt der DBV, daß eine Mehrerzeugung alle Kuhhalter gleichmäßig treffen würde. Das sei Kollektivstrafe. Der DBV tritt für die „einzelbetriebliche Verursacherabgabe" ein. D.h. keinem kleinen Bauern wird es mehr möglich sein, seinen Bestand aufzustocken.

Die Steuerpläne der Regierung werden von den Bauern bekämpft. Heereman hat in Münster erklärt, er widersetze sich keiner gerechten Lösung, jedoch lehne er „jede Mehrbelastung ab". Es sei eine Benachteiligung gegenüber anderen Wirtschaftsgruppen, denen in der Vorwahlzeit sogar Steuererleichterungen in Aussicht gestellt werden. Genüßlich haben die ZDF-Nachrichten dies zitiert, um Spaltung zwischen Arbeiter und Bauern zu treiben.

Bekanntlich verspricht Kanzlerkandidat Strauß Steuererleichterungen bei der Lohnsteuer. Die SPD erwägt Gleiches zögernd. Können die Bauern ein Interesse daran haben, für die Lohnsteuerschraube einzutreten, oder ist es nicht vernünftig, gemeinsam mit den Gewerkschaften der Arbeiter für 1500 Mark Steuerfreibetrag und gegen die Mehrwertsteuer zu kämpfen?

Die Spaltung zwischen den Interessen der Masse der kleinen Bauern, die sich mit der Arbeiterklasse einigen können, und denen der Agrarkapitalisten zeigt sich in all diesen offiziellen Beschlußfassungen des Deutschen Bauernverbandes. Der Bauernverband mußte die aus allen Teilen des Landes von den regionalen und örtlichen Bauernverbandsebenen erhobene Forderung nach 4%iger Erhöhung der Agrarpreise beschließen. Die 0,5%, die jetzt herausgekommen sind, langen den Agrarkapitalisten wegen ihrer Extraprofite hin. Darum haben sie alle Forderungen nach Aktionen und Demonstrationen für einen ausreichenden Abschluß unterdrückt. Der Deutsche Bauernverband muß die Forderung gegen die Steuerpläne der Regierung erheben, ebenso wie die Forderungen gegen Erzeugerabgaben und die Subventionspolitik der Bundesregierung. Die *Behandlung* dieser Forderungen verfolgt eine Politik der Spaltung, so, wenn Heereman in Münster erklärt, es sei ungerecht, wenn die Bauern 60 bis 70 Stunden arbeiten müßten, wo die Arbeiter die 35-Stunden-Woche fordern würden, oder gegen die „hohen Löhne" der Industriearbeiter zu Felde zieht.

Tatsache ist, daß die Beschlußfassungen der unteren Ebenen der Bauernverbände eine andere Richtung einschlagen. Gegen den Widerstand der Agrarkapitalisten im DBV ist eine einheitliche Bewegung der Arbeiter und Bauern gegen das Kernenergieprogramm der Bundesregierung zustande gekommen. Beschlußfassungen wie die der Kreisbauernverbände Donnersberg und Alzey-Worms gegen die Planung eines militärischen Notlandeplatzes an der geplanten Autobahn A 63 gehen in Richtung auf Einheit des Volkes, wenn es heißt: „Die vorgesehene Errichtung eines militärischen Notlandeplatzes muß unseren Widerstand herausfordern ... Alle Bürger der Nordpfalz und im angrenzenden Rheinhessen sehen mit Sorge die wachsende Konzentration militärischer Einrichtungen ..."



1974 haben überall in der BRD die Bauern für höhere Erzeugerpreise demonstriert. *Bild:* Germersheimer Bauern sperren die Grenze.

Senegal baut seine eigene Meeresfischerei auf

z.jon. In einem im Mai unterzeichneten Vertrag hat Senegal die Staaten der EG verpflichtet, die Zahl der Schiffe, die in seiner 200-Meilenzone fischen, zu begrenzen, einen größeren Teil der Fänge im Senegal anzulanden, für die Fangerlaubnis Lizenzen zu errichten und in den nächsten zwei Jahren 28,7 Mio. DM zu zahlen, die für den Ausbau der senegalesischen Fischereiwirtschaft verwendet werden. 1978 wurden bereits 178 Mio. t Fisch, 70% der Fänge, aus den sehr fischreichen senegalesischen Gewässern im Senegal selbst angelandet und dort verarbeitet. Dennoch kann Senegal seinen Fischreichtum noch nicht voll für die Stärkung seiner Unabhängigkeit nutzen. Die Hochseeflotte wird von französischen Kapitalisten beherrscht, die einheimische Fischerei wird oft noch mit unmotorisierten Pirogen betrieben. Neben dem Ausbau der Fischverarbeitungsindustrie will die Regierung Senegals deshalb mit den Lizenzeinnahmen eigene Hochseeschiffe bauen und vor allem die „handwerklich-moderne Fischerei" fördern: Den armen Fischern soll durch die Bildung von Genossenschaften, günstige Kredite und Schutz ihrer Fanggebiete der Aufbau einer Motorkutterflotte ermöglicht werden. Durch drei neue Fischereihäfen wird die Fischversorgung im ganzen Land verbessert. Sieben neue Kutter waren im März 79 in Betrieb, bis 1981 werden es 48 sein.

Tuvalu baut eigene Fischereiflotte auf

z.cht.Sydney. Tuvalu will mit Unterstützung des südpazifischen Forums eine eigene Fischerei aufbauen. Die neun Inseln mit etwa 9000 Einwohnern im pazifischen Ozean, ehemals englische Kolonie unter dem Namen Ellice Islands, bilden seit dem 1.10.78 einen unabhängigen Inselstaat. Nachdem die englischen Kolonialisten die Kokos-Plantagen haben verkommen lassen, waren die Inselbewohner zunehmend darauf angewiesen, als Seeleute, als Phosphatgrubenarbeiter auf den Ocean Islands und in Neuseeland Arbeit zu suchen. Eine Untersuchung, die vom südpazifischen Forum im Auftrag Tuvalus jetzt durchgeführt worden ist, zeigt große Vorkommen an Thunfisch und anderen Fischarten in den Küstengewässern. Der Fischreichtum, bislang hauptsächlich von japanischen Fangflotten ausgebeutet und von Tuvalu nur zur Subsistenzwirtschaft genutzt, ist eine gute Grundlage, eine selbständige Wirtschaft und Exportproduktion zu entwickeln. Der Premierminister von Tuvalu verhandelt jetzt mit US-Kapitalgesellschaften über die Finanzierung einer Fischereiflotte, nachdem er vergebens auf die Überweisung einer von der Regierung Großbritanniens versprochenen Unterstützung in Höhe

Tuvalu baut eigene Fischereiflotte auf

z.cht.Sydney. Tuvalu will mit Unterstützung des südpazifischen Forums eine eigene Fischerei aufbauen. Die neun Inseln mit etwa 9000 Einwohnern im pazifischen Ozean, ehemals englische Kolonie unter dem Namen Ellice Islands, bilden seit dem 1.10.78 einen unabhängigen Inselstaat. Nachdem die englischen Kolonialisten die Kokos-Plantagen haben verkommen lassen, waren die Inselbewohner zunehmend darauf angewiesen, als Seeleute, als Phosphatgrubenarbeiter auf den Ocean Islands und in Neuseeland Arbeit zu suchen. Eine Untersuchung, die vom südpazifischen Forum im Auftrag Tuvalus jetzt durchgeführt worden ist, zeigt große Vorkommen an Thunfisch und anderen Fischarten in den Küstengewässern. Der Fischreichtum, bislang hauptsächlich von japanischen Fangflotten ausgebeutet und von Tuvalu nur zur Subsistenzwirtschaft genutzt, ist eine gute Grundlage, eine selbständige Wirtschaft und Exportproduktion zu entwickeln. Der Premierminister von Tuvalu verhandelt jetzt mit US-Kapitalgesellschaften über die Finanzierung einer Fischereiflotte, nachdem er vergebens auf die Überweisung einer von der Regierung Großbritanniens versprochenen Unterstützung in Höhe von 2,6 Millionen Pfund gewartet hat. Die für die Fischerei notwendigen Hafenanlagen sollen von einer Firma aus Papua-Neuguinea gebaut werden.

Argentinien verteidigt 200-Meilen-20-Zone

z.ger. Argentinien hat die Höchststrafe für illegales Fischen in seinen Gewässern auf eine Million Dollar erhöht und erklärt, bei „schweren und mutwilligen Verstößen" könnten außerdem die betroffenen ausländischen Schiffe beschlagnahmt werden. (AP, 3o. 6. 79) „Eine wachsende Zahl von Fischereiflotten" habe in der 200-Meilen-Zone Argentiniens einen Schaden angerichtet, zu dem die bisherige Höchststrafe von 100000 Dollar in keinem Verhältnis gestanden habe. Durch die Ausdehnung der Territorialgewässer der Küstenländer auf 200 Meilen sind z. B. die Fänge der BRD-Imperialisten vor Island von 125000 t (1971) auf 4300 t (1978) zurückgegangen. Sie drängen in den Südatlantik. Von 1800 t (1971) stieg dort die Fangmenge auf 27700 t (1978), davon 11300 t vor der argentinischen Küste. Um den Aufbau einer eigenen Fischfangflotte und Fischverarbeitungsindustrie zu fördern, hat die argentinische Regierung je fünf Fischereikonzernen aus der BRD und Japan eine auf ein Jahr befristete Fangerlaubnis von je 100000 t für die „experimentelle" Befischung und Entwicklung der geeigneten Fangtechnik gegeben. Auflagen sind die Stellung von zwei Fischereiforschungsschiffen für ein Jahr und die Mitteilung der Forschungsergebnisse und „Durchführbarkeitsstudien". Die Imperialisten nutzen diese Lage begierig aus.

Jugendstrafvollzugskommission: Einübung richtiger Arbeitshaltung!

z.and. Die Jugendstrafvollzugskommission wurde am 29. September 1976 vom Bundesminister der Justiz eingesetzt und soll Grundlagen für die Organisierung des Jugendstrafvollzugs erarbeiten, die die aus dem Faschismus stammende Jugendstrafvollzugsordnung vom 1.9.1944, bzw. die dann auf Grundlage des Strafvollzugsgesetzes 1976 ergangenen Verwaltungsvorschriften (VVJug) der Landesjustizverwaltungen ablösen sollen. Erste Ergebnisse wurden ab April diesen Jahres veröffentlicht. In den „Grundsatzvorstellungen zur Arbeit“ heißt es:

„I. Angebote: Der Vollzug muß sinnvolle Beschäftigung oder angemessene Arbeit anbieten... 2. Arbeitspädagogische Maßnahmen sind der Arbeit gleichrangig. 3. Arbeit und Beschäftigung müssen auf die unmittelbare Verwertbarkeit des Erlernten nach der Entlassung abstellen... 5. Durch die Arbeit soll der Gefangene auch lernen, in Gemeinschaft und möglichst in Gruppen gleichförmige Arbeitsabläufe einschließlich fließbandartiger Tätigkeit auszuführen. 6. Der Gefangene ist an die wechselnden Anforderungen in gleichförmiger Arbeit zu *gewöhnen*.“ Es besteht Pflicht zur Teilnahme.

„IV. Methoden: 3. Für Arbeiten, die Gefangene in der Anstalt nicht wirklichkeitsnah ausführen können, sind Kurzlehrgänge in Übungsbetrieben einzurichten (z.B. Führen von Hubfahrzeugen..., Bedienen von Baumaschinen und -geräten).“ Bei sodann „für den Freigang“ Geeigneten: „Gelegenheit zur Arbeit außerhalb der Anstalt“, deren Ausbau gefordert wird.

Propagiert wird Vollzugslockerung und Wohngruppenform, um damit ein fein gestuftes System der Erpressung, Unterdrückung und Spaltung in die Hand zu bekommen. Weiter empfiehlt die Kommission den Ausbau der „ambulanten und stationären Hilfen der Jugendhilfe“, um „Fehlentwicklungen frühzeitig aufzufangen“, und mit diesen Einrichtungen gekoppelt, die Jugendstrafe mehr zur Bewährung auszusetzen. So sollen die Jugendlichen besser als Rammbock gegen den Lohn und Zusammenschluß der in Freiheit befindlichen jungen und alten Arbeiter eingesetzt werden. (Zit. n. „Der Vollzugsdienst“, Nr. 2/1979)

„V. Organisation: Zur Verbesserung und Ergänzung der gegenwärtigen örtlichen Arbeitsbeschaffung soll insbesondere die öffentliche Hand Aufträge an die Jugendstrafanstalten erteilen.“

Solchermaßen gerüstet, mahnt die Kommission, daß die „Entwicklung von Fähigkeiten bzw. die Berücksichtigung der Neigungen des Strafgefangenen... Vorrang vor der wirtschaftlichen Ergiebigkeit der Arbeit haben (vgl. Nr. 32 Abs. 2 VVJug)“ müssen. Der *einzelne* Jugendliche muß zur Arbeit herangeführt werden, statt „pauschal“ *alle* zur „Heraufsetzung des Leistungssolls als Muß-Vorschrift“ zu pressen.

Österreich: 5-Tage-Woche in den Schulen Unterrichtsbeginn gleich Schichtbeginn

z.pek.Wien. Mit dem kommenden Schuljahr wird an den meisten Wiener Volksschulen die 5-Tage-Woche eingeführt. Darüber hatte der Staatsapparat Elternabstimmungen an den einzelnen Schulen durchführen lassen, deren Ergebnis für die Schulbehörde jedoch nicht bindend ist. Ein Teil der Unterrichtsstunden des Samstags wird einfach gestrichen, der Rest auf die Wochentage umgelegt. Gleichzeitig wird der Unterrichtsbeginn von bisher acht Uhr auf sieben Uhr vorverlegt – „eine Art Vorunterricht“, vorläufig beschränkt auf den „Förderunterricht“ der dritten und vierten Klassen an zwei Tagen pro Woche. Die pädagogischen Argumente des Wiener Stadtschulrats, wonach die Kinder um diese Zeit besonders aufnahmefähig seien, sind nur dünne Tünche. Es soll eine Schranke für die Vernutzung der Arbeitskraft der Frauen eingerissen werden.

Arbeitsbeginn in den großen Industriebetrieben ist um sieben Uhr, bei Schichtarbeit in der Regel um sechs Uhr. Für Frauen, die Schulkinder zu betreuen haben, sind häufig betriebli-

den häufig durch Vorverlegen des Arbeitsbeginns angeordnet wird. Mit der Schützenhilfe der Schulbehörde sollen solche Hindernisse jetzt beseitigt werden. Die Schulausbildung für die Arbeiterjugend wird dabei immer mehr zur Zwangsverwahrung unter der Fuchtel der Staatsgewalt. Von den 72000 Volks- und Sonderschülern war im Schuljahr 1977/78 bereits jeder zehnte ganztägig in einem Schulhort oder einem Tagesschulheim untergebracht.

Dabei rühmen sich die österreichischen Kapitalisten bereits jetzt, in Westeuropa den größten Anteil an Frauen in die Produktion gepreßt zu haben. In Wien beträgt der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 44,5%, in den Betrieben der Elektroindustrie (wie z.B. Siemens, Philipps, ITT, u.a.), in denen mehr als ein Viertel der Wiener Industriearbeiter beschäftigt ist, liegt er noch höher. Dabei beträgt der Lohn für einfache Arbeit der Frauen 32 Schilling (4,50 DM), der Durchschnittslohn der gesamten Industriearbeiter liegt bei 55

wirklichkeitsnah ausführen können, sind Kurzlehrgänge in Übungsbetrieben einzurichten (z.B. Führen von Hubfahrzeugen..., Bedienen von Baumaschinen und -geräten).“ Bei so-

Der *einzelne* Jugendliche muß zur Arbeit herangeführt werden, statt „pauschal“ *alle* zur „Heraufsetzung des Leistungssolls als Muß-Vorschrift“ zu pressen.

Österreich: 5-Tage-Woche in den Schulen Unterrichtsbeginn gleich Schichtbeginn

z.pek.Wien. Mit dem kommenden Schuljahr wird an den meisten Wiener Volksschulen die 5-Tage-Woche eingeführt. Darüber hatte der Staatsapparat Elternabstimmungen an den einzelnen Schulen durchführen lassen, deren Ergebnis für die Schulbehörde jedoch nicht bindend ist. Ein Teil der Unterrichtsstunden des Samstags wird einfach gestrichen, der Rest auf die Wochentage umgelegt. Gleichzeitig wird der Unterrichtsbeginn von bisher acht Uhr auf sieben Uhr vorverlegt – „eine Art Vorunterricht“, vorläufig beschränkt auf den „Förderunterricht“ der dritten und vierten Klassen an zwei Tagen pro Woche. Die pädagogischen Argumente des Wiener Stadtschulrats, wonach die Kinder um diese Zeit besonders aufnahmefähig seien, sind nur dünne Tünche. Es soll eine Schranke für die Vernutzung der Arbeitskraft der Frauen eingerissen werden.

Arbeitsbeginn in den großen Industriebetrieben ist um sieben Uhr, bei Schichtarbeit in der Regel um sechs Uhr. Für Frauen, die Schulkinder zu betreuen haben, sind häufig betriebliche Regelungen erkämpft, wonach ein späterer Arbeitsbeginn möglich ist. Für die Kapitalisten ist das ein Hindernis in der Ausbeutung der Arbeitskraft, zumal Mehrarbeit in Form von Überstunden häufig durch Vorverlegen des Arbeitsbeginns angeordnet wird. Mit der Schützenhilfe der Schulbehörde sollen solche Hindernisse jetzt beseitigt werden. Die Schulausbildung für die Arbeiterjugend wird dabei immer mehr zur Zwangsverwahrung unter der Fuchtel der Staatsgewalt. Von den 72000 Volks- und Sonderschülern war im Schuljahr 1977/78 bereits jeder zehnte ganztägig in einem Schulhort oder einem Tagesschulheim untergebracht.

Dabei rühmen sich die österreichischen Kapitalisten bereits jetzt, in Westeuropa den größten Anteil an Frauen in die Produktion gepreßt zu haben. In Wien beträgt der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten 44,5%, in den Betrieben der Elektroindustrie (wie z.B. Siemens, Philipps, ITT, u.a.), in denen mehr als ein Viertel der Wiener Industriearbeiter beschäftigt ist, liegt er noch höher. Dabei beträgt der Lohn für einfache Arbeit der Frauen 32 Schilling (4,50 DM), der Durchschnittslohn der gesamten Industriearbeiter liegt bei 55 Schilling (7,50 DM). Mit der weiteren Freisetzung der Arbeitskraft der Frauen verschaffen sich die Kapitalisten auch Manövrierraum für weitere Lohnsenkungen.

Die Uni-Leitung soll für den Betriebskindergarten sofort Räume stellen

r.chu. Kanzler Maaß, Universität Bremen, Personalversammlung am 27.6.: Nicht, daß ich etwas gegen Kinder hätte, aber die Forderung nach einem Betriebskindergarten wird die Universitätsleitung nicht unterstützen. Für solch elitäre Einrichtungen können keine öffentlichen Gelder verlangt werden. Zudem seien Kleinkindergruppen unter drei Jahren äußerst problematisch, denn sie werden vom Bremer Senat nicht gefördert. So sinngemäß der Kanzler zur Forderung einer Initiativgruppe von Kollegen nach der unentgeltlichen Versorgung ihrer Kinder auf dem Universitätsgelände unter Kontrolle des Personalrats.

Über 30 Kollegen hatten sich auf eine Umfrage des Personalrats hin gemeldet für einen Betriebskindergarten für Kinder bis zum Schulalter, auch Kollegen vom Sozialwerk und Reichsbund Berufsbildungswerk. Einige Kollegen haben sich bereits in einer Kleinkindergruppe zusammengetan, um dann nur noch in die Universität umziehen zu müssen.

Mitarbeiterkollegien und ÖTV-Bereichsgruppen haben die Forderung nach einem Betriebskindergarten unter Kontrolle des Personalrats unterstützt und den Rektor aufgefordert, als ersten Schritt sofort Räume zur Verfügung zu stellen. Der Verwaltungsrat des Sozialwerks hat gegen den Leiter beschlossen, daß die freiwerdenden Räume des Cafes als Kindergarten zu nutzen sind.

Die sozialdemokratischen Teile des Personalrats wollten zuerst die Forderung ganz vom Tisch haben. Als sie damit nicht durchkamen, setzten sie auf Spaltung durch die Propagierung von staatlichen Kinderkrippen. Dafür bekamen sie die Unterstützung der ÖTV-Führung. Betriebskindergärten würden die Beschäftigten in Abhängigkeit bringen und seien gewerkschaftspolitisch nicht zu vertreten. Reingefallen ist keiner so recht auf den Spaltungsversuch. Wegdrücken wollen sich die Sozialdemokraten von der Forderung, daß die Kapitalisten zahlen sollen, sie wollen gemäß ihrer Regierung, daß die Massen zahlen, wie es auch bei staatlichen Kindergärten üblich ist. Und abhängig sind die Arbeiter von den Kapitalisten nicht wegen abgerungener Sozialleistungen, sondern weil den Kapitalisten die Produktionsmittel gehören.

Die Personalversammlung hat dann auch beschlossen, daß der Rektor für die Errichtung einer Kindertagesstätte sorgen soll, der Personalrat ihn dabei tatkräftig zu unterstützen hat und der Rektor sofort Räume zur Verfügung stellen soll.

Durch Fachschaftslisten sind Fortschritte möglich geworden

z.haj. Die Generalbeseitigung selbständiger Vertretungsrechte der Studenten durch die Reaktion mit ihren Ausgangspunkten in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und dem Saarland ist gescheitert. Dieses wichtige Ergebnis der Wahlen zu den Studentenvertretungen in diesem Sommersemester steht bereits fest, obwohl die Wahlen noch keineswegs abgeschlossen sind. Die Kräfte unter den Studenten, die für ein gewerkschaftliches Programm auftreten, setzen ziemliche Energie in den Aufbau der Fachschaften und kommen dabei auch voran. Für die Erfolge, die gegenüber der Verwandlung der Studentenvertretungen in Organe der Hochschulverwaltung und gegenüber der Unterdrückung der Rechte der Studentenvertretungen erreicht worden sind, bildet die Arbeit dieser Studentenvertretungen an den Fachbereichen die Grundlage, und der erreichte Aufbau der Fachschaften ist zum organisatorischen Rückgrat geworden, der die wirksame Bildung von Einheitslisten ermöglicht hat. Die folgende Übersicht über einige bereits vorliegende Ergebnisse zeigt, daß auf dieser Basis wirkliche Fortschritte möglich waren.

Westberlin. Nach 10 Jahren in diesem Semester wieder Wahlen zu den studentischen Vertretungsorganen. An der Freien Universität haben 11768 (32,2%), an der FH Wirtschaft 50,6% und an der FH der Deutschen Bundespost 54% der Studenten an der Wahl teilgenommen.

FU Westberlin

	Stud.parl. Wahlen	Konzilswahlen
Reaktionäre	2361	1449
Juso/SPD	1749	1011
lhv/FDP	758	382
Revisionisten	2004	2377
Basisgr.	4258	3237
Instit. Gr.	197	392

Universität Hannover: Erfolg des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses durch Bildung der Fachschaftslisten. An den 23 Fachbereichen konnten die auf der Grundlage von Programmen mit größtenteils gewerkschaftlichem Charakter gebildeten Fachschaftslisten insgesamt 3266 Stimmen auf sich vereinigen. Das sind 92,9% der abgegebenen 3515 Stimmen. Die restlichen Stimmen entfallen u.a. auf Einzelkandidaten, eine DKP-Liste mit 18 und eine Liste für Demokratie und Sozialismus mit 17 Stimmen. Nach der von der Studentischen Kammer beschlossenen Wahlordnung wurden damit auch die Delegierten für die neue Kammer gewählt. Minister Pestel hat die Wahlen für illegal erklärt, der RCDS hatte zum Boykott aufgerufen. Die Wahlbeteiligung mit über 30% lag höher als im vergangenen Semester (25%).

Universität Münster. Die Beteiligung zu den Wahlen ist von 11821 (1978) um knapp 6% der Studentenschaft auf 14045 (44,3%) SS 79 gestiegen.

	1979	1978
Reaktionäre	6657	5333
Liberale, LHV	915	736
Jusos	2966	2461
SHB	1632	1324
MSB/DKP	413	1043
Fachgr./KSB	126	607

Universität Dortmund. Nachdem die Wahlen – ausgeschrieben vom Universitätspräsidenten nach neuem Gesetz – auf Beschluß von Vollversammlungen und bestehendem Studentenparlament boykottiert wurden, mußte jetzt auch der RCDS, der als einziger kandidiert und 3,9% der Studenten dafür gewinnen konnte, die Wahl ablehnen.

Frankfurt. Aus den Fachschaftswahlen geht der gewerkschaftliche Zusammenschluß gestärkt hervor.

	Stud.parl. Wahlen	Fachsch.-wahlen
RCDS, Giraffen	2881	496
LHV	817	570
Jusos	1214	298
MSB/DKP	426	221
Undogm.Linke / Basisgr.	3834	635
Fachbereichsgr. / KSB	230	1136

TU Darmstadt. Vom Universitätspräsidenten verbotene Wahlen zum Studentenparlament wurden mit 33,8% Wahlbeteiligung erfolgreich durchgeführt. Der Rektor hat mit Amtsenthebung des AStA geantwortet.

Saarbrücken. Mit Hilfe einer Urabstimmung über die Satzung der Fachschaften verteidigen die Studenten der saarländischen Universität ihre Vertretungsorgane gegen das saarländische Hochschulgesetz.

Universität Heidelberg. An 5 von 6 Fachbereichen konnten beschlossene Fachschaftswahlen erfolgreich durchgeführt werden. Mit Ausnahme des Fachbereichs Jura (4,3%) beteiligten sich um 20% der Studenten und mehr an dieser Wahl, die Rektor und Professoren auch mit Hilfe von Polizei zu verhindern suchten. Von den Fachschaften war für die Wahl zum Senats-AStA (Organ der Universitätsverwaltung) eine Liste gebildet worden. Die rechten Listen von RCDS, ADH und SLH erhielten zusammen 10153 (56%) der Stimmen, die Liste für AStA und Fachschaften erhielt 7967 (44%) der Stimmen (jeder Student hat 7 Stimmen).

Stuttgart. Die Senats-AStA-Rechnung des Kultusministers geht nicht auf. An der PH Esslingen, FH Technik Stuttgart, PH Ludwigsburg und der PH Reutlingen gingen alle Sitze an Einheitslisten von Fachschaften oder Fachgruppen. An der PH Schwäbisch-Gmünd und der FH Sozialwesen Esslingen konnte der Senats-AStA infolge Wahlboykotts nicht konstituiert werden.

Universität Tübingen. 51,45% von 3532 abgegebenen Stimmen stimmten in den Senats-AStA-Wahlen für die Liste der Fachschaftsrätevollversammlung.

München. An der TU München tritt bei den jetzt in ganz Bayern stattfindenden Wahlen zu den Sprecherräten (Organe in Abhängigkeit von und unter Aufsicht der Hochschulverwaltung) die Liste „Verfaßte Studentenschaft“, gebildet auf Initiative der Fachvertreter, auf. An anderen Hochschulen gibt es ebenfalls Initiativen in dieser Richtung.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften
Geschäftsstelle Hamburg, Chemnitzstr. 78, Tel. 38 21 68 2. Juli 1979
Kommunistische Hochschulgruppe 27a3c0320p

Die Bourgeoisie nutzt dieAkademikerschwemme“

peb. „Die Bildungsexpansion hat dazu geführt, daß die Akademiker zunehmend stärker wieder eingegliedert werden in die Gemeinschaft aller Arbeit-

te. Abhilfe müsse durch Verkürzung der Studienzeit, praxisbezogene Studiengänge und Erhöhung der Verwendungsbreite des individuellen Studien-

kataloges für Dipl. Kaufleute um intern. Unternehmenspolitik; – Integrierter Studiengang Journalistenausbildung; – Studiengang Wirtschaftsmathematik; – Studiengang Geschichte der Naturwissenschaften.

Erreicht werden soll damit ein „... Verdrängungseffekt, der ... besagt, daß ein höherqualifizierter Mitarbeiter erfahrungsgemäß den unter ihm stehenden weniger qualifizierter Kollegen aus dem Felde schlägt.“ wie es ein gewisser Hans-Joachim Hug in der

Basisgr.	4258	3237
Instit. Gr.	197	392

Universität Hannover: Erfolg des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses durch Bildung der Fachschaftslisten. An den 23 Fachbereichen konnten die auf der Grundlage von Programmen mit größtenteils gewerkschaftlichem Charakter gebildeten Fachschaftslisten insgesamt 3266 Stimmen auf sich vereinigen. Das sind 92,9% der abgegebenen 3515 Stimmen. Die restlichen Stimmen entfallen u.a. auf Einzelkandidaten, eine DKP-Liste mit 18 und eine Liste für Demokratie und Sozialismus mit 17 Stimmen. Nach der von der Studentischen Kammer beschlossenen Wahlordnung wurden damit auch die Delegierten für die neue Kammer gewählt. Minister Pestel hat die Wahlen für illegal erklärt, der RCDS hatte zum Boykott aufgerufen. Die Wahlbeteiligung mit über 30% lag höher als im vergangenen Semester (25%).

lungen und bestehendem Studentenparlament boykottiert wurden, mußte jetzt auch der RCDS, der als einziger kandidiert und 3,9% der Studenten dafür gewinnen konnte, die Wahl ablehnen.

Frankfurt. Aus den Fachschaftswahlen geht der gewerkschaftliche Zusammenschluß gestärkt hervor.

	Stud.parl. Wahlen	Fachsch.-wahlen
RCDS, Giraffen	2881	496
LHV	817	570
Jusos	1214	298
MSB/DKP	426	221
Undogm.Linke / Basisgr.	3834	635
Fachbereichsgr. / KSB	230	1136

TU Darmstadt. Vom Universitätspräsidenten verbotene Wahlen zum Stu-

gart, PH Ludwigsburg und der PH Reutlingen gingen alle Sitze an Einheitslisten von Fachschaften oder Fachgruppen. An der PH Schwäbisch-Gmünd und der FH Sozialwesen Esslingen konnte der Senats-AStA infolge Wahlboykotts nicht konstituiert werden.

Universität Tübingen. 51,45% von 3532 abgegebenen Stimmen stimmten in den Senats-AStA-Wahlen für die Liste der Fachschaftsrätevollversammlung.

München. An der TU München tritt bei den jetzt in ganz Bayern stattfindenden Wahlen zu den Sprecherräten (Organe in Abhängigkeit von und unter Aufsicht der Hochschulverwaltung) die Liste „Verfaßte Studentenschaft“, gebildet auf Initiative der Fachvertreter, auf. An anderen Hochschulen gibt es ebenfalls Initiativen in dieser Richtung.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften
Geschäftsstelle Hamburg, Chemnitzstr. 78, Tel. 38 21 68 2. Juli 1979
Kommunistische Hochschulgruppe 27a3c0320p

Die Bourgeoisie nutzt dieAkademikerschwemme“

peb. „Die Bildungsexpansion hat dazu geführt, daß die Akademiker zunehmend stärker wieder eingegliedert werden in die Gemeinschaft aller Arbeitnehmer. Ich meine, dies ist für alle Beteiligten keine Schande.“ Zu diesem *weisen* Schluß kam der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, in einem Referat, das er am 20.2. dieses Jahres vor dem leichten Pionierbataillon 610 zum Thema „Hochschulabsolventen und Arbeitsmarkt“ hielt. Mit der *stärkeren Wiedereingliederung* der Akademiker meint Engholm die Tatsache, daß sich immer mehr Studenten nach Beendigung ihres Studiums gezwungen sehen, einen Job als Sachbearbeiter oder dergleichen anzunehmen, da sie entsprechend ihrer Ausbildung keine Anstellung finden. In welchem Maße sich dies vollzieht, zeigen die beiden Tabellen. Seit 1974 steigt die Zahl der arbeitslosen Akademiker an. Begleitet wurde dieser Anstieg mit dem Propagandarummel der Bourgeoisie von der Gefahr eines „Akademikerproletariats“ usw., womit die planmäßige Nutzung der „Akademikerschwemme“ eingeleitet wurde.

„Die Tätigkeitsbereiche der Hochschulabsolventen werden sich nicht mehr nur auf eine vergleichsweise geringe Zahl von Berufen und herausgehobenen Positionen im privaten Sektor und auf den höheren Staatsdienst konzentrieren können. Der Anspruch auf die Besetzung von Führungspositionen und die Erzielung hoher Einkommen wird nicht mehr durch Erwerb des Hochschulabschlusses allein schon garantiert, sondern muß erst durch im Beschäftigungssystem nachgewiesene Leistungen erworben werden.“ So gab Staatssekretär Jochimsen vom Bildungsministerium im Januar 1977 von sich, wie die Lage genutzt werden sollte. Abhilfe müsse durch Verkürzung der Studienzeit, praxisbezogene Studiengänge und Erhöhung der Verwendungsbreite des individuellen Studiengangs getroffen werden.

In welche genaue Richtung dies gehen soll, hat der Wissenschaftsrat Anfang 1978 zum Anglistenstudium genauer gefaßt: „Am Beispiel des Anglistikstudiums hat der Wissenschaftsrat ... die Möglichkeiten bereits durchgespielt, die es einem Anglistikstudenten von morgen erlauben würden, durch Kombination von Elementen anderer Fächer, z.B. Wirtschaftswissenschaften und Technik und eventuellen Erwerb von Zusatzkenntnissen wie Stenographie, Schreibmaschine, Buchführung, Datenverarbeitung, nach dreijährigem Studium in Berufsbereichen wie Touristik, Handel, Banken, Erwachsenenbildung, Presse und Massenmedien unterzukommen. Auch für Lehramtsstudiengänge der Sekundarstufe I wird ein solches Studium für ausreichend gehalten.“ (Frankfurter Allgemeine, 23.1.1978)

Fischer-Appelt hat jetzt in seinem Bericht zur Studienreform an der Universität die Planung von verschiedenen Zusatzstudiengängen genauer erläutert; allein die Aufzählung macht im Vergleich mit dem oben genannten schon deutlich, zu welchem Zweck diese Studiengänge eingerichtet werden sollen: – Studiengang Sprachlehrforschung; – Erweiterung des Wahlfachkataloges für Dipl. Kaufleute um intern. Unternehmenspolitik; – Integrierter Studiengang Journalistenausbildung; – Studiengang Wirtschaftsmathematik; – Studiengang Geschichte der Naturwissenschaften.

Erreicht werden soll damit ein „... Verdrängungseffekt, der ... besagt, daß ein höherqualifizierter Mitarbeiter erfahrungsgemäß den unter ihm stehenden weniger qualifizierter Kollegen aus dem Felde schlägt.“ wie es ein gewisser Hans-Joachim Hug in der „Deutschen Universitätszeitung“ 8/79 ausdrückt.

Mittels der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt soll dementsprechend die Konkurrenz an der Hochschule verschärft werden. Dem entgegenzuwirken ist der Kampf für die Einstellung aller Lehrer und für die Bezahlung von Arbeitslosengeld an die arbeitslosen Hochschulabgänger ein richtiges Mittel.

Arbeitslose Hochschulabsolventen 1978, aufgegliedert nach Fächern

	(1)	(2)	(3)
Lehrer	7437	37,0%	27%
Ingenieure	2908	14,0%	31%
Ärzte u. Apotheker	1641	8,1%	6%
Juristen	1168	5,8%	19%
Psychologen	1054	5,2%	44%
Volkswirte	940	4,6%	36%
Soziologen	883	4,4%	43%
Chemiker	823	4,1%	18%
Betriebswirte	701	3,5%	45%
Sozialpfleger	680	3,4%	45%
Künstler	623	3,1%	18%
Physiker	465	2,3%	24%
Landwirte	369	1,8%	32%
Biologen	350	1,7%	28%
Mathematiker	246	1,2%	47%

(1 = absolut; 2 = prozentualer Anteil an arbeitslosen Hochschulabsolventen; 3 = prozentualer Anteil der Berufsanfänger)

(Quelle: Bundesanstalt für Arbeit)

Arbeitslosigkeit unter Akademikern
Zahlen absolut (in % Anteil an Gesamtarbeitslosigkeit)

	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker	3996 (1,3)	7503 (1,2)	13332 (1,5)	16340 (1,5)	15795 (1,4)	12200 (1,2)
Sozial- und erzieh. Berufe geistes- u. naturw. Berufe	5852 (2,1)	10421 (1,8)	18586 (1,7)	28348 (2,7)	35754 (3,5)	36080 (3,6)

(Unter die sozial- und erzieh. Berufe fallen auch Fach- und Fachhochschulabsolventen)

Zivildienst: Die Vorschläge des sozialliberalen und christlichen Parteienblocks ergänzen sich gut

z.eve. Am 27. Juni sind im Bundestag der Bericht des Wehrbeauftragten, ein Antrag der Opposition zur Gesamtverteidigung und die Neuregelung des Zivildienstes nacheinander behandelt worden. Es geht der Bourgeoisie darum, die verschiedenen Seiten der Operationsfähigkeit der Truppe besser in den Griff zu bekommen. Möllemann (FDP) formuliert es so: „Es gibt ein Wort von Johann Friedrich Herder: ‚Wer der Vernunft dient, kommt der Notwendigkeit zuvor.' ... und: ‚denn wenn der Sturm erst einmal da ist, kann man die Segel nicht mehr flicken'." Schwächen der Bundeswehr müssen bereinigt werden, die Zivilverteidigung muß funktionieren und der Ausbau des Zivildienstes als Stoßtrupp für die Militarisierung des öffentlichen Dienstes muß gewährleistet sein.

Trotz monatelanger Bemühungen, einen gemeinsamen Gesetzentwurf für die Neuregelung des Zivildienstes zu verabschieden, haben dem Bundestag doch 2 Gesetzentwürfe vorgelegen. Einer von den Regierungsparteien und einer von der Opposition. Der interfraktionelle Ausschuß, der ursprünglich ein gemeinsames Vorgehen vorgeschlagen hatte, hatte sich darauf geeinigt, daß die Wehrpflicht in der Armee und im Zivildienst gleich lang, nämlich 16 Monate, sein sollte. Auch hatte man sich darauf geeinigt, in der Regel das Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer schriftlich durchzuführen und nur bei Fällen, in denen die „Ernsthaftigkeit" der Kriegsdienstverweigerer von den Prüfungsausschüssen angezweifelt wird, ein mündliches Verfahren durchzuführen. Nach der Einigung im Ausschuß hat die Oppositionsfraktion beschlossen, daß sie weiterhin für einen 18monatigen Ersatzdienst ist und für ein Anerkennungsverfahren, das in der Regel mündlich durchgeführt wird. Die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien sind taktischer Art. Grundsätzlich ist man sich einig, daß der Zivildienst ausgebaut werden soll und die Zivildienstpflichtigen, die ja unter Militärrecht gestellt sind, als Stoßtrupp zur Militarisierung des öffentlichen Dienstes einzusetzen sind. Ohne Streikrecht im öffentlichen Dienst, unter Dienstpflicht, wo die Beschäftigten ein Kündigungsrecht haben, bestimmt nach Wehrsold, der den Preis der Ware Arbeitskraft in den öffentlichen Diensten drückt und Raum für allerlei Spaltungsmanöver läßt. In allen diesen Fragen ist die Einigkeit zwischen Regierung und Opposition groß.

Beiden, CDU/CSU und den Regierungsparteien, ist der Anteil der Zivildienstleistenden nicht groß genug. Abgeordnete Verhülsdonk (CDU/CSU) in der Debatte: „Nach Meinung der Verfassungsrichter kann die Ersatzdienstpflicht gegenwärtig nicht als eine im Verhältnis zur Wehrpflicht auch nur einigermaßen aktuelle und gleichbelastende Pflicht angesehen werden. Im Gegenteil, sie ist nach den gegebenen Verhältnissen nicht nur keine lästige, sondern in weitem Umfange nicht einmal eine reale Alternative." Damit wird darauf angespielt, daß es immer noch viel weniger Ersatzdienstplätze als Ersatzdienstleistende gibt und nur ein Teil dieser Arbeitskräfte in den öffentlichen Diensten ist. Hölscher (FDP) sagt es noch deutlicher: „Wir alle ... bekommen eine Flut von Briefen von sozialen Einrichtungen, in denen wir flehentlich gebeten werden: Bringt uns doch mehr Zivildienstleistende, damit die Rettungsstation weiterlaufen kann ... Die Prüfungsausschüsse sind nicht in der Lage, die Verfahren so zügig durchzuführen, daß eine nennenswert größere Zahl anerkannter Kriegsdienstverweigerer zur Verfügung steht."

Auch Kraske von der CDU/CSU tritt für die Vereinfachung des Verfahrens ein, nur sei er mit seiner Partei für den Ratschlag der evangelischen Kirche: „Der Staat müsse betonen ... daß die verfassungsmäßige Ordnung nicht durch die Hinnahme individueller Erklärungen, die einer subjektiven Willensentscheidung über die Ausführung des Gesetzes gleichkommen könne, in Frage gestellt werden dürfe." Es mag so erscheinen, daß die SPD/FDP-Regierung das Recht auf Kriegsdienst nicht so offen angreift. Aber nicht umsonst wird zumindest im interfraktionellen Gesetzentwurf eine Regelung über die Quoten der einzuziehenden Zivildienstleistenden festgelegt, wodurch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zur Variablen des Bundeswehr-Rekrutenbedarfs erklärt wird.

Auch in bezug auf die Dauer des Zivildienstes sind die Differenzen nicht so tief. Die CDU vertritt ihre 18-Monats-Forderung mit dem Hinweis: „Der von der Koalition geforderten Beibehaltung der gegenwärtigen Dauer von nur 16 Monaten können wir nicht zustimmen. Wir können dies um so weniger, als offenkundig auch die Spitze des Bundesverteidigungsministeriums aus Gründen der Gleichbehandlung eine Verlängerung über 16 Monate hinaus für erforderlich hält." Ganz offensichtlich manövriert die Regierungskoalition, um den Kampf der Zivildienstleistenden besser spalten zu können.

Mehr Hilfspolizisten als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme"

Schleswig-Holsteinischer Landtag will umfangreich in die „Innere Sicherheit" investieren

r.dam. Über den Ausbau und Einsatz des Staatsapparates, über die erweiterten Investitionen zur „inneren Sicherheit" äußerte sich der Schleswig-Holsteinische Landtag Anfang des Jahres erfreut. Dr. Rolf Olderog, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion: der Polizeihaushalt habe sich seit Beginn dieses Jahrzehnts verdoppelt und erfahre auch für 1979 mit mehr als 10 Prozent einen überdurchschnittlichen Zuwachs. Der Nachtragshaushalt mit 920 Millionen DM bildet den zweitgrößten Einzeletat der Landesregierung. Die Polizei müsse verstärkt, die Beförderungspraxis müsse verbessert werden, forderte der FDP-Abgeordnete Ruge damals.

Auf dieser Linie wird der Landtag tätig: In zweiter Lesung wird der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes der FDP abgelehnt. Diese hatte die Anhebung der Besoldung der Leiter des Schutzpolizei- und Kriminalamtes gefordert. „Wir wollten einmal deutlich machen, daß wir hinsichtlich der Bewertung der Polizei andere Maßstäbe setzen wollen. Es geht ja nicht nur darum, zwei Personen besser zu bezahlen, sondern darum, den Gesamtbereich der Polizei dadurch aufzuwerten, daß wir ihre obersten Repräsentanten wirklich gerecht besolden" (Plenarprotokoll 8/77 vom 30.1.79). Die CDU hat mehr vor: mit der Begründung, damit wäre es nicht getan, lehnt sie den Entwurf ab, um ein „anderes Personalkonzept" vorzubereiten. „Die Landesregierung hat das Ziel verfolgt, die Gesamtzahl der Polizeistärke zu erhöhen" (Innenminister Barschel in der Landtagsdebatte vom 4.7.79). Die Polizeidichte soll von eins zu 394 1979 auf eins zu 390 1980 erhöht werden. „Sie (die Landesregierung, Red.) wird an einer kontinuierlichen Verstärkung des gehobenen Dienstes arbeiten". 1980 sollen in Schleswig-Holstein 23 zusätzliche gehobene Stellen neu und 50 mittlere Stellen geschaffen werden.

Schmieren der gehobenen Staatsbeamten und gleichzeitiger Druck auf den unteren Dienst durch Teilzeitbeschäftigung und Hilfspolizeitätigkeiten durch „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen", beides wird beraten: „Was die Halbtagskräfte angeht, so können wir in diesem Bereich auch etwas für die Frauen tun, weil es hier freies Personal gibt, das beschäftigt werden möchte...Man könnte die Schreibkräfte auch stundenweise beschäftigen; das gilt sogar für die Dienstzeiten, die sich die Frauen selbst aussuchen könnten, weil häufig bei der Polizei ein Dienst rund um die Uhr getan wird..." (FDP Ruge, 8.3.79). Und wenn diese Hilfspolizisten in der Schreibstube nicht freiwillig kommen, wird ihnen die Arbeit eben zwangsverschafft, mit den Geldern der Arbeitslosenversicherung.

In Flensburg beschloß auf dieser Linie der Ausschuß der Stadt für Wirtschaft und Verkehr, die Fußgängerzone, um den „Störfaktor Kraftfahrzeug zu unterbinden", durch teilzeitbeschäftigte Hilfspolizisten, die vom Arbeitsamt zugeteilt werden, überwachen zu lassen. „Wir hatten eine Personalvermehrung im Bereich der Beamtenstellen, aber keine Personalvermehrung im Bereich der Angestelltenstellen", weist der Abgeordnete Ruge von der FDP noch einmal eindringlich darauf hin, daß die „untere" Staatstätigkeit, wie z.B. die Tätigkeit der Politessen und einfachen Schutzpolizisten verbilligt werden kann.

Dänische Soldaten fordern Arbeiterlohn und 40-Stundenwoche

z.bag.Aarhus. Am 21.6. demonstrierten rund 400 Soldaten aus Kasernen der dänischen Insel Seeland zum Verteidigungsministerium in Kopenhagen. Sie forderten die 40-Stundenwoche und eine Anhebung des Wehrsolds auf die Höhe des Durchschnittslohns für ungelernte Arbeiter.

Die Forderung nach der 40-Stundenwoche ist eine Antwort auf neue Direktiven des Verteidigungsministeriums, denen zufolge Arbeitsstunden außerhalb der normalen Dienstzeit nicht mehr abgefeiert werden dürfen. Das sind Stunden für Wachen, für Sondereinsätze wie z.B. die Schneeräumarbeiten im letzten Winter und für Manöver. Die Zahl der Militärübungen auf dänischem Boden, vor allem im Rahmen der NATO, hat in den letzten Jahren stark zugenommen; gerade jetzt läuft das Manöver „Beret Globe" an der Küste von Westjütland. Dienstzeiten von 60 Stunden in der Woche sind eher die Regel als eine Ausnahme.

Was die Lohnforderung betrifft, so hat die dänische Soldatenbewegung sich einen relativ hohen Sold erkämpft: ein Wehrpflichtiger erhält während seiner neunmonatigen Dienstzeit monatlich 5650 Kronen. Davon gehen jedoch die üblichen 44–50% an Steuern weg und 36 Kronen täglich für das Essen in der Kaserne. Bleiben knapp 2000 Kronen (knapp 600 DM). Darüber hinaus haben die Soldaten gegenüber der monatlichen verbilligten Heimreise die kostenlose Benutzung aller Züge und Busse der Dänischen Staatsbahn durchgesetzt. Zusammen macht das aber keinen ausreichenden Lohn aus; ohne Unterstützung durch Familienan-



gehörige bzw. ohne Bankkredite geht es in der Regel nicht. Gerade sind die Lebenshaltungskosten durch Energieabgaben und Preiserhöhungen erneut um durchschnittlich 500 Kronen im Monat pro Haushalt verteuert worden.

Gleichzeitig mit der Demonstration forderten die Soldaten der Abteilung Zivilverteidigung in ihrer Zeitung „Sprojten" die gesetzliche Garantie des Arbeitsplatzes für die Eingezogenen. Von den 4000 Soldaten, die demnächst den Wehrdienst beenden, werden voraussichtlich die Hälfte arbeitslos sein, während 70% bei ihrer Einberufung einen Arbeitsplatz hatten. Jeder soll, wie es z.B. in Schweden erreicht worden ist, nach dem Wehrdienst seinen Arbeitsplatz zurückbekommen. Andernfalls, so „Sprojten", könnte es zu einem Boykott der nächsten Einberufungen kommen.

Die dänische Soldatenbewegung ist nach einem System gewählter Vertrauensleute organisiert. Um dieses System zu stärken und politisch wie organisatorisch die engsten Verbindungen zur Arbeiterbewegung herzustellen, hat der geschäftsführende Ausschuß der Wehrpflichtigen jetzt die Gründung einer Soldatengewerkschaft innerhalb des dänischen Gewerkschaftsbundes (LO) beschlossen. In etwa vier Monaten soll ein Programmentwurf vorliegen und die erste Nummer einer Soldatenzeitung erscheinen. Im Gegensatz zu der bisher erscheinenden Soldatenzeitung, die vom Verteidigungsministerium kontrolliert wird, soll diese das Organ für die Interessen der Wehrpflichtigen sein.

pflicht gegenwärtig nicht als eine im Verhältnis zur Wehrpflicht auch nur einigermaßen aktuelle und gleichbelastende Pflicht angesehen werden. Im Gegenteil, sie ist nach den gegebenen Verhältnissen nicht nur keine lästige, sondern in weitem Umfange nicht einmal eine reale Alternative." Damit wird darauf angespielt, daß es immer noch viel weniger Ersatzdienstplätze als Ersatzdienstleistende gibt und nur ein Teil dieser Arbeitskräfte in den öffentlichen Diensten ist. Hölscher (FDP) sagt es noch deutlicher: „Wir alle ... bekommen eine Flut von Briefen von sozialen Einrichtungen, in denen wir flehentlich gebeten werden: Bringt uns doch mehr Zivildienstleistende, damit die Rettungsstation weiterlaufen kann ... Die Prüfungsausschüsse sind nicht in der Lage, die Verfahren so zügig durchzuführen, daß eine nennenswert größere Zahl anerkannter Kriegsdienstverweigerer zur Verfügung steht."

Auch Kraske von der CDU/CSU tritt für die Vereinfachung des Verfahrens ein, nur sei er mit seiner Partei für den Ratschlag der evangelischen Kirche: „Der Staat müsse betonen ... daß die verfassungsmäßige Ordnung nicht durch die Hinnahme individueller Erklärungen, die einer subjektiven Willensentscheidung über die Ausführung des Gesetzes gleichkommen könne, in Frage gestellt werden dürfe." Es mag so erscheinen, daß die SPD/FDP-Regierung das Recht auf Kriegsdienst nicht so offen angreift. Aber nicht umsonst wird zumindest im interfraktionellen Gesetzentwurf eine Regelung über die Quoten der einzuziehenden Zivildienstleistenden festgelegt, wodurch das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zur Variablen des Bundeswehr-Rekrutenbedarfs erklärt wird.

Auch in bezug auf die Dauer des Zivildienstes sind die Differenzen nicht so tief. Die CDU vertritt ihre 18-Monats-Forderung mit dem Hinweis: „Der von der Koalition geforderten Beibehaltung der gegenwärtigen Dauer von nur 16 Monaten können wir nicht zustimmen. Wir können dies um so weniger, als offenkundig auch die Spitze des Bundesverteidigungsministeriums aus Gründen der Gleichbehandlung eine Verlängerung über 16 Monate hinaus für erforderlich hält." Ganz offensichtlich manövriert die Regierungskoalition, um den Kampf der Zivildienstleistenden besser spalten zu können.

ten rund 400 Soldaten aus Kasernen der dänischen Insel Seeland zum Verteidigungsministerium in Kopenhagen. Sie forderten die 40-Stundenwoche und eine Anhebung des Wehrsolds auf die Höhe des Durchschnittslohns für ungelernte Arbeiter.

Die Forderung nach der 40-Stundenwoche ist eine Antwort auf neue Direktiven des Verteidigungsministeriums, denen zufolge Arbeitsstunden außerhalb der normalen Dienstzeit nicht mehr abgefeiert werden dürfen. Das sind Stunden für Wachen, für Sondereinsätze wie z.B. die Schneeräumarbeiten im letzten Winter und für Manöver. Die Zahl der Militärübungen auf dänischem Boden, vor allem im Rahmen der NATO, hat in den letzten Jahren stark zugenommen; gerade jetzt läuft das Manöver „Beret Globe" an der Küste von Westjütland. Dienstzeiten von 60 Stunden in der Woche sind eher die Regel als eine Ausnahme.

Was die Lohnforderung betrifft, so hat die dänische Soldatenbewegung sich einen relativ hohen Sold erkämpft: ein Wehrpflichtiger erhält während seiner neunmonatigen Dienstzeit monatlich 5650 Kronen. Davon gehen jedoch die üblichen 44–50% an Steuern weg und 36 Kronen täglich für das Essen in

nen (knapp 600 DM). Darüber hinaus haben die Soldaten gegenüber der monatlichen verbilligten Heimreise die kostenlose Benutzung aller Züge und Busse der Dänischen Staatsbahn durchgesetzt. Zusammen macht das aber keinen ausreichenden Lohn aus; ohne Unterstützung durch Familienan-



gehörige bzw. ohne Bankkredite geht es in der Regel nicht. Gerade sind die Lebenshaltungskosten durch Energieabgaben und Preiserhöhungen erneut um durchschnittlich 500 Kronen im Monat pro Haushalt verteuert worden.

des Arbeitsplatzes für die Eingezogenen. Von den 4000 Soldaten, die demnächst den Wehrdienst beenden, werden voraussichtlich die Hälfte arbeitslos sein, während 70% bei ihrer Einberufung einen Arbeitsplatz hatten. Jeder soll, wie es z.B. in Schweden erreicht worden ist, nach dem Wehrdienst seinen Arbeitsplatz zurückbekommen. Andernfalls, so „Sprojten", könnte es zu einem Boykott der nächsten Einberufungen kommen.

Die dänische Soldatenbewegung ist nach einem System gewählter Vertrauensleute organisiert. Um dieses System zu stärken und politisch wie organisatorisch die engsten Verbindungen zur Arbeiterbewegung herzustellen, hat der geschäftsführende Ausschuß der Wehrpflichtigen jetzt die Gründung einer Soldatengewerkschaft innerhalb des dänischen Gewerkschaftsbundes (LO) beschlossen. In etwa vier Monaten soll ein Programmentwurf vorliegen und die erste Nummer einer Soldatenzeitung erscheinen. Im Gegensatz zu der bisher erscheinenden Soldatenzeitung, die vom Verteidigungsministerium kontrolliert wird, soll diese das Organ für die Interessen der Wehrpflichtigen sein.

Soldaten der Flugsicherung drohen mit Massenkündigung

Italien: Forderung nach Entmilitarisierung und höherem Lohn / Gewerkschaft unterstützt den Kampf

z.erm.Rom. 900 der insgesamt 1300 Soldaten der italienischen Flugsicherung haben bei einem Notar ihre Kündigungsschreiben hinterlegt. Sie drohen der Regierung mit Massenkündigung, d.h. mit der vollständigen Lahmlegung des italienischen Luftverkehrs, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden: höherer Lohn, kürzere Schichten, Einstellung von zusätzlichem Personal und Entmilitarisierung der Flugsicherung. Bis Ende Juli, fordern die Fluglotsen, muß die Regierung dafür einen Entwurf vorgelegt haben.

Seit mehreren Jahren schon führen die Soldaten der Flugsicherung den Kampf um die Durchsetzung dieser Forderungen. „Aber ohne Erfolg", erklärt ein Mitglied des „Komitees für die Entmilitarisierung des Flugsicherungsbereichs", in dem sich die Fluglotsen organisiert haben: „Zu oft sind wir verschaukelt worden, darum haben wir dieses Mal andere Mittel ergriffen".

1952 hat die italienische Bourgeoisie die seit Kriegsende zivil organisierte Flugsicherung militärischem Kommando unterstellt. Die Forderung der Fluglotsen nach Entmilitarisierung richtet sich gegen das Militärrecht, mit dem die Regierung die Fluglotsen in die rechtlose Lage von Soldaten gepreßt hat. Ein Unteroffizier der Flugüberwachung verdient heute umgerechnet 768 DM, ein Offizier 1120 DM. Die Fluglotsen in den anderen europäischen Ländern verdienen mindestens ein Drittel mehr. Der Wochendienst umfaßt 42 Stunden, Sechs-Stunden-Schichten ohne Unterbrechung, 24 Stunden Bereitschaftsdienst und einmal wöchentlich nach dem Dienst militärische Übungen.

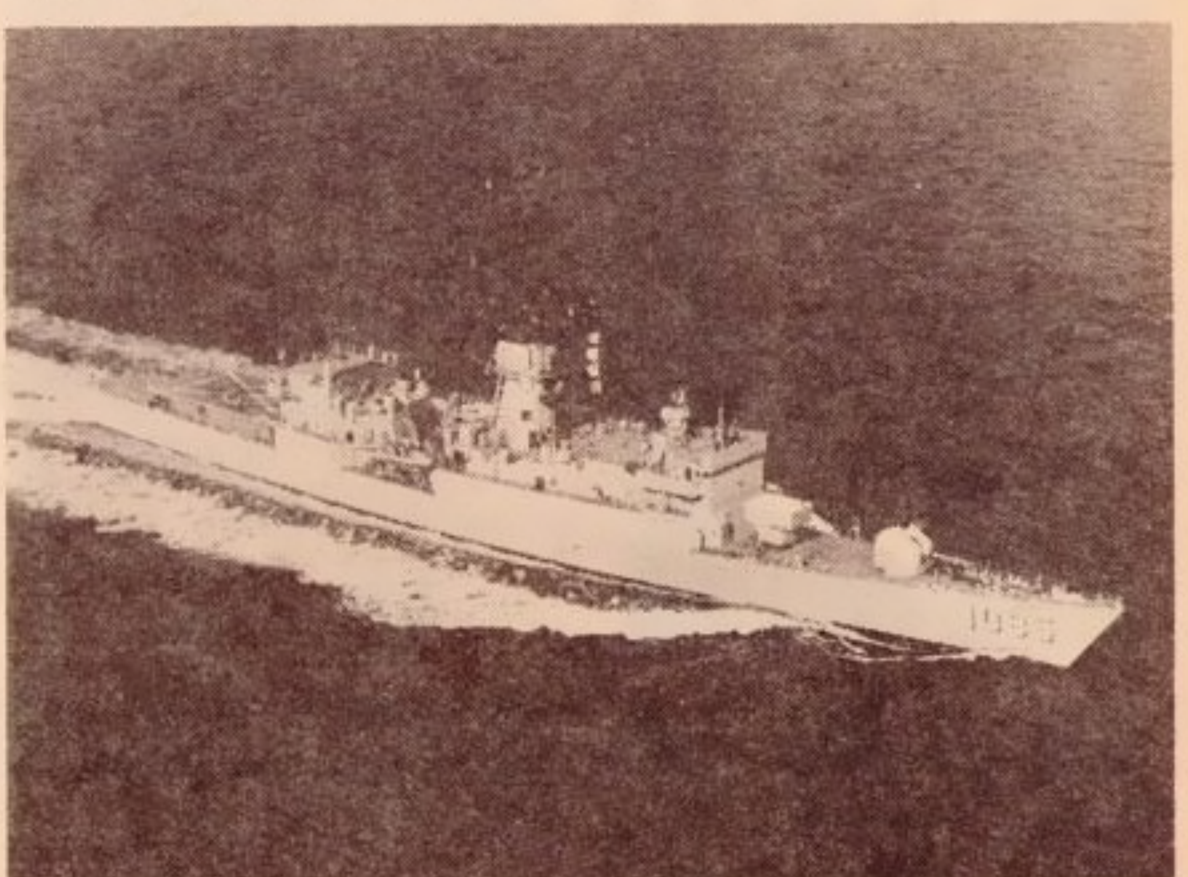
Mit der Militarisierung der Flugsicherung ist den Beschäftigten auch das Kündigungsrecht genommen worden. Lassen die Fluglotsen die Massenkündigungen wirksam werden, drohen ihnen hohe Disziplinarstrafen. Auf die Frage, was sie tun werden, wenn ihnen trotz Kündigung die Weiterführung des Dienstes befohlen wird, antwortete ein Vertreter der Soldaten auf einer Pressekonferenz: „Wir werden den Befehl ausführen, auf jeden Fall werden wir klarmachen, daß wir keinerlei Verantwortung für irgendwelche Unfälle übernehmen." Und auf die Frage: Was macht ihr bei eventuellen Disziplinarmaßnahmen, die die Kommandeure ergreifen könnten? „Wir werden uns *alle* selbst anzeigen, wenn sie auch nur gegen einen von uns eine Disziplinarmaßnahme ergreifen sollten. Die Selbstanzeigen sind schon dem Kündigungsschreiben beigelegt."

Die Fluglotsen hatten angedroht, am 28. Juni ihre Kündigungen rechtswirksam werden zu lassen und nicht mehr zum Dienst zu erscheinen, wenn die Regierung bis dahin nicht ihre Forderungen erfüllt. Daraufhin hatte die Regierung, in der Absicht, die Fluglotsen übers Ohr zu hauen, am 25. Juni ein Dekret erlassen: Erhöhung der Zulagen um 15000 Lire (umgerechnet 33 DM), jedoch nicht für alle, „verbesserter Rechtsschutz in Haftpflichtverfahren" und „Laufbahnverbesserungen". Auf ihren Versammlungen haben die Fluglotsen das Dekret beraten und seine Ablehnung beschlossen: „Die Zulagenerhöhungen sollen spalten, der juristische Schutz bietet keinerlei Garantie, und von den ‚Laufbahnverbesserungen' sind 90%, nämlich die unteren Dienstgrade, ausgeschlossen". Der Vorstand des Komitees erklärte: „Sie haben uns eine Handvoll Erdnüsse geboten."

Nach diesem Versuch der Regierung, den Kampf der Fluglotsen zu spalten, haben diese auf ihren Versammlungen am 2. Juli der Regierung ein Ultimatum gestellt: Bis zum 6. Juli muß die Regierung verbindlich zusagen, daß die gewählten Vertreter der Fluglotsen in den ständigen Regierungsausschuß für „Verkehr und Verteidigung" aufgenommen werden, um an der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Entmilitarisierung teilzunehmen. Sonst würden die Kündigungen unwiderruflich am 6. Juli wirksam. Die Regierung mußte die Forderung erfüllen. Am 10. Juli wird die Kommission ihre Arbeit aufnehmen.

Gleichzeitig haben die Fluglotsen den 30. Juli als letzten Termin festgelegt, bis zu dem die Kommission einen fertigen Entwurf zur Entmilitarisierung vorgelegt haben muß. Vorletzten Freitag hat sich Verteidigungsminister Ruffini „zugunsten einer Entmilitarisierung" ausgesprochen. Allerdings, so der Leiter des Regierungsausschusses, Staatssekretär Degan: „Es wird notwendig sein, die Frage der gewerkschaftlichen Rechte zu klären... Wir dürfen nicht vergessen, daß es sich um einen atypischen Bereich handelt, in Frankreich z.B. dürfen die Fluglotsen nicht streiken."

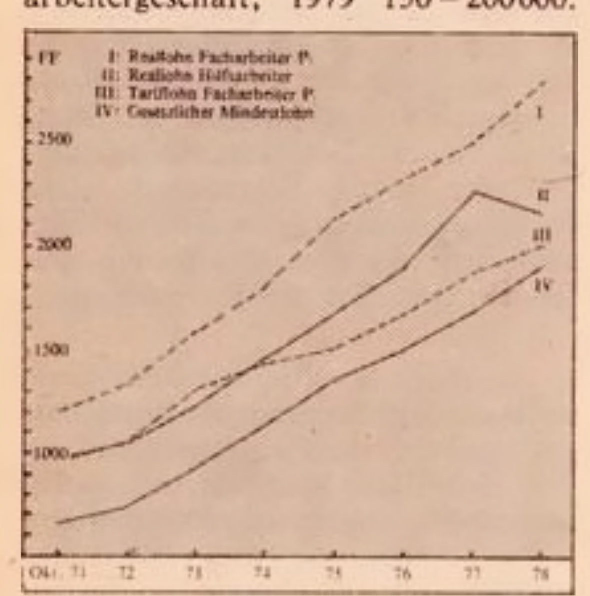
„Die Forderung nach Entmilitarisierung", erklärte uns der Sekretär der Flugverkehrsgewerkschaft FULAT, „beinhaltet natürlich auch die Forderung nach gewerkschaftlichen Rechten und dem Streikrecht." Die Gewerkschaft unterstützt die Forderungen der Fluglotsen „vorbehaltlos". „Wenn sich die Situation verschärft, werden wir konkrete Maßnahmen ergreifen, ein Solidaritätsstreik mit den Forderungen der Soldaten ist da nicht auszuschließen."



Die wichtigsten Stützpunkte der US-Imperialisten im Mittelmeerraum liegen in Italien. Bild: Flagschiff der VI. US-Flotte, stationiert in Gaeta.

Frankreich: Immer mehr Arbeiter werden nach Mindestlohn bezahlt

z.jon.Paris. 1974 arbeiteten in Frankreich täglich rund 80000 Lohnabhängige für die Rechnung von „Zeitarbeitsfirmen“, den Seelenhändlern im Leiharbeitergeschäft, 1979 150 – 200000.



30% erhielten als Lohn nicht mehr als den gesetzlichen Mindestlohn, gegenüber rund 8% der Lohnabhängigen insgesamt. Rund 500000 Arbeitslose will die Regierung in ihrem Zwangsarbeitsprogramm „Pakt für die Beschäftigung“ durch mehrmonatige „Betriebspraktika“ schleusen. Ihnen werden 90% des gesetzlichen Mindestlohns „garantiert“. Der Mindestlohn („Wachstumsmindestlohn SMIC“) wird von der Regierung festgelegt und alle zwei bis drei Monate „der Preissteigerungsrate angepaßt“. Er ist der Indikator der Bourgeoisie für das Geldminimum, das für die Fristung des Arbeiterlebens reichen soll. Unter Ausnutzung der Arbeitslosenreserve drückt sie wachsende Teile der Arbeiterklasse unter dieses Minimum. Das Schaubild zeigt, daß die Arbeiter der untersten Facharbeiterlohngruppe P1, Stahlindustrie Raum Paris, ihren Bruttolohn (I) gegenüber dem SMIC (IV) steigern konnten. Als Tariflohn (III) haben wir die Empfehlungen des Kapitalistenverbandes für die Höhe des Tariflohns eingetragen, weil es seit Jahren keinen Tarifvertrag gibt, den die Gewerkschaften anerkennen. Er sinkt für Facharbeiter P1 auf das Niveau des SMIC, für Hilfsarbeiter liegt er seit 1975 darunter. Nur durch den Lohnkampf der einzelnen Belegschaften und bei Ausdehnung von Akkord- und Prämienlohn konnten die Stahlarbeiter ihre Löhne halten. Bei Hilfsarbeitern hat die Zunahme der Arbeiter, die nur nach Minimumlohn bezahlt werden, 1978 schon zu einer absoluten Senkung des realen Bruttolohns (II) beigetragen. Der Lohnuntersuchung der CGT zufolge, aus der die Angaben über Reallöhne stammen, wurde 1975 noch kein Metallarbeiter nach SMIC bezahlt, 1978 4%.

Metallindustrie/Schweiz: Schwierige Bedingungen im Kampf gegen das „Friedensabkommen“

z.anb. Seit 6 Wochen führt die Belegschaft von *Eschler Urania* in Regensdorf (Kanton Zürich), ein Betrieb mit 22 Arbeitern, in dem Autozubehör produziert wird, einen zähen Kampf gegen das Rationalisierungsprogramm des Kapitalisten und für eine Lohnerhöhung von 10%. Am 30. Mai traten die Arbeiter in den Streik, den der Kapitalist sofort mit der Entlassung von neun Arbeitern zu zerschlagen suchte. Sie haben ihn mittlerweile in Verhandlungen gezwungen, die derzeit vor der kantonalen „Einigungsbehörde“ stattfinden. Dieser Streik ist kennzeichnend für die Lage, in der die schweizerischen Metallarbeiter in bezug auf den Lohntarif stehen. Er muß in zersplitterten, in der Kampfkraft folglich beschränkten betrieblichen Kämpfen ausgefochten werden. Angesichts sich abzeichnender Überproduktion dachten die Metallkapitalisten für ihr Rationalisierungsprogramm den Rücken frei zu haben, weil sie im Juli letzten Jahres mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung der Metallgewerkschaft SMUV einen „Gesamtarbeitsvertrag“ auf 5 Jahre unter Einschluß einer „Friedenspflicht“klausel durchsetzten. Die Kapitalisten griffen darin die sozialdemokratische „schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit“ auf: von der geforderten 40-Stunden-Woche blieben 43 Stunden ab 1.1.1979 und 42 Stunden ab 1.1.1983 übrig, für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB der Vorwand, seinen Antrag auf gesetzliche Verankerung der 40-Stunden-Woche gleich ganz zurückzunehmen.

In der Uhrenindustrie, wo seit 1970 rund 30000 Arbeiter entlassen wurden, sind heute von den verbleibenden 48000 Arbeitern 50% Frauen, 20% ausländische Arbeiter. Der durchschnittliche Stundenlohn für angelernte Arbeiter ist von 1976 8,70 Franken auf 8,55 Franken gedrückt worden, vier Franken niedriger als der Metallecklohn. Es sind dies Folgen der in dieser Teilbranche bereits „schrittweise“ eingeführten 40-Stunden-Woche. Umwälzung der Maschinerie, Entlassungen, Erhöhung der Akkordsätze und Umbesetzungen nehmen die Reformisten jetzt zum Anlaß, um den Kampf für die Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden als „gegen die Arbeitnehmer“ gerichtet zu unterdrücken. In den Betrieben zeichnet sich immer deutlicher ab, daß ohne die Behandlung der Lohnfrage der ökonomische Zwang, der die Grundlage für die Aushöhlung des Achtstundentages ist, nicht beseitigt werden kann.

Metallindustrie/Schweiz: Schwierige Bedingungen im Kampf gegen das „Friedensabkommen“

z.anb. Seit 6 Wochen führt die Belegschaft von Eschler Urania in Regensdorf (Kanton Zürich), ein Betrieb mit 22 Arbeitern, in dem Autozubehör produziert wird, einen zähen Kampf gegen das Rationalisierungsprogramm des Kapitalisten und für eine Lohnerhöhung von 10%. Am 30. Mai traten die Arbeiter in den Streik, den der Kapitalist sofort mit der Entlassung von neun Arbeitern zu zerschlagen suchte. Sie haben ihn mittlerweile in Verhandlungen gezwungen, die derzeit vor der kantonalen „Einigungsbehörde“ stattfinden. Dieser Streik ist kennzeichnend für die Lage, in der die schweizerischen Metallarbeiter in bezug auf den Lohntarif stehen. Er muß in zersplitterten, in der Kampfkraft folglich beschränkten betrieblichen Kämpfen ausgefochten werden. Angesichts sich abzeichnender Überproduktion dachten die Metallkapitalisten für ihr Rationalisierungsprogramm den Rücken frei zu haben, weil sie im Juli letzten Jahres mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung der Metallgewerkschaft SMUV einen „Gesamtarbeitsvertrag“ auf 5 Jahre unter Einschluß einer „Friedenspflicht“klausel durchsetzten. Die Kapitalisten griffen darin die sozialdemokratische „schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit“ auf: von der geforderten 40-Stunden-Woche blieben 43 Stunden ab 1.1.1979 und 42 Stunden ab 1.1.1983 übrig, für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund SGB der Vorwand, seinen Antrag auf gesetzliche Verankerung der 40-Stunden-Woche gleich ganz zurückzunehmen.

In der Uhrenindustrie, wo seit 1970 rund 30000 Arbeiter entlassen wurden, sind heute von den verbleibenden 48000 Arbeitern 50% Frauen, 20% ausländische Arbeiter. Der durchschnittliche Stundenlohn für angelernte Arbeiter ist von 1976 8,70 Franken auf 8,55 Franken gedrückt worden, vier Franken niedriger als der Metallecklohn. Es sind dies Folgen der in dieser Teilbranche bereits „schrittweise“ eingeführten 40-Stunden-Woche. Umwälzung der Maschinerie, Entlassungen, Erhöhung der Akkordsätze und Umbesetzungen nehmen die Reformisten jetzt zum Anlaß, um den Kampf für die Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden als „gegen die Arbeitnehmer“ gerichtet zu unterdrücken. In den Betrieben zeichnet sich immer deutlicher ab, daß ohne die Behandlung der Lohnfrage der ökonomische Zwang, der die Grundlage für die Aushöhlung des Achtstundentages ist, nicht beseitigt werden kann.

Irische Postarbeiter erkämpfen Lohnerhöhungen von über 150 DM

z.rül. Am 27. Juni beendeten die 13000 Postarbeiter der Republik Irland ihren über 18-wöchigen Streik. Das Postministerium stimmte Lohnerhöhungen von 15 bis 18% zu, bei einer Laufzeit von 15 Monaten. Die Postarbeiter hatten 31 bis 37% gefordert. Das jetzige Ergebnis bedeutet umgerechnet für Sortierer eine Erhöhung ihrer Grundlöhne von 1157 DM (brutto, nach 10 Arbeitsjahren) um 162 DM auf 1319 DM, für Postboten von 1087 DM auf 1250 DM. Gleichzeitig setzten die Postarbeiter eine Angleichung der



Frauenlöhne an die der Männer durch, wodurch etwa für Telefonistinnen der Lohn umgerechnet von 1005 auf 1271 DM steigt. Die Inflationsrate beträgt offiziell z. Zt. knapp über 10%. Ein erstes Ergebnis dieses Abschlusses ist, daß der Kapitalistenverband gegenüber den Gewerkschaften bei Löhnen unter 50 Punt die Woche (866 DM im Monat) eine Anhebung von umgerechnet 147 DM im Monat statt bisher 104 DM anbot.

Die Postarbeiter waren in ihrem Streik, dem größten und längsten im Land in den letzten 50 Jahren, von allen irischen Gewerkschaften und vielen ausländischen Postgewerkschaften unterstützt worden. Obwohl der Streikfonds der Gewerkschaft schon nach sechs Wochen leer war und die Postarbeiter ihre Familie vielfach von Sozialhilfe ernähren und sich so bis zu 1000 Punt (ca. 4000 DM) verschulden mußten, konnten die Regierung und die Kapitalisten ihren Streik nicht brechen. Die irische Post gab bekannt, daß sie Verluste von 20 Mio. Punt, das sind ein Zehntel ihrer Jahreseinnahmen, erlitten habe. Die Regierung konnte ca. 560 Mio. DM Steuern, etwa 7% der Jahressteuereinnahmen, nicht kassieren. Vor allem aber hat der Streik die Profitmacherei der Imperialisten getroffen. Sie befürchten „andauernde Schäden für ausländische Investitionen“ (Economist) durch den „schädlichsten Streik überhaupt“ (Guardian). Die Regierung, die während des Streiks mit neuen Antistreikgesetzen gedroht hatte, wagt sich damit noch nicht hervor. Stattdessen gab sie bekannt, daß der gesamte Post- und Fernsprechdienst in den nächsten Jahren in eine halbstaatliche Gesellschaft umgewandelt werden soll, nachdem er mit Zuschüssen von über 2,6 Mrd. DM „modernisiert“ wurde.

British Leyland: Prämien und neue Lohngruppeneinteilung gegen den Lohnstandard

z.hef.London. In allen Werken des Automobilmonopols British Leyland führen die Arbeiter gegenwärtig den Kampf gegen die Einteilung in niedrige Lohngruppen. Die Kapitalisten wollen die bisher mehr als 100 in den verschiedenen Werken unterschiedlichen Lohnstufen durch fünf einheitliche Lohngruppen ersetzen. „Wir kämpfen um jeden Inch,“ sagte Ken King, Vertrauensmann von Lagerarbeitern im Werk Longbridge (Birmingham), Mitglied der Transport- und General Workers Union, der Transport-und allgemeinen Arbeitergewerkschaft. „Nach ihrer Rangfolge kommt mein Job in Lohngruppe IV, was ungefähr 6 Pfund weniger sind als Lohngruppe III. Ich habe eine Arbeitsplatzbeschreibung gemacht, und nach unseren Kenntnissen und unserer Arbeit gehören wir in Gruppe 3. Wir werden ihre Arbeitsplatzbeschreibung also nicht unterzeichnen.“ Die Band- und Maschinenarbeiter sind gegen die Einteilung in Gruppe III und fordern die Einteilung in Gruppe II.

Die Lohngruppeneinteilung ist die neueste Schlacht in den seit zwei Jahren anhaltenden Versuchen der Kapitalisten, im Rahmen der Einführung von Paritätszahlungen die Lohnsenkung


Streikposten vor dem Werk Longbridge am 7. Februar 1978

voranzutreiben. 1971 verkaufte BL noch 40% aller in Großbritannien zugelassenen PKW. 1976 waren es 27%. Als Retter wurde Michael Edwardes vom Chloride-Konzern als Chefmanager für das Staatsmonopol BL ausgeliehen. Vor zwei Wochen hat die Königin ihn für die Verdienste um die Steigerung der Ausbeutung von BL-Arbeitern geadelt.

1977 legten die Kapitalisten den damals knapp 200000 Arbeitern folgen-


Streikposten vor dem Werk Longbridge am 7. Februar 1978

voranzutreiben. 1971 verkaufte BL noch 40% aller in Großbritannien zugelassenen PKW. 1976 waren es 27%. Als Retter wurde Michael Edwardes vom Chloride-Konzern als Chefmanager für das Staatsmonopol BL ausgeliehen. Vor zwei Wochen hat die Königin ihn für die Verdienste um die Steigerung der Ausbeutung von BL-Arbeitern geadelt.

1977 legten die Kapitalisten den damals knapp 200000 Arbeitern folgenden Plan vor: bis November 1979 sollten alle Arbeiter im Konzern das gleiche für gleiche Arbeit verdienen, und zwar auf der Höhe des bislang am höchsten verdienenden Werks. Ein Werkzeugmacher im Werk Canley verdiente damals z.B. 11,28 Pfund mehr in der Woche als ein Werkzeugmacher im Werk Longbridge. Die Lohnverhandlungen, die bis dahin auf Werksebene von den Shop-Stewards, den Vertrauensleuten geführt wurden, müßten dafür künftig auf Konzernebene geführt werden. In sechs Stufen, ab Mai 1978, würden Ausgleichszahlungen geleistet werden, bis schließlich im November 1979 die volle Parität erreicht sei. Die Belegschaft sollte Entlassungen zustimmen.

Nach der Annahme des Vorschlags einer Urabstimmung folgte im Mai 1978 die erste Provokation der Kapitalisten: Die in sechswöchigen Abständen geleistete versprochene Angleichungssumme wurde einfach nicht mehr gezahlt. „Wir haben das Geld, glaube ich, zweimal gekriegt. Die 1,50 pro Woche. Dann hörte das auf. Wir haben nie die versprochenen drei Pfund oder 4,50 Pfund erhalten. Die Firma sagte, wir würden nicht genug produzieren. Sie hätten nicht genug Geld auf der Bank,“ erklärte John Murphy, Vertrauensmann der Gewerkschaft AUEW an einem Motorenband in Longbridge. Schließlich handelten die Kapitalisten im November ein neues Abkommen mit der Gewerkschaftsführung aus, wie Parität erreicht werden sollte. Weitere 12000 Arbeiter sollten entlassen werden, davon 7000 in Longbridge. „Sie machten in dem Abkommen auch Andeutungen über Produktivitätserhöhungen, aber wir konnten keine genauen Angaben darüber finden, bis die Firma das Geld wieder nicht zahlte. Wir erwarteten ab November 1978 das Geld, rückdatiert, und Januar/Februar war klar, daß die Firma nicht zahlen wollte.“

Plötzlich sollten die Ausgleichszahlungen erst gezahlt werden, wenn der Ausstoß pro Mann in den einzelnen Werken eine bestimmte Höhe erreicht hätte. Diese Höhe legten die Kapitali-

Plötzlich sollten die Ausgleichszahlungen erst gezahlt werden, wenn der Ausstoß pro Mann in den einzelnen Werken eine bestimmte Höhe erreicht hätte. Diese Höhe legten die Kapitalisten willkürlich fest, unter Hinweis auf das Abkommen, in dem von „Selbstfinanzierung“ die Rede war. In den zwei Jahren zuvor hatte die Sozialdemokratie mit den zu erwartenden fetten Paritätszahlungen die Einhaltung der Lohnleitlinien durchgesetzt, zuletzt der 5%. Murphy verdient als Produktionsarbeiter bei British Leyland 75 Pfund brutto in der Woche (das sind 1300 DM brutto im Monat, netto hat er 930 DM). Bereits im Juni letzten Jahres lag der Durchschnittslohn der angelernten Produktionsarbeiter in der britischen Automobilindustrie um 25 Mark darüber. Inzwischen sind die Arbeiter bei Leyland mit dem 5%-Abschluß noch weiter zurückgefallen. Hier setzten die Kapitalisten die Daumenschrauben an: Die erforderliche Produktionssteigerung müsse erreicht werden, dann würden auch die Paritätszahlungen geleistet.

Anfang Februar beschlossen die Vertrauensleute aus allen Werken, nach einer Woche in den Streik zu treten, um die bedingungslose Auszahlung durchzusetzen. Die Arbeiter des Werks Longbridge traten sofort in den Streik. Mit Hilfe der Gewerkschaftsführung gelang es den Kapitalisten, die Belegschaften in den anderen Werken abzuspalten. Die Gewerkschaftsführung empfahl eine zweiwöchige Wartezeit. Und weil die Arbeiter z.B. in den Rover- und Triumph-Fabriken wesentlich weniger durch die Paritätszahlungen erhalten würden, gelang die Spaltung. Nach einer Woche brach die Longbridge-Belegschaft den Streik ergebnislos ab.

Diese Niederlage hatte empfindliche Auswirkungen. Die Kapitalisten setzten in die Welt, mit nur geringer Anstrengung seien die Produktionsziele für die einzelnen Werke zu schaffen. Dabei wurden u.a. auch gefälschte Produktionszahlen benutzt. John Murphy über die Steigerung der Ausbeutung, die so durchgesetzt wurde: „Wir machen jetzt 550 Motoren am Tag, mit 23 Mann. Wir haben unsere Produktion in den letzten zwölf Monaten von etwa 300 auf 550 erhöht, nicht weil das Management uns direkt auffordert, es geht jetzt mehr Anstrengung rein.“

Inzwischen hat die Belegschaft des Werks Longbridge die Paritätszahlung durch die entsprechende Produktion „verdient“. Aber die Kapitalisten zahlen sie nicht aus. Vorher müsse die Lohngruppeneinteilung geregelt werden.

Murphy, der jetzt 75 Pfund verdient, würde in Lohngruppe III künftig 79 Pfund (1370 DM im Monat) brutto verdienen, in Lohngruppe II aber 85 Pfund (1470 DM im Monat) bekommen. Die Kapitalisten wollen alle angelernten Produktionsarbeiter in Gruppe III, die gelernten Produktionsarbeiter in Gruppe II, die Werkzeugmacher, Elektriker usw. in Gruppe I einstufen. Vor allem die Einteilung der Produktionsarbeiter in Gruppe III wird heftig bekämpft. Damit würde die besondere Lohnsenkung, die den BL-Kapitalisten in den letzten Jahren mit dem Hinweis auf die kommenden Paritätszahlungen gelungen war, festge-

strengung seien die Produktionsziele für die einzelnen Werke zu schaffen. Dabei wurden u.a. auch gefälschte Produktionszahlen benutzt. John Murphy über die Steigerung der Ausbeutung, die so durchgesetzt wurde: „Wir machen jetzt 550 Motoren am Tag, mit 23 Mann. Wir haben unsere Produktion in den letzten zwölf Monaten von etwa 300 auf 550 erhöht, nicht weil das Management uns direkt auffordert, es geht jetzt mehr Anstrengung rein.“

Inzwischen hat die Belegschaft des Werks Longbridge die Paritätszahlung durch die entsprechende Produktion „verdient“. Aber die Kapitalisten zahlen sie nicht aus. Vorher müsse die Lohngruppeneinteilung geregelt werden.

Murphy, der jetzt 75 Pfund verdient, würde in Lohngruppe III künftig 79 Pfund (1370 DM im Monat) brutto verdienen, in Lohngruppe II aber 85 Pfund (1470 DM im Monat) bekommen. Die Kapitalisten wollen alle angelernten Produktionsarbeiter in Gruppe III, die gelernten Produktionsarbeiter in Gruppe II, die Werkzeugmacher, Elektriker usw. in Gruppe I einstufen. Vor allem die Einteilung der Produktionsarbeiter in Gruppe III wird heftig bekämpft. Damit würde die besondere Lohnsenkung, die den BL-Kapitalisten in den letzten Jahren mit dem Hinweis auf die kommenden Paritätszahlungen gelungen war, festge-

schrieben.

Die Arbeiter wollen auf keinen Fall nachgeben. Denn sonst hat Edwardes bei den niedrigen Löhnen leichtes Spiel mit seinen beiden nächsten Vorhaben: der Einführung eines neuen Gruppenakkordsystems nach „schwedischem Vorbild“ und der Einführung des Zweischichtsystems. Bisher wird in der Regel nur Normalschicht gearbeitet.

Imperialistische Rivalität um australische Reichtümer

z.mat.Sydney. Die Imperialisten verstärken ihre Bemühungen, die australischen Reichtümer unter ihre Kontrolle zu bekommen. Premierminister Thatcher inspizierte die britische Kolonie auf dem Rückweg vom Wirtschaftsgipfel in Tokio. Der Verlust ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung ist ein Stachel für die britischen Imperialisten. (Australiens Export/Import 1976/77 nach Japan: 3,96/2,15, USA: 1,01/2,16, GB: 0,54/1,14, BRD: 0,36/0,72 Milliarden Dollar). „Zu wenige britische Premierminister haben Australien aufgesucht“, sagte sie in Canberra und versprach, die alten Beziehungen zu vertiefen. Die USA, deren Anteil an der Plünderung australischer Mineralien nur von Japan übertroffen wird, schickten Außenminister Vance. Er benutzte die Gelegenheit des Jahrestreffens des ANZUS-Militärpaktes (USA, Australien, Neuseeland) zur Unterzeichnung eines Uranlieferabkommens. „Obwohl die USA in keiner Weise auf ihr Recht verzichtet haben, ihr nukleares Arsenal nach eigenen Vorstellungen zu entwickeln, haben sie sich verpflichtet, australisches Uran nicht für Nuklearwaffen zu benutzen“, lautete die amtliche Stellungnahme. Am selben Tag hat Großbritannien die Genehmigung für den Import australischen Urans von der EG-Kommission erhalten. Der Vertrag bestätigt ausdrücklich Großbritanniens Recht, das Uran innerhalb der europäischen Gemeinschaft beliebig weiter zu verkaufen. Die EG-Imperialisten wollen Uran-Direktinvestitionen.

Pakistan betreibt unabhängige Nutzung der Kernenergie

z.pek. Beflissen verbreiten die Sozialimperialisten Meldungen, wonach „Pakistan aus heimlich in Europa oder sonstwo zusammengekauften Teilen eine Urananreicherungsanlage baut, die zur Herstellung einer Atombombe dienen kann“. Damit wolle es seine Nachbarn, insbesondere Afghanistan, bedrohen. (Prawda, 29.6.) Die US-Imperialisten haben ihrerseits in der Schweiz, Britannien und den Niederlanden interveniert, um die Lieferung solcher Teile an Pakistan zu stoppen. Zur Verteidigung seiner nationalen Unabhängigkeit die Atombombe zu bauen, ist mit Sicherheit für Pakistan heute schon möglich, da dazu nur relativ einfache labormäßige Anreicherungsanlagen erforderlich sind. Jedoch verfügen die beiden Supermächte über das Monopol auf den technologisch komplizierten Prozeß der Urananreicherung in großen Mengen, wie das für den Betrieb von Kernreaktoren notwendig ist. Ihre Uranlieferungen nutzen sie, wie z.B. gegenüber Indien, zu politischer Einmischung in Gestalt von „Kontrollrechten“, den Preis für Brennstäbe haben sie seit 1974 um das Neunfache erhöht. Pakistan verfügt über eigene Uranlagerstätten und will durch den Bau einer Anreicherungsanlage (als erstes Land der 3. Welt) die Grundlage für die unabhängige Nutzung der Kernenergie schaffen.

US-britische Flottenzusammenarbeit

z.hef. Die US-Imperialisten suchen die Beteiligung der britischen Imperialisten an ihrer Flotte im Indischen Ozean, meldet das Magazin „Afrique-Asie“. „Zur Zeit übt das Pentagon Druck auf die britische Regierung mit

Seit einem halben Jahr streiken die Landarbeiter in Kalifornien für bessere Tariflöhne

z.gab. Seit Anfang des Jahres dauert der Streik der Landarbeiter in Kalifornien an, seit am 22. Januar mehr als 3000 Landarbeiter, zumeist Mexikaner und Chicanos, gegen die Sun Harvest Corporation, einen der größten US-Salatproduzenten, im Imperial Valley die Arbeit niederlegten. Der Beginn des Streiks traf die Kapitalisten auf der Höhe der Ernte, wenn täglich nahezu 5 Tonnen Salat im Akkord gepflückt werden müssen.

Die United Farmworkers Union (UFW), die diesen Streik in Kalifornien organisiert, fordert Erhöhung des Akkordsatzes und Mindestlohnerhöhungen. Bislang zahlten die Kapitalisten einen Akkordsatz von 57 Cents je Salatkiste. Erhöhung auf 68 Cents je Kiste fordern die streikenden Salatpflücker, und Erhöhung der Mindestlöhne für Arbeiter, die oft nur stunden- oder tageweise auf den Plantagen beschäftigt werden und die niedrigsten Löhne erhalten, von 3,70 Dollar bisher auf 5,25 Dollar in der Stunde. 10 bis 12 Stunden ist die durchschnittliche Arbeitszeit auf den Plantagen, während der Erntezeiten noch weit darüber. Um gegen die mörderischen Ausbeutungsmethoden der US-Agrarimperialisten Schranken zu setzen, fordern die Landarbeiter bezahlte 20-minütige Pausen alle 2 Stunden, Bezahlung der Überstunden zu 150% sowie einen Nachtarbeitsbonus von 75 Cts.

Die Agrarmonopole boten auf ersten Verhandlungen mit der UFW Anfang Februar 0,26 Dollar Lohnerhöhung, entsprechend der Lohnleitlinie Carters. Sie heuerten Schlägertrupps, Company Guards, um den Streik der Landarbeiter zu zerschlagen und die Streikposten der UFW von den Feldern zu vertreiben. Am 29. Januar erließ die kalifornische Regierung den berüchtigten „Back to Work-“ (Zurück-zur-Arbeit-) Befehl, um die Landarbeiter wieder auf die Plantagen zu treiben. 62 Arbeiter wurden verhaftet, als sie sich dieser Zwangsarbeitsverordnung widersetzten. Auf zahlreichen Plantagen kommt es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen den Streikposten der UFW und den „Company Guards“. Auf der Mario Saikhon-Ranch wurde ein Streikposten der UFW von der „Company Guard“ erschossen, als er die von den Kapitalisten geheuerten Streikbrecher für den Streik gewinnen wollte.

Die in der UFW organisierten streikenden Arbeiter intensivierten auf diese massiven Angriffe der Kapitalisten hin ihren Kampf. Als die Erntezeit im Imperial Valley zu Ende ging, weiteten sie den Streik aus bis Oxnard und Salinas im Norden Kaliforniens, wo Anfang März die Erntezeit begann. Über 4000 Landarbeiter von über 28 Farmen in Ventura County hatten sich inzwischen dem Streik angeschlossen. Am 4. März marschierten über 3000 Landarbeiter im Norden Kaliforniens zur Unterstützung des Streiks. Viele unorganisierte Landarbeiter beteiligten sich an dem Demonstrationszug der UFW. Ebenso die LKW-Fahrer, die selbst die 7%-Lohnleitlinie durchbrochen und 9% Lohnerhöhung durchgesetzt haben.

Bislang waren die Landarbeiter gezwungen, dem Ernterhythmus zu folgen und von Süden nach Norden Kaliforniens zu ziehen, um einen Ausbeuter zu finden. Eingestellt wurden sie gerade während der Erntezeit. Die meisten finden so nur an weniger als 134 Tagen im Jahr eine Arbeit. Ihr Jahreseinkommen beträgt im Durchschnitt rund 5000 Dollar. Entsprechend diesem Ernterhythmus organisieren die Landarbeiter jetzt ihren Streik.

Sun Harvest ist im Besitz des United Brands Monopols, einem der größten US-Agrarmonopole, in deren Besitz ein Großteil des Landes im Süden der USA ist. Insgesamt sind mehr als 80% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Kaliforniens in den Händen weniger solcher Monopole, die dieses ehemals mexikanische Land geraubt, die mexikanischen Bauern von ihrem Land vertrieben und gezwungen haben, als billigste Saison- und Wanderarbeiter auf den Plantagen zu arbeiten. So trägt dieser Streik, wie alle früheren, auch viele Züge eines Kampfes gegen die nationale Unterdrückung. Der Aztekenadler ist das Emblem der UFW.

Um die Streikfront der Arbeiter zu brechen, organisieren die Agrarkonzerne den massiven Import „illegaler Arbeiter“ aus Mexiko, um sie als Streikbrecher auf den Plantagen einzusetzen. „Arbeitsvermittler“ schaffen die mexikanischen Arbeiter über die Grenze, schließen mit ihnen Arbeitsverträge und vermieten sie an die Gemüse- und Salatkonzerne. 300 Dollar müssen die Arbeiter für diese Vermittlung zahlen, wenn die Ernte vorüber ist. Erfahren die so über die Grenze geschmuggelten Arbeiter vom Streik der Landarbeiter und wollen sich dem anschließen, drohen die „Händler“ mit Auslieferung an die INS, die gefürchtete Fremdenpolizei der US-Imperialisten.

In Aufrufen in mexikanischen Zeitungen hat die UFW die Arbeiterbewegung Mexikos dazu aufgerufen, diese Anwerbung zurückzuweisen, um den Streik der Landarbeiter zu unterstützen. Wie diese aus Mexiko herbeigeschafften Streikbrecher zu behandeln sind, ist Streitpunkt in vielen Debatten in der UFW. Am 18.4. hatte UFW-Präsident Chavez angekündigt, die Kapitalisten wegen „Verstoß gegen die Bundesgesetze“ anzuzeigen, und gedroht: „Wir werden die INS anrufen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen“. In einigen Fällen wurde diese Taktik eingeschlagen, wurden Namen und Adressen von „illegalen“ Streikbrechern an die US-Auslieferungsbehörden gegeben, um die Ausweisung der mexikanischen Streikbrecher zu erwirken.

Diese Politik der UFW-Führung öffnet den US-Konzernen weite Möglichkeiten, die Landarbeiter zu spalten und so den Streik zu zerschlagen. Dies ist einer der Hauptkritikpunkte, die nicht nur von in der UFW organisierten Landarbeitern der Gewerkschaftsführung vorgeworfen werden. In einem Brief an die UFW schrieb die Maricopa County Organizing Project (MCOP), die in Arizona mit dem Aufbau einer Landarbeitergewerkschaft begonnen hat: „Wenn die UFW Probleme hat mit illegalen Arbeitern, die reingeholt werden als Streikbrecher, muß die Antwort die Organisierung der Streikbrecher sein, so wie wir es auch machen.“ In Arizona hatte die MCOP Anfang April nach einem Streik der Landarbeiter gegen die Goldmar Citrus Ranch eine Lohnerhöhung von 0,60 Dollar pro Kiste Zitronen auf 1,13 Dollar je Kiste durchgesetzt. Auf der Arrowhead Ranch in Arizona konnte der erste Tarifvertrag für „Illegale“ erkämpft werden. Die gleiche Kritik äußert die Texas Farmworkers Union, die im Aufbau einer Gewerkschaft in Texas gerade in den vergangenen Jahren die Mitgliederzahl von 1977 rund 3000 auf heute 8000 gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter steigern konnte. Auf zahlreichen Demonstrationen der Landarbeiter in Kalifornien ebenso wie in den anderen Südstaaten tragen die Arbeiter Transparente „One Farmworker Union“ – „Eine Gewerkschaft der Farmarbeiter!“

Der Ausgang des Streiks der Landarbeiter in Kalifornien ist für den Aufbau einer starken Gewerkschaft der Landarbeiter im Süden der USA entscheidend. Es ist der erste große Streik für eine Erhöhung der Tariflöhne, den die UFW in Kalifornien organisiert. Die UFW ist die einzige tatsächlich bereits anerkannte Landarbeitergewerkschaft. In Texas und Arizona dagegen kämpfen die Arbeiter noch für die Anerkennung und die Durchsetzung von Tarifverträgen. In zahlreichen Städten wurden Unterstützungskomitees gegründet, Geld und Nahrungsmittel an die streikenden Landarbeiter gesandt. So überreichte die Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) auf einer Veranstaltung der UFW 1200 Dollar Streikunterstützung, die die Arbeiter von General Motors Fremont gesammelt hatten.

Im vergangenen Monat konnte die UFW die Agrarmonopole erneut zu Verhandlungen zwingen. 4,30 Dollar die Stunde lautete jetzt das Angebot der Kapitalisten. Die 7% Lohnleitlinie Carters ist damit bereits durchbrochen. Aber auch die UFW-Verhandlungsdelegation ist von der ursprünglichen Forderung der Landarbeiter von 5,25 Dollar auf 4,70 Dollar runtergegangen – noch immer ein Elendslohn.



Im Kampf bauten die Landarbeiter der USA ihre Gewerkschaft auf

z.scc. So alt wie die massenhafte Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft der USA, so alt ist der Kampf der meist mexikanischen Landarbeiter im Süden des Landes gegen ihre Ausbeuter. Gegen maßlose Überarbeit zu einem Lohn, der den Hunger zum Alltag macht; gegen einen unbeschränkten Arbeitstag ohne Bezahlung der Überstunden; gegen die ausgedehnte Kinderarbeit; für Sozialversicherung.

1913. Die 3000 Hopfenpflücker der Durst Ranch in Kalifornien streiken für höhere Löhne, Beschränkung des Arbeitstages und menschenwürdigen Zustand ihrer Wohnhütten. Nach harten, langen Auseinandersetzungen kann die Staatsmacht diesen ersten großen Streik niederschlagen. Trotz der Niederlage wird er zum Ausgangspunkt für die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter. 1915 gründen die Delegierten neun örtlicher Gewerkschaftslokale die Agricultural Workers Organization 400. Unter den Forderungen nach 10-Stunden-Tag, Mindestlohn, Überstundenbezahlung, ausreichendem Essen und sauberen Betten werden innerhalb eines Jahres über 12000 Landarbeiter organisiert.

1965. In ganz Kalifornien erheben sich die Traubenpflücker zu einem Kampf um Lohnerhöhung und Arbeiterrechte, für die Anerkennung der Gewerkschaften und den Abschluß von Tarifverträgen. Hauptgegner der Chicanos ist der Großfarmer Giumarra, der auf 4750 ha bis zu 3000 Landarbeiter, darunter zahllose Kinder unter 14 Jahren, ausbeutet. Die Streikfront festigt sich, als die Arbeiter von Giumarra sich zu 95% anschließen. Fünf Jahre tobt der Kampf, fünf Jahre, in denen die Streikposten pausenlos durch Polizei und bewaffnete Banden überfallen, Streikende zu Hunderten verhaftet werden, in denen die Großfarmer Tausende von Landarbeitern entlassen und immer wieder neu aus der Reservearmee, die durch die täglich ins Land strömenden mexikanischen Wanderarbeiter stets aufgefüllt wird, ersetzen. Fünf Jahre, in denen die Landarbeiter



Streikposten im Salinas Valley mit dem Aztekenadler der UFW-Fahne.

Tag für Tag ihre Streikposten aufziehen, erst auf den Farmen und Weinbergen, dann, zur Organisierung des Boykotts, auf den großen Transportwegen und vor den Supermärkten in den Städten. In diesem erbitterten, opferreichen Kampf erwächst die Gewerkschaft der Landarbeiter (UFWOC). Nach fünf Jahren schließlich, in denen die Unterstützung durch die Arbeiterbewegung in den USA niemals nachgelassen hat, bricht der Widerstand der Großfarmer zusammen. Die 26 Größten unter ihnen müssen Tarifverträge unterzeichnen, in denen die Arbeiter einen Gutteil ihrer Forderungen durchsetzen konnten, und die Gewerkschaft anerkennen. Zwar versuchen sie drei Jahre später, die alten Zustände wiederherzustellen. Aber erneut organisieren die Traubenpflücker Streik- und Boykottorganisationen, denen sich diesmal auch die Salat-, Zitronen-, Tomaten- und Erdbeerenpflücker anschließen.

Überstunden zu 150% sowie einen Nachtarbeitsbonus von 75 Cts.

Die Agrarmonopole boten auf ersten Verhandlungen mit der UFW Anfang Februar 0,26 Dollar Lohnerhöhung, entsprechend der Lohnleitlinie Carters. Sie heuerten Schlägertrupps, Company Guards, um den Streik der Landarbeiter zu zerschlagen und die Streikposten der UFW von den Feldern zu vertreiben. Am 29. Januar erließ die kalifornische Regierung den berüchtigten „Back to Work-“ (Zurück-zur-Arbeit-) Befehl, um die Landarbeiter wieder auf die Plantagen zu treiben. 62 Arbeiter wurden verhaftet, als sie sich dieser Zwangsarbeitsverordnung widersetzten. Auf zahlrei-

ter zu finden. Eingestellt wurden sie gerade während der Erntezeit. Die meisten finden so nur an weniger als 134 Tagen im Jahr eine Arbeit. Ihr Jahreseinkommen beträgt im Durchschnitt rund 5000 Dollar. Entsprechend diesem Ernterhythmus organisieren die Landarbeiter jetzt ihren Streik.

Sun Harvest ist im Besitz des United Brands Monopols, einem der größten US-Agrarmonopole, in deren Besitz ein Großteil des Landes im Süden der USA ist. Insgesamt sind mehr als 80% der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Kaliforniens in den Händen weniger solcher Monopole, die dieses ehemals mexikanische Land geraubt, die mexikanischen Bauern von ihrem Land

sind, ist Streitpunkt in vielen Debatten in der UFW. Am 18.4. hatte UFW-Präsident Chavez angekündigt, die Kapitalisten wegen „Verstoß gegen die Bundesgesetze“ anzuzeigen, und gedroht: „Wir werden die INS anrufen, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen“. In einigen Fällen wurde diese Taktik eingeschlagen, wurden Namen und Adressen von „illegalen“ Streikbrechern an die US-Auslieferungsbehörden gegeben, um die Ausweisung der mexikanischen Streikbrecher zu erwirken.

Diese Politik der UFW-Führung öffnet den US-Konzernen weite Möglichkeiten, die Landarbeiter zu spalten und so den Streik zu zerschlagen. Dies ist

Kampf der meist mexikanischen Landarbeiter im Süden des Landes gegen ihre Ausbeuter. Gegen maßlose Überarbeit zu einem Lohn, der den Hunger zum Alltag macht; gegen einen unbeschränkten Arbeitstag ohne Bezahlung der Überstunden; gegen die ausgedehnte Kinderarbeit; für Sozialversicherung.

1913. Die 3000 Hopfenpflücker der Durst Ranch in Kalifornien streiken für höhere Löhne, Beschränkung des Arbeitstages und menschenwürdigen Zustand ihrer Wohnhütten. Nach harten, langen Auseinandersetzungen kann die Staatsmacht diesen ersten großen Streik niederschlagen. Trotz der Niederlage wird er zum Ausgangspunkt für die gewerkschaftliche Organisierung der Landarbeiter. 1915 gründen die Delegierten neun örtlicher Gewerkschaftslokale die Agricultural Workers Organization 400. Unter den Forderungen nach 10-Stunden-Tag, Mindestlohn, Überstundenbezahlung, ausreichendem Essen und sauberen Betten werden innerhalb eines Jahres über 12000 Landarbeiter organisiert.

1965. In ganz Kalifornien erheben sich die Traubenpflücker zu einem Kampf um Lohnerhöhung und Arbeiterrechte, für die Anerkennung der Gewerkschaften und den Abschluß von Tarifverträgen. Hauptgegner der Chicanos ist der Großfarmer Giumarra, der auf 4750 ha bis zu 3000 Landarbei-

strömenden mexikanischen Wanderarbeiter stets aufgefüllt wird, ersetzen. Fünf Jahre, in denen die Landarbeiter



Streikposten im Salinas Valley mit dem Aztekenadler der UFW-Fahne.

Tag für Tag ihre Streikposten aufziehen, erst auf den Farmen und Weinbergen, dann, zur Organisierung des Boykotts, auf den großen Transportwegen und vor den Supermärkten in den Städten. In diesem erbitterten, opferreichen Kampf erwächst die Gewerkschaft der Landarbeiter (UFWOC). Nach fünf Jahren schließlich, in denen die Unterstützung durch die Arbeiterbewegung in den USA niemals nachgelassen hat, bricht der Widerstand der Großfarmer zusammen. Die 26 Größten unter ihnen müssen Tarifverträge unterzeichnen, in denen die Arbeiter einen Gutteil ihrer Forderun-





Links: Unterstützungsdemonstration der UFW in Tampa, Florida. „*Eine* Gewerkschaft der Farmarbeiter!“ – *Rechts:* Salatpflückerinnen in Kalifornien.

---

dem Vorschlag aus, eine europäisch-amerikanische Flotte zu installieren, die tatsächlich eine anglo-amerikanische sein würde.“ Nach der Sowjetunion unterhält Frankreich bisher die größte ständige Flotte im Indischen Ozean. Aber die US-Imperialisten stützen sich schon bisher im Indischen Ozean vor allem auf die „Hilfe“ der britischen Imperialisten, deren Militärbasen sie übernehmen, deren Kolonialgebiete und deren Einfluß in früheren Kolonien sie ausnutzen. Die Insel Diego Garcia selbst ist Teil des „Britischen Territoriums im Indischen Ozean.“ Königin Elisabeth ist immer noch Staatsoberhaupt von Mauritius, das sich 1968 die Unabhängigkeit erkämpft hat, und bis heute haben die britischen Imperialisten Militär- und andere „Berater“ dort. Auch die Insel Mashira vor Oman wird von der britischen und der US-Luftwaffe gemeinsam benutzt. Vielleicht hoffen die US-Imperialisten auch, ihre Hegemonialpolitik etwas hinter der kleineren imperialistischen Macht zu verstecken. Unmittelbar nach dem Hinauswurf der US-Imperialisten aus dem Iran erklärte die *britische* Regierung, ihre Marine werde die Patrouillenfahrten im Persischen Golf intensivieren. Im Mai wurde eine Marineeinsatzgruppe auf dem Weg nach Südostasien demonstrativ durch den Suez-Kanal und den Indischen Ozean geschickt.

Unabhängigkeit Kiribatis von britischer Kolonialherrschaft

z.rül. Zum 12. Juli erkämpften sich die 60000 Bewohner der Kiribati-Inseln im Pazifik – von den Imperialisten Gilbert-Inseln genannt – nach 87 Jahren britischer Kolonialherrschaft die staatliche Unabhängigkeit. Die US-Imperialisten beanspruchen weiterhin zwei Inseln Kiribatis. – Hauptprodukte der Bauern und Fischer der Inseln sind Brotfrüchte, Kokosnuß, Pandang-Früchte und Fisch. Während der Kolonialherrschaft vertrieben die britischen Imperialisten viele Bauern von ihrem Land und legten Kokosnuß-Plantagen an. 1974 exportierten sie ca. 12000 Tonnen Kopra, 25% davon stammte von ihren Plantagen. Von der Insel Banaban vertrieben sie 1945 sogar sämtliche 3000 Bewohner, um auf ¾ der gesamten Inselfläche Phosphat abzubauen. Allein von 1964 bis 1974 betrug die Produktion 5,5 Mio. Tonnen. Die 2000 Arbeiter, von anderen Inseln rekrutiert, erhielten einen Lohn von umgerechnet 111 bis 181 DM im Monat (1974). Im Februar dieses Jahres besetzten 200 Banabans ihre Insel und bekräftigten mit Bombenanschlägen auf Minenanlagen ihre Forderung nach sofortiger Unabhängigkeit und Einstellung des Bergbaus durch die Kolonialmacht.

Gesundheitswesen in Mali: Schwerpunkt liegt auf dem Land

z.elb. 1960 ist es den malischen Volksmassen gelungen, die französischen Kolonialisten aus dem Land zu vertreiben. Ein paar kleine Krankenhäuser, die gerade 10 bis 15% der städtischen Bevölkerung – die Kolonialisten selbst – versorgten, war alles, was die malische Regierung an medizinischen Einrichtungen übernehmen konnte. 85% der Bevölkerung lebt auf dem Land. Allein konnte die traditionelle afrikanische Medizin den Kampf gegen solch weitverbreitete Krankheiten wie Malaria und Darminfektionen nicht gewinnen. Nach der Unabhängigkeit begann die Regierung zielstrebig, ein Gesundheitswesen für die Volksmassen aufzubauen, indem sie etliche neue Krankenhäuser baute und für deren gleichmäßige Verteilung in den Regionen sorgte. Das Schwergewicht legte sie auf die ländlichen Gebiete, wo sie bis 1972 387 Polikliniken errichtete und elf mobile medizinische Einheiten einsetzte, um auch entlegenere Gegenden erreichen und die eingeführten Pflichtimpfungen gegen Pocken, Cholera, Masern u.a. nahezu vollständig durchführen zu können. Unter Einbezug der traditionellen Medizin – vor allem bei der Versorgung mit Medikamenten – und mit der Verstärkung der vorsorgenden Medizin konnte es gelingen, die Neuerkrankungen bei fast allen Krankheiten erheblich zu senken.

SWAPO-Offensive gegen die „Zentren der Weißen“

z.acr. Die SWAPO hat auf der 33. Konferenz des Befreiungsausschusses der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) in Daressalam am 27.6. angekündigt, daß sie „den Befreiungskrieg auf vorwiegend von Weißen bewohnte Gebiete“ ausweiten wird. Sie will die „weißen kolonialistischen Landesherren daran erinnern, daß für die Unterstützer des repressiven Systems in Südafrika Komfort und Sicherheit nicht länger bestehen“. Das südafrikanische Kolonialregime hat inzwischen 8000 Reservisten in den Norden Namibias geschickt. Von dort aus operieren die Kämpfer der SWAPO, gestützt auf die Bauern in den befreiten Gebieten. Weil die südafrikanischen Reservisten die nötige „Motivation und Effektivität“ vermissen lassen, wie die britische Zeitung „Guardian“ zugeben muß, haben die weißen Farmer im nördlichen Tsumeb-Distrikt extra eine 100 Mann starke Söldnertruppe angeheuert. In Windhoek ließen die frisch „gewählten“ Mitglieder der „Nationalen Versammlung“ unter Führung des Generalverwalters Steyn 50 SWAPO-Vertreter verhaften. Aus Furcht vor Angriffen durchkämmen sie die Townships nach SWAPO-Kämpfern und ließen z.B. am 27.6. 1500 Schwarze in Katutura festnehmen. Damit konnten sie jedoch nicht verhindern, daß die dort wohnenden schwarzen Arbeiter aus den Fabriken der Imperialisten seit den Scheinwahlen zahlreiche Streiks für mehr Lohn und gewerkschaftliche Rechte durchführten.





Der Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea *Pol Pot* (rechts) sowie der Präsident der Versammlung der Vertreter des Volkes von Kampuchea *Nuon Chea* (links) auf einer Kabinettssitzung am 6./7. Mai 1979

z.xxx. Teilnehmer aus fast allen westeuropäischen Ländern, aus Skandinavien, aus den USA und Kanada, aus dem Iran, aus Bangla Desh, aus der Türkei, Griechenland und Santo Domingo haben am Wochenende vom 30.6. / 1.7. in Paris auf einem vorbereitenden Treffen diesen Aufruf beraten und beschlossen. Zu diesem Treffen hatten namentlich Jan Myrdal, Han Suyin, Alain Bouc und der frühere Sekretär der französischen Vietnam-Solidarität Andrei eingeladen. An dem Treffen haben der UNO-Bevollmächtigte des Demokratischen Kampuchea, Thiounn Prasith, sowie Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich teilgenommen. Aus Westdeutschland waren Organisationen anwesend, die bisher den Kampf des Demokratischen Kampuchea unterstützt haben. Die Vertreter des KBW haben dem Aufruf zugestimmt, nachdem die Solidarität mit dem Demokratischen Kampuchea und die Unterstützung seiner Regierung ausdrücklich in den Aufruf aufgenommen wurden, was nicht von vornherein klar war. Jetzt ist der Aufruf eine brauchbare Grundlage, um die internationale Bewegung zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea zusammenzuschließen und ihr mit der Konferenz in Stockholm eine internationale Plattform zu verschaffen. Am 4./5. August soll in Frankfurt ein Treffen der Kräfte stattfinden, die in Westdeutschland und Westberlin den Aufruf unterstützen. Wir denken, daß es gut sein wird, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der Aufruf durch Unterschriften und Beschlußfassungen bereits möglichst breit unterstützt wird und mit einer Geldsammlung für das kämpfende kampucheanische Volk bereits begonnen worden ist. Zweifellos werden die vietnamesischen Aggressoren, gestützt auf den gewaltigen sowjetischen Nachschub im November, mit Ende der Regenzeit, den Krieg weiter intensivieren. Die internationale Konferenz wird erneut zeigen, daß das Demokratische Kampuchea in seinem Kampf nicht allein steht.

Kampuchea-Konferenz
Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression

Der Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea (Kambodscha) geht weiter. Die vietnamesischen Streitkräfte haben Kampuchea überfallen und verwüstet, um seine legitime Regierung zu stürzen, und haben damit die Souveränität des Demokratischen Kampuchea, die Charta der Vereinten Nationen und die Prinzipien der Blockfreienbewegung verletzt.

Diese offensichtliche Verletzung der Unabhängigkeit Kampucheas darf von der internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden. Sie zu dulden wäre eine Bedrohung für alle unabhängigen Nationen. Unser Schweigen würde als Zustimmung zu Aggression und Invasion verstanden.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen sind wir einig in der Verurteilung der brutalen Besetzung Kampucheas durch Vietnam mit der Unterstützung anderer ausländischer Mächte.

Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea, die Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität des Landes sowie die Wiederherstellung des Rechts des kampucheanischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Wir appellieren an alle demokratischen Organisationen, internationalen Organisationen, Persönlichkeiten, an alle Völker und Regierungen der Welt, die Frieden

Plattform zu verschaffen. Am 4./5. August soll in Frankfurt ein Treffen der Kräfte stattfinden, die in Westdeutschland und Westberlin den Aufruf unterstützen. Wir denken, daß es gut sein wird, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der Aufruf durch Unterschriften und Beschlußfassungen bereits möglichst breit unterstützt wird und mit einer Geldsammlung für das kämpfende kampucheanische Volk bereits begonnen worden ist. Zweifellos werden die vietnamesischen Aggressoren, gestützt auf den gewaltigen sowjetischen Nachschub im November, mit Ende der Regenzeit, den Krieg weiter intensivieren. Die internationale Konferenz wird erneut zeigen, daß das Demokratische Kampuchea in seinem Kampf nicht allein steht.

Kampuchea-Konferenz
Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression

Der Aggressionskrieg gegen das Demokratische Kampuchea (Kambodscha) geht weiter. Die vietnamesischen Streitkräfte haben Kampuchea überfallen und verwüstet, um seine legitime Regierung zu stürzen, und haben damit die Souveränität des Demokratischen Kampuchea, die Charta der Vereinten Nationen und die Prinzipien der Blockfreienbewegung verletzt.

Diese offensichtliche Verletzung der Unabhängigkeit Kampucheas darf von der internationalen Gemeinschaft nicht geduldet werden. Sie zu dulden wäre eine Bedrohung für alle unabhängigen Nationen. Unser Schweigen würde als Zustimmung zu Aggression und Invasion verstanden.

Trotz unterschiedlicher Auffassungen sind wir einig in der Verurteilung der brutalen Besetzung Kampucheas durch Vietnam mit der Unterstützung anderer ausländischer Mächte.

Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller vietnamesischen Truppen aus Kampuchea, die Respektierung der nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität des Landes sowie die Wiederherstellung des Rechts des kampucheanischen Volkes, seine Angelegenheiten selbst zu regeln.

Wir appellieren an alle demokratischen Organisationen, internationalen Organisationen, Persönlichkeiten, an alle Völker und Regierungen der Welt, die Frieden
und Gerechtigkeit lieben, das kämpfende Volk von Kampuchea und seine legitime Regierung in ihrem Widerstand gegen die vietnamesischen Aggressoren zu unterstützen und materielle Hilfe zu leisten.

Im Herbst dieses Jahres wird eine internationale Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression stattfinden. Wir rufen auf, diese Konferenz zu unterstützen und ihren Erfolg zu sichern.

Der Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea versetzt den Aggressoren empfindliche Schläge

z.lup. Am 1. und 2. Juni hatten sich im Demokratischen Kampuchea Kader der Guerillastreitkräfte versammelt, um die Erfahrungen des Kampfes gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren auszuwerten und die weiteren Aufgaben festzulegen. Auf der Konferenz wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Revolutionäre Armee und die Volksmassen des Demokratischen Kampuchea aufgerufen werden, den Guerillakampf gegen die vietnamesischen Aggressoren weiter auszudehnen und ihn noch entschlossener, beweglicher und wirkungsvoller zu führen. Gegenwärtig, so heißt es in der Resolution, seien die massiven vietnamesischen Aggressionstruppen militärisch noch überlegen, während die Revolutionäre Armee schwächer und in einer komplizierten Situation sei, wo es ihr an vielem fehle. Unter diesen Umständen sei der Guerillakampf eine wirkungsvolle Form des Volkskrieges. Die Stärke des Volkskrieges komme von den Massen. Das Entscheidende sei, politische, ideologische, organisatorische und propagandistische Arbeit zu leisten, um den Haß der Massen zu schärfen, die sich zum Kampf gegen den Feind erheben. „Wir müssen der Organisierung und dem Einsatz unserer regulären Streitkräfte große Aufmerksamkeit schenken und sie, falls notwendig, verteilen, um den Guerillakampf in kleinen Einheiten zu führen.“ Entscheidend sei, dem Volk die Notwendigkeit des Volkskrieges und des langandauernden Krieges genau zu erklären, an dem Prinzip der Unabhängigkeit und des sich Stützens auf die eigene Kraft festzuhalten, die Selbstversorgung mit Getreide und die Versorgung mit Waffen Schritt für Schritt sicherzustellen, die Handfeuerwaffen gut zu nutzen, vor allem diejenigen, für die Munition vorhanden sei, einfache Waffen wie Bambusspeere

abschiedet, in der die Revolutionäre Armee und die Volksmassen des Demokratischen Kampuchea aufgerufen werden, den Guerillakampf gegen die vietnamesischen Aggressoren weiter auszudehnen und ihn noch entschlossener, beweglicher und wirkungsvoller zu führen. Gegenwärtig, so heißt es in der Resolution, seien die massiven vietnamesischen Aggressionstruppen militärisch noch überlegen, während die Revolutionäre Armee schwächer und in einer komplizierten Situation sei, wo es ihr an vielem fehle. Unter diesen Umständen sei der Guerillakampf eine wirkungsvolle Form des Volkskrieges. Die Stärke des Volkskrieges komme von den Massen. Das Entscheidende sei, politische, ideologische, organisatorische und propagandistische Arbeit zu leisten, um den Haß der Massen zu schärfen, die sich zum Kampf gegen den Feind erheben. „Wir müssen der Organisierung und dem Einsatz unserer regulären Streitkräfte große Aufmerksamkeit schenken und sie, falls notwendig, verteilen, um den Guerillakampf in kleinen Einheiten zu führen.“ Entscheidend sei, dem Volk die Notwendigkeit des Volkskrieges und des langandauernden Krieges genau zu erklären, an dem Prinzip der Unabhängigkeit und des sich Stützens auf die eigene Kraft festzuhalten, die Selbstversorgung mit Getreide und die Versorgung mit Waffen Schritt für Schritt sicherzustellen, die Handfeuerwaffen gut zu nutzen, vor allem diejenigen, für die Munition vorhanden sei, einfache Waffen wie Bambusspeere,
Pfeile, Minenfallen, vor allem Landminen und Handgranaten herzustellen und einzusetzen und sich mit Waffen, die vom Feind erbeutet werden, auszurüsten. Die Resolution rief die Kader und Kämpfer auf, vollständiges Vertrauen in den Guerillakampf zu setzen, ihn entschlossen und wirkungsvoll zu führen und den vietnamesischen Aggressoren Schlag auf Schlag zu versetzen, bis sie vom Boden Kampucheas vertrieben sind.

Auf ihre militärische Übermacht hatten die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren gesetzt, als sie versuchten, das Demokratische Kampuchea im Blitzkrieg zu besiegen. Weil das gesamte Volk von Kampuchea unter der Führung seiner legitimen Regierung den Invasionstruppen Widerstand leistet und den Widerstandskrieg führt, sind trotz militärischer Übermacht die Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge immer wieder gescheitert. Ieng Sary, der stellvertretende Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, erklärte am 22. Juni in Tokio: „Gegenwärtig entwickelt sich die Lage zu unseren Gunsten, verglichen mit der Lage vor der Trockenzeit. Die vietnamesische Armee ist erschöpft, und die Widersprüche verschärfen sich. Für Vietnam wird die nächste Trockenzeit härter sein als die Lage zuvor.“ Die „New York Times“ erklärte am 10. Juni, die vietnamesischen Truppen seien seit dem Beginn der Monsunregen gezwungen, ihre Operationen einzuschränken. Sie konzentrierten ihre Truppen jetzt in einigen entscheidenden Städten und entlang der Hauptstraßen. „Der aktive Widerstand hat die wichtigsten Versorgungswege von Vietnam in den Westen Kampucheas für die vietnamesischen Konvois so gefährlich gemacht, daß jetzt sowjetische Flugzeuge Tag für Tag Reis und Weizen, den die Sowjetunion liefert, nach Siem Reap und Battambang fliegen. Vermutlich ist das meiste davon für die vietnamesischen Truppen bestimmt.“

Die Hanoier Machthaber hatten gehofft, durch die Einverleibung Kampu-

hatten die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren gesetzt, als sie versuchten, das Demokratische Kampuchea im Blitzkrieg zu besiegen. Weil das gesamte Volk von Kampuchea unter der Führung seiner legitimen Regierung den Invasionstruppen Widerstand leistet und den Widerstandskrieg führt, sind trotz militärischer Übermacht die Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge immer wieder gescheitert. Ieng Sary, der stellvertretende Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, erklärte am 22. Juni in Tokio: „Gegenwärtig entwickelt sich die Lage zu unseren Gunsten, verglichen mit der Lage vor der Trockenzeit. Die vietnamesische Armee ist erschöpft, und die Widersprüche verschärfen sich. Für Vietnam wird die nächste Trockenzeit härter sein als die Lage zuvor.“ Die „New York Times“ erklärte am 10. Juni, die vietnamesischen Truppen seien seit dem Beginn der Monsunregen gezwungen, ihre Operationen einzuschränken. Sie konzentrierten ihre Truppen jetzt in einigen entscheidenden Städten und entlang der Hauptstraßen. „Der aktive Widerstand hat die wichtigsten Versorgungswege von Vietnam in den Westen Kampucheas für die vietnamesischen Konvois so gefährlich gemacht, daß jetzt sowjetische Flugzeuge Tag für Tag Reis und Weizen, den die Sowjetunion liefert, nach Siem Reap und Battambang fliegen. Vermutlich ist das meiste davon für die vietnamesischen Truppen bestimmt.“

Die Hanoier Machthaber hatten gehofft, durch die Einverleibung Kampu-
cheas rasch die ökonomischen Schwierigkeiten Vietnams lindern zu können. Wozu die von ihnen verfolgte Politik bereits 1978 geführt hatte, enthüllt eine Resolution des ZK der KP Vietnams, die von der chinesischen Volksbefreiungsarmee bei ihrem Gegenschlag gegen die vietnamesischen Grenzprovokationen aufgefunden wurde. Es wird darin zugegeben, daß das Land „kaum in der Lage ist, das Jahr 1978 zu überstehen“. „Das landwirtschaftliche Produkt war (1978) das niedrigste im Vergleich zu den Vorjahren.“ Die Reiserzeugung habe bloß 12 Millionen Tonnen betragen, 3 Millionen weniger als geplant. Vieh- und Geflügelbestand seien zurückgegangen, genauso der Fischfang. Das Leben der Arbeiter und der Staatsangestellten sei am härtesten, denn „die Löhne sind unverändert geblieben, während die Preise dauernd steigen“. Die „Verteidigungsausgaben“ seien aber „trotzdem gesteigert worden“. Und: „Wir sind entschlossen, den Krieg an der Südwestgrenze zu gewinnen.“

Der Krieg ist nicht gewonnen, aber entschlossen, Kampuchea zu kolonisieren, sind die Hanoier Machthaber nach wie vor. Anfang Juni hat der Rundfunksender des Demokratischen Kampuchea enthüllt, daß 200000 Vietnamesen in den Reisanbaugebieten südöstlich von Phnom Penh angesiedelt würden, und die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet unter Berufung auf diplomatische Kreise in Bangkok, daß Vietnam sich diese Gebiete nun offiziell einverleibt und sie der Verwaltung von Ho-Chi-Minh-Stadt, früher Saigon, unterstellt habe.

Unter den Schlägen der Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der Aggressionsarmee. Vietnamesische Soldaten, die von der Revolutionären Armee gefangengenommen wurden, berichteten, daß sie Tag und Nacht auf Trab seien, ohne Ruhepause, ständig in Furcht, in einen Hinterhalt der Guerillaeinheiten zu geraten. Ständig suchten die Soldaten nach Möglichkeiten, dem Aggressions-

Reiserzeugung habe bloß 12 Millionen Tonnen betragen, 3 Millionen weniger als geplant. Vieh- und Geflügelbestand seien zurückgegangen, genauso der Fischfang. Das Leben der Arbeiter und der Staatsangestellten sei am härtesten, denn „die Löhne sind unverändert geblieben, während die Preise dauernd steigen“. Die „Verteidigungsausgaben“ seien aber „trotzdem gesteigert worden“. Und: „Wir sind entschlossen, den Krieg an der Südwestgrenze zu gewinnen.“

Der Krieg ist nicht gewonnen, aber entschlossen, Kampuchea zu kolonisieren, sind die Hanoier Machthaber nach wie vor. Anfang Juni hat der Rundfunksender des Demokratischen Kampuchea enthüllt, daß 200000 Vietnamesen in den Reisanbaugebieten südöstlich von Phnom Penh angesiedelt würden, und die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet unter Berufung auf diplomatische Kreise in Bangkok, daß Vietnam sich diese Gebiete nun offiziell einverleibt und sie der Verwaltung von Ho-Chi-Minh-Stadt, früher Saigon, unterstellt habe.

Unter den Schlägen der Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea verschärfen sich die Widersprüche innerhalb der Aggressionsarmee. Vietnamesische Soldaten, die von der Revolutionären Armee gefangengenommen wurden, berichteten, daß sie Tag und Nacht auf Trab seien, ohne Ruhepause, ständig in Furcht, in einen Hinterhalt der Guerillaeinheiten zu geraten. Ständig suchten die Soldaten nach Möglichkeiten, dem Aggressions-
krieg zu entgehen und in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Obwohl die Überwachung scharf sei, würden viele desertieren.

In Vietnam werden jetzt bereits die 17jährigen rekrutiert. Der Versuch, in

Frontberichte aus dem Bulletin des Demokratischen Kampuchea

Herausgeber: Botschaft des Demokratischen Kampuchea, Beijing

Front von Pursat-Kompong Chhnang (7. bis 28. Mai)

Unsere Revolutionäre Armee Kampucheas und unsere Guerillakämpfer haben den Feind angegriffen entlang dem Kanal von Leach nach Maung, auf der Straße von Leach nach Peam Pruos, südlich von Pursat auf der Straße Nr. 5 nach Mong Russey, nach Phnom Rung; entlang der Eisenbahnlinie von Kompong Chhnang nach Pursat (bei Kbal Cham haben wir einen Russen getötet); in der Provinz Kompong Chhnang südlich der Stadt Kompong Chhnang im Bezirk Baribau. Unsere Revolutionäre Armee Kampucheas und unsere Guerillakämpfer haben 8 Ortschaften in der Provinz Pursat befreit.

Front von Battambang (3.Mai bis 2. Juni)

Am 3. Mai waren Bovel und die Kaffeeplantage von Pailin Schauplatz heftiger Kämpfe. Die vietnamesischen Aggressoren mußten schwere Verluste hinnehmen. Vom 21. bis 26. Mai haben unsere Revolutionäre Armee Kampucheas und unsere Guerillakämpfer die vietnamesischen Feinde bei Phnom Tapdé angegriffen und haben entlang Stung Sang Ker die Ortschaften Kang Hât und Roung befreit sowie einen Abschnitt der Straße von der Zuckerfabrik Kompong Kol nach Dang Tong auf der Straße von Trèng nach Samlot. Vom 27. Mai bis 2. Juni haben unsere heldenhaften Kämpfer den vietnamesischen Aggressoren heftige Kämpfe in der Grenzregion zwischen Thailand und Kampuchea geliefert, bei Mak Hoeun, Kam Reing, auf Abschnitten der Straße von Kam Reing nach Phnom Koy, von Kam Reing nach Samrong, von Sala Krav zur Kaffeeplantage von Pailin.

Provisorische Bilanz des Zeitraumes zwischen dem 8. Mai und dem 13. Juni 1979, zusammengestellt nach Meldungen der „Stimme des Demokratischen Kampuchea“

Die Revolutionäre Armee und die Guerillakämpfer Kampucheas halten weiterhin die Fahne des entschlossenen und beharrlichen Kampfes gegen die vietnamesischen Aggressionstruppen hoch. Sie haben bedeutende lebende Kräfte des Feindes vernichtet und zahlreiche Ortschaften nacheinander befreit.

I. Front von Phnom Penh und Umgebung.

Ende Mai haben unsere Kampfeinheiten den Flughafen Pochentong mit etwa zehn 107mm Raketen beschossen und eine große Menge feindliches Militärmaterial zerstört.

II. Südwest-Front (8. Mai bis 9. Juni 1979)

Wir haben mehr als 400 Feinde getötet und verwundet, vier Militärfahrzeuge zerstört und 53 Waffen erbeutet.

Die wichtigsten Kämpfe fanden vor allem am 17. Mai 1979 zwischen Ta Ken und Phum Pring statt, im Distrikt der Provinz Chhouk von Kampot, wo der vietnamesische Feind 20 Tote und Verwundete und die Zerstörung eines Militärlastwagens hinnehmen mußte. Am 7. Juni 1979 haben unsere Befreiungskämpfer Angriffe auf die Zementfabrik Chakrey Ting nahe der Nationalstraße 3 unternommen und 7 Feinde getötet und zahlreiche weitere verwundet.

III. West-Front (9. bis 30. Mai 1979)

Wir haben mehr als 160 Feinde getötet und verwundet, 6 Militärfahrzeuge vernichtet und 14 Waffen erbeutet.

IV. Front von Kompong Som – Koh Kong (10. bis 20. Mai 1979)

Wir haben 184 Feinde getötet und verwundet, 6 Militärfahrzeuge und 1 Hubschrauber zerstört und 60 Waffen erbeutet.

Am 10. Mai 1979 haben wir den Feind in Au Oknha Heng geschlagen, 20 Feinde am Ort getötet und verwundet, 20 Waffen erbeutet und ein Militärfahrzeug zerstört.

V. Front von Pursat (11. bis 30. Mai 1979)

Wir haben mehr als 210 Feinde getötet und verwundet, 5 Militärfahrzeuge und 1 Panzer zerstört, 2 Militärfahrzeuge und 18 Waffen erbeutet. Am 22. Mai 1979 haben wir Kuoy Chik Dey nahe der Nationalstraße 5 befreit, 22 Feinde getötet und weitere 12 verletzt.

VI. Front von Battambang (27. Mai bis 10. Juni 1979)

Wir haben mehr als 600 Feinde getötet und verwundet, 2 Militärfahrzeuge zerstört und 24 Waffen erbeutet. In diesem Zeitabschnitt haben die Revolutionäre Armee von Kampuchea und die Befreiungskämpfer folgende Orte befreit:

– Ampil Pram Doeum, Phum Seam und Kamphay am 4. Juni 1979;
– Phum Slâr Khlanh (Bezirk Mongkol Borey) am 6. Juni 1979;
– am 11. Juni 1979 Tasanh und Phum Anlong Puok.

Unsere Befreiungskämpfer haben ein feindliches Munitionsdepot bei Prey Khpuos am 4. Juni 1979 zerstört.

VII. Front von Siem Reap – Oddar Meanchey (22. Mai bis 8. Juni 1979)

Wir haben 350 feindliche Soldaten getötet und verwundet; einen weiteren gefangengenommen und drei Militärfahrzeuge zerstört. Am 22. Mai 1979 haben unsere Kämpfer den *Bezirk von Anlorg Veng vollständig befreit.*

VIII. Front von Preah Vihear (19. bis 21. Mai 1979)

Wir haben 14 Feinde getötet und verwundet. Am 25. Mai 1979 sind 9 Jugendliche, die von den vietnamesischen Aggressoren gewaltsam zum Kriegsdienst gezwungen wurden, geflüchtet. Sie haben 3 Gewehre mitgenommen,



Pol Pot, Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kampucheas, auf einer Besprechung mit Militärkadern der Revolutionären Armee (Mai 1979)

Kampuchea eine Marionettenarmee zwangszurekrutieren, scheitert. Sofern es überhaupt gelingt, Einheiten aufzustellen, können sich die Aggressoren auf diese nicht verlassen. Kürzlich seien 200 Angehörige der Marionettenarmee desertiert und hätten sich der Revolutionären Armee angeschlossen, berichtet die ,,Süddeutsche Zeitung''. ,,Die Fahnenflucht der Truppen Phnom Penhs habe zum Fall von sechs Städten nordöstlich der Hauptstadt geführt''.

Die südostasiatischen Staaten stärken ihren Zusammenschluß gegen die Bedrohung durch den vietnamesischen Expansionismus, gegen die Bedrohung durch die Flüchtlingsexporte und gegen die direkte militärische Bedrohung. An die Grenze zwischen Kampuchea und Thailand, in die Nähe der thailändischen Grenzstadt Aranya Prathet, hat Vietnam 13000 Mann starke Verbände verlegt. In Thailand finden immer häufiger Massenkundgebungen statt, auf denen verstärkte Anstrengungen zur Verteidigung der Souveränität Thailands und die Beendigung des Flüchtlingsexports durch Vietnam gefordert und die Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in seinem Widerstandskrieg bekräftigt werden.

Die Flüchtlingsexporte Vietnams sind für Thailand und die anderen ASEAN-Länder eine Bedrohung, weil sie die ohnehin komplizierte Lage dieser Länder verschärfen und alle Bemühungen dieser Länder, die Abhängigkeit vom Imperialismus zu lockern und die Selbständigkeit zu entwickeln, zurückwerfen. Diese Chance haben die Imperialisten natürlich erkannt. Nicht umsonst das schrille Geschrei vor allem der US-Imperialisten von wegen ,,In-

ken ihren Zusammenschluß gegen die Bedrohung durch den vietnamesischen Expansionismus, gegen die Bedrohung durch die Flüchtlingsexporte und gegen die direkte militärische Bedrohung. An die Grenze zwischen Kampuchea und Thailand, in die Nähe der thailändischen Grenzstadt Aranya Prathet, hat Vietnam 13000 Mann starke Verbände verlegt. In Thailand finden immer häufiger Massenkundgebungen statt, auf denen verstärkte Anstrengungen zur Verteidigung der Souveränität Thailands und die Beendigung des Flüchtlingsexports durch Vietnam gefordert und die Unterstützung des Demokratischen Kampuchea in seinem Widerstandskrieg bekräftigt werden.

Die Flüchtlingsexporte Vietnams sind für Thailand und die anderen ASEAN-Länder eine Bedrohung, weil sie die ohnehin komplizierte Lage dieser Länder verschärfen und alle Bemühungen dieser Länder, die Abhängigkeit vom Imperialismus zu lockern und die Selbständigkeit zu entwickeln, zurückwerfen. Diese Chance haben die Imperialisten natürlich erkannt. Nicht umsonst das schrille Geschrei vor allem der US-Imperialisten von wegen ,,In-
humanität'', als sich die ASEAN-Länder, die bereits eine halbe Million Flüchtlinge aufgenommen haben, entschlossen, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen. Verschärfte Abhängigkeit der ASEAN-Länder von Nahrungsmittelimporten und damit von Krediten, Bedingungen, unter denen die ASEAN-Länder sich *jeder* Erpressung zwecks Kreditgewährung beugen müssen, das ist das eiskalte Kalkül, das hinter der Propaganda gegen die ,,Inhumanität'' steht. Die Verurteilung der vietnamesischen Flüchtlingsexporte und der Beschluß, keine weiteren aufzunehmen, sind Maßnahmen, die der Sicherung der Souveränität und der Selbständigkeit dieser Staaten dienen.

Die ASEAN-Staaten haben erklärt, daß sie die Einberufung einer UNO-Konferenz über die Flüchtlingsfrage unterstützen. Auch das Demokratische Kampuchea unterstützt die Einberufung einer solchen Konferenz. Sie soll jetzt am 20. und 21. Juli stattfinden. Welche Aufgabe soll diese Konferenz haben? Genosse Pol Pot, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, hat in einem Brief an den Premierminister Thailands erklärt, Aufgabe dieser Konferenz sei, ,,die Wurzeln dieses Problems (der Flüchtlinge) zu bestimmen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Problem zu lösen.'' Das ist auch die Forderung der ASEAN-Länder. Die Imperialisten wollen dieses Problem als Frage der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge behandelt wissen. Es geht ihnen darum, die Flüchtlingsfrage für Einmischung zu nutzen. H. Schmidt hat in seiner Regierungserklärung gesagt, die Bundesregierung werde die angekündigte Entwicklungshilfe an Vietnam nicht liefern. Das entspricht einer Forderung des Demokratischen Kampuchea. Das vorgesehene Geld, erklärte H. Schmidt weiter, solle den Flüchtlingen ,,direkt zugutekommen''. Es geht ihm um Einmischung in die ASEAN-Länder, die zur Aufnahme der Flüchtlinge verpflichtet werden sollen. Das Problem der vietnamesischen Flüchtlinge kann bloß gelöst werden, wenn die vietnamesischen Behörden ihre Politik des Expansionismus und der Zwangsrekrutierung des vietnamesischen Volkes aufgeben. Das

haben? Genosse Pol Pot, Ministerpräsident des Demokratischen Kampuchea, hat in einem Brief an den Premierminister Thailands erklärt, Aufgabe dieser Konferenz sei, ,,die Wurzeln dieses Problems (der Flüchtlinge) zu bestimmen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um dieses Problem zu lösen.'' Das ist auch die Forderung der ASEAN-Länder. Die Imperialisten wollen dieses Problem als Frage der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge behandelt wissen. Es geht ihnen darum, die Flüchtlingsfrage für Einmischung zu nutzen. H. Schmidt hat in seiner Regierungserklärung gesagt, die Bundesregierung werde die angekündigte Entwicklungshilfe an Vietnam nicht liefern. Das entspricht einer Forderung des Demokratischen Kampuchea. Das vorgesehene Geld, erklärte H. Schmidt weiter, solle den Flüchtlingen ,,direkt zugutekommen''. Es geht ihm um Einmischung in die ASEAN-Länder, die zur Aufnahme der Flüchtlinge verpflichtet werden sollen. Das Problem der vietnamesischen Flüchtlinge kann bloß gelöst werden, wenn die vietnamesischen Behörden ihre Politik des Expansionismus und der Zwangsrekrutierung des vietnamesischen Volkes aufgeben. Das
Problem, daß Angehörige Kampucheas vor dem Krieg fliehen, kann nur dadurch gelöst werden, daß Vietnam seine Aggressionstruppen vollständig aus Kampuchea zurückzieht, hat Genosse Pol Pot in dem Brief an den thailändischen Premierminister erklärt. Diese Forderungen werden von den ASEAN-Ländern und von zahlreichen Ländern der 3. Welt geteilt. Die Bundesregierung muß diese Forderungen unterstützen. Sie muß das Demokratische Kampuchea anerkennen.

---

die sie der Revolutionären Armee von Kampuchea übergeben haben.

IX. Front von Stung Treng – Ratanakiri (vom 14. bis 18. Mai 1979)

Wir haben fast 70 Feinde getötet und verwundet, 1 Militärfahrzeug zerstört und 12 Waffen erbeutet.

X. Front von Mondulkiri (19. Mai bis 7. Juni 1979)

Wir haben 90 Feinde getötet und verwundet, 1 Militärfahrzeug zerstört und 14 Waffen sowie Munition und verschiedenes Kriegsgerät erbeutet.

XI. Front von Kompong Thom (15. Mai bis 13. Juni 1979)

Am 20. Mai 1979 haben wir Phum Thmei und Veal Veng vollständig befreit.

Vom 10. bis 13. Juni 1979 haben wir nacheinander Phum Angki, Taing Ren, Koh Bangkeov, Trapaing Brei, Trapaing Tim, Tbeng, Totung Thngai und Beng Lvea befreit. Wir haben etwa 10 Feinde vernichtet und mehrere Dutzend andere verletzt. *Wir haben den Bezirk Santuk Loeu vollständig befreit.*

Insgesamt haben wir im Zeitraum zwischen 19. Mai und 7. Juni 1979 mehr als 300 Feinde getötet und verwundet und weitere 2 gefangengenommen. Wir haben 4 Militärfahrzeuge zerstört und 6 Waffen erbeutet.

XII. Front von Kompong Cham (26. Mai bis 3. Juni 1979)

Wir haben 90 Feinde getötet und verwundet. In diesem Zeitraum haben unsere Soldaten und Befreiungskämpfer 4 Brücken im Bezirk Stung Trang zerstört.

XIII. Front von Kratie

Am 12. Juni haben wir 35 Feinde getötet und verletzt.

Die vorläufige Bilanz für den Zeitraum zwischen 8. Mai und 13. Juni 1979 sieht wie folgt aus:

- Mehr als 2520 vietnamesische Aggressoren getötet und verwundet,
- 33 Militärfahrzeuge zerstört,
- 2 Militärfahrzeuge erbeutet,
- 1 Hubschrauber zerstört,
- 1 Panzer zerstört,
- 175 Waffen erbeutet,
- größere Mengen Militärmaterial und Munition erbeutet.



Ein Lastwagen der Revolutionären Armee Kampucheas im Einsatz



Kämpfer der Revolutionären Armee errichten einen Stützpunkt im Dschungel (Bild oben und rechts unten)







,,Unser Volkskrieg entwickelt sich gut ... Dank dem überall gesponnenen Netz unserer Guerillas, die pausenlos Angriffe gegen den vietnamesischen Feind führen, können wir unsere Kräfte auf allen Gebieten wiederum entwickeln und festigen: die Kräfte des Volkes, die Armee, die Guerillas und die wirtschaftliche Versorgung.'' (Khieu Samphan im April 1979) – Bild oben: *Pol Pot* und andere Führer des Demokratischen Kampuchea auf Inspektionsreise im Mai 1979







,,Unser Volkskrieg entwickelt sich gut ... Dank dem überall gesponnenen Netz unserer Guerillas, die pausenlos Angriffe gegen den vietnamesischen Feind führen, können wir unsere Kräfte auf allen Gebieten wiederum entwickeln und festigen: die Kräfte des Volkes, die Armee, die Guerillas und die wirtschaftliche Versorgung.'' (Khieu Samphan im April 1979) – Bild oben: *Pol Pot* und andere Führer des Demokratischen Kampuchea auf Inspektionsreise im Mai 1979





Khieu Samphan, Vorsitzender des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea (links oben), *Ieng Sary*, stellvertretender Ministerpräsident (rechts oben) und Ministerpräsident *Pol Pot* (unten) im Mai 1979



Arbeitszeitordnung – Instrument zur Ausdehnung des Arbeitstages

Auszüge aus der 1. Broschüre des Forschungsprogramms Arbeitszeitordnung gegen das Ehrenbergministerium

1977 hatte die Bundesregierung eine Überprüfung der Arbeitszeitordnung beschlossen ,,mit dem Ziel einer Anpassung an die gegenwärtigen Arbeits- und Produktionsbedingungen'' (Bundesarbeitsblatt, 7/77, S.251). Dann war es eine Zeitlang still geworden um diese neuen Pläne. Seit Mitte März dieses Jahres mehren sich jedoch die Anfragen von Abgeordneten aller Parteien an die Regierung über Schichtarbeit, Aufhebung der Beschäftigungsverbote für Frauen und Ladenschlußgesetz. Und über den Schwerpunkt ,,Schichtarbeit'' im Ehrenberg-Ministerium läßt die Bundesregierung auftragforschen. Worum geht es? Die geltende AZO (Arbeitszeitordnung) gehe materiell auf die Arbeitszeitvorschriften zu Anfang der zwanziger Jahre zurück, entspreche nicht mehr den wirtschaftlichen und technischen Bedingungen. Will die Bourgeoisie die Arbeitszeit verkürzen? Mitnichten. Anfang der zwanziger Jahre – da hatte die revolutionäre deutsche Arbeiterklasse den gesetzlich verankerten Normalarbeitstag erkämpft. Seitdem hat die Bourgeoisie den 8-Stunden-Tag durch vielfältige Ausnahmeregelungen durchlöchert. Denn im Kapitalismus ist der Arbeitstag nie eine feste Größe, seine konkrete Begrenzung hängt ab vom Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse. (...)

Wie weit die Kapitalisten bei der Ausdehnung des Arbeitstages gehen, zeigen folgende Beispiele aus dem Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes Bremen (wobei es allerdings eher die Ausnahme ist, daß das Gewerbeaufsichtsamt eingreift, in der Regel genehmigt es die Anträge der Kapitalisten auf Verlängerung der Arbeitszeit):

,,Im Reparaturbereich einer Werft ergaben Kontrollen werktägliche Arbeitszeiten bis zu 20 Stunden und Verkürzungen der ununterbrochenen Ruhezeit auf bis zu 3 Stunden und 40 Minuten. Daneben lagen auch noch Verstöße gegen die Sonntagsruhebestimmungen vor ... In einer anderen Betriebsabteilung der gleichen Werft ergaben sich Arbeitszeiten bis zu 22 Stunden und 50 Minuten. Die ununterbrochene Ruhezeit betrug z.T. nur 4½ Stunden. Außerdem wurde auch hier unzulässige Sonntagsarbeit festgestellt. (...) In einem Betrieb der Elektrobranche belief sich die Arbeitszeit bei Monteuren auf werktäglich bis zu 16 Stunden und wöchentlich bis zu 93 Stunden. Die ununterbrochene Ruhezeit betrug lediglich 8¼ Stunden. Hierzu kam noch Sonntagsarbeit bis zu 20 Stunden... In einem Hafenumschlagsunternehmen ergaben sich in einem Zeitraum von 2 Monaten tägliche Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden. Die Ruhezeit wurde teilweise auf 3 Stunden und 50 Minuten reduziert.'' (Senator für Arbeit, Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes Bremen, 1977, S. 48f)

Bei der Ausdehnung des Arbeitstages durch Überstunden stoßen die Kapitalisten auf die physischen Schranken der Arbeiter. Eine Muskelarbeit, zum Beispiel Hammerschläge, kann immer nur eine begrenzte Zeit geleistet werden. Dann muß eine Erholungspause folgen. Was für den einzelnen Muskel gilt, trifft auch auf den ganzen Körper zu. Muskel, Nerv, Hirn können nur eine begrenzte Zeit verausgabt werden. Da die Kapitalisten ihre Maschinerie rund um die Uhr laufen lassen wollen, pressen sie immer mehr Arbeiter in die Schichtarbeit.


Kommunistische Volkszeitung

Die Anzahl der Schichtarbeiter hat von 2613 Tsd. (1959) auf 3664 Tsd. (1975) zugenommen. Dies entspricht einer Zunahme von 40,2 %. Bezogen auf die gesamten beschäftigten Arbeiter ergeben sich folgende Zahlen:

Lohnabhängige 1959: 18930 Tsd.
Schichtarbeiter: 2613 Tsd. (13,8 %)
Lohnabhängige 1975: 21307 Tsd.
Schichtarbeiter: 3664 Tsd. (17,2 %)
(Quelle: Forschungsbericht Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Oktober 1978)

Von den 21,8 Millionen abhängig Erwerbstätigen im Januar 1972 leisteten 3,8 Mill. (17,5 %) Nacht- und (oder) Sonn- bzw. Feiertagsarbeit. Etwa 1 Mio. arbeiteten nachts ausschließlich zwischen Montag und Samstag, rund 0,8 Mio. ausschließlich an Sonn- und Feiertagen, während über die Hälfte, rund 2 Mio. der erfaßten Erwerbstätigen, die nur nachts arbeiteten, auch an Sonn- und Feiertagen gearbeitet haben.

Bei der Untersuchung der Schichtarbeiter bis 1972, getrennt nach männlichen und weiblichen Arbeitern, zeigt sich, daß die Reserven für die weitere Verschärfung der Ausbeutung der männlichen Arbeiter über die Schichtarbeit schon zu einem beträchtlichen Teil durch die Kapitalisten ausgeschöpft sind.

Wird der Bundesgerichtshof Ehrenberg rehabilitieren können?



Am 11. Juli wird der Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft Oldenburg in dem Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken vor dem Bundesgerichtshof verhandelt. Dirk Steenken war im letzten Jahr vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Oldenburg verurteilt worden, Minister Ehrenberg mit den Bezeichnungen 'Schreibtischmörder, Endlöser, Dieb' beleidigt zu haben. Aufgrund der großen Unterstützung durch Rentner, Arbeiter, Schüler und Studenten war das Gericht gezwungen, von der Verurteilung wegen 'verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Staatsorganen' abzusehen. Es begründete diesen Winkelzug damit, daß die 'Beleidigung' im Rahmen der Tätigkeit für eine nichtverbotene Partei erfolgte, welches Gut durch das Grundgesetz geschützt sei. Die Staatsanwaltschaft will eine wesentlich höhere Verurteilung. Die Bourgeoisie will endlich freie Hand für Ehrenberg. Das Gericht sanktionierte die brutalsten Vernichtungen im Interesse der Finanzbourgeoisie. Es stellte fest, daß Ehrenberg ''unabhängig'' davon, ''ob die genannten Gesetze die Heilungsaussichten eines kranken Versicherten'' ... erheblich mindern'' ... ''rechtmäßig gehandelt (hat)'', weil die Gesetze – das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und die Rentenanpassungsgesetze – ''verfassungsgemäß zustande gekommen'' seien. Das Bundesgericht soll eine Ausgangslage für die Fortsetzung des Prozesses im Herbst schaffen und den Erfolg des Kampfes rückgängig machen.

8,9 Mrd. DM will Schmücker für die Expansion aus den VW-Arbeitern herausholen

r.jol. Das protzige Internationale Congress Centrum in Westberlin schien dem VW-Vorstand der richtige Rah-

574 Mio. DM ist den VW-Kapitalisten Wolfsburg zu eng geworden.

Verstärkt vor allem dadurch, treibstoffsparende Autos anbieten zu müssen. Hierbei bescheinigt er sich für VW – vor allem auch gegenüber General

sungsfähigkeit'' sowie zur weiteren ,,Rationalisierung des Produktionsprozesses''. Mehrheitsbeteiligung am Chrysler LKW Werk in Brasilien, Auf-



brochene Ruhezeit betrug z.T. nur 4½ Stunden. Außerdem wurde auch hier unzulässige Sonntagsarbeit festgestellt. (...) In einem Betrieb der Elektrobranche belief sich die Arbeitszeit bei Monteuren auf werktäglich bis zu 16 Stunden und wöchentlich bis zu 93 Stunden. Die ununterbrochene Ruhezeit betrug lediglich 8¼ Stunden. Hierzu kam noch Sonntagsarbeit bis zu 20 Stunden... In einem Hafenumschlagsunternehmen ergaben sich in einem Zeitraum von 2 Monaten tägliche Arbeitszeiten bis zu 18 Stunden. Die Ruhezeit wurde teilweise auf 3 Stunden und 50 Minuten reduziert.'' (Senator für Arbeit, Jahresbericht des Gewerbeaufsichtsamtes Bremen, 1977, S. 48f)

Bei der Ausdehnung des Arbeitstages durch Überstunden stoßen die Kapitalisten auf die physischen Schranken der Arbeiter. Eine Muskelarbeit, zum Beispiel Hammerschläge, kann immer nur eine begrenzte Zeit geleistet werden. Dann muß eine Erholungspause folgen. Was für den einzelnen

Lohnabhängige 1975: 21307 Tsd.
Schichtarbeiter: 3664 Tsd. (17,2 %)
(Quelle: Forschungsbericht Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Oktober 1978)

Von den 21,8 Millionen abhängig Erwerbstätigen im Januar 1972 leisteten 3,8 Mill. (17,5 %) Nacht- und (oder) Sonn- bzw. Feiertagsarbeit. Etwa 1 Mio. arbeiteten nachts ausschließlich zwischen Montag und Samstag, rund 0,8 Mio. ausschließlich an Sonn- und Feiertagen, während über die Hälfte, rund 2 Mio. der erfaßten Erwerbstätigen, die nur nachts arbeiteten, auch an Sonn- und Feiertagen gearbeitet haben.

Bei der Untersuchung der Schichtarbeiter bis 1972, getrennt nach männlichen und weiblichen Arbeitern, zeigt sich, daß die Reserven für die weitere Verschärfung der Ausbeutung der männlichen Arbeiter über die Schichtarbeit schon zu einem beträchtlichen Teil durch die Kapitalisten ausgeschöpft sind.

Am 11. Juli wird der Revisionsantrag der Staatsanwaltschaft Oldenburg in dem Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken vor dem Bundesgerichtshof verhandelt. Dirk Steenken war im letzten Jahr vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Oldenburg verurteilt worden, Minister Ehrenberg mit den Bezeichnungen 'Schreibtischmörder, Endlöser, Dieb' beleidigt zu haben. Aufgrund der großen Unterstützung durch Rentner, Arbeiter, Schüler und Studenten war das Gericht gezwungen, von der Verurteilung wegen 'verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Staatsorganen' abzusehen. Es begründete diesen Winkelzug damit, daß die 'Beleidigung' im Rahmen der Tätigkeit für eine nichtverbotene Partei erfolgte, welches Gut durch das Grundgesetz geschützt sei. Die Staatsanwaltschaft will eine wesentlich höhere Verurteilung. Die Bourgeoisie will endlich freie Hand für Ehrenberg. Das Gericht sanktionierte die brutalsten Vernichtungen im Interesse der Finanzbourgeoisie. Es stellte fest, daß Ehrenberg ''unabhängig'' davon, ''ob die genannten Gesetze die Heilungsaussichten eines kranken Versicherten'' ... erheblich mindern'' ... ''rechtmäßig gehandelt (hat)'', weil die Gesetze – das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und die Rentenanpassungsgesetze – ''verfassungsgemäß zustande gekommen'' seien. Das Bundesgericht soll eine Ausgangslage für die Fortsetzung des Prozesses im Herbst schaffen und den Erfolg des Kampfes rückgängig machen.

8,9 Mrd. DM will Schmücker für die Expansion aus den VW-Arbeitern herausholen

r.jol. Das protzige Internationale Congress Centrum in Westberlin schien dem VW-Vorstand der richtige Rahmen für die diesjährige Hauptversammlung. Bei einem Konzernumsatz von knapp 30 Mrd.DM (+11,2%) und einer explosionsartigen Steigerung des ausgewiesenen Gewinns um 36,9% auf 574 Mio. DM ist den VW-Kapitalisten Wolfsburg zu eng geworden.

Fortsetzung des aggressiven Expansionskurses. Das ist die Marschrichtung. ,,Es wird einen Kampf aller gegen alle geben'' teilt Schmücker den Aktionären zur Konkurrenzlage mit. Verstärkt vor allem dadurch, treibstoffsparende Autos anbieten zu müssen. Hierbei bescheinigt er sich für VW – vor allem auch gegenüber General Motors und Ford – einen ,,technologischen Vorsprung'', der verteidigt und ausgebaut werden müsse. ,,Mit allen diesen Dingen kann nur ein gesundes und starkes Unternehmen fertig werden, und es ist der Wille von Volkswagen, diese Stärke nachhaltig zu erreichen.''

Das obige Umsatzplus von 11,3% hat VW 1978 aus einer um 7,8% auf knapp 207000 erhöhten Belegschaft herausgepreßt. 2385 Mio. Autos 1978 gegenüber 2219 Mio. 1977 hat VW produzieren lassen. Die größte Umsatzsteigerung erzielte VW in der BRD und Westberlin mit 15,6% = 11,2 Mrd. DM. Hier beutete VW 4,1% mehr Arbeiter 1978 gegenüber 1977 aus (138700).

Für den inländischen Markt sieht Schmücker jedoch nur noch geringe Entwicklungsmöglichkeiten. Er sieht VW dazu ,,verurteilt, im Ausland erfolgreich zu sein''. Vor allem auch, weil VW aus Konkurrenzgründen größere Produktionslosgrößen erzielen will, als der Inlandsmarkt aufzunehmen in der Lage ist.
Genau im Sinne dieses Expansionskurses haben VW-Vorstand und Aufsichtsrat einen Tag vor der Hauptversammlung zum erneuten Vorstoß geblasen. Neben dem noch abzuwickelnden Investitionsprogramm von 3,2 Mrd. DM wurde ein weiteres Programm in Höhe von 5,7 Mrd. DM beschlossen. Von 1979 bis 1981 will VW damit insgesamt DM 8,9 Mrd. investieren (1978 = DM 2 Mrd.). Hauptsächlich ,,Produktinvestitionen zur Wahrung des technologischen Vorsprungs ... vor der Konkurrenz'' und zur ,,Verbesserung der technischen Anpassungsfähigkeit'' sowie zur weiteren ,,Rationalisierung des Produktionsprozesses''. Mehrheitsbeteiligung am Chrysler LKW Werk in Brasilien, Aufbau eines neuen Werks in Ecuador und eines Montagewerks in Ägypten, beides jeweils für 10000 Einheiten geplant, sind Teil dieses Programms.

Bis auf DM 2 Mrd. soll dieses Expansionsprogramm aus Eigenmitteln finanziert werden. Der VW Konzern hat damit den festen Vorsatz, diese immensen Summen an Kapital aus den Arbeitern und Angestellten herauszupressen.

Dazu will VW den Lohn vor allen Dingen der westdeutschen VW-Arbeiter senken. Weinerlich beklagt Schmücker den ,,permanenten Wettbewerbsnachteil gegenüber unserer ausländischen Konkurrenz''. DM 24,44 gibt er als Lohnkosten je Stunde für die Arbeiter und Angestellten in der BRD an, gegenüber DM 16,50 in den USA, DM 5,83 in Mexiko und DM 4,08 in Brasilien. 40000 Arbeiter beutet VW mittlerweile in Brasilien aus.

Die Kämpfe der VW-Arbeiter können das Expansionsprogramm gefährden. Das wissen die VW-Kapitalisten. Immerhin wurden 1978 22600 Autos wegen Streik nicht gefertigt. Das entspricht einer Umsatzschmälerung von DM 255 Mio. Deshalb reagiert Schmücker auf diese Kämpfe auch heftig. Die Streiks im VW-Werk Westmoreland sieht er von einigen ,,Scharfmachern'' und Radaubrüdern'' verantwortet, ,,die wir erst zu spät erkannt haben''. Und die Niederschlagung des Streiks der VW-Arbeiter in Brasilien durch Militärpolizei – auch in der westdeutschen Presse verhandelt – ist für ihn nur ungerechtfertigte Meinungsmache. Ein ,,Preis'', der zu zahlen ist ,,für die Kraft der Größe''.

Propagierung des Arbeitsdienstes im Rahmen des Internationalen Gemeinschaftsdienstes

r.trh. ,,Auf eigene Kosten nach Berlin, um hier ohne Lohn zu arbeiten.'' So kündigte die Westberliner Tageszeitung ,,Der Tagesspiegel'' am 23.6. den diesjährigen Beginn des ,,Internationalen Jugendgemeinschaftsdienstes'' (IJGD) an. Die ca. 200 Jugendlichen in Westberlin, vornehmlich Schüler und Studenten zwischen 16 und 25 Jahren, müssen täglich 6 Stunden bei der Errichtung von Spielplätzen, bei der Pflege von Kranken oder beim Holzhacken für Sozialhilfeempfänger helfen. Dies drei Wochen lang. Die Verpflegung muß nach Arbeitsschluß selbst organisiert werden. Für gemeinsame Unternehmungen stehen jedem Jugendlichen 10 DM pro Woche zur Verfügung. In einem Westberliner Stadtteil wohnen z.B. 12 Teilnehmer in einem Obdachlosenheim. Nebenan errichten sie einen Spielplatz. Sie werden eigens von einem dort tätigen Sozialarbeiter betreut, denn die Obdachlosenbewohner sollen auch zur Mitarbeit ,,motiviert'' werden.

Derartige ,,Urlaubsprogramme'', für die die Jugendlichen noch 60 DM Bearbeitungsgebühren draufzahlen müssen, finden in der gesamten BRD und Westeuropa statt. Unter dem Motto der ,,Gemeinnützigkeit'' und des ,,Kennenlernen des Landes, anders als dies im Massentourismus möglich ist'', sollte sich jeder Bewerber allerdings ,,darüber klar sein, daß bei den meisten Diensten die Bewältigung der Arbeitsaufgabe im Vordergrund steht''. (aus Informationsschrift des IJGD).

Dieses Programm, das durch das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit gefördert wird, ist ausbaufähig: Erstmalig ist in Nürnberg die Renovierung eines Kulturladens einer dort tätigen Bürgerinitiative allein arbeitslosen Jugendlichen ,,vorbehalten''. Kommentar der Westberliner Informationsstelle: ,,Bei diesen Jugendlichen gucken wir nicht so genau auf die Uhr.'' In Punkt 14 der Teilnahmebedingungen des IJGD heißt es nämlich: ,,Gefährdest oder störst Du einen Dienst erheblich (was wir natürlich nicht annehmen), so kannst Du von der weiteren Teilnahme ausgeschlossen werden. Eine Gefährdung bzw. Störung liegt z.B. dann vor, wenn Du die Arbeit verweigerst oder unzureichend erfüllst ..., wenn Deine persönliche Ausrüstung mangelhaft ist (insbesondere z.B. die Arbeitskleidung).''

Die Informationsstelle Westberlin bedauert, daß sich bis Anmeldeschluß nur ein Arbeitsloser gemeldet hat. Deshalb will sie im nächsten Jahr hierfür breiter werben.

Hafenarbeiter unterstützen dänische Fährarbeiter

r.obj. Die Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebs Hamburg hat am 27.6.79 eine Solidaritätsresolution an die streikenden dänischen Fährarbeiter beschlossen, in der ihre Forderungen nach einem kollektiven Tarifvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln, sowie der vollständige Boykott der Förde-Reederei bis zur Erfüllung der Forderungen unterstützt werden. Die ÖTV hat ihre Vertragsrechte an den dänischen Seemannsbund abgetreten und sobald über die Internationale Transportarbeiter Föderation (IWF) weitere Unterstützung angefordert wird, kann sie die auch geben. Die Hartnäckigkeit der Förde-Reederei, die elementaren gewerkschaftlichen Forderungen nicht zu erfüllen, kann man nur verstehen, wenn man weiß, daß die Landesbank Schleswig-Holstein Großaktionär bei der Reederei ist, und sie durch den Kampf der Fährarbeiter ihre vielfältigen Geschäfte in Dänemark gefährdet sieht. In der Presse ließ die Förde-Reederei verlauten, daß eine Fortsetzung der Boykottaktionen zu diplomatischen Verwicklungen führen könnte. Die Fährarbeiter machen in einer Erklärung vom 4. Juni bekannt, daß ,,der dänische Gewerkschaftsverband LO'' nun die ÖTV aufgefordert hat, daß sie auch eine Blockade gegen die Förde-Reederei macht.''

Debatte um Arbeit an Bildschirmgeräten

r.jüh. In den Verwaltungen der großen Metallbetriebe haben die Kapitalisten in den letzten Jahren fast überall EDV-Anlagen mit Datensichtgeräten eingeführt. In den Klein- und Mittelbetrieben wird die Einführung geplant. Mit der weiteren Teilung der Arbeit wollen die Kapitalisten die Mehrarbeit erhöhen. Durch Abgruppierung an diesen Arbeitsplätzen setzen sie Lohnsenkungen durch. Bis 1982 will das Finanzkapital 1,7 Mill. Bildschirmgeräte in der BRD und Westberlin zum Einsatz bringen. Jeder 12. Arbeitsplatz in der Verwaltung wäre damit als Bildschirmplatz belegt und abgruppierbar. Nach Schätzungen der IGM sind das 18-20 Mrd. DM Lohnkosten, derer sich die Kapitalisten entledigen. Zur Arbeit an Bildschirmgeräten fand am 3.7. eine Funktionärskonferenz der IGM Westberlin statt. Von der zentralen Vorstandsverwaltung der IGM sprach Wolfgang Henseler. 150 Betriebsräte und Vertrauensleute waren gekommen. Als Taktik gab Henseler den Tarifvertrag der IG Drupa an. Die Arbeit an Bildschirmgeräten darf nach diesem Vertrag ,,innerhalb der regelmäßigen betrieblichen Arbeitszeit'' sechs Stunden mit Pausen betragen. Diese offene Flanke für die Ausdehnung der Überstunden-, Akkord- und Schichtarbeit durch die Kapitalisten enthält auch die vorgelegte Musterbetriebsvereinbarung der IGM. Die Forderung der

r.jüh. In den Verwaltungen der großen Metallbetriebe haben die Kapitalisten in den letzten Jahren fast überall EDV-Anlagen mit Datensichtgeräten eingeführt. In den Klein- und Mittelbetrieben wird die Einführung geplant. Mit der weiteren Teilung der Arbeit wollen die Kapitalisten die Mehrarbeit erhöhen. Durch Abgruppierung an diesen Arbeitsplätzen setzen sie Lohnsenkungen durch. Bis 1982 will das Finanzkapital 1,7 Mill. Bildschirmgeräte in der BRD und Westberlin zum Einsatz bringen. Jeder 12. Arbeitsplatz in der Verwaltung wäre damit als Bildschirmplatz belegt und abgruppierbar. Nach Schätzungen der IGM sind das 18-20 Mrd. DM Lohnkosten, derer sich die Kapitalisten entledigen. Zur Arbeit an Bildschirmgeräten fand am 3.7. eine Funktionärskonferenz der IGM Westberlin statt. Von der zentralen Vorstandsverwaltung der IGM sprach Wolfgang Henseler. 150 Betriebsräte und Vertrauensleute waren gekommen. Als Taktik gab Henseler den Tarifvertrag der IG Drupa an. Die Arbeit an Bildschirmgeräten darf nach diesem Vertrag ,,innerhalb der regelmäßigen betrieblichen Arbeitszeit'' sechs Stunden mit Pausen betragen. Diese offene Flanke für die Ausdehnung der Überstunden-, Akkord- und Schichtarbeit durch die Kapitalisten enthält auch die vorgelegte Musterbetriebsvereinbarung der IGM. Die Forderung der
IGM, so Henseler seien: jede Stunde 15 Minuten Pause, Arbeit von höchstens 4 Stunden am Bildschirmgerät, Schaffung von Mischarbeitsplätzen. Ein Siemens-Betriebsrat sprach sich für einen Tarifvertrag der IGM aus, da Betriebsvereinbarungen nicht ausreichen und die Belegschaften so besser unterstützt werden können.

Pendler protestieren in einem Brief an den Verkehrsminister

r.gec. Schon im Februar hatten 130 Pendler aus Stadthagen in einem Brief an den Präsidenten der Deutschen Bundesbahn gegen den geplanten Wegfall eines Eilzuges aus dem Sommerfahrplan protestiert. Die DB verwies die Pendler damals auf einen später verkehrenden Nahverkehrszug oder auf einen D-Zug mit Zuschlag. Erneut haben jetzt Pendler aus dem Umkreis von Hannover einen Brief an Verkehrsminister Gscheidle und die Bundesbahndirektion Frankfurt und Hannover geschreiben und dem Minister mitgeteilt, daß sie, die bis zu 60 Kilometer Fahrt zum Arbeitsplatz haben und mit den Unpünktlichkeiten der Bahn leben müßten, das, was ihnen jetzt mit dem neuen Fahrplan und dem Einsatz der Intercity-Züge geboten wird, nicht unwidersprochen hinnehmen wollen. Seit dem 27.5.1979 (Beginn Sommerfahrplan) ist fast keiner der Eil- und Nahverkehrsschnellzüge pünktlich. Wegen der Vorfahrt der Intercity-Züge müßten Verspätungen bis 30 Minuten hingenommen werden. Für diesen Brief wurden auf den Bahnsteigen des Hannoverschen Hauptbahnhofes Unterschriften gesammelt.

Der Kampf der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung gewinnt an Selbstständigkeit

b.mak. Am 2.7.79 hat die Vertrauensleuteversammlung (VV) der GEW Hamburg Kampfmaßnahmen beschlossen für die Forderung: 25 Wochenstunden Pflichtunterricht höchstens für Grund-, Haupt- und Realschullehrer sowie Sozialpädagogen, alle anderen Lehrer nicht mehr als 22 Wochenstunden.

Es heißt in dem Beschluß: „Die VV begrüßt die Entscheidung der Personalräte (d.h. der V-R-Schulen, Berufsschulen, Gymnasien und Gesamtschulen, die seit der letzten Wahl im Mai 79 alle von der GEW geführt werden), bis zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Behörde jede Zustimmung zu Mehrarbeit, Nebentätigkeit, Lehraufträgen und ABM abzulehnen." Die VV ruft auf zu Personalversammlungen nach den Sommerferien am gleichen Vormittag mit anschließender Demonstration aller Kollegen für die Arbeitszeitforderungen. Die VV fordert zur strikten Ablehnung jeglicher Mehrarbeit auf und kündigt für September/Oktober die „Aktion Gläserne Schule" an: in ausgewählten Schulen bleiben die Lehrer 40 Stunden pro Woche in der Schule – 'alle weitere Arbeit bleibt liegen.'" Diese Maßnahmen sollen der Vorbereitung von Urabstimmung und Streik dienen.

Vorausgegangen sind der VV aus mindestens 10 Schulen und Hauptseminaren Briefe an Klose mit der Forderung nach maximal 25 Pflichtstunden, 1 Stunde weniger für alle. Die Kollegen des Gymnasiums Marienthal haben außerdem eine genaue Berechnung der Arbeitszeit zweier Kollegen durchgeführt und als Flugblatt an die Eltern verteilt: die Kollegen arbeiten rund 50 bzw. 51 Stunden pro Woche, auf ein Arbeitsjahr von 47 Wochen, also mit 5 Wochen Jahresurlaub, berechnet. Die Referendare des Hauptseminars 11/79/4 schreiben an Klose:

„...Die Verkürzung unserer Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt lediglich den übermäßigen Verschleiß unserer Arbeitskraft... Wir fordern Sie, Herr Bürgermeister, auf, bei der bevorstehenden Ministerpräsidentenkonferenz auf einen entsprechenden Beschluß zu dringen. Sollte ein solcher Beschluß dort nicht gefaßt werden, fordern wir Sie auf, das Stillhalteabkommen der Ministerpräsidenten über die Arbeitszeit der Lehrer aus dem Jahr 1974 nicht zu verlängern und unverzüglich in Hamburg eine entsprechende Regelung einzuführen. Vorsorglich erinnern wir daran, daß wir nicht bereit sind, eine Arbeitszeitverkürzung mit einer Gehaltskürzung zu bezahlen. Wir betonen dies unter anderem deshalb, Herr Bürgermeister, weil ein Vertreter Hamburgs am 6.5.1977 im Bundesrat Überlegungen vorgebracht hat, die Anwärterbezüge durch

rung nach maximal 25 Pflichtstunden, 1 Stunde weniger für alle. Die Kollegen des Gymnasiums Marienthal haben außerdem eine genaue Berechnung der Arbeitszeit zweier Kollegen durchgeführt und als Flugblatt an die Eltern verteilt: die Kollegen arbeiten rund 50 bzw. 51 Stunden pro Woche, auf ein Arbeitsjahr von 47 Wochen, also mit 5 Wochen Jahresurlaub, berechnet. Die Referendare des Hauptseminars 11/79/4 schreiben an Klose:
„...Die Verkürzung unserer Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzt lediglich den übermäßigen Verschleiß unserer Arbeitskraft... Wir fordern Sie, Herr Bürgermeister, auf, bei der bevorstehenden Ministerpräsidentenkonferenz auf einen entsprechenden Beschluß zu dringen. Sollte ein solcher Beschluß dort nicht gefaßt werden, fordern wir Sie auf, das Stillhalteabkommen der Ministerpräsidenten über die Arbeitszeit der Lehrer aus dem Jahr 1974 nicht zu verlängern und unverzüglich in Hamburg eine entsprechende Regelung einzuführen. Vorsorglich erinnern wir daran, daß wir nicht bereit sind, eine Arbeitszeitverkürzung mit einer Gehaltskürzung zu bezahlen. Wir betonen dies unter anderem deshalb, Herr Bürgermeister, weil ein Vertreter Hamburgs am 6.5.1977 im Bundesrat Überlegungen vorgebracht hat, die Anwärterbezüge durch

eine dem BAföG vergleichbare Bezahlung zu ersetzen."

Es war kein anderer als Bürgermeister Klose, der während der Streikvorbereitungen der Hamburger Lehrer gegen die Besoldungsrückstufungen der Referendare am 24.6.77 der GEW schriftlich mitteilte: „Der Senat der Freien und Hansestadt ist der Auffassung, daß das Eingangsamt der stufenbezogen ausgebildeten Lehrer die Besoldungsgruppe A 13 sein soll." Das war glatt gelogen. Das Amt für Schule hatte bereits am 13.5.77 Kloses Rede vor dem Bundesrat veröffentlicht, wo er sich dreist als Vorkämpfer für eine BAföG-Entlohnung der Referendare aufspielte: „Sollte nicht auch die Regelung der Bezahlung des zweiten Ausbildungsabschnittes der Tatsache entsprechen, daß hier weiterhin ausgebildet wird. Ist da nicht eine dem BAföG-System vergleichbare Regelung angebrachter?" (Information des Amtes für Schule, Nr. 11/77)

Gut, daß die Lehrer das genauso wenig vergessen haben wie den damaligen Erfolg: Eine Urabstimmung wurde mit großer Einheit und Geschlossenheit durchgeführt und die Drohung mit Warnstreik reichte, um die Besoldungskürzung vorerst zurückzuschlagen. Es waren gerade diese Erfahrungen, die die Lehrer auch dazu drängt haben, sich die letzten Jahre in die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst mit der Unterstützung der Festgeldforderungen einzumischen: seit 2 Jahren beteiligt sich der GEW-Hauptvorstand an den Tarifverhandlungen direkt. Die Isolierung der Lehrer ist fehlgeschlagen.

Inzwischen versucht Klose längst andere Fallen auszulegen, um die Lehrer von der Bewegung in der Arbeiterklasse gegen die immer schärfere Intensivierung der Arbeit zu isolieren. Honigsüß hat Senator Grolle für den 1.8.79 angekündigt, daß Klassenarbeiten nur noch in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu schreiben sind; sein Zusatz „keinen Tag mehr als eine Arbeit" wird inzwischen unter den Kollegen als Witz gehandelt; weiterhin will der Senator den Streß durch Noten in den Klassen 1 bis 4 aufheben – die Lehrer haben keinen Beifall erteilt: sie sollen jetzt durch ellenlange Berichte die Schüler ein- und aussortieren durch zig-fache schriftliche Kontrollarbeiten so unauffällig nebenbei die „Leistungen" messen.

Es wird aber nicht lange dauern, und Klose wird offen aufs Beamtenrecht pochen, um die Front der Lehrer aufzuweichen, denn nicht umsonst hat sich der Hamburger Senat, berühmt-berüchtigter Vorreiter in Sachen Radikalenerlaß von 1971, als erster auch das liberale Mäntelchen der „Aufhebung" der Berufsverbote umgehängt. Gerade hat die Schulbehörde eine Rechtsverordnung in Vorbereitung, die die Referendare an Gymnasien zu „eigenverantwortlichem Unterricht" verpflichtet,

Inzwischen versucht Klose längst andere Fallen auszulegen, um die Lehrer von der Bewegung in der Arbeiterklasse gegen die immer schärfere Intensivierung der Arbeit zu isolieren. Honigsüß hat Senator Grolle für den 1.8.79 angekündigt, daß Klassenarbeiten nur noch in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen zu schreiben sind; sein Zusatz „keinen Tag mehr als eine Arbeit" wird inzwischen unter den Kollegen als Witz gehandelt; weiterhin will der Senator den Streß durch Noten in den Klassen 1 bis 4 aufheben – die Lehrer haben keinen Beifall erteilt: sie sollen jetzt durch ellenlange Berichte die Schüler ein- und aussortieren durch zig-fache schriftliche Kontrollarbeiten so unauffällig nebenbei die „Leistungen" messen.
Es wird aber nicht lange dauern, und Klose wird offen aufs Beamtenrecht pochen, um die Front der Lehrer aufzuweichen, denn nicht umsonst hat sich der Hamburger Senat, berühmt-berüchtigter Vorreiter in Sachen Radikalenerlaß von 1971, als erster auch das liberale Mäntelchen der „Aufhebung" der Berufsverbote umgehängt. Gerade hat die Schulbehörde eine Rechtsverordnung in Vorbereitung, die die Referendare an Gymnasien zu „eigenverantwortlichem Unterricht" verpflichtet,

während Oberschulrat Brüggemann Briefe an die Schulleiter verschickt, sie möchten die Pensionäre zwischen 65 und 70 Jahren doch an die Gymnasien zurückbitten und die Lehrer „sollten" sich gleichzeitig für Mehrarbeit melden. Damit das Dienstrecht seine Wirkung auch kräftig tut, hat der Dienstherr die Arbeitslosigkeit der Lehrer klug anschwellen lassen: im August 1975 waren die ersten 40 Lehrer im Bereich der Volks- und Realschulen in Hamburg arbeitslos, bald folgten die Gymnasiallehrer; 1976 waren bereits ca. 2000 Hamburger Lehrer arbeitslos; jetzt sind die Gewerbeschullehrer ebenfalls dran: am 1.2.1979 wurden die ersten 20 Referendare nicht übernommen. Ihre Fachgruppe in der GEW hat am 13.6.1979 für Warnstreik gestimmt, weil Klose seit Jahr und Tag nicht daran denkt, das Senatsversprechen nach Stundenreduzierung von 24 auf 23 zu erfüllen. Stattdessen läßt er unter den Berufsschulreferendaren für Lehraufträge während ihrer Ausbildung werben.

Am Freitag, den 6.7.1979, hat Ministerpräsident Rau in der heute-Nachrichten für die Konferenz der Ministerpräsidenten vom 5.7. erklärt, Arbeitszeitverkürzung für Lehrer komme gar nicht in Frage. Allerdings müsse gesorgt werden, daß bestehende Ungerechtigkeiten ausgeglichen würden. Dieselbe Spaltung hat schon Senator Thape in Bremen versucht, wo die Lehrer am 4.7. 2 Stunden für die Arbeitszeitverkürzung gestreikt haben: „...würde er einen entsprechenden Stundenpool an den Schulen zugeben, den sie an besonders belastete Lehrer verteilen können." (Erklärung an die GEW-Delegation). Grolle läßt im „Hamburger Abendblatt" vom Samstag, 7.7., verkünden, nun werde er doch „60 bis 75 Volks und Realschullehrer" an die Gymnasien schicken, um das Schlimmste zu lindern. Allesamt gehen sie auf Spaltung, wo sie nur können: sollen sich die Lehrer an jeder Schule streiten, wer was aus dem „Stundenpool" bekommt, der Direktor hat ein weiteres feines Disziplinierungsmittel; sollen die arbeitslosen Gymnasialreferendare sich gegen die Kollegen des V-R Bereichs stellen, die Plätze am Gymnasium erhalten, während den Referendaren für Berufs- und Gewerbeschulen nahegelegt wird, während ihrer Ausbildung und Probezeit das Studium eines dritten Faches aufzunehmen, um sich abzusichern.

Die Vertrauensleute in Hamburg haben angesichts der nicht ungefährlichen Lage, daß nämlich die Forderung für die Kollegen in ihrer jetzigen Form tatsächlich unterschiedliche Entlastung bringt, genau den richtigen Schritt gewählt: 40 Stunden Arbeit pro Woche in der Schule. Das wird gerade für die Gesamtschullehrer, die mit einer Stunde Verkürzung genau auf 25 Stunden kommen würden und damit am wenigsten Entlastung erhielten, besonders aufschlußreich – für sie dürfte das Ende meist noch während irgendeiner

„Hamburger Abendblatt" vom Samstag, 7.7., verkünden, nun werde er doch „60 bis 75 Volks und Realschullehrer" an die Gymnasien schicken, um das Schlimmste zu lindern. Allesamt gehen sie auf Spaltung, wo sie nur können: sollen sich die Lehrer an jeder Schule streiten, wer was aus dem „Stundenpool" bekommt, der Direktor hat ein weiteres feines Disziplinierungsmittel; sollen die arbeitslosen Gymnasialreferendare sich gegen die Kollegen des V-R Bereichs stellen, die Plätze am Gymnasium erhalten, während den Referendaren für Berufs- und Gewerbeschulen nahegelegt wird, während ihrer Ausbildung und Probezeit das Studium eines dritten Faches aufzunehmen, um sich abzusichern.
Die Vertrauensleute in Hamburg haben angesichts der nicht ungefährlichen Lage, daß nämlich die Forderung für die Kollegen in ihrer jetzigen Form tatsächlich unterschiedliche Entlastung bringt, genau den richtigen Schritt gewählt: 40 Stunden Arbeit pro Woche in der Schule. Das wird gerade für die Gesamtschullehrer, die mit einer Stunde Verkürzung genau auf 25 Stunden kommen würden und damit am wenigsten Entlastung erhielten, besonders aufschlußreich – für sie dürfte das Ende meist noch während irgendeiner

Konferenz lange vor jeder Unterrichtsvorbereitung läuten. 40 Stunden in der Schule – das bringt alle Kollegen, egal welche Schulart, in eine Front und ermöglicht die gemeinsame Untersuchung, was Lehrer tatsächlich zu arbeiten haben und wie unverzichtbar die aufgestellte Forderung ist.

Kampf gegen Fünfen an der Quickborner Realschule

b.kap. Die Geschichtslehrerin der Klasse 9c wollte vor den Zeugnissen noch einige Schüler prüfen. Prüfungsstoff sollte der Unterrichtsstoff des ganzen vergangenen Jahres sein. Die Schüler faßten den Beschluß, die Prüfung zu verweigern und überbrachten ihn der Lehrerin. Die Prüfung fand nicht statt! Die Lehrerin versuchte, die Schüler zu spalten und moralisch unter Druck zu setzen. Sie redete von Vertrauensbruch und forderte eine Entschuldigung von den Schülern, andernfalls wolle sie die Klasse nicht mehr unterrichten. Die Schüler sahen keinen Grund, sich zu entschuldigen und teilten ihr mit, daß sie gern auf eine „Zusammenarbeit" verzichten könnten.

Die Lehrerin hat jetzt die Noten festgelegt, auch die Fünfen. Da die Schüler nicht verhindern konnten, daß es überhaupt Fünfen gibt, wollen sie darum kämpfen, daß keiner wegen einer Geschichtsfünf sitzen bleibt. Durchsetzen konnten die Schüler aber, daß die Geschichtslehrerin den Unterricht im nächsten Jahr nicht weiterführt.

Die Schüler der 9c beraten jetzt, aus ihren Reihen einen Kandidaten für die Schulsprecherwahl zu stellen und wollen in ihr Programm die Forderung nach einer Diskussion um die Abschaffung der Fünfen aufnehmen.

Segeberger Soldaten fordern Dienstausgleich

b.mir. Die Mannschaften der 5./182 (Lettow-Vorbeck-Kaserne, Bad Segeberg) sind empört über die extreme Belastung durch Zusatzdienste. In der ersten Junihälfte z.B. mußten knapp 30 Soldaten schieben: 8 Munitionswachen (jeweils 7 Mannschaften erforderlich), 15 GvD-Dienste (je 1 Mannsch.), 4 Tage Bereitschaft einschließlich Wochenende (27 Mannsch.), 4 Kasernenwachen (je 6 Mannsch.), 4 OvWa-Fahrdienste und 4 mehrtägige KvD-Dienste (je 1 Mannsch.). Eine Wache bedeutet 35 Stunden Dienst an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, ein GvD-Dienst 33,5 Stunden, 4 Tage Bereitschaft insgesamt 105,5 Stunden, wovon allein 58,5 Stunden aufs Wochenende entfallen. Der jetzige „Ausgleich" für die schrankenlose, fast kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten durch die Bourgeoisie ist in der 5./182 ein schlechter Witz: z.B. 1 Tag für die Bereitschaft, wofür mindestens 3 richtig sind, ansonsten einmal pro Monat das „Rheinländerwochenende" „für mehr geleistete Dienste, aber nur, wenn kein gesetzlicher Feiertag im Monat ist". Dies teilte KpChef Hptm. Fölster den Mannschaften mit, nachdem sie eine Minimalforderung nach ½ Tag pro Wochenenddienst aufgestellt hatten. Daraufhin haben 7 Soldaten eine Resolution an den BtlKdr Oberstlt. Kewitsch geschrieben, in der sie ihre Lage wie oben darlegen und erklären:

„... Was ein Zusatzdienst für seine Gesundheit bedeutet, weiß jeder Soldat. Die Vernutzung unserer Arbeitskraft für einen Hungersold sollen wir täglich hinnehmen, dazu die vielen Stunden, die wir über den Normalarbeitstag (40-Stunden-Woche) hinaus schinden sollen: ... Um dieser Vernutzung unserer Arbeitskraft Schranken zu setzen, fordern wir: Vollständigen Dienstausgleich für Zusatzdienste! Normalarbeitstag und 40-Stunden-Woche!"

Als nächstes müssen Verbindungen zu anderen Kompanien der Kaserne hergestellt werden. Das ist wichtig, z.B. hat der KpChef der PzJgKp schon einiges mehr an teilweisen Ausgleichsregelungen zugestehen müssen. Gut wird sein, die Vertrauensleute der Mannschaften zu gewinnen und Mannschaftsbesprechungen in der Dienstzeit durchzuführen. Weil die Auseinandersetzungen um die Zusatzdienste in der 5./182 scharf sind, versucht der Spieß, die Wut der Soldaten über die Zusatzdienste auf die eigenen Kameraden zu lenken, indem er Vertrauensleuten die Aufgabe aufdrückt, die Wacheinteilung vorzunehmen.

Veranstaltung zur Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea



b.uwh. 370 Teilnehmer hatte die Veranstaltung „Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea" am 8. Juli in Hamburg. Gesprochen hatte der

schrankenlose, fast kostenlose Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten durch die Bourgeoisie ist in der 5./182 ein schlechter Witz: z.B. 1 Tag für die Bereitschaft, wofür mindestens 3 richtig sind, ansonsten einmal pro Monat das „Rheinländerwochenende" „für mehr geleistete Dienste, aber nur, wenn kein gesetzlicher Feiertag im Monat ist". Dies teilte KpChef Hptm. Fölster den Mannschaften mit, nachdem sie eine Minimalforderung nach ½ Tag pro Wochenenddienst aufgestellt hatten. Daraufhin haben 7 Soldaten eine Resolution an den BtlKdr
hergestellt werden. Das ist wichtig, z.B. hat der KpChef der PzJgKp schon einiges mehr an teilweisen Ausgleichsregelungen zugestehen müssen. Gut wird sein, die Vertrauensleute der Mannschaften zu gewinnen und Mannschaftsbesprechungen in der Dienstzeit durchzuführen. Weil die Auseinandersetzungen um die Zusatzdienste in der 5./182 scharf sind, versucht der Spieß, die Wut der Soldaten über die Zusatzdienste auf die eigenen Kameraden zu lenken, indem er Vertrauensleuten die Aufgabe aufdrückt, die Wacheinteilung vorzunehmen.
Veranstaltung zur Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea



b.uwh. 370 Teilnehmer hatte die Veranstaltung „Solidarität mit dem Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea" am 8. Juli in Hamburg. Gesprochen hatte der

Genosse Men Mol, Vertreter des Komitees der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich. Er erklärte: „Das Volk von Kampuchea ist dabei, den Plan der Le Duan-Pham Van Dong-Clique, die von den sowjetischen Expansionisten ausgehalten wird, zu zerschlagen.(...) In allen Regionen wird der Guerilla-Kampf geführt.(...) Der größte Teil des flachen Landes wird von der Regierung des Demokratischen Kampuchea kontrolliert." Gesammelt wurden 5 499 DM. Der KBW ruft auf, eine internationale Konferenz im Herbst in Stockholm gegen die sowjetisch-vietnamesische Aggression vorzubereiten und zu unterstützen.

Veranstaltungskalender

Bezirksgruppe Nordost

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents. Die Unterwerfung des Südens durch den Norden. Das US-Völkergefängnis

Lüneburg, 16. bis 20. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Stucksaal", An der Münze

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß

Mölln, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Zur Linde", Königsberger Straße 19

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung

Flensburg, 16. bis 20. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Bad Oldesloe, 16. bis 20. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Café „Vaterland", Hamburger Straße 15

Reihe zur Kritik am Reformismus

Universität Hamburg, 16. bis 20. Juli, 18.00 bis 20.00 Uhr, Phil-Turm, Hörsaal F

Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre

Eutin, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Gasthaus Am See", Elisabethstraße

Reihe Arabien

Der Kampf für die Einheit der arabischen Nation und für ihre Befreiung

Norderstedt, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Holsteneck", Breslauer Straße

Afrika-Reihe

Preetz, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Schellhorner Berg", Plöner Landstraße

Schulungen

Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich"

Kiel, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, „Dorfschänke", Zum Brook 25

Lenin: „Staat und Revolution"

Pinneberg, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Karl-Sörensen-Schule

Stalin: „Grundlagen des Leninismus"

Flensburg, 9. bis 13. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Engels: „Anti-Dühring"

Hamburg-Wandsbek, 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Hasselbrookschule, Ritterstraße

Hamburg-Altona, 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Neu-Altona

Lüneburg, 9. bis 13. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, „Stucksaal", An der Münze

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Probe des Musikzuges

Hamburg, Mittwoch, 11. Juli, 19.00 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer

Probe des Spielmannszuges

Kiel, Samstag, 14. Juli, Zastrowstraße, Kindergarten

Sportarbeitsgemeinschaft

Wrohe/Westensee, Sonntag, 15. Juli, 10.00 Uhr, „Zum Fischmeister"

Sportkurs

Gymnastik, Ballspiel, Einführung in die Selbstverteidigung

Hamburg, Sonntag, 15. Juli, 10.00 Uhr, Stadtpark, Große Wiese

Kulturgruppe: Zeichenkursus

Hamburg, Freitag, 13. Juli, 18.00 bis 21.00 Uhr, HfBK, Lerchenfeld 2, Raum 218a (II. Stock)

Fortsetzung des Prozesses wegen Wehrkraftzersetzung

Flensburg, Dienstag, 10. Juli, Freitag, 13. Juli, und Montag, 16. Juli, 9.15 Uhr, Landgericht, Südergraben 22, Saal 58. Angeklagt sind M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Wehrkraftzersetzung, Verunglimpfung der BRD, Volksverhetzung und Beleidigung, wegen Verteilens der „Volksmiliz"

Podiumsdiskussion

Flensburg, Dienstag, 10. Juli, oder Freitag, 13. Juli, 20.00 Uhr, Hotel „Sommerlust". Podiumsdiskussion mit dem „besten Kenner der GSG 9", Journalist Tophoven, als Zeuge geladen im Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung

Samstag, 14. Juli

Flensburg, Demonstration „Sofortige Einstellung der Wehrkraftzersetzungsprozesse", Abmarsch 10.00 Uhr, Exe, Kundgebung 11.30 Uhr, Nordermarkt

b.klw.Flensburg. **Bei Storno wurde auf der Betriebsversammlung am 5. Juli von der Geschäftsleitung erklärt, die Entlassung von 15 Arbeiterinnen im Juni sei wegen der schlechten Auftragslage notwendig.** Eventuell müsse es nach dem Urlaub für einige Abteilungen Kurzarbeit geben. In einer anderen Abteilung, wo Produkte aus der Gemini-Serie hergestellt werden, werden jedoch Überstunden gearbeitet, da der Auftrag ,, mit allen Mitteln" noch vor dem Betriebsurlaub fertig werden müsse. Entlassen wurden solche Arbeiterinnen, die häufiger krank waren oder schlechte Akkordzahlen geschafft hatten. General Electric, der Storno zu 75% gehört, soll Aufträge zurückgezogen haben, um sie in ihren anderen Werken in den USA zu bauen.

b.gog.Lüchow. **Gegen die Tagung der Bund-Länder-Kommission zur Durchsetzung der WAA in Gorleben führten die Bauern und die BI am Freitag eine Demonstration durch.** Mit 50 Treckern zogen die über 200 Menschen am Vormittag vom Lüchower Marktplatz nacheinander zum DWK-Büro, zum Kreishaus, zum Büro der Bundesregierung und zu den Polizeikasernen in Lüchow und Woltersdorf. An der Bohrstelle 1003 bei Gorleben wurde ein Güllewagen entleert. Das DWK-Büro in Gorleben wurde mit Plakaten und einem Transparent verziert.



strichen worden. Landrat Buhse, Verfechter des Krankenhausfinanzierungsgesetzes hat denn hier auch im Auge, die kranken Rentner und Arbeiter mit Nachbehandlung in Zukunft in Alten- und Pflegeheimen und Sozialstationen abzuschieben, weil sie den Krankenhausträgern über den Pflegesatz hinaus kaum noch Einnahmen aus den Versicherungskassen des Volkes einbringen. Das Städtische Krankenhaus Heide wurde in ein Siechenheim verwandelt, das Alten- und Pflegeheim in Burg erweitert wie auch in Wesselburen und Marne, in Brunsbüttel ist eins geplant. Seit einiger Zeit ist eine Sozialstation in Marne eingerichtet worden und in Brunsbüttel geplant. Das bedeutet eine notdürftige Pflege der Rentner ohne direkte ärztliche Kontrolle und ihren vorzeitigen Tod. Das Pflegepersonal in den Krankenhäusern hat von Anfang an diese Maßnahmen bekämpft. Allein durch die Bettenstreichungen ist es einer größeren Arbeitsbelastung ausgesetzt, die sich potenziert hat, weil die Liegezeiten von 13½ Tagen auf 12 Tage 1978 gekürzt wurden, weil wegen einer bis Juli geschlossenen Station in Brunsbüttel diese Patienten in Heide behandelt werden mußten und weil die Schwesternschülerinnen immer noch auf den Stellenplan angerechnet werden, sodaß 1,16 Vollzeitkräfte auf ein Patientenbett kommen. Die Heider Ärzte haben die Vertretung in Brunsbüttel verweigert, Heider Krankenpflegeschülerinnen haben ihre Nichtanrechnung auf den Stellenplan mitbeschlossen. Um diesen Widerstand zu unterdrücken, hat Buhse mit der politischen Entlassung eines Arztes ein Exempel statuiert, das ihm in die Hose gegangen ist. Die Entlassung mußte zurückgenommen werden, gleichzeitig mußte er sich nach einem Angriff als Spalter und Unterdrücker der Belegschaft von der Personalversammlung zurückziehen.

Direktverkauf ihrer Milcherzeugnisse ist den Bauern und kleinen Melkern verboten

b.ham. Gestützt auf gesundheitspolitische Gesetze und Verordnungen als Vorwand hat der bürgerliche Staat den Bauern und kleinen Meiereien verboten, Milch an die Massen direkt zu verkaufen. Das bedeutet Ablieferungszwang an die vom Finanzkapital beherrschten Milchverarbeitungs- und -handelsbetriebe wie das Butterwerk Schleswig (,,Die Nordfrischen"). Damit haben die Finanzkapitalisten eine gesicherte Monopolstellung, die erklärt, warum der Bauer für einen Liter nicht entrahmte Vollmilch (4% Fett) 60 Pf bekommt und im Laden über eine Mark für einen Liter mit 3,5% Fettgehalt entrahmte Milch bezahlen muß. Das Monopol nutzen sie, um die Bedingungen, wie der Bauer seine Milch für sie bereitzustellen hat, zu diktieren, nämlich möglichst große Mengen und eiswassergekühlt auf plus acht Grad Celsius und der Hof muß mit einem großen Tank-LKW anzufahren sein, wozu die sogenannten ,,Wirtschaftswege" oft nicht reichen.

Jetzt hat der Bauer Johannes Jöns, Oster-Ohrstedt, einen Brief an das Landwirtschaftsministerium Kiel geschrieben: ,,Sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister Flessner! Ich besitze zwei frisch gekalbte Kühe, die täglich 50 Liter Milch geben, für die Kälberaufzucht brauche ich aber täglich 20 Liter, die restlichen 30 Liter bin ich gezwungen, auf die Weide zu gießen. Dieses tue ich schon seit drei Wochen, was mir sehr weh tut. Lieber hätte ich sie an die Meierei geliefert, das geht aus folgenden Gründen nicht:
1.Die Genossenschaften nehmen solche kleinen Mengen nicht an.
2.Wenn schon – dann müßte ich Milchkammer und Kühlanlagen bauen, was mich viele Tausend Mark kosten würde. Das kann ich mir nicht leisten. Außerdem wird im Fernsehen und in den Zeitungen gesprochen und geschrieben von einem übergroßen Milchberg, den sie nicht zu meistern verstehen.

Aus diesen Gründen habe ich mich entschlossen, diese restlichen 30 Liter Frischmilch an die kleinen Rentner zu verkaufen, für einen kleinen Preis von 50 bis 60 Pf. Die können nicht mehr bezahlen, da sie nicht einmal das Nötigste zum Leben haben. Es ist mir bekannt, daß ich keine Milch an Privat verkaufen darf. Ich glaube aber, daß ich damit ein gutes Werk tue. Ich stelle hiermit einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung."

Wir haben diesen Brief mit dem Meieristen der noch bestehenden Meierei Winnert diskutiert (15 km südöstlich von Husum gelegen). Die Meierei wird von 46 Bauern beliefert, die ihre Milch selbst noch zweimal täglich nach dem Melken zur Meierei hinfahren, und so die Kühlanlage auf jedem einzelnen Hof einsparen, deren Anschaffung an die 10000 Mark kosten würde. Der Meierist berichtet: ,,Auch wir dürfen keine Trinkmilch direkt verkaufen. Die Bauern dürfen es nicht wegen ,,Gesundheitsgefährdung". Wir müssen jede Woche vier Proben nach Kiel zur Untersuchung schicken, je eine für die angelieferte Vollmilch, Magermilch, Konsummilch und Rahm. Die Ergebnisse werden der Regierung vorgelegt. Verkaufen dürfen wir nur an den Handel. Der Rahm geht zum Butterwerk, ein Teil Magermilch nach Nestle in Kappeln... Herr Flessner muß auf den Brief antworten!"



Milchkammer auf Bauernhof – ohne und mit Kühlanlage.

Phoenix-Lehrlinge bekämpfen geplante Nichtübernahme

b.jok. Ausbildung bei Phoenix heißt nichts anderes, als Unterdrückung der produktiven Fähigkeiten der Jugend und Präparierung zu Akkordarbeit an den Maschinen, überall und jederzeit im ganzen Werk einsetzbar ohne langes Anlernen. Das erste Jahr der zweijährigen Lehre verbringen die Lehrlinge in der Lehrwerkstatt, wo sie allerdings von den Grundlagen der Produktion in der Kautschukindustrie nichts erfahren. Im zweiten Jahr geht es ,,in den Betrieb", d.h. sie werden 14-tageweise von Abteilung zu Abteilung geschleust und werden dort hauptsächlich zu Hilfsarbeiter-und Anreichtätigkeiten eingesetzt. So ,,lernen" sie Boxen mit PVC füllen und verpacken, Metallgummiteile ans Fließband hängen und abnehmen, Stiefel vom Leisten ziehen und Fehlprodukte zerkleinern, füttern von Spritzmaschinen mit Gummimischung und Transportarbeiten verschiedenster Art. Zum Teil sogar direkt im Akkord. Gegen diese Art der ,,Ausbildung" rebellieren die Lehrlin-



ge natürlich. Mit Unterdrückung und Spaltung versuchen die Phoenix-Kapitalisten dennoch, das Lernziel: Tauglichkeit zum Maschinenarbeiter und für die Akkordarbeit, durchzusetzen.

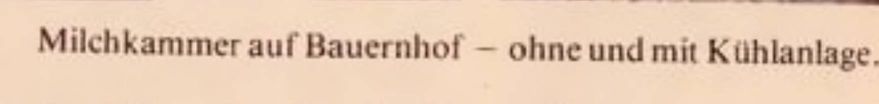
Von den 30 Chemiejungwerkerlehrlingen, die jetzt gerade ihre Lehre auf der Phoenix beenden, sollen acht nicht übernommen werden, hat die Betriebsführung bekanntgegeben, ebenso sämtliche Schlosserlehrlinge. 1977 konnten es sich die Phoenix-Kapitalisten noch leisten, von den 58 Auslernern 20 nicht zu übernehmen. Vorwand für die Nichtübernahme ist bei 4 Lehrlingen eine Verwarnung, ansonsten die ,,wirtschaftliche Lage". Durchfaller durch die Abschlußprüfung sollen noch hinzukommen. Einzeln sind die Aspiranten für Nichtübernahme vom Ausbildungsleiter informiert worden, ebenso wie der eine oder andere, der übernommen werden soll. Das sollte spalten und Konkurrenz unter den Lehrlingen säen. Die haben sich jedoch darauf nicht eingelassen, sondern haben ständig gemeinsam erfaßt, wie der Stand ist. Die Spaltung ist nicht gelungen, da die Lehrlinge sich

b.sal.Dithmarschen. Seit Wochen führt die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrttechnik Braunschweig in der Meldorfer Bucht Schießübungen durch. Dort ist im letzten Herbst unter dem Mantel des Küstenschutzes die Deichlinie verkürzt und der Speicherkoog, in den sich die Bundeswehr eingekauft hat, fertiggestellt worden. Jetzt wird der gesamte Koog (Weiden, ,,Naturschutzgebiet" und Strand) in Beschlag genommen, um mit von FIAT-91G-Düsenjägern abgeworfenen Napalm- und anderen Brandbomben neue Brandschutzmittel auszutesten. Hier geht es nicht um Küstenschutz, sondern darum, auf dem neugewonnenen Land die militärische Landnahme der Imperialisten zu proben. Angekündigt ist ab 30.Juli ein Raketenschießen über zwölf Monate. Die Gemeinden Büsum, Friedrichskoog und die Stadt Meldorf haben sich gegen diese Manöver ausgesprochen und fordern die Bundeswehr zum Rückzug

b.woe.Kiel. Trotz Raumverbot und Boykottaufruf durch die RCDS-GG-Fachschaftsmehrheit fand am 27.6.1979 die Jura-VV an der Kieler Universität statt. Von den anfänglich knapp 60 Kommilitonen wurde einstimmig bei drei Enthaltungen in einer Erklärung u.a. festgestellt: ,,Angesichts des bisherigen Verlaufs der Unger-Vorlesung und Ungers Rechtfertigung der hohen Durchfallquoten mit der angeblichen Dummheit der Studenten fordern wir..., daß ab nächstes Semester die Finanzwissenschafts-Veranstaltung nicht mehr von Unger durchgeführt wird" und ,,daß ab sofort kein weiterer Stoff bei Unger gelesen, sondern mit einer Wiederholung... für die Klausur begonnen wird." Hinsichtlich der Examensvorbereitung wurde gefordert, daß der ,,bisher stets ausgeweitete Stoffumfang im Examen eingeschränkt, und die Aneignung dieses Stoffes... in einer Weise ermöglicht wird, daß eine erfolgreiche Vorberei-

sung eines Arztes ein Exempel statuiert, das ihm in die Hose gegangen ist. Die Entlassung mußte zurückgenommen werden, gleichzeitig mußte er sich nach einem Angriff als Spalter und Unterdrücker der Belegschaft von der Personalversammlung zurückziehen.

Dieses tue ich schon seit drei Wochen, was mir sehr weh tut. Lieber hätte ich sie an die Meierei geliefert, das geht



Milchkammer auf Bauernhof – ohne und mit Kühlanlage.

Phoenix-Lehrlinge bekämpfen geplante Nichtübernahme

b.jok. Ausbildung bei Phoenix heißt nichts anderes, als Unterdrückung der produktiven Fähigkeiten der Jugend und Präparierung zu Akkordarbeit an den Maschinen, überall und jederzeit im ganzen Werk einsetzbar ohne langes Anlernen. Das erste Jahr der zweijährigen Lehre verbringen die Lehrlinge in der Lehrwerkstatt, wo sie allerdings von den Grundlagen der Produktion in der Kautschukindustrie nichts erfahren. Im zweiten Jahr geht es ,,in den Betrieb", d.h. sie werden 14-tageweise von Abteilung zu Abteilung geschleust und werden dort hauptsächlich zu Hilfsarbeiter-und Anreichtätigkeiten eingesetzt. So ,,lernen" sie Boxen mit PVC füllen und verpacken, Metallgummiteile ans Fließband hängen und abnehmen, Stiefel vom Leisten ziehen und Fehlprodukte zerkleinern, füttern von Spritzmaschinen mit Gummimischung und Transportarbeiten verschiedenster Art. Zum Teil sogar direkt im Akkord. Gegen diese Art der ,,Ausbildung" rebellieren die Lehrlinge natürlich. Mit Unterdrückung und Spaltung versuchen die Phoenix-Kapitalisten dennoch, das Lernziel: Tauglichkeit zum Maschinenarbeiter und für die Akkordarbeit, durchzusetzen.

Von den 30 Chemiejungwerkerlehrlingen, die jetzt gerade ihre Lehre auf der Phoenix beenden, sollen acht nicht übernommen werden, hat die Betriebsführung bekanntgegeben, ebenso sämtliche Schlosserlehrlinge. 1977 konnten es sich die Phoenix-Kapitalisten noch leisten, von den 58 Auslernern 20 nicht zu übernehmen. Vorwand für die Nichtübernahme ist bei 4 Lehrlingen eine Verwarnung, ansonsten die ,,wirtschaftliche Lage". Durchfaller durch die Abschlußprüfung sollen noch hinzukommen. Einzeln sind die Aspiranten für Nichtübernahme vom Ausbildungsleiter informiert worden, ebenso wie der eine oder andere, der übernommen werden soll. Das sollte spalten und Konkurrenz unter den Lehrlingen säen. Die haben sich jedoch darauf nicht eingelassen, sondern haben ständig gemeinsam erfaßt, wie der Stand ist. Die Spaltung ist nicht gelungen, da die Lehrlinge sich nicht gegenseitig madig gemacht, sondern die drohende Nichtübernahme angegriffen haben. Die Phoenix-Kapitalisten sind vorsichtig geworden; es sollen mittlerweile nur noch fünf nicht übernommen werden. Entschieden ist das allerdings auch noch nicht.



Im Schlauchsaal müssen die Lehrlinge die Maschinenspritzköpfe und Ablagebahnen reinigen und die Wickelmaschine mit Garnrollen auffüllen.

b.sal.Dithmarschen. **Seit Wochen führt die Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der deutschen Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrttechnik Braunschweig in der Meldorfer Bucht Schießübungen durch.** Dort ist im letzten Herbst unter dem Mantel des Küstenschutzes die Deichlinie verkürzt und der Speicherkoog, in den sich die Bundeswehr eingekauft hat, fertiggestellt worden. Jetzt wird der gesamte Koog (Weiden, ,,Naturschutzgebiet" und Strand) in Beschlag genommen, um mit von FIAT-91G-Düsenjägern abgeworfenen Napalm- und anderen Brandbomben neue Brandschutzmittel auszutesten. Hier geht es nicht um Küstenschutz, sondern darum, auf dem neugewonnenen Land die militärische Landnahme der Imperialisten zu proben. Angekündigt ist ab 30.Juli ein Raketenschießen über zwölf Monate. Die Gemeinden Büsum, Friedrichskoog und die Stadt Meldorf haben sich gegen diese Manöver ausgesprochen und fordern die Bundeswehr zum Rückzug auf das ursprüngliche Übungsgebiet auf. In der Resolution der Büsumer Gemeindevertretung heißt es: Sie werden ,,... gemeinsam mit den Büsumer Bürgern alle zu Gebote stehenden demokratischen und rechtlichen Mittel aus(zu)schöpfen, um die geplanten Schießübungen zu verhindern". Geplant ist, mit einem Schiff in den Sicherheitsbereich zu fahren. Die Gemeindevertretung befürchtet ,,negative Auswirkungen auf Umwelt, Fischerei und Fremdenverkehr". MdB Sick und die SPD haben sich eingeschaltet und fordern Einschränkung der Übung, weil Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs. Die soziale Grundlage der Fischer, deren Ruin mit Auslaufverbot vorangetrieben wird, und der Arbeiter, die sich jetzt an der Küste nicht erholen können, soll so verwischt werden.

b.woe.Kiel. **Trotz Raumverbot und Boykottaufruf durch die RCDS-GG-Fachschaftsmehrheit fand am 27.6.1979 die Jura-VV an der Kieler Universität statt.** Von den anfänglich knapp 60 Kommilitonen wurde einstimmig bei drei Enthaltungen in einer Erklärung u.a. festgestellt: ,,Angesichts des bisherigen Verlaufs der Unger-Vorlesung und Ungers Rechtfertigung der hohen Durchfallquoten mit der angeblichen Dummheit der Studenten fordern wir..., daß ab nächstes Semester die Finanzwissenschafts-Veranstaltung nicht mehr von Unger durchgeführt wird" und ,,daß ab sofort kein weiterer Stoff bei Unger gelesen, sondern mit einer Wiederholung... für die Klausur begonnen wird." Hinsichtlich der Examensvorbereitung wurde gefordert, daß der ,,bisher stets ausgeweitete Stoffumfang im Examen eingeschränkt, und die Aneignung dieses Stoffes... in einer Weise ermöglicht wird, daß eine erfolgreiche Vorbereitung innerhalb von drei Semestern bei einer angemessenen Arbeitszeit pro Woche möglich ist."

b.sal.Heide. **In den letzten Jahren sind im Kreis Dithmarschen vier Krankenhäuser geschlossen worden – in Heide, Meldorf, Marne und Wesselburen.** Die Bettenentwicklung sieht jetzt folgendermaßen aus:

	Kreiskr. Heide	Stadt. Heide	Meldorf	Brunsb.	Marne	Wesselb.
1974	426	105	78	80	75	19
1978	426	0	0	214	0	0
geplant	450	0	0	300	0	0

gesamt 1974: 783, gesamt 1978: 642, geplant: 750 Betten

Insgesamt sind somit 141 Betten nach dem Krankenhausbedarfs- und Krankenhauszielplan in Dithmarschen ge-

b.beb.Eckernförde. **Eine Erweiterung ihrer Produktionsanlagen führt zur Zeit die Fa. Punker (Hersteller von Ventilatorrädern) durch.** Die Punker-Kapitalisten wollen als Zulieferbetrieb für die Automobilindustrie und Heizungsfirmen von der augenblicklichen Konjunktur dieser Branche profitieren. In den letzten zwei Jahren haben sie dazu die Ausbeutung der rund 200 Kollegen merklich verschärft. Über die Hälfte sind Frauen, die die Automaten fahren. Sie bekommen lediglich Lohngruppe 3 und 4. Übertarifliche Zulage wird nur 5 Pf. pro Stunde gezahlt. Gearbeitet wird in zwei Schichten von 7.00 bis 15.45 Uhr und 15.30 bis 24.00 Uhr. Bei den Frauen ist die zweite Schicht nochmals in je vier Stunden aufgeteilt, um möglichst viele in sogenannten ,,Hausfrauenschichten" billig vernutzen zu können. Zwar gibt es bislang keinen Akkord, aber der Ausstoß an jedem Automaten pro Schicht wird jeweils genau kontrolliert. Liegt eine Frau unter dem Durchschnitt der gesamten Schicht, wird sie ins Büro zitiert. Schritt für Schritt wird begonnen, Richtzeiten für die einzelnen Arbeiten einzuführen. Die Automaten laufen zudem länger und schneller. Früher wurden sie eine Viertelstunde vor Schichtende abgestellt, um sie zu reinigen. Jetzt haben die Kollegen dafür nur noch fünf Minuten Zeit. Sonnabends werden ständig Überstunden angesetzt, bis vor kurzem sogar sonntags. Gegen die ständigen Überstunden haben die Kollegen sich jetzt erstmals einheitlich gewehrt. Die ursprünglich geplante zweite Schicht am Sonnabend mußten die Kapitalisten deshalb streichen.

b.güt.Hamburg. **Die ersten Ergebnisse im Kampf um die Angleichung der Einstellungslöhne in der Lohngruppe II bei HAW liegen vor.** Der Lohn der Gießereiarbeiter in Lohngruppe II wurde um 20 Pfg. angehoben. Die Gießereiarbeiter haben darauf gleich reagiert. Sie sind in einer Demonstration übers Fabrikgelände unmittelbar zur Betriebsversammlung gezogen und haben dort erklärt, daß sie die 20 Pfg. verbucht haben und weiter für die Angleichung kämpfen werden. Die Arbeiter der Anodenfabrik haben sich durch ein Angebot einer Prämie für das Ausstampfen der Öfen nicht aus der Front brechen lassen und gefordert, daß der Grundlohn erhöht wird um 40 Pfg. Die Betriebsführung will die Arbeiter jetzt von einer anderen Front her angreifen. Sie senkt die Belegschaftsstärke der Gießerei, indem sie nach Kündigungen keine neuen Arbeiter einstellt. Der Betriebsrat hat daraufhin alle Überstunden in der Gießerei abgelehnt.

b.dam.Flensburg **Im Sommer müssen alle Arbeiter und Angestellten, die eine Kur in Westerland verschrieben bekommen hatten und einer Ortskrankenkasse angehören, einen Teil der Kur selbst bezahlen.** Die AOK hat die Verträge mit der Kurverwaltung Westerland gekündigt, da die Kurmittelpreise zu teuer seien. ,,Wir müssen mit dem Kostendämpfungsgesetz endlich auch mal Ernst machen", meint der AOK-Vorsitzende in Husum.

b.bek.Hamburg. **Finkenwerder: Doppelte Mieterhöhung durch Neue Heimat.** Mit Wirkung ab 1. Juli 1979 hat die Neue Heimat in Finkenwerder in mehreren Häusern Mieterhöhungen von einer DM pro qm durchgeführt. Der Grund liegt darin, daß die Wohnungsbaukreditanstalt einen Teil der Zinszuschüsse für den Einbau von Heizung und Bad durch die Neue Heimat gestrichen hat. Die Modernisierung ist vor drei Jahren erfolgt und war damals mit einer Mieterhöhung verbunden. Nach drei weiteren Jahren wird die Miete wegen erneuten Wegfallens von Zinszuschüssen nochmals um eine DM pro qm erhöht werden. Gleichzeitig hat die Neue Heimat eine Erhöhung des Betriebskostenanteils der Miete wegen Erhebung einer Straßenreinigungsgebühr und Erhöhung der Wasserpreise durch die Stadt und ,,erhöhter Schneeräumkosten" angekündigt.

b.job.Meckelfeld. **Die Jugendlichen halten an ihren Forderungen fest.** Gegen die Absicht der Seevetaler Gemeindeverwaltung, die abgebrannte Pulvermühle zwar wieder aufzubauen, aber nicht als Jugendzentrum, sondern als profitträchtigen Cafe-Betrieb, haben die Jugendlichen auf der letzten Sitzung ihres Vereins für ein JZ in Selbstverwaltung bekräftigt: Wiederaufbau der Pulvermühle als JZ. Die angebotene Bahnhofsgaststätte wird als Notlösung betrachtet. Gleichzeitig wird gegen den Versuch, das JZ unter Staatsaufsicht zu stellen, weiter die Selbstverwaltung gefordert.



6-Tage-Woche in Gemeinnützigen Krankenhäusern Stellenplan des Senats gegen Normalarbeitstag

b.kym. Gegenwärtig gilt an den Krankenhäusern noch die Arbeitszeitordnung von 1938, die eine Ausnahmeregelung für Krankenhausbeschäftigte vorsieht: bis zu 60 Stunden darf dort in der Woche gearbeitet werden. ,,Die tägliche Arbeitszeit soll in der Regel 10 Stunden nicht überschreiten . . .'' (aus: Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13.2.1924).

Bekannt ist aus den Prozessen der Ärzte Junghans und Limrock gegen die Gesundheitsbehörde zur Reduzierung der Bereitschaftsdienste, daß die Ärzte und das Pflegepersonal durch Bereitschaftsdienste oft auf eine wöchentliche Arbeitszeit von um die 100 Stunden kommen.

Eine Umfrage bei 9 Gemeinnützigen Krankenhäusern ergab, daß es in nur einem den Normalarbeitstag von 8 Stunden an 5 Wochentagen gibt. In den anderen müssen die Beschäftigten an 6 Tagen in der Woche arbeiten. Meist gibt es in diesen Krankenhäusern keinen Personal- oder Betriebsrat, was den Dienstherrn die Möglichkeit gibt, die Arbeitskraft noch intensiver als in den staatlichen Krankenhäusern auszubeuten.

So ein Beispiel ist das Israelitische Krankenhaus. Es gibt weder einen Betriebsrat noch eine Gewerkschaftsvertretung der Kollegen. Es wird durchgehend an 12 Tagen hintereinander gearbeitet. 1 Woche Frühschicht von 6.30 Uhr bis 13.30 Uhr und 1 Woche Spätschicht von 13.00 Uhr bis 19.15 Uhr. Dazwischen wird am Wochenende meist mit geteiltem Dienst gearbeitet. (Z.B. 4 Stunden Arbeit, 4 Stunden frei, 4 Stunden Arbeit). Das Kuratorium des Israelitischen Krankenhauses, in dem solche Leute wie der Bankier Warburg sitzen, zieht den Nutzen aus dieser Arbeitszeitregelung. Statt in 8 Stunden muß die Arbeit in 6 1/2 Stunden gemacht werden. Arbeitsmedizinisch wurde festgestellt, daß nach der 6. Stunde die Leistungsfähigkeit rapide nachläßt. So schöpfen sie an 12 Tagen hintereinander die volle Leistungsfähigkeit der Kollegen aus. Bei Beibehaltung der 6-Tage-Woche eignen sie sich zusätzlich eine runde Summe Mehrarbeit an und erhöhen so ihren Profit.

Wieviel Lohnkosten sie dadurch sparen, zeigt die folgende Rechnung: Bei derzeit 10 Schwestern im Tagdienst pro Station macht das in 4 Wochen 240 Arbeitstage aus. Für alle 7 Stationen (ohne Intensivstation, wo die 40-Stunden-Woche gilt) 1680 Arbeitstage. Bei der 5-Tage-Woche würden die Schwestern pro Station 200 Arbeitstage arbeiten, macht für alle Stationen 1400 Arbeitstage. Bei der 5-Tage-Woche haben die Schwestern 560 freie Tage, bei der 6-Tage-Woche 280. Macht eine Differenz von 280 Arbeitstagen. D.h. berechnet auf die 5-Tage-Woche (geteilt durch 20 Arbeitstage) werden 14

beitet. 1 Woche Frühschicht von 6.30 Uhr bis 13.30 Uhr und 1 Woche Spätschicht von 13.00 Uhr bis 19.15 Uhr. Dazwischen wird am Wochenende meist mit geteiltem Dienst gearbeitet. (Z.B. 4 Stunden Arbeit, 4 Stunden frei, 4 Stunden Arbeit). Das Kuratorium des Israelitischen Krankenhauses, in dem solche Leute wie der Bankier Warburg sitzen, zieht den Nutzen aus dieser Arbeitszeitregelung. Statt in 8 Stunden muß die Arbeit in 6 1/2 Stunden gemacht werden. Arbeitsmedizinisch wurde festgestellt, daß nach der 6. Stunde die Leistungsfähigkeit rapide nachläßt. So schöpfen sie an 12 Tagen hintereinander die volle Leistungsfähigkeit der Kollegen aus. Bei Beibehaltung der 6-Tage-Woche eignen sie sich zusätzlich eine runde Summe Mehrarbeit an und erhöhen so ihren Profit.

Wieviel Lohnkosten sie dadurch sparen, zeigt die folgende Rechnung: Bei derzeit 10 Schwestern im Tagdienst pro Station macht das in 4 Wochen 240 Arbeitstage aus. Für alle 7 Stationen (ohne Intensivstation, wo die 40-Stunden-Woche gilt) 1680 Arbeitstage. Bei der 5-Tage-Woche würden die Schwestern pro Station 200 Arbeitstage arbeiten, macht für alle Stationen 1400 Arbeitstage. Bei der 5-Tage-Woche haben die Schwestern 560 freie Tage, bei der 6-Tage-Woche 280. Macht eine Differenz von 280 Arbeitstagen. D.h. berechnet auf die 5-Tage-Woche (geteilt durch 20 Arbeitstage) werden 14

Schwestern eingespart. Der Dienstherr spart somit die Lohnkosten für 14 Schwestern ein. Die übrigen Kolleginnen müssen entsprechend Mehrarbeit leisten. Nimmt man als Lohngruppe KR IV, Altersstufe 4, ledig, ohne Kind mit 2004,72 DM monatlich brutto, senken die Kapitalisten die Lohnkosten um 28066,08 DM im Monat und 336792,96 DM im Jahr.

Aufgrund solcher Bedingungen unterstützen die Kollegen im Israelitischen Krankenhaus die Forderung nach 35-Stunden-Woche und 7-Stunden-Tag. Es kommt darauf an, gewerkschaftliche und betriebliche Vertretungsorgane zur Organisierung des Kampfes um den Normalarbeitstag aufzubauen.

Die Ärzte der Staatlichen Krankenhäuser und das Pflegepersonal der ÖTV fordern ebenso die Einhaltung des Normalarbeitstages an den Krankenhäusern. Weniger Bereitschaftsdienste hat die Gesundheitssenatorin Elstner im Rahmen der Prozesse darum und Verhandlungen mit der ÖTV versprochen. Aber noch immer sind die für die Reduzierung der Bereitschaftsdienste notwendigen zusätzlichen Planstellen in den Krankenhäusern nicht vorhanden. Auch nicht nach den zusätzlichen Stellenbewilligungen zum Stellenplan 79. Im Augenblick ,,nicht konkretisierbar'' nennt das der Senat. Der Haushaltsausschuß erklärt im Februar in der Bürgerschaft: Der Hamburger Schichtdienst-Bettenschlüssel sei sogar mit 7% mehr Stellen ausgelastet, als die Richtzahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft für die Besetzung der Krankenhäuser mit Pflegekräften vorsehen. Also doch alles in Ordnung.

Unter der Rubrik ,,noch nicht konkretisierbar'' werden in der Bürgerschaftsdrucksache 9/456 rund 70 Stellen in den Krankenhäusern der Gesundheitsbehörde aufgeführt. Fürs UKE ist gar nichts vorgesehen. 30 davon sollen dazu dienen, die Bereitschaftsdienste für Ärzte und Pflegepersonal sowie medizinisch-technische Assistenten von jetzt 8 im Monat auf 4 bis 6 zu reduzieren. Gefordert hat das Krankenhauspersonal: höchstens 1 Bereitschaftsdienst im Monat. 20 Stellen sind vorgesehen zur Behandlung gestiegener Fallzahlen, vor allem Zunahme von Operationen und Notfällen. 10 Stellen zur Verbesserung des Bettenschlüsssels auf Intensivstationen. 10 Stellen zur Verstärkung der Aufnahmen und Notfallambulanzen. Im Juni legt der Haushaltsausschuß dazu einen erneuten Bericht vor. Es wird bemerkt, daß durch Bettenreduzierung im Zusammenhang mit der Eingliederung der Frauenklinik Finkenau des AG St.Georg 20 Stellen und 2 durch andere Einsparungen von diesen 70 nunmehr konkretisiert seien. Man fragt sich, wie lange das Haushaltsjahr 79 vorbei sein muß, damit die noch ausstehenden 50 für 79 beschlossenen Stellen geschaffen sind. Ganz abgesehen davon, daß hier mit Verschlechterung der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung eine angebliche Arbeitserleichterung für das Personal erkauft wird. Man darf sicher sein, daß das Krankenhauspersonal erneut zusätzliche Planstellen

Unter der Rubrik ,,noch nicht konkretisierbar'' werden in der Bürgerschaftsdrucksache 9/456 rund 70 Stellen in den Krankenhäusern der Gesundheitsbehörde aufgeführt. Fürs UKE ist gar nichts vorgesehen. 30 davon sollen dazu dienen, die Bereitschaftsdienste für Ärzte und Pflegepersonal sowie medizinisch-technische Assistenten von jetzt 8 im Monat auf 4 bis 6 zu reduzieren. Gefordert hat das Krankenhauspersonal: höchstens 1 Bereitschaftsdienst im Monat. 20 Stellen sind vorgesehen zur Behandlung gestiegener Fallzahlen, vor allem Zunahme von Operationen und Notfällen. 10 Stellen zur Verbesserung des Bettenschlüsssels auf Intensivstationen. 10 Stellen zur Verstärkung der Aufnahmen und Notfallambulanzen. Im Juni legt der Haushaltsausschuß dazu einen erneuten Bericht vor. Es wird bemerkt, daß durch Bettenreduzierung im Zusammenhang mit der Eingliederung der Frauenklinik Finkenau des AG St.Georg 20 Stellen und 2 durch andere Einsparungen von diesen 70 nunmehr konkretisiert seien. Man fragt sich, wie lange das Haushaltsjahr 79 vorbei sein muß, damit die noch ausstehenden 50 für 79 beschlossenen Stellen geschaffen sind. Ganz abgesehen davon, daß hier mit Verschlechterung der Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung eine angebliche Arbeitserleichterung für das Personal erkauft wird. Man darf sicher sein, daß das Krankenhauspersonal erneut zusätzliche Planstellen

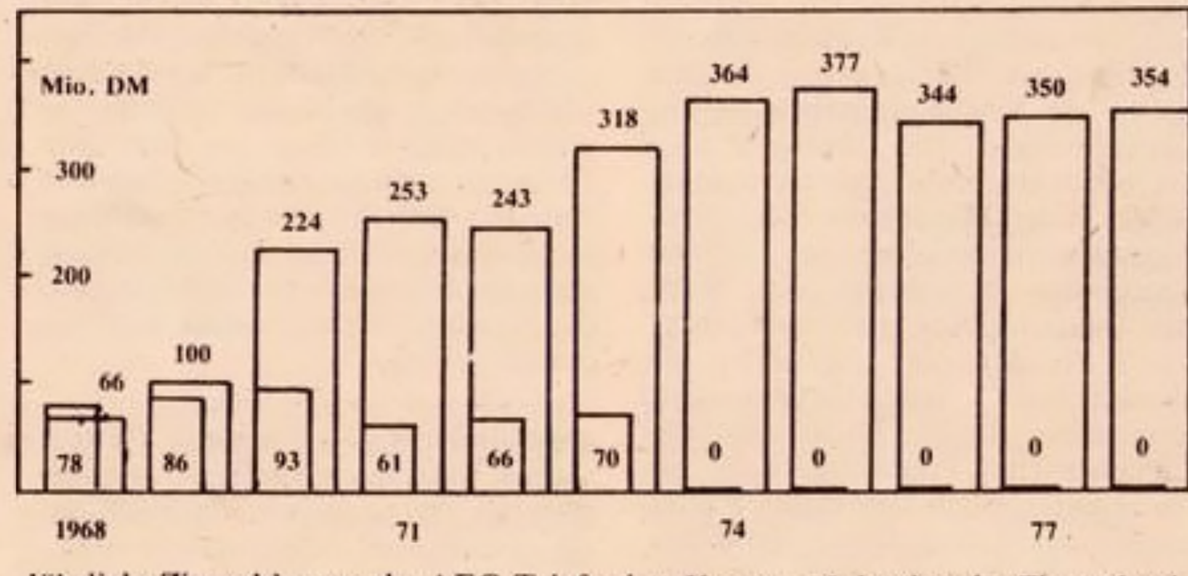
fordern wird, um der 5-Tage-Woche und dem 8-Stunden-Tag näher zu kommen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung im AK Heidberg im Juni hat beschlossen, den Stellenbedarf anhand des Arbeitsanfalls auf den einzelnen Stationen zu untersuchen. Das ist ein richtiger Schritt zur Aufstellung von Forderungen.

AEG-Telefunken: Das Finanzkapital kassiert

b.hao. Fast täglich kann man lesen, daß AEG-Telefunken in der Krise stecke und keine Gewinne mache. Betrachtet man die Dividendenausschüttung, so scheint das zu stimmen. Seit 1974 zahlt der Konzern keine Dividende mehr. Für das Finanzkapital – die gewichtigsten Aktionäre bei AEG-Telefunken sind lt. Spiegel 13/73 die Dresdner, die Deutsche und die Commerzbank – gibt es allerdings noch andere Wege zu kassieren. AEG ist bei den Großbanken mit einigen Mrd. DM verschuldet. Dafür werden von AEG Zinsen gezahlt, und zwar nicht zu knapp. Im Schaubild sind die jährlichen Zinszahlungen der letzten zehn Jahre dargestellt (breite Säule; entnommen den Geschäftsberichten für AEG-Telefunken Inland). Aufsummiert machen die Zinsen in diesen zehn Jahren 2,993 Mrd. DM aus. Diese Zinszahlungen sind selbstverständlich nichts anderes als Gewinne, die direkt an das Finanzkapital abgeführt werden.

Ebenfalls eingezeichnet ist die ausgeschüttete Dividende (schmale Säule). Sie betrug 1973 immerhin noch 10%. Gegenüber den Zinszahlungen wirkt sie jedoch sehr kümmerlich. Man kann sich vorstellen, daß die drei Großbanken auf sie ganz gut verzichten können bei diesem gewaltigen Zinsaufkommen. Außerdem flösse die Dividende ja unnötigerweise auch in die Taschen von etlichen Kleinaktionären.

Das Finanzkapital ist mit dieser Lage trotzdem keineswegs zufrieden. Der Siemens-Konzern beispielsweise, der zum großen Teil ebenfalls den Banken gehört, hat sich als noch viel schärfere Waffe im Kampf um Höchstprofite erwiesen. Deshalb soll die ,,schlechte Ertragslage'' den ideologischen Hintergrund abgeben, um gegen die AEG-Telefunken-Belegschaften eine starke Verschärfung der Ausbeutung durchzusetzen (s. KVZ 27/79). Es wird eine wesentliche Aufgabe der zum Teil neugewählten Vertrauenskörper sein, die Belegschaften dagegen zusammenzuschließen. In Hamburg sind durch den Maiaufruf des AEG-Vertrauenskörpers (u.a. Festgeldforderung) und den Beschluß der IGM-Vertreterversammlung (Festgeld- bzw. Mindestforderung, Streichung der Lohngruppen I, II und III) recht gute Grundlagen dafür geschaffen.



Jährliche Zinszahlungen der AEG-Telefunken Konzerns Inland an das Finanzkapital (breite Säule) und Dividende (schmale Säule).

Die FSG-Kapitalisten wälzen die Produktion um für schärfere Ausbeutung

b.klw. ,,FSG-Kapitalisten verzichten auf Dividende''. Mit diesem Ergebnis der 99. Hauptversammlung kündigen die Werftkapitalisten an, Kraft zu sammeln für den nächsten Konkurrenzkampf. Vor allem aber sollen die Werftarbeiter erneut zum Stillhalten im Lohnkampf gebracht werden.

1978 ging im Schiffsneubaubereich die Gesamtleistung um 39% zurück. Die Überproduktionskrise im Werftbereich versuchen die FSG-Kapitalisten wie auch andere Werftkapitalisten, durch Konzentration auf den Spezialschiffbau zu überwinden. Andererseits hat die Werft größere Teile der Produktion auf das Schiffsreparaturgeschäft verlegt, zunehmend für Schiffe der Bundesmarine. Ebenfalls Bundeswehrfahrzeuge repariert der Ketten-Kfz-Instandsetzungsbetrieb, eine Abteilung der Werft.

Im letzten Jahr haben die FSG-Kapitalisten sehr wohl Profite gemacht. 10,155 Mio DM, wie der neue Geschäftsbericht ausweist – entgegen den Angaben in der bürgerlichen Presse von 731532 DM Bilanzgewinn. (Diese 10,155 Mio DM ergeben sich wie folgt: Um 2,912 Mio DM stiegen die Rücklagen, um 3,089 Mio DM die Rückstellungen; plus Steuern von 2,637 Mio DM plus Zinsen von 748593

Die FSG-Kapitalisten wälzen die Produktion um für schärfere Ausbeutung

b.klw. ,,FSG-Kapitalisten verzichten auf Dividende''. Mit diesem Ergebnis der 99. Hauptversammlung kündigen die Werftkapitalisten an, Kraft zu sammeln für den nächsten Konkurrenzkampf. Vor allem aber sollen die Werftarbeiter erneut zum Stillhalten im Lohnkampf gebracht werden.

1978 ging im Schiffsneubaubereich die Gesamtleistung um 39% zurück. Die Überproduktionskrise im Werftbereich versuchen die FSG-Kapitalisten wie auch andere Werftkapitalisten, durch Konzentration auf den Spezialschiffbau zu überwinden. Andererseits hat die Werft größere Teile der Produktion auf das Schiffsreparaturgeschäft verlegt, zunehmend für Schiffe der Bundesmarine. Ebenfalls Bundeswehrfahrzeuge repariert der Ketten-Kfz-Instandsetzungsbetrieb, eine Abteilung der Werft.

Im letzten Jahr haben die FSG-Kapitalisten sehr wohl Profite gemacht. 10,155 Mio DM, wie der neue Geschäftsbericht ausweist – entgegen den Angaben in der bürgerlichen Presse von 731532 DM Bilanzgewinn. (Diese 10,155 Mio DM ergeben sich wie folgt: Um 2,912 Mio DM stiegen die Rücklagen, um 3,089 Mio DM die Rückstellungen; plus Steuern von 2,637 Mio DM plus Zinsen von 748593

Mio DM plus 731532 DM Bilanzgewinn.) Jedoch sinkt die Profitrate der FSG seit 1976, und zwar von 11,62% auf 8,26% 1977 und 5,59% 1978. Die FSG-Kapitalisten sind schon im Begriff, die Produktion umzuwälzen, um die Ausbeutung zu steigern und die Profite zu erhöhen.

Der Zweck dieser Investitionen ist es, durch Einführung neuer Maschinerie die Arbeit zu intensivieren und mehr unbezahlte Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszuholen, um so aus der Krise herauszukommen. Im Jahre 1978 wurde die Belegschaft um 10% gekürzt, die Zahl der Arbeiter nahm sogar um 11.5% ab. Von den 165 Entlassenen sind hauptsächlich Arbeiter entlassen worden, die nicht länger als 5 Jahre im Betrieb waren. 1977 waren

Einerseits wurde altes Kapital vernichtet – Einschränkungen im Fertigungsbereich um mehr als 50%. 1978 wurde ein Investitionssonderprogramm von 28 Mio DM beschlossen, womit bis Mai 79 ein Schwimmdock für Schiffsreparaturen gebaut wurde, sowie ,,Anpassunginvestitionen im Ketten-Kfz-Instandsetzungsbetrieb'' – Einstellung auf neue, technisch komplizierte Waffensysteme

35% der Belegschaft, 1978 nur noch 25% unter 5 Jahren im Betrieb, d.h. hauptsächlich wurden angelernte Arbeiter entlassen. 14% weniger Lohn wurde 1978 gezahlt, dies auch deshalb, weil kurzgearbeitet wurde.

Mit der Umstellung der Produktion wollen sie mehr aus den Arbeitern herausholen. Die FSG-Kapitalisten drücken das im Geschäftsbericht so aus:,,In 1978 wurde entschieden, auch ein zunächst zurückgestelltes Rationalisierungsvorhaben für den Werftbetrieb zu beginnen.' Bisher haben sie keinen Erfolg gehabt. Der pro Zeiteinheit produzierte Profit sank von 100 (1977) auf 94,2 (1978). Die FSG-Kapitalisten haben es mit einer kampferprobten Belegschaft zu tun. Die Arbeiter können sich aber in spontanen Kämpfen auf lange Sicht nur behaupten, wenn im Lohnkampf die Spaltung nicht vertieft und den Lohnsenkungen ein Riegel vorgeschoben wird.



Der Zweck dieser Investitionen ist es, durch Einführung neuer Maschinerie die Arbeit zu intensivieren und mehr unbezahlte Mehrarbeit aus den Arbeitern herauszuholen, um so aus der Krise herauszukommen. Im Jahre 1978 wurde die Belegschaft um 10% gekürzt, die Zahl der Arbeiter nahm sogar um 11.5% ab. Von den 165 Entlassenen sind hauptsächlich Arbeiter entlassen worden, die nicht länger als 5 Jahre im Betrieb waren. 1977 waren

Einerseits wurde altes Kapital vernichtet – Einschränkungen im Fertigungsbereich um mehr als 50%. 1978 wurde ein Investitionssonderprogramm von 28 Mio DM beschlossen, womit bis Mai 79 ein Schwimmdock für Schiffsreparaturen gebaut wurde, sowie ,,Anpassunginvestitionen im Ketten-Kfz-Instandsetzungsbetrieb'' – Einstellung auf neue, technisch komplizierte Waffensysteme

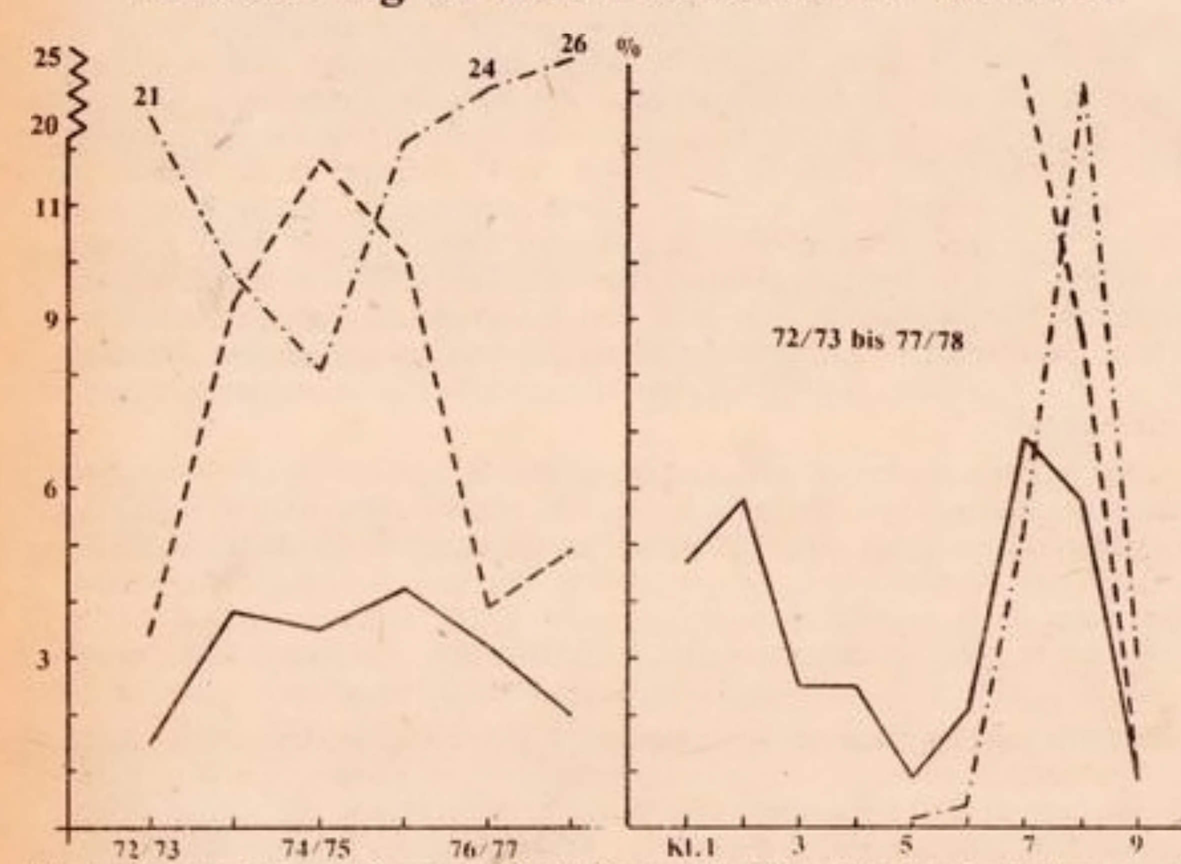
35% der Belegschaft, 1978 nur noch 25% unter 5 Jahren im Betrieb, d.h. hauptsächlich wurden angelernte Arbeiter entlassen. 14% weniger Lohn wurde 1978 gezahlt, dies auch deshalb, weil kurzgearbeitet wurde.

Mit der Umstellung der Produktion wollen sie mehr aus den Arbeitern herausholen. Die FSG-Kapitalisten drücken das im Geschäftsbericht so aus:,,In 1978 wurde entschieden, auch ein zunächst zurückgestelltes Rationalisierungsvorhaben für den Werftbetrieb zu beginnen.' Bisher haben sie keinen Erfolg gehabt. Der pro Zeiteinheit produzierte Profit sank von 100 (1977) auf 94,2 (1978). Die FSG-Kapitalisten haben es mit einer kampferprobten Belegschaft zu tun. Die Arbeiter können sich aber in spontanen Kämpfen auf lange Sicht nur behaupten, wenn im Lohnkampf die Spaltung nicht vertieft und den Lohnsenkungen ein Riegel vorgeschoben wird.



Einen immer bedeutenderen Teil nimmt bei der FSG die Kriegsproduktion ein – Reparatur von Kriegsschiffen und Instandsetzung von Panzern.

Aussiebung an den Finkenwerder Schulen



b.bek. Die gezeichnete Kurve (–) ist der linken Grafik zeigt auf, wieviel Prozent aller Schüler in den Klassen 1 bis 9 in den 3 Finkenwerder Schulen pro Jahr nicht versetzt werden bzw. ,,freiwillig'' zurückgegangen sind. An der Kurve in der rechten Grafik sieht man, in welchen Klassen dies durchschnittlich stattfand. Schon frühzeitig werden die Weichen gestellt für eine Aussiebung zum Hilfsarbeiter, denn diese Schüler bekommen häufig das 10. Vollzeitschuljahr nicht genehmigt und müssen dann vorzeitig ohne Hauptschulabschluß gehen. Die gezeichnete Kurve (– · –) zeigt links, wieviel Prozent aller Hauptschulabgänger ohne Abschluß abgegangen sind; rechts, in welchen Klassen diese Schüler die Schule verlassen haben

Kernenergie ist alternativ

b.hör. Sparen, sparen und nochmals sparen trompetet es einhellig von den Abgeordneten- und Ministersesseln des schleswig-holsteinischen Landtags in der ,,aktuellen Stunde'' zur Energie,,krise''. ,,Weg von der Verschwendungsmentalität, hin zu konsequenter Sparsamkeit'', droht der SPD-Abgeordnete Stojan. Sollen sich doch die Volksmassen in ihren fernbeheizten Wohnungen im kommenden Winter bei zentraler Temperaturdrosselung auf 18° gefälligst zwei Pullover anziehen! ,,Energiepolitik bedarf Mut'', es müßen unpopuläre Maßnahmen ergriffen werden, läßt Wirtschaftsminister Westphal heraus. Aber warum sollte man nicht das Volk über Benzingutscheine, Sonntagsfahrverbot und Geschwindigkeitsbegrenzung rechtzeitig an Kriegsrationierungen gewöhnen können? Selbstverständlich ohne ,,allzu dirigistische Maßnahmen'' (CDU-Kribben). Vielmehr sollte der Bürger von der Notwendigkeit der Energieeinsparung auf freiwilliger Basis überzeugt werden. SSW-Meyer hat da auch gleich einen Vorschlag: Die Abgeordneten sollten beim Energiesparen mit gutem Beispiel vorangehen. Nicht jeder Abgeordnete soll mit seinem Auto allein zum Landtag fahren, sondern immer fünf zusammen! Das soll den Massen als Bürgernähe verkauft und zur Nachahmung empfohlen werden. Wäre dieses Gesindel nicht so faul, würden sie sicher zur nächsten Landtagssitzung mit Fahrrädern anrollen, um der Fahrradideologie zum Durchbruch zu verhelfen.

Wer in Zukunft nicht mit dem Fahrrad zur Arbeit und zum Einkaufen fährt, wer dreister Weise auch noch gegen Kernkraftwerke ist und im Winter die Heizung nicht klein stellt, der findet sich plötzlich den Kriegstreibern zugeordnet. Nicht die Imperialisten wollen die Länder der Dritten Welt überfallen, um sich den Zugriff auf die Rohstoffquellen zu sichern, im Gegenteil, sie müssen die Länder der Dritten Welt vor den gierigen Volksmassen schützen, die ihr Auto nicht in der Garage lassen wollen. Und auch die kleinen Bauern sind für den hohen Energieverbrauch verantwortlich, weil sie nicht nur die Frechheit besitzen, klein zu sein, sondern sich noch nicht einmal die steuerbegünstigten Wärmepumpen, Solaranlagen und Strohöfen anschaffen. ,,Ziel muß sein, die lebensgefährliche Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren'', meint CDU-Asmussen. ,,Fernwärme und Kernenergie muß in der BRD einen gesicherten Platz bekommen'' (Wirtschafts minister Westphal).

Das Thema KKW Brokdorf hat die Landesregierung wohlweislich aus der Landtagsdebatte herausgehalten. Erstmal müssen noch ideologische Manöver den Weg ebnen und einige sicherheitspolitische Maßnahmen ergriffen werden, ehe sie zügig weiterbauen läßt. Neuerdings wird die Kernenergie neben Kohle, Erdgas, Wind- und Sonnenenergie zu den ,,Alternativenergien'' gezählt; nämlich alternativ zum Öl.

Um sich bei der Durchsetzung des Energieprogramms der absoluten Ergebenheit ihrer beiden höchsten Polizeischergen sicher zu sein, sollen diese nach dem neuen Landesbesoldungsgesetz in Zukunft 800 DM monatlich mehr bekommen. Außerdem soll der gehobene Dienst bei der Polizei bis 1980 um 23 Stellen erweitert werden.

Bismarck Bahnbrecher

z.doz. „Bismarcks Sozialversicherung war ein großes, bahnbrechendes Werk." So schreiben die Professoren Dreißler und Krieger anerkennend in dem Geschichtsbuch für Sekundarstufe I „Grundzüge der Geschichte". Ausgerechnet Deutschland, ausgerechnet Bismarck bahnbrechend für den Fortschritt? Für welchen Fortschritt und für wen hat er die Bahn gebrochen?

1878 schrieb der damalige Reichskanzler Bismarck an den Bundesrat: „Die finanzielle Lage des Reichs wie der einzelnen Bundesstaaten erheischt eine Vermehrung der Reichseinnahmen durch stärkere Heranziehung der dem Reiche zur Verfügung stehenden Einnahmequellen." Die finanzielle Lage des Reichs erforderte , alle verfügbaren Gelder in den Händen der sich herausbildenden imperialistischen Finanzbourgeoisie zu konzentrieren. Denn das Deutsche Reich unter Vorherrschaft Preußens war geschaffen, alle wesentlichen feudalbürokratischen Hemmnisse für die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise waren beseitigt, Elsaß-Lothringen war annektiert, die Überrundung und Unterjochung der Konkurrenten, vor allem Englands, Frankreichs und Rußlands, ließ sich näher ins Auge fassen.

Bismarck faßte. Eine seiner ersten Maßnahmen zur Plünderung der Massen für die Expansionsziele der Bourgeoisie war, „das System der indirekten Besteuerung in Deutschland weiter auszubilden". Danach kam das „bahnbrechende Werk": in den Jahren 1883 bis 1889 verabschiedete der Reichstag die Gesetze zur Krankenversicherung, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Was war daran bahnbrechend? Der Beitrittszwang etwa? Er galt für die gewerblichen Arbeiter, die ländlichen Arbeiter wurden ausdrücklich ausgeschlossen, und war gerichtet gegen die existierenden gewerkschaftlichen Hilfskassen, die sich die Arbeiterklasse geschaffen hatte und auf die die Bourgeoisie keinen Zugriff hatte. Daß die Kapitalisten auch zahlten, nämlich ein Drittel? Das wurde gleich dazu genutzt, die Verfügungsrechte der Kassenmitglieder über das Kassenvermögen zu beschränken und die Oberaufsicht an das Reichsversicherungsamt zu übertragen. Das Unfallversicherungsgesetz 1884 bat nicht die Kapitalisten zur Kasse für die Unfälle, die sie ja verschulden, sondern erst 13 Wochen lang die Krankenkassen für die Heilungskosten. Erst dann brauchte die Berufsgenossenschaft zu zahlen. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ging davon aus, daß sich jeder Arbeiter zunächst einmal selbst zu versorgen hätte und die Kasse bloß Zuschuß zahlt.

Maßnahmen zur Plünderung der Massen für die Expansionsziele der Bourgeoisie war, „das System der indirekten Besteuerung in Deutschland weiter auszubilden". Danach kam das „bahnbrechende Werk": in den Jahren 1883 bis 1889 verabschiedete der Reichstag die Gesetze zur Krankenversicherung, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Was war daran bahnbrechend? Der Beitrittszwang etwa? Er galt für die gewerblichen Arbeiter, die ländlichen Arbeiter wurden ausdrücklich ausgeschlossen, und war gerichtet gegen die existierenden gewerkschaftlichen Hilfskassen, die sich die Arbeiterklasse geschaffen hatte und auf die die Bourgeoisie keinen Zugriff hatte. Daß die Kapitalisten auch zahlten, nämlich ein Drittel? Das wurde gleich dazu genutzt, die Verfügungsrechte der Kassenmitglieder über das Kassenvermögen zu beschränken und die Oberaufsicht an das Reichsversicherungsamt zu übertragen. Das Unfallversicherungsgesetz 1884 bat nicht die Kapitalisten zur Kasse für die Unfälle, die sie ja verschulden, sondern erst 13 Wochen lang die Krankenkassen für die Heilungskosten. Erst dann brauchte die Berufsgenossenschaft zu zahlen. Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ging davon aus, daß sich jeder Arbeiter zunächst einmal selbst zu versorgen hätte und die Kasse bloß Zuschuß zahlt.

Bahnbrechend, nicht wahr, Herr Ehrenberg? Bismarcks Mitarbeiter Bödike schrieb dazu: „... das allmähliche Schwinden der Arbeitskraft in Folge von Krankheit, Siechtum, Gebrechen, Altersschwäche und ähnlichen Ursachen entspricht aber dem natürlichen Lauf der Dinge und muß von jedem fürsorglichen Arbeiter schon beizeiten in Berücksichtigung gezogen werden. Entsprechend dieser sittlichen Verpflichtung jedes einzelnen, für solche Notfälle zunächst nach eigenen Kräften rechtzeitige Vorsorge zu treffen, läßt die Invaliditäts- und Altersversicherung die gesetzliche Fürsorge nicht über das Maß des zu einer bescheidenen Lebenshaltung Notwendigen hinausgehen."

Im Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von 1891 wurde die Grundlage für die Plünderung der Versicherungskasse durch die herrschende Klasse gelegt. Durch das verfügte Kapitaldeckungsverfahren wurden die Versicherungen gezwungen, erhebliche Teile der Beiträge der Rentenzahlung zu entziehen und für die Aufstockung einer Kapitalreserve abzuzweigen, das der Staat als billiges Kreditkapital benutzen konnte.

16 Jahre später waren schon 1,3 Milliarden Reichsmark in Wertpapieren, Darlehen, Hypotheken und Reichsanleihen investiert, weitere drei Jahre später war die Kapitalreserve auf 2,6 Milliarden Reichsmark angewachsen. Rückblickend schrieb der Reichsarbeitsminister Wissell 1918:

„Die zähe Ausdauer im Weltkriege verdankt Deutschland zum guten Teil den Reserven, welche die Sozialversicherung an körperlicher und sittlicher Kraft in der Arbeiterklasse aufgespeichert hatte. Die Reserven an Geld und Vermögen verstärkten den Kriegsschatz." Bismarck selbst kommentierte sein „bahnbrechendes Werk" mit den Worten, „daß es bei rechtem Eingreifen des Staates zur Zeit noch gelingen werde, die Mehrzahl der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen und die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern wiederum in Harmonie zu bringen."

Diese Harmonie gab es nie und sie wurde nie hergestellt. Die damals noch revolutionäre sozialdemokratische Fraktion im Reichstag lehnte die Reformen ab. Der sozialistische Abgeordnete Auer stellte fest, daß die Reichstagssitzungen mit Sozialreformen begonnen und mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen, mit einem Raubzug am arbeitenden Volk geendet hätten. Bei den Reichstagswahlen verdoppelte die SPD ihre Stimmen trotz Verboten und Unterdrückung und die Arbeiterklasse erhob die Forderungen nach Begrenzung des Arbeitstags, Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit, von Nacht- und Kinderarbeit wie von Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tage. Die Forderungen nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung der

„Die zähe Ausdauer im Weltkriege verdankt Deutschland zum guten Teil den Reserven, welche die Sozialversicherung an körperlicher und sittlicher Kraft in der Arbeiterklasse aufgespeichert hatte. Die Reserven an Geld und Vermögen verstärkten den Kriegsschatz." Bismarck selbst kommentierte sein „bahnbrechendes Werk" mit den Worten, „daß es bei rechtem Eingreifen des Staates zur Zeit noch gelingen werde, die Mehrzahl der Arbeiter mit der bestehenden Staatsordnung auszusöhnen und die Interessen von Arbeitern und Arbeitgebern wiederum in Harmonie zu bringen."

Diese Harmonie gab es nie und sie wurde nie hergestellt. Die damals noch revolutionäre sozialdemokratische Fraktion im Reichstag lehnte die Reformen ab. Der sozialistische Abgeordnete Auer stellte fest, daß die Reichstagssitzungen mit Sozialreformen begonnen und mit einer allgemeinen Plünderung der Armen durch die Reichen, mit einem Raubzug am arbeitenden Volk geendet hätten. Bei den Reichstagswahlen verdoppelte die SPD ihre Stimmen trotz Verboten und Unterdrückung und die Arbeiterklasse erhob die Forderungen nach Begrenzung des Arbeitstags, Verbot von Sonn- und Feiertagsarbeit, von Nacht- und Kinderarbeit wie von Frauenarbeit auf Hochbauten und unter Tage. Die Forderungen nach Selbstverwaltung der Versicherungen und Bezahlung der

Versicherungskosten ausschließlich durch die Kapitalisten ist Teil des Programms der Arbeiterbewegung und wird heute von immer größeren Teilen der Arbeiter und Volksmassen erhoben.

Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 28

Deutsch-französischer Krieg und Reichsgründung

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Zweite Adresse des Generals über den Deutsch-Französischen Krieg

Der Verteidigungskrieg endete in der Tat mit der Ergebung Louis-Napoleons, der Kapitulation von Sedan und der Proklamation der Republik Paris. Aber schon lange vor diesen Ereignissen, schon in demselben Augenblick, wo die gänzliche Fäulnis der bonapartistischen Waffen zur Gewißheit wurde, entschloß sich die preußische Militärkamarilla zur Eroberung. *König Wilhelms eigene Proklamation im Anfang des Kriegs* lag zwar als häßliches Hindernis in ihrem Weg. In seiner Thronrede an den Norddeutschen Reichstag hatte er feierlich erklärt, Krieg zu führen nur gegen den Kaiser der Franzosen und nicht gegen das französische Volk. Am 11. August hatte er ein Manifest an die französische Nation erlassen, worin er sagte:

„Der Kaiser Napoleon hat die deutsche Nation, die gewünscht hat und noch immer wünscht, mit dem französischen Volk in Frieden zu leben, zu Wasser und zu Lande angegriffen; ich habe den Befehl über die deutsche Armee übernommen, *um seinen Überfall zurückzuweisen*, und ich bin durch *militärische Vorkommnisse* dahin gebracht worden, *die Grenzen Frankreichs zu überschreiten*."

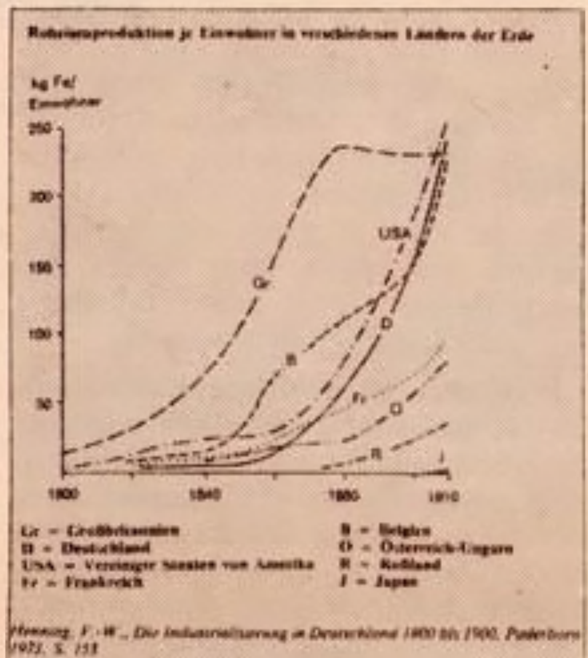
Die deutsche Arbeiterklasse hat den Krieg, den zu hindern nicht in ihrer Macht stand, energisch unterstützt als einen Krieg für Deutschlands Unabhängigkeit und für die Befreiung Deutschlands und Europas von dem erdrückenden Alp des zweiten Kaiserreiches. Es waren die deutschen Industriearbeiter, welche mit den ländlichen Arbeitern zusammen die Sehnen und Muskeln heldenhafter Heere lieferten, während sie ihre halbverhungerten Familien zurückließen. Dezimiert durch die Schlachten im Auslande, werden sie noch einmal dezimiert werden durch das Elend zu Hause. Sie verlangen nun ihrerseits „Garantien", Garantien, daß ihre ungeheuren Opfer nicht umsonst gebracht worden, daß sie die Freiheit erobert haben, daß die Siege, die sie über bonapartistische Armeen errungen, nicht in eine Niederlage des deutschen Volkes verwandelt werden wie im Jahre 1815. Und als erste dieser Garantien verlangen sie „einen *ehrenvollen Frieden für Frankreich*" und „*die Anerkennung der französischen Republik*".

Der Zentralausschuß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei veröffentlichte am 5. September ein Manifest, worin er energisch auf diesen Garantien bestand.

„Wir", sagte er, „wir protestieren gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen. Und wir sind uns bewußt, daß wir im Namen der deutschen Arbeiterklasse sprechen. Im gemeinsamen Interesse Frankreichs und Deutschlands, im Interesse des Friedens und der Freiheit, im Interesse der westlichen Zivilisation gegen orientalische Barbarei werden die deutschen Arbeiter die Annexion von Elsaß-Lothringen nicht geduldig ertragen ... Wir werden treu zu unsern Arbeiterkameraden aller Länder stehn für die gemeinsame internationale Sache des Proletariats!"

Unglücklicherweise können wir nicht auf ihren unmittelbaren Erfolg rechnen. Konnten die französischen Arbeiter mitten im Frieden nicht den Angreifer zum Stehen bringen, haben da die deutschen Arbeiter mehr Aussicht, den Sieger aufzuhalten mitten im Waffenlärm? Das Manifest der deutschen Arbeiter verlangt die Auslieferung Louis Bonapartes, als eines gemeinen Verbrechers, an die französische Republik. Ihre Herrscher geben sich alle Mühe, ihn in den Tuilerien wieder einzusetzen als den besten Mann, um Frankreich zu ruinieren. Wie dem auch sein möge, die Geschichte wird zeigen, daß die deutschen Arbeiter nicht von demselben biegsamen Stoff gemacht sind wie die deutsche Mittelklasse. Sie werden ihre Pflicht tun.

Karl Marx, MEW, Band 17, S. 271 – 279, Berlin (DDR), 1976



Krupp an den preußischen Kriegsminister, v. Ronn.

Essen, 20. Juli 1870

Krupparchiv, Druck bei Berdrow, Briefe, S. 247 f.
Überlassung von Gußstahlkanonen im Kriegsfalle
Ew. Exzellenz
erlaube ich mir meine frühere Versicherung in Erinnerung zu bringen, im Falle eines Krieges mit Frankreich Gußstahlkanonen bis zum Werte einer Million Taler als Beisteuer zu den Kriegskosten dem Vaterlande liefern zu wollen. Die beklagenswerte gegenwärtige Veranlassung ergreife ich freudig, obiges Versprechen (wozu die Luxemburger Affäre 1866/67 mich bewogen hatte) zu lösen!
Eine völlige Geheimhaltung wird mich verpflichten!
Gott schütze Preußen!
Zitiert nach: Willi A. Boelcke

Elsaß-Lothringen und die deutsche Eisenindustrie

In der lothringischen Eisenindustrie hat sich der Vorgang der Eingliederung schneller und gründlicher vollzogen. Sie wurde bis 1914 die wichtigste Industrie des Reichslandes und für die Entfaltung Deutschlands zu einem der ersten Industriestaaten der Erde unentbehrlich.

Bei den Friedensverhandlungen wurden große Minetteerzfelder an Deutschland abgetreten, deren Wert hier richtig erkannt, von Thiers nicht hoch eingeschätzt wurde. Die Eisenindustriellen hatten bis 1873 noch mit guten Weltmarktpreisen zu rechnen. Nach der Krise zeigten die Werke bei dem im Vergleich zu Frankreich niedrigen Zoll bald einen Stillstand in den Produktionszahlen, im weiteren Verlauf der Jahre bis 1879 einen Rückgang. Nur der Eisenguß konnte sich leidlich behaupten. Was der Eisenbesitz Lothringens für die Zukunft Deutschlands bedeuten mußte, ist daraus abzumessen, daß er auf 700 Millionen Tonnen metallischen Eisens veranschlagt worden ist, dem das übrige Reichsgebiet nur 300 gegenüberzustellen hatte ...

Sartorius und Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 240

Aus einem späteren Bericht des französischen Ministerpräsidenten Thiers über die Angriffsvorbereitungen der Konterrevolution.

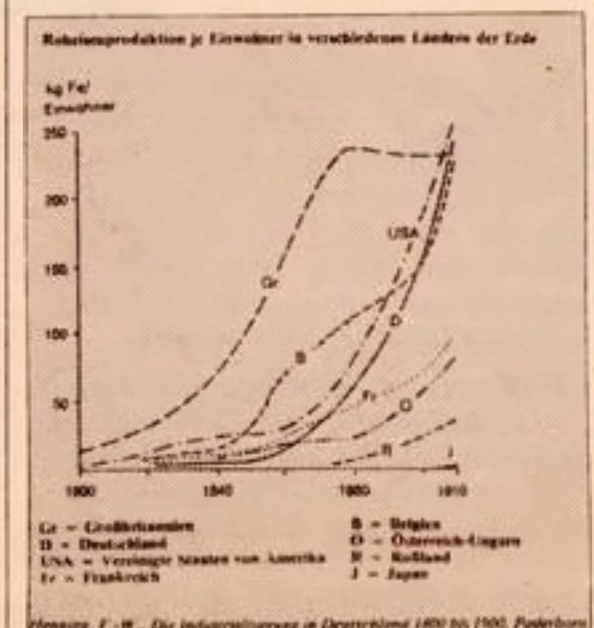
Es kam nicht ein einziges Bataillon Freiwilliger, doch blieben uns noch die Trümmer unserer Armee. Ich beeilte mich, sie zusammenzufassen und zu reorganisie-

Aus Solidaritätserklärungen deutscher Arbeiter für die Pariser Kommune von April bis Juni 1871

In einer großen Versammlung von Sozialdemokraten in Hannover wurde eine Zustimmungsadresse an die Arbeiter Frankreichs erlassen, in welcher es heißt:
„Wir sehen in euch Vorkämpfer für die gesamten Menschenrechte. Proletariat! Französische Arbeiter, euch ist's wiederum gegeben, als Avantgarde für die Befreiung der Völker voranzugehen. Auf euch sind in diesem Augenblick die Augen des gesamten Proletariats gerichtet. Seine Sympathien

Pflicht tun.

Karl Marx, MEW, Band 17, S. 271 – 279, Berlin (DDR), 1976



Krupp an den preußischen Kriegsminister, v. Ronn.

Essen, 20. Juli 1870

Krupparchiv, Druck bei Berdrow, Briefe, S. 247 f.
Überlassung von Gußstahlkanonen im Kriegsfalle
Ew. Exzellenz
erlaube ich mir meine frühere Versicherung in Erinnerung zu bringen, im Falle eines Krieges mit Frankreich Gußstahlkanonen bis zum Werte einer Million Taler als Beisteuer zu den Kriegskosten dem Vaterlande liefern zu wollen. Die beklagenswerte gegenwärtige Veranlassung ergreife ich freudig, obiges Versprechen (wozu die Luxemburger Affäre 1866/67 mich bewogen hatte) zu lösen!
Eine völlige Geheimhaltung wird mich verpflichten!
Gott schütze Preußen!
Zitiert nach: Willi A. Boelcke

Elsaß-Lothringen und die deutsche Eisenindustrie

In der lothringischen Eisenindustrie hat sich der Vorgang der Eingliederung schneller und gründlicher vollzogen. Sie wurde bis 1914 die wichtigste Industrie des Reichslandes und für die Entfaltung Deutschlands zu einem der ersten Industriestaaten der Erde unentbehrlich.

Bei den Friedensverhandlungen wurden große Minetteerzfelder an Deutschland abgetreten, deren Wert hier richtig erkannt, von Thiers nicht hoch eingeschätzt wurde. Die Eisenindustriellen hatten bis 1873 noch mit guten Weltmarktpreisen zu rechnen. Nach der Krise zeigten die Werke bei dem im Vergleich zu Frankreich niedrigen Zoll bald einen Stillstand in den Produktionszahlen, im weiteren Verlauf der Jahre bis 1879 einen Rückgang. Nur der Eisenguß konnte sich leidlich behaupten. Was der Eisenbesitz Lothringens für die Zukunft Deutschlands bedeuten mußte, ist daraus abzumessen, daß er auf 700 Millionen Tonnen metallischen Eisens veranschlagt worden ist, dem das übrige Reichsgebiet nur 300 gegenüberzustellen hatte ...

Sartorius und Waltershausen, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 240

Aus einem späteren Bericht des französischen Ministerpräsidenten Thiers über die Angriffsvorbereitungen der Konterrevolution.

Es kam nicht ein einziges Bataillon Freiwilliger, doch blieben uns noch die Trümmer unserer Armee. Ich beeilte mich, sie zusammenzufassen und zu reorganisie-

Aus Solidaritätserklärungen deutscher Arbeiter für die Pariser Kommune von April bis Juni 1871

In einer großen Versammlung von Sozialdemokraten in Hannover wurde eine Zustimmungsadresse an die Arbeiter Frankreichs erlassen, in welcher es heißt:
„Wir sehen in euch Vorkämpfer für die gesamten Menschenrechte. Proletariat! Französische Arbeiter, euch ist's wiederum gegeben, als Avantgarde für die Befreiung der Völker voranzugehen. Auf euch sind in diesem Augenblick die Augen des gesamten Proletariats gerichtet. Seine Sympathien

sind euer, es rechnet auf euch! Arbeiter Frankreichs! Ihr seid des Kaiserreichs ledig, uns ist es überkommen; nun denn, wir erblicken darin keine Garantien für den Frieden, keine Garantien für die Fortentwicklung freiheitlicher Ideen."



Etappen der „ruhmvollen" Laufbahn Bismarcks, aus: „Kladderadatsch" vom 13.4.1873

ren, und aus diesen Trümmern bildete ich die Armee.

Herr von Bismarck bot in aller Öffentlichkeit seine Hilfe gegen die Kommune an ... Er drängte uns sogar, mit der Kommune Schluß zu machen ... Trotz ... des Vertrages, der die ... Armee auf 40000 Mann begrenzte, stimmte Herr von Bismarck einer Verstärkung der Armee zunächst um 100000 und dann um 130000 Mann zu. Er lieferte uns sogar die Mittel dafür durch die Entlassung einer ziemlich beträchtlichen Zahl unserer Gefangenen.

Geschichte für Klasse 8

Aus Friedrich Engels „Der Sozialismus des Herrn Bismarck, I. Der Zolltarif"

Es folgten der Krieg von 1870, der Frieden von 1971 und die Milliarden. Während sich Frankreich durch Zahlung der Milliarden keineswegs ruinierte, brachten sie Deutschland durch ihre Einnahme an den Rand des Verderbens. Von einer Regierung von Emporkömmlingen in einem emporgekommenen Reich mit vollen Händen verschwendet, fielen die Milliarden der Hochfinanz in die Hände, die sich beeilte, sie gewinnbringend an der Börse anzulegen. In Berlin feierten die schönsten Tage des Crédit mobilier ihre Auferstehung. Um die Wette gründete man Aktien- und Kommanditgesellschaften, Banken, Effekten- und Bodenkreditanstalten, Gesellschaften zum Bau von Eisenbahnen, Fabriken aller Art, Werften, Gesellschaften zur Spekulation mit Immobilien und andere Unternehmen, deren industrielles Äußere nur den Vorwand für schrankenlose Börsenspekulation abgab ...

Was 1867 in Paris geschehen war, was des öfteren in London und New York geschehen war, blieb 1873 in Berlin nicht aus: Die maßlose Spekulation endete mit einem allgemeinen Krach. Die Gesellschaften machten zu Hunderten bankrott; die Aktien der Gesellschaften, die sich hielten, wurden unverkäuflich; es war ein vollständiger Zusammenbruch auf der ganzen Linie. Um aber spekulieren zu können, hatte man Produktions- und Verkehrsmittel, Fabriken, Eisenbahnen etc. schaffen müssen, deren Aktien zum Gegenstand der Spekulation wurden ...

Leider stellte sich am Tage der Krise heraus, daß es für diese riesige Produktion keine Verbraucher gab. Große Industriegesellschaften standen vor dem Bankrott. Als gute deutsche Patrioten ersuchten ihre Direktoren die Regierung um Hilfe; um Einfuhrschutzzölle, die bei der Ausbeutung des inneren Marktes vor der Konkurrenz des englischen Eisens schützen sollten. Wenn man jedoch Schutzzölle für Eisen forderte, so konnte man sie den anderen Industrien und auch der Landwirtschaft nicht verweigern. So wurde also in ganz Deutschland eine lärmende Agitation für den Schutzzoll organisiert, eine Agitation, die es Herrn Bismarck ermöglichte, einen Zolltarif einzuführen, der diesen Zweck erfüllen sollte. Dieser Tarif, der im Sommer 1879 zum Gesetz erhoben wurde, ist jetzt in Kraft.

Friedrich Engels, MEW, Band 19, Berlin (DDR), S. 168ff